Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen

AUSGEBAGGERT

Weltweite Proteste gegen den Bergbau

DE G

Heft 1 – März 2017 € 19,-

Editorial

3

Aktuelle Analyse

6 *Ulrich Frey*
Was kann die zivile Konfliktbearbeitung gegen Terrorismus ausrichten? Möglichkeiten und Grenzen zivilgesellschaftlicher Intervention

Themenschwerpunkt

24 *Naomi Klein*
Paris ist ein guter Anfang – aber es muss mehr getan werden

26 *Hendrik Sander*
Ende Gelände: Anti-Kohle-Proteste in Deutschland

36 *Stephanie Danielle Roth/Jürgen Maier*
Schweigen ist Gold

44 *Bettina Engels*
Mobilisierung und Ressourcen im Konflikt um die Mine *Bissa Gold* in Sabcé, Burkina Faso

53 *Louisa Prause*
„Die Väter und Väter unserer Väter haben hier Gold abgebaut": *Framing* in Konflikten um Goldbergbau im Senegal

62 *Kristina Dietz*
Mit lokalen Volksentscheiden gegen industriellen Bergbau? Der Konflikt um die Goldmine *La Colosa* in Kolumbien

71 *Esther Uzar*
Politische Mobilisierung gegen Rohstoffkonzerne in Sambia

80 *Michael Reckordt*
Globale Rohstoffpolitik im Interesse der Industrie

Pulsschlag

88 *Jana Bosse*
„Zurück in der Grube. Ende Gelände 2" – Die Anti-Kohlebewegung in der Lausitz im Mai 2016

92 *Simon Toewe*
Ende Gelände! hat es geschafft, handlungsfähige Akteure in einem internationalen Prozess zusammenzubinden. Interview mit Insa Vries, Sprecherin von Ende Gelände!

96 *Ulrich Brand/Kristina Dietz/Miriam Lang*
Ende des „progressiven Zyklus" in Lateinamerika – neue Herausforderungen für soziale Bewegungen

96 *Karl-Heinz Reuband*
Pegida, Sachsen und die Fremdenfeindlichkeit. Warum es komplexerer und regionalspezifischer Analysen bedarf

Treibgut

107 Materialien, Notizen, Hinweise

Literatur

111 *Corinna Dengler*
Neo-Extraktivismus und Lateinamerikas Linke: Was passiert nach dem Rohstoffpreisboom? (Ulrich Brand: Lateinamerikas Linke. Ende eines progressiven Zyklus?; Hans Jürgen Burchardt/Rafael Domínguez/Carlos Larrea/Stefan Peters (Hg.) 2016: Nada Dura Para Siempre. Neo-Extractivismo tras el Boom de las Materias Primas)

115 *Haberland, Marius*
Extraktivismus, Protest und Staat (Bettina Engels/Kristina Dietz (Hg.) 2017: Contested Extractivism, Society and the State. Struggles over Mining and Land)

118 *Alban Werner*
Demokratietheorien auf dem Prüfstand (Christopher H. Achen/Larry M. Bartels 2015: Democracy for Realists. Why Elections Do Not Produce Responsive Government.)

122 *Jannis Eicker*
Wider die linke Melancholie: Das erfolgreiche Scheitern sozialer Bewegungen in Spanien (Nikolai Huke 2016: Krisenproteste in Spanien. Zwischen Selbstorganisation und Überfall auf die Institutionen)

124 *Richard Gebhardt*
Zwischen Performance und Politik – Ultras als jugendkulturelle Akteure (Peter Czoch 2016: Ultras in Deutschland.)

128 Abstracts

134 Impressum

FJSBplus

Stephanie Danielle Roth/Jürgen Maier
Silence is Golden

Katharina Schwirkus
Protesthandeln und Extraktivismus: Das Beispiel der YASunidos-Bewegung in Ecuador

Erardo Cristoforo Rautenberg
Die Verwerfung der Revision des Oskar Gröning: Eine verspätete Anerkennung für Fritz Bauer

Thomas Leif/Carl-Christian Müller
Gekaufte Wissenschaft oder selbstloses Sponsoring? – Universität Mainz, Böhringer Ingelheim Stiftung und das Wissenschafts-Ministerium Rheinland-Pfalz schränken Hand in Hand die Wissenschafts-, Forschungs- und Informationsfreiheit ein

Kai-Uwe Hellmann
Tagungsbericht „Verbraucherrecht 2.0“

Dr. Meik Nowak/Sabine Wege
„Fluchtursachen verstehen!“ – Entwicklungspolitisch Interessierte diskutieren mit Geflüchteten

Moritz Sommer
„Rechtspopulismus als Bewegung?“

Alle Artikel der Rubrik FJSBplus sind frei zugänglich unter www.forschungsjournal.de

In der Aktuellen Analyse diskutiert *Ulrich Frey* die Chancen und Grenzen ziviler Konfliktbearbeitung gegen den Terrorismus. Der Beitrag beschreibt zunächst die Grundzüge zivilgesellschaftlicher Konfliktbearbeitung und zivilgesellschaftlicher Interventionen. Er setzt sich dann mit den Interventionsmöglichkeiten gegen den Terrorismus auseinander und analysiert die Möglichkeiten des Instruments.

Im Hauptteil dieses Hefts widmen wir uns den weltweiten Protesten gegen den Abbau von Rohstoffen. Bergbau, vor allem in seiner industriellen Variante, hat weitreichende soziale und ökologische Folgen: Er geht vielerorts mit Umweltverschmutzungen und damit verbundenen gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung, mit Umsiedlungen und Verdrängungen alternativer Lebensgrundlagen einher. Konflikte, die in Zusammenhang mit Bergbau stehen, entzünden sich um die Nutzung von Land und Wasser, um Luftverschmutzung, die Verteilung der Gewinne, um Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen, um politische Beteiligung, den Schutz kulturell und ökologisch bedeutsamer Orte sowie um dominante Entwicklungsvorstellungen. Bergbau ist gesellschaftlich und politisch hoch umstritten und sorgt weltweit für Proteste auf der lokalen, nationalen und transnationalen Ebene.

Weltweit protestieren Initiativen und Bewegungen gegen unterschiedliche Bergbauprojekte, in denen Gold, Kupfer, Uran und andere Rohstoffe abgebaut werden (sollen). Viele fordern ein Ende des Extraktivismus – des Entwicklungsmodells, das vorrangig auf der Rohstoffförderung basiert. Zunehmend organisieren sich die Proteste länderübergreifend. Im Vorfeld und während der internationalen Klimakonferenz in Paris 2015 diskutierten zahlreiche lokale, nationale und transnationale Bewegungen den Ausstieg aus der Kohlekraft. Auch deutsche Nichtregierungsorganisationen haben seitdem das Thema des Kohleausstiegs in ihre Kampagnen aufgenommen. Zwei Beiträge im Schwerpunkt beziehen sich auf Anti-Kohle-Proteste. *Naomi Klein* appelliert in ihrem Artikel an die Regierungen, den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern umzusetzen. *Hendrik Sander* beschreibt die Entwicklung von „Ende Gelände", der Bewegung, die sich in Deutschland gegen den Kohlebergbau formierte. Er diskutiert die politischen Rahmenbedingungen, in denen die Bewegung entstanden ist, sowie die bisherigen Erfolge und Herausforderungen.

Jürgen Maier und *Stephanie Roth* analysieren, wie es einer bäuerlich geprägten Bewegung in Rosia Montana in Rumänien durch Bündnisse mit nationalen und internationalen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen gelang, nicht nur dem Bergbauunternehmen, sondern auch seinen Verbündeten in der rumänischen Politik die Stirn zu bieten. Sie zeigen, dass innovative Protestformen aus einem ursprünglich kommunalpolitischen Thema einen Konflikt auf der nationalen Ebene mit hoher Symbolkraft machten. Schlüssel zum Erfolg war, dass sich die Proteste gegen die Goldmine im ländlichen Raum mit dem Engagement der städtischen Zivilgesellschaft gegen Korruption verbanden. (Der Artikel ist zudem in englischer Sprache im FJSBplus zu lesen.)

Zwei weitere Beiträge untersuchen Bergbauproteste in Westafrika. *Bettina Engels* untersucht am Beispiel der *Bissa*-Goldmine in Burkina Faso, wie ressourcenschwache Gruppen – in diesem Fall Menschen in einer peripheren ländlichen Region im Norden des Landes – die Organisierung und Mobilisierung zu Protest gelingen kann. Sie zeigt, wie die jeweilige Ressourcenausstattung es betroffenen Gruppen ermöglicht oder erschwert, ihre Forderungen in Konflikten um Bergbau geltend zu machen. *Louisa Prause* analysiert anhand des Konfliktes um die Sabodala Gold-Mine im Senegal, wie sich Erfolge und Misserfolge von Problemdeutungen (*frames)* in Protesten gegen Bergbau erklären lassen. Sie verbindet das Konzept framing mit dem Ansatz der diskursiven Gelegenheitsstrukturen und zeigt damit, welche Bedingungen es ermöglichen oder verhindern, dass Protestakteure bestimmte *frames* konstruieren und damit Gelegenheiten nutzen können.

In Protesten um industriellen Bergbau in Lateinamerika spielen Bürger_innenentscheide seit 2002 eine zentrale Rolle. *Kristina Dietz* analysiert am Beispiel der Proteste gegen die La Colosa-Goldmine in Kolumbien die Bedingungen, die den Einsatz direktdemokratischer Verfahren als Protestrategie in Konflikten um Bergbau ermöglichen. Darüber hinaus zeigt sie, welche politischen Effekte Bürger_innenentscheide für die Mobilisierung gegen Bergbauprojekte und deren Verhinderung entfalten können. Auch Gewerkschaften können bei der Mobilisierung gegen Bergbau eine entscheidende Rolle spielen, wie der Beitrag von *Esther Uzar* zu Kupferbergbau in Sambia zeigt. Gemeinsame mit lokalen Umwelt- und kirchlichen Organisationen lancierten die sambischen Gewerkschaften erfolgreich Kampagnen für Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz mit dem Ziel, dass breite Schichten der Bevölkerung von den Gewinnen aus der Rohstoffförderung profitieren sollen.

Michael Reckordt befasst sich in seinem Beitrag mit der rohstoffpolitischen Debatte in Deutschland. Er beschreibt dabei den Einfluss der Industrieverbände sowie die wachsende Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure im Rohstoffbereich, die sich in den letzten Jahren formiert haben. Den zivilgesellschaftlichen Akteuren ist es in den vergangenen Jahren gelungen, Themen wie Menschenrechte und Umweltschutz in der rohstoffpolitischen Diskussion hierzulande zu stärken.

Auf der Homepage des Forschungsjournals im FJSBplus findet sich neben der englischsprachigen Fassung des Beitrags von *Stephanie Danielle Roth* und *Jürgen Maier* ein weiterer Artikel mit Bezug auf den Themenschwerpunkt: *Katharina Schwirkus* beschreibt am Beispiel der Umweltbewegung YASunidos, die seit 2013 gegen die Erdölförderung im Regenwald Yasuní-ITT in Ecuador mobilisiert, das Entstehen und Handeln sozialer Protestakteure im Spannungsverhältnis von Rohstoffabbau und Demokratie.

Zwei weitere Beiträge im FJSBplus setzen sich kritisch mit aktuellen Entwicklungen auseinander. Vor wenigen Wochen hat der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes die Verurteilung des früheren SS-Mannes Oskar Gröning, des „Buchhalters von Auschwitz", wegen Beihilfe zum massenhaften Mord durch das Landgericht Lüneburg bestätigt, wie *Erardo C. Rautenberg* in seinem Artikel beschreibt. Die Freude über die späte Anerkennung für den Amtsbruder wird durch die Trauer getrübt, dass es 47 Jahre gedauert hat, bis der Bundesgerichtshof seine frühere Rechtsprechung korrigiert hat. Da die Staatsanwaltschaft sich erst spät zur Kurskorrektur entschied, beschränkt sich die verbleibende Verfolgung auf wenige Greise, wie der Autor feststellt.

Die Drittmittel-Finanzierung von Projekten in der Wissenschaft ist Thema des Beitrags von *Thomas Leif* und *Carl-Christian Müller* „Gekaufte Wissenschaft oder selbstloses Sponsoring?". Im vergangenen Jahr wurde durch den Fall „Boehringer Stiftung-Universität Mainz-Wirtschaftsministerium" ein starker Einschnitt in die Wissenschafts-, Forschungs- und Informationsfreiheit öffentlich.

Zudem finden sich drei Tagungsberichte auf der Webseite. Am 1. Dezember 2016 lud der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (SVRV) in das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ein, um über das kurz zuvor abgeschlossene Gutachten „Verbraucherrecht 2.0 – Verbraucher in der digitalen Welt" öffentlich zu diskutieren. *Kai-Uwe Hellmann* informiert über die Tagung. *Meik Nowak* und *Sabine Wege* beschreiben die thematischen Schwerpunkte, den Ablauf, die Methode sowie Diskussionen und Ergebnisse der ersten Veranstaltung zu Flucht und Migration der neuen Programmreihe "Entwicklungspolitische Impulse" des Gustav-Stresemann-Instituts. Die Komplexität des Themas, aber auch viele neue Denkansätze, Lösungsmöglichkeiten und neue Perspektiven sind als Ergebnis des erfolgreichen Workshops festzuhalten.

Moritz Sommer berichtet von der Jahrestagung „Rechtspopulismus als Bewegung" des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung. Dabei erörterten Vertreter_innen

aus Wissenschaft, Medien, Zivilgesellschaft, Politik und Kultur die Entwicklung des Rechtspopulismus. Im Sinne der „Public Sociology" wurde – über die rein wissenschaftliche Debatte hinausgehend – unterschiedlichen Perspektiven auf das Phänomen Rechtspopulismus Raum gegeben.

Melanie Müller (Berlin), *Bettina Engels* (Berlin), *Kristina Dietz* (Berlin)

Ulrich Frey

Was kann die zivile Konfliktbearbeitung gegen Terrorismus ausrichten?

Möglichkeiten und Grenzen zivilgesellschaftlicher Intervention

Einleitung

Terrorismus ist, geschichtlich zurückverfolgt, ein altes politisches und gesellschaftliches Phänomen. Zivile Konfliktbearbeitung und zivilgesellschaftliche Intervention dagegen sind junge Bemühungen von nicht-staatlichen Initiativen und Gruppen sowie der Zivilgesellschaft insgesamt, auf die Entwicklung von Demokratie Einfluss zu nehmen. „Terrorismus" hatte in der französischen Revolution nur für kurze Zeit (1793-1794) eine positive Bedeutung. Robespierre und der „Wohlfahrtsausschuss" sahen den Terror als ein „legitimes Mittel revolutionärer Tugend", um die Errungenschaften von 1789 zu verteidigen. *Le régime de la terreur* wurde zur Epochenbezeichnung. Der Terror barg von Anfang an eine Tendenz zur Verselbständigung der Gewalt. Hegel hat das erkannt, wenn er die Mechanisierung des Tötens mit der Guillotine ‚den kältesten und plattesten Tod' nannte, ‚ohne mehr Bedeutung als das Durchhauen eines Kohlhaupts oder ein Schluck Wasser' (Brock/Schoch 2002: 33f.). Ähnlich positiv wie Robespierre werden Terroristen wie Abu Bakr al-Baghdadi (der „Kalif Ibrahim – Befehlshaber der Gläubigen") urteilen, der 2014 in Mossul das Kalifat des Islamischen Staates ausrief. Das Kernanliegen von ziviler Konfliktbearbeitung und zivilgesellschaftlicher Intervention ist entgegen terroristischer Gewalt die Bekämpfung und letztlich die Überwindung von Gewalt. Weil die Französische Revolution an der Wiege der Demokratie in Europa stand, liegt die Frage nahe, ob Demokratie nicht doch in Gewalt und Terror untergehen kann und wo die gefährlichen Übergänge sind.

Der Beitrag stellt im Folgenden drei Fragen: 1. Was verstehen wir unter ziviler Konfliktbearbeitung/zivilgesellschaftlicher Intervention und unter Terrorismus? 2. Worauf gründet sich Zivile Konfliktbearbeitung/zivilgesellschaftliche Intervention in der Auseinandersetzung mit Terrorismus? 3. Welches sind die Möglichkeiten und Grenzen der zivilen Konfliktbearbeitung und zivilgesellschaftlicher Intervention gegen Terrorismus?

1 | Was verstehen wir unter ziviler Konfliktbearbeitung/ zivilgesellschaftlicher Intervention und Terrorismus?

Üblicherweise werden zu Beginn eines Vortrages die Begriffe[1] geklärt. Zu unserem Thema gibt es keine anerkannten und bestimmten Begriffe. Zivile Konfliktbearbeitung ist – synonym mit ziviler Krisenprävention gebraucht – ein unbestimmter politischer Begriff, der in den 1990er Jahren im Zusammenhang der internationalen Diskussion über *conflict resolution* (Fischer 2016: 868) entstanden ist und die Überwindung von Gewalt adressiert. Terrorismus ist ein alter unbestimmter politischer Kampfbegriff, der viele unterschiedliche Gewalt-Akteure und gewaltförmige Konflikte in der Staaten- und Gesellschaftswelt zum Vater hat.

1.1 | Was ist Zivile Konfliktbearbeitung bzw. zivilgesellschaftliche Intervention?

Zivile Konfliktbearbeitung ist Teil eines Prozesses der Zivilisierung. Dieter Senghaas analysierte die Bedingungen eines solchen Prozesses

in einem „zivilisatorischen Hexagon". Eine dauerhafte zivile Konfliktbearbeitung sei an sechs Bedingungen geknüpft, „von denen jede grundlegend, aber keine für sich hinreichend ist, und zwischen denen vielfältige Rückkoppelungen bestehen: das legitime, in aller Regel staatliche Gewaltmonopol, dessen Kontrolle durch Rechtsstaatlichkeit, die Entwicklung von Interdependenzen und damit von Affektkontrolle, die demokratische Teilhabe, die soziale Gerechtigkeit und eine konstruktive Konfliktkultur" (Senghaas 1997: 9). Die aktuelle Friedensforschung setzt auf das Konzept der Konflikttransformation, weil es zusätzlich „auf die Analyse und Veränderung der politischen, ökonomischen und soziokulturellen Bedingungen" abhebt (Fischer 2016: 869).

Die Begriffe Zivile Konfliktbearbeitung und zivilgesellschaftliche Intervention nehmen institutionell Gestalt an in „Nicht-Regierungsorganisationen" (NGOs) als Akteuren. Zum Verständnis von Zivilgesellschaft und ihren Akteuren gibt es bisher keine einheitliche sozialwissenschaftliche Definition. Nach Tobias Debiel und Monika Sticht können NGOs idealtypisch „als private non-profit-Organisationen" definiert werden. Dabei kommen ihnen folgende Eigenschaften zu: „Sie gehen aus der freiwilligen Assoziation von Menschen hervor, sind von staatlichen Weisungen unabhängig, auf eine gewisse Dauer angelegt, nicht gewinnorientiert und haben eine formelle, satzungsgemäße Form. Internationale NGOs haben transnationale Ziele, Operationen und Verbindungen" (Debiel und Sticht 2005: 131). Das konkrete Verständnis von Zivilgesellschaft unterliegt allerdings stark den jeweiligen Arbeitsfeldern der Akteure.

„Zivile Konfliktbearbeitung" verstehe ich mit Christine Schweitzer (2009: 8f., 16) als Synonym für die Austragung von Konflikten ohne Anwendung von physischer Gewalt oder deren Androhung. Es geht nicht, so Weller und Kirschner (2005: 25) „um die einmalige Verhinderung eines Gewaltausbruchs, sondern darum, den gesellschaftlichen Konfliktaustrag in solche Bahnen zu lenken, dass er keine zerstörerischen, sondern produktive Kräfte freisetzt." Klassische Formen mit vielfältigen Ansätzen und Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung sind in Fortentwicklung der „Agenda für den Frieden" des ehemaligen VN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali vier zentrale Herausforderungen (Fischer 2016, S. 859, Schweitzer 2009, S. 8f, S. 16):

- die *Prävention*, die einem Konflikt vorbeugen will,
- das *Peacemaking* (Friedensschaffung, Friedensstiftung) zur Aushandlung von politischen und gesellschaftlichen Regelungen und Übereinkünften,
- das *Peacekeeping* (Friedenssicherung) zur Eindämmung oder zur Verhinderung von Gewalt, zum Schutz von Menschenrechten und zur Wiederherstellung von menschlicher Sicherheit, sowie
- das *Peacebuilding* (Friedenskonsolidierung) zur Bearbeitung der tiefer liegenden Ursachen und den Folgen eines gewaltsamen Konfliktes, beispielsweise durch humanitäre Hilfe, Abrüstung, Wiederaufbau, Flüchtlingshilfe oder die Förderung ökonomischer Entwicklung.

Zivile Konfliktbearbeitung ist strikt zu unterscheiden von humanitärer Hilfe.

Akteure der Zivilgesellschaft kämpfen gegen Terrorismus unter den Bedingungen der weltweiten dynamischen Globalisierung. Nach Einschätzung der Kammer für nachhaltige Entwicklung der Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und vergleichbarer Arbeiten im außerkirchlichen Raum ist Globalisierung „durch dichte weltumspannende Beziehungen gekennzeichnet, die die Lebenswirklichkeit sehr vieler Menschen weltweit und viele Bereiche von Wirtschaft, Gesellschaft und staatlichem Handeln verändert haben. Globalisierung ist ein dynamischer Prozess, der sich in den letzten Jahrzehnten in qualitativer und quantitativer Hinsicht immer mehr ausgebreitet hat" (EKD 2014: 10).

Damit Wirtschaft und Politik in nachhaltiger Weise Menschenrechte gegen den Terrorismus stützen können, ist ein entschiedenes politisches Handeln auf nationaler und globaler Ebene notwendig. Dazu bedarf es einer effektiven Global Governance-Architektur (EKD 2014:

10). Mit dem politischen Konzept des Global Governance, erst in den 1990er Jahren entstanden, „ist zum einen gemeint, dass nationale Regierungspolitik und das klassische System internationaler Politik (bilaterale Beziehungen, die Vereinten Nationen, vertraglich gebundene Allianzen) enger zu verweben sind, und zum anderen, dass dieses System für neuartige, an globalen Problemen orientierte Prozesse und für nicht-staatliche Organisationen deutlich geöffnet wird. Global Governance im Sinne einer globalen Steuerung von Politikprozessen ist somit als Weiterentwicklung der klassischen internationalen Politik zu verstehen, die die Zivilgesellschaft sowie neue Akteure einbezieht und neue Wege und Formen des Miteinanders voraussetzt und zugleich hervorruft" (EKD 2014: 14).

1.2 | Was ist Terrorismus?

Terrorismus ist heute eine weltweite Geißel. Sie wirkt durch Gewalt gegen Menschen, deren Werte, Kulturen und Gesellschaften sowie gegen Staaten. Der Angriff auf die Zwillingstürme des New Yorker World Trade Centre, das Pentagon und Philadelphia am 11. September 2001 („9/11") mit Tausenden von Toten war die weltweit bisher folgenreichste Attacke aus islamistischer terroristischer Motivation. Seither ist der Terrorismus u.a. mit fundamentalistischen, islamistischen, separatistischen und sozialen Begründungen in Nordamerika, Lateinamerika, Asien, Afrika, und Europa verstärkt wahrgenommen, aber auch aktiv bekämpft worden. Die Vereinten Nationen (VN), Nationalstaaten, politische Parteien und Nicht-Regierungsorganisationen wenden sich gegen ihn.

Eine breite Zustimmung dürfte die Definition finden, die im Abschlussbericht des von UN-Generalsekretär Kofi Annan 2003 einberufenen High-level Panel on Threats, Challenges and Change (HLP) für die VN Generalversammlung 2004 „A more secure world: Our shared responsibility" nachzulesen ist: „Any action ... that is intended to cause death or seriously bodily harm to civilians or non-combatants, when the purpose of such an act, by its nature or context, is to intimidate a population, or to compel a government or an international organization to do or to abstain from doing any act..." (VN-Generalversammlung 2004, Ziffer 164d). Noch bedeutsamer ist aber die einstimmig angenommene Resolution der VN-Generalversammlung 60/288 (VN-Generalversammlung 2006) vom 8.9.2006 unter dem ambitionierten Titel „Weltweite Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus" mit einem angehängten detaillierten Aktionsplan:

- „... bekräftigend, dass die Handlungen, Methoden und Praktiken des Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen Aktivitäten sind, die auf die Beseitigung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Demokratie gerichtet sind, die territoriale Unversehrtheit und die Sicherheit der Staaten bedrohen und rechtmäßig konstituierte Regierungen destabilisieren, und dass die internationale Gemeinschaft die notwendigen Schritte unternehmen soll, um die Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus zu verstärken,
- sowie bekräftigend, dass der Terrorismus nicht mit einer bestimmten Religion, Nationalität, Zivilisation oder ethnischen Gruppe in Verbindung gebracht werden kann und soll,
- ferner in Bekräftigung der Entschlossenheit der Mitgliedstaaten, alles zu tun, um Einigung über ein umfassendes Übereinkommen über den internationalen Terrorismus zu erzielen und ein solches Übereinkommen zu schließen, namentlich indem die offenen Fragen in Bezug auf die rechtliche Definition und Abgrenzung der vom Übereinkommen erfassten Handlungen geregelt werden, damit es als wirksames Instrument der Terrorismusbekämpfung eingesetzt werden kann, ...".

Kofi Annan brachte die Vielfalt des Terrorismus vor der VN-Generalversammlung am 8.11.2001 auf den Punkt: „Der einzige gemeinsame Nenner unter den verschiedenen

Formen des Terrorismus ist der kalkulierte Einsatz tödlicher Gewalt gegen Zivilpersonen aus politischen Gründen." (DGVN: 2)

Geächtet ist der Terrorismus nach allgemein akzeptierter Ansicht von Völkerrechtlern (Heintze: 41ff.) bereits durch das allgemeine Gewaltverbot des Artikels 2 Absatz 4 der VN-Charta. Alle terroristischen Handlungen, Methoden und Praktiken seien demnach unmissverständlich als kriminell und nicht rechtfertigungsfähig einzustufen. Weil es keine allgemeinverbindliche Definition des Terrorismus gibt, konnten sich aber Grauzonen bilden und nur einzelne Akte des Terrorismus geächtet werden. So sei insbesondere die von nationalen Befreiungsbewegungen ausgehende Gewalt problematisch. Befreiungsbewegungen selbst hielten ihre Gewalt für legitim, da sie dem Selbstbestimmungsrecht der Völker diene. Weitere offene Fragen stelle der Staatsterrorismus, wenn ein Staat seine Macht missbrauche und als Völkerrechtssubjekt gegen seine Pflichten aus dem Gewaltverbot und/oder gegen die Menschenrechte verstoße. Wichtig für die Rechtsprechung sei, dass Terrorismus immer als kriminelle Gewalt zu qualifizieren ist, auch z.B. im Falle des Drogen- und Waffenhandels, der Geldwäsche oder dem Schmuggel von potenziell gefährlichem Material und der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität.

2 | Worauf gründet sich Zivile Konfliktbearbeitung/ zivilgesellschaftliche Intervention in der Auseinandersetzung mit Terrorismus?

Um die Möglichkeiten des Einflusses von zivilgesellschaftlichen Interventionen in der Auseinandersetzung mit Terrorismus verstehen und einordnen zu können, sollen im Folgenden wichtige inhaltliche „Ankerplätze" der zivilen Konfliktbearbeitung in der Auseinandersetzung mit Terrorismus erläutert werden.

2.1 | Würde des Menschen, Menschenrechte

Die Initiativen der zivilen Konfliktbearbeitung stellen sich weltweit gegen jede Form des Terrorismus, weil dieser die Menschenrechte

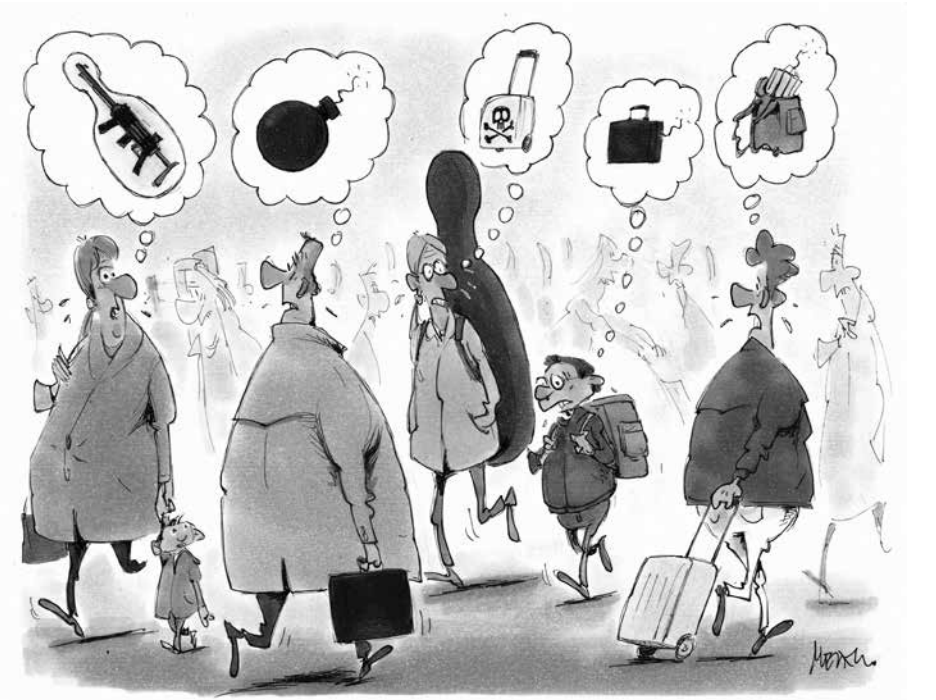
verletzt. In der Resolution der Generalversammlung der VN 60/288 (VN-Generalversammlung 2006) gegen den Terrorismus werden konsequenterweise die Menschenrechte als zu schützendes weltweites gemeinsames Gut ausdrücklich einbezogen. Das Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949 über den Schutz der Opfer nichtinternationaler bewaffneter Konflikte verbietet in Teil II (Menschliche Behandlung, Art. 4, Nr. 2) „terroristische Handlungen" und deren „Androhung" (Genfer Abkommen 1949). Der Begriff der Menschenrechte im weiteren Sinne umfasst „alle diejenigen Rechte, die allen Menschen kraft ihres Menschseins und unabhängig von Hautfarbe oder Staatsangehörigkeit, politischer oder religiöser Überzeugung, sozialer Stellung oder wirtschaftlichem Einfluss, Geschlecht oder Alter zukommen" (Huber/Reuter 333). Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" (AEMR) vom 10.12.1948 der Generalversammlung der VN konkretisierte die Menschenrechte in einer völkerrechtlich nicht bindenden Resolution. Erst die beiden Internationalen Menschenrechtskonventionen von 1996 verschafften den Menschenrechten die völkerrechtliche Gültigkeit: der Internationale Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte (Zivilpakt), in Kraft seit dem 23.3.1976, mit den Abwehrrechten gegen den Staat und der Internationale Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (Sozialpakt), in Kraft seit dem 3.1.1976 mit Forderungen an den Staat.

Gegenwärtig werden auf internationaler Ebene die Menschenrechte der 3. Generation (Solidaritätsrechte) diskutiert, z.B. zum Recht auf Frieden, die eine „neue politische und zugleich normativ-rechtliche Strategie" der VN (Riedel: S. 25) anzeigt. Die 171 Teilnehmerstaaten der II. Wiener Weltmenschenrechtskonferenz erklärten 1993 kurz nach dem Ende des Kalten Krieges: „Alle Menschenrechte sind allgemeingültig, unteilbar, bedingen einander und bilden einen Sinnzusammenhang. ... Im Rahmen (der) Zwecke und Grundsätze (der VN) ist die Förderung und Wahrung der Menschenrechte ein legitimes Anliegen der internationalen Staatengemeinschaft" (DGVN).

Die Menschenrechte sind infolge ihrer Akzeptanz bei der KSZE, OSZE, beim Internationalen Strafgerichtshof und nach zahlreichen Kodifizierungen für Teilbereiche zum Völkergewohnheitsrecht geworden, sind in ihrem Status gegenüber den Anfängen 1948 also wesentlich gestärkt. Mehr noch: Der Zweite Golfkrieg 1991 und die Konflikte in Somalia, Ex-Jugoslawien, Ruanda und Haiti haben hinsichtlich des Interventionsverbotes und der Betonung der Souveränität ein Umdenken der VN und von Staaten bewirkt. Bei friedensbedrohenden Menschenrechtsverletzungen sind aufgrund Artikel 2 (7) und nach Kapitel VII der ChVN sogar kollektive Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung der Menschenrechte im Wege humanitärer Interventionen möglich (Riedel 1999: 17). Menschenrechte haben sich konzeptionell als ebenso normativ wie die Friedensethik erwiesen. Sie sind deshalb von zentraler Bedeutung für das friedensethische Leitbild des gerechten Friedens. Einige aktuelle Probleme verdienen besondere Aufmerksamkeit.

Islamismus

Weil die Verletzung von Menschenrechten und damit der aktuelle Terrorismus auch dem Islam zugerechnet werden, stellt sich die Frage, wie der Islam zu den Menschenrechten steht. Ednan Aslan, islamischer Religionspädagoge an der Universität Wien, fasst zusammen: „Islamische Theologie fußt auf Gewalt" (Aslan 2015). Ali Al-Nasani (2002) dagegen konstatiert für amnesty international, die Menschenrechte und die Menschenwürde seien dem Islam „nicht grundsätzlich fremd". Al-Nasani verweist auf zwei zentrale Dokumente: die „Allgemeine Islamische Erklärung der Menschenrechte" (1981) und die „Kairoer Erklärung über Menschenrechte im Islam" (1990). In beiden Dokumenten seien „große Gemeinsamkeiten mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948" zu erkennen. Der Offene Brief von über 120 islamischen Gelehrten an Abu Bakr al-Bagdadi und an die „Kämpfer und Anhänger des selbsternannten ‚Islamischen Staates'" vom 27.9.2014 mit 25 Geboten und Verboten „stellt



ein Beispiel einer innerislamischen Reaktion auf die Verbrechen dar, die derzeit im Namen des Islam verübt werden." (120 islamische Gelehrte 2014).

Folter

Die Folter ist ein besonders grausames und völkerrechtlich verbotenes Instrument des Terrorismus durch Verletzung der Menschenrechte. Nicht nur undemokratische Staaten ließen foltern oder foltern selbst, sondern auch demokratische Staaten. Folter schützt keine Menschenrechte. Sie ist dennoch in allen letzten Kriegen und sonstigen militärischen Auseinandersetzungen gebraucht worden, um den Willen des Feindes zu brechen oder Informationen zu erpressen. Besonders verwerflich ist die in demokratischen Staaten oder von ihnen verantwortete Folter. Zu erinnern ist an die Folter durch die französische Armee im Algerienkrieg (1954-1962), der USA im Vietnamkrieg (1965-1975), in Afghanistan (Guantanamo und in geheimen Folterzentren) sowie im Irakkrieg 2003 (Abu-Ghraib). Der neu gewählte Präsident Trump will die Simulation des Ertränkens von Menschen durch „waterboarding" wieder einführen, die Präsident Obama verboten hatte. Auch in Deutschland ist Folter ein Gegenstand der Auseinandersetzung gewesen. Im Jahre 2002 ließ der stellvertretende Frankfurter Polizeipräsident Wolfgang Daschner im Entführungsfall des Bankier-Sohnes Jakob von Metzler dem Entführer Magnus Gäfgen Schmerzen androhen, „wie er sie noch nie erlebt habe", wenn er nicht den Aufenthaltsort des entführten Opfers preisgäbe. Die Strafkammer des Landgerichts Frankfurt/Main verurteilte Daschner zu einer auf Bewährung ausgesetzten Geldstrafe. Sie begründete ihr Urteil mit der Verletzung eines fundamentalen Menschenrechts und qualifizierte die Folter als einen Tabubruch des liberalen Rechtsstaates (AG Friedensforschung).

Sicherheit des zivilen Luftverkehrs

Der Anschlag auf ein US-amerikanisches Flugzeug im Jahre 2001, das entführt wurde und mit zivilen Passagieren als Waffe eingesetzt

werden sollte, offenbart die Verwundbarkeit des Luftverkehrs durch Terrorismus. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2005 eine Verfassungsbeschwerde gegen den § 14 Absatz 3 des Luftsicherheitsgesetzes (LuftSiG) des Bundes vom 11.1.2005 zu entscheiden. Die Verfassungsbeschwerde richtete sich gegen die Ermächtigung der Streitkräfte im LuftSiG, Luftfahrzeuge, die als Tatwaffe gegen das Leben von Menschen eingesetzt werden sollen, mit Waffengewalt abzuschießen. § 14 Absatz 3 LuftSiG lautet: „Die unmittelbare Einwirkung mit Waffengewalt ist nur zulässig, wenn nach den Umständen davon auszugehen ist, dass das Luftfahrzeug gegen das Leben von Menschen eingesetzt werden soll, und sie das einzige Mittel zur Abwehr dieser gegenwärtigen Gefahr ist."

Hintergrund des Urteils war die Entführung eines Sportflugzeuges in Frankfurt/Main. Der Entführer hatte damit gedroht, das Flugzeug in das Hochhaus der Europäischen Zentralbank zu stürzen, wenn ihm nicht ein Telefonat in die USA erlaubt würde. Das Bundesverfassungsgericht erklärte § 14 Absatz 3 LuftSiG für nichtig, weil die Ermächtigung der Streitkräfte, „mit dem Recht auf Leben nach Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG in Verbindung mit der Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG nicht vereinbar (ist), soweit davon tatunbeteiligte Menschen an Bord des Luftfahrzeugs betroffen werden." Zur Begründung führte das Bundesverfassungsgericht aus, im Falle des Abschusses würden die Würde der Passagiere im Flugzeug und ihre unveräußerlichen Rechte verletzt. „Sie würden dadurch, dass ihre Tötung als Mittel zur Rettung anderer benutzt wird, verdinglicht und zugleich entrechtlicht; indem über ihr Leben von Staats wegen einseitig verfügt wird, wird den als Opfern selbst schutzbedürftigen Flugzeuginsassen der Wert abgesprochen, der dem Menschen um seiner selbst willen zukommt" (Bundesverfassungsgericht 2006, Abschnitte 124, 139).

2.2 | Verständnis von Sicherheit

Sicherheit ist eine grundlegende Lebensbedingung jeglicher Zivilisation. Welche politische und gesellschaftliche Bedeutung der „Sicherheit" verliehen wird, entscheidet auch über ihre praktische Ausgestaltung in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus. Sabine Jaberg (2016: 45f) versteht „Sicherheit" als einen „asozialen Begriff": Sicherheit „denkt radikal vom einzelnen Akteur her, der sich *vor* oder *gegen* andere schützen muss. Frieden dagegen sei ein „sozialer Begriff". Ihn könne " kein Akteur allein, sondern nur gemeinsam *mit* anderen verwirklichen." Friede impliziere „ein gegenseitiges Anerkennungsverhältnis". Frieden setze außerdem den Akteuren „bei der Verfolgung ihrer Ansprüche Grenzen".

Sabine Jaberg erinnert an den Hobbe'schen Leviathan (1651). Hobbes fordere für den Staat „den freien Gebrauch aller sicherheitsdienlichen Mittel einschließlich der Entscheidung über Krieg und Frieden" ohne Begrenzung auf Zeit, Begründung und geografische Grenzen. Sicherheit weise demnach „expansive und totalitäre Tendenzen auf". Die „Sicherheitslogik setze keine „immanenten Grenzen". Hanne-Margret Birckenbach (2014: 4ff.) setzt der Sicherheitslogik eine Friedenslogik entgegen. Sie nennt fünf Dimensionen und Handlungsprinzipien, die grundlegend für friedenslogisches Denken und Handeln sind: die Dimension Gewalt und das Prinzip Gewaltprävention, die Dimension Konflikt und das Prinzip Konflikttransformation, die Dimension Problembearbeitung und das Prinzip Dialog- und Prozessorientierung, die Dimension Legitimität und das Prinzip Einhaltung universaler Normen, Dimension Fehleinschätzungen sowie das Prinzip Reflexivität.

Das traditionelle Verständnis von Sicherheit kennt ausschließlich Staaten als Subjekte des Völkerrechts und als Akteure auf der zwischenstaatlichen Ebene. Staaten haben die Sicherheit ihrer Bürger und Bürgerinnen zu schützen. Krieg wurde und wird zwischen Staaten seit dem Westfälischen Frieden von 1648 nach völkerrechtlichen Regeln geführt und beendet. Aber die Entwicklung komplexer Risiken und Bedrohungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes 1989 hat unter Mitwirkung des Staates und der Friedensforschung den herrschenden „erweiterten Sicherheitsbegriff"

hervorgebracht. „Erweiterte Sicherheit" wird sowohl militärisch als auch zivil definiert.

Die militärische Version findet sich erstmalig in dem von der NATO 1999 beschlossenen „Neuen strategischen Konzept" (NATO 1999, Nr. 24) zu Art. 5 und 6 des NATO-Vertrages: „Die Sicherheit des Bündnisses muss jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken umfassenderer Natur berührt werden, einschließlich Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte, kann ebenfalls Probleme für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses aufwerfen." Die staatliche Sicherheit kann deshalb auch von nicht-staatlichen Kräften, z.B. Terroristen, bedroht werden. So beschloss die NATO am 2. Oktober 2001 aus Anlass der islamistischen Attacken vom 11.9.2001 erstmals und bisher einmalig sowie gegenwärtig noch in Kraft den Bündnisfall nach Art. 5 des NATO-Vertrages. Deutschland stimmte damals dafür.

Die zivile Version des Konzeptes der „erweiterten Sicherheit" wird in dem „Gesamtkonzept der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" vom 7.4.2000 formuliert: „Ausgangspunkt für Maßnahmen der Krisenprävention, der Konfliktbeilegung und der Konsolidierung in der Nachkonfliktphase ist ein erweiterter Sicherheitsbegriff, der politische, ökonomische, ökologische und soziale Stabilität umfasst. Grundlage dafür sind die Achtung der Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, partizipatorische Entscheidungsfindung, Bewahrung natürlicher Ressourcen, Entwicklungschancen in allen Weltregionen und die Nutzung friedlicher Konfliktlösungsmechanismen" (Bundesregierung 2000).

Diese Definition prägt den im Frühjahr 2004 veröffentlichten Aktionsplan der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung", der staatliche Sicherheit erstmals in Europa eindeutig unter dem Gesichtspunkt der Krisenprävention entfaltet (Bundesregierung 2004). Er wird ab 2017 durch neue „Leitlinien Krisenmanagement und Friedensförderung" abgelöst.[2] Das Auswärtige Amt hat diesem Paradigmenwechsel entsprechend die Arbeitsbereiche Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge in einer neuen Abteilung „S" (für Stabilität) gebündelt.

Aus der Friedensforschung, die den erweiterten Sicherheitsbegriff mit entwickelt hat, sind jedoch kritische Stimmen laut geworden. Er sei „keine Zauberformel" für die Begründung ziviler Konfliktbearbeitung. Er sei zwar „politisch attraktiv", aber analytisch unscharf, weil man mit ihm „(fast) jedes öffentliche Anliegen als Sicherheitsproblem darstellen" könne. Er führe zu einer „Versicherheitlichung aller Lebensbereiche" und stärke die Möglichkeiten militärischer Friedenssicherung. Deshalb müsse „zwischen der Erweiterung des Sicherheits*begriffs* und einem Wandel der Sicherheits*politik* im Sinne einer Aufwertung ziviler gegenüber militärischer Konfliktbearbeitung unterschieden werden."

Wesentlich sei die „Sicherheit von Staaten und ihrer Bürger vor rechtloser *Gewalt*." Sicherheit müsse eng als „Sicherheit vor rechtloser Gewalt" definiert werden, um zu verhindern, dass z.B. beim „Krieg gegen den Terror" „durch den Abbau rechtlicher Einhegung staatliche Zwangsgewalt" zum Problem für Sicherheit werde (Brock 2004: 323-343). Corinna Hauswedell (2014: 117) unterstützt diese Position mit dem Hinweis auf „völkerrechtlich nicht gedeckte Waffeneinsätze mit Kampfdrohnen und Cyber-Technik. Das Überschreiten von Souveränitäten ... hat nicht zu mehr, sondern zu weniger Sicherheit ... geführt".

2.3 | Verständnis vom Staat und Souveränität

Die humanitären Interventionen und das Konzept der Responsibility to Protect (R2P) gingen noch von dem Anspruch aus, dass liberal orientierte Staaten die Souveränität auf ihrem Territorium durch Ausübung des Gewaltmonopols bewahren könnten. Dies ist

aber nicht mehr und nicht immer die Realität des 21. Jahrhunderts. Heute gibt es Territorien, in denen keine Institution mehr auf der Basis eines Gewaltmonopols regieren kann. Solche „unregierten Räume" („ungoverned spaces") finden sich in Gebieten des Terrors.

„Konkret – etwa in Pakistan oder dem Jemen – verletzten die USA durch Operationen in Räumen, die sie als ‚unregiert' deklarieren, die Souveränität der betreffenden Staaten mit dem Argument, ihre eigenen nationalen Sicherheitsinteressen zu verteidigen." Das Mittel der Kriegführung seitens einer technologisch überlegenen Macht ist in diesen Fällen u.a. die Tötung von Menschen durch ferngesteuerte Drohnen. Dadurch werden Menschenrechte und das staatliche Gewaltmonopol der betroffenen Staaten völkerrechtlich-normativ ausgehebelt. Diese Todesstrafe ohne Prozess vernichtet die moralische Legitimation der Intervention (Prinz und Schetter 2014, S. 102 ff.). Das ist gleichzeitig ein Akt der Dekonstruktion der staatlichen Souveränität.

Das aktuelle Beispiel der Zerstörung von staatlicher Souveränität durch den Verlust des Gewaltmonopols in Territorien von Staaten wie Syrien und Irak ist der sogenannte „Islamische Staat", der keine Staatsgrenzen respektiert, sondern seinen Machtanspruch auf der Grundlage seiner Ideologie nicht nur im Nahen Osten, sondern auch durch Attentate in Europa und nicht-europäischen Ländern durchzusetzen bemüht ist. Gegen solche terroristischen Kräfte werden, tendenziell ohne Erfolg, immer mehr militärische Mittel in Stellung gebracht. Der Kampf gegen den Terrorismus wird zum „Krieg gegen den Terrorismus".

Im Falle des Terrorismus der RAF in den 1970er Jahren dagegen wurden in der alten Bundesrepublik die Akteure als Kriminelle erfolgreich mit polizeilichen und Mitteln einer rechtsstaatlichen Justiz bekämpft. US-Präsident George W. Bush proklamierte den „Krieg gegen den Terror" nach 9/11. Präsident Hollande erklärte ihn nach den schweren Attentaten 2015 in Frankreich und schaltete eine demokratisch legitimierte Gegenwehr durch die Ausrufung des Ausnahmezustandes aus. So werden demokratische Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit und Freiheit beschädigt. Der „normative

Entwurf des Staates“ (Prinz/Schetter 2014: 94 ff.), wie ihn Max Weber unter Bezug auf das Gewaltmonopol des Staates auf seinem Territorium definiert hat, verliert an Strahlkraft in den westlichen liberalen Demokratien. Weil staatliche Souveränität nicht mehr durch das Gewaltmonopol bestimmt wird, füllt sich der Begriff der Souveränität mit einem Konzept, das auf den einzelnen Menschen abstellt, das Konzept der „human security“ (menschliche Sicherheit, siehe Ulbert/Werthes 2008). Militärische Interventionen auch gegen terroristische Staaten und Machthaber zum Schutz gefährdeter Menschen werden nach dem Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, R2P) mit den Kriterien Prävention, Reaktion, Wiederaufbau diskutiert und im Falle Libyen fälschlicherweise mit nicht vertretbaren Folgen auch ausgeführt.

3 | Welches sind die Möglichkeiten und Grenzen der zivilen Konfliktbearbeitung und zivilgesellschaftlicher Intervention gegen Terrorismus?

Vorweg ist zu resümieren, dass nach Meinung der zivilgesellschaftlichen Kräfte der Terrorismus nicht mit militärischer Gewalt besiegt werden kann. Militärische Erfahrungen, ethische und politische Gründe sprechen für diesen Befund (vgl. Steinbicker 2016: 47). Denn die militärische Bekämpfung des Terrors führt zu neuer Gewalt, neuen Terroristen und zur Verletzung von Menschenrechten. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Kirchen haben sich deshalb in großer Zahl z.B. gegen Waffenlieferungen an die Peschmerga ausgesprochen.

Aus der großen Zahl von Ansätzen und Instrumenten der zivilen Konfliktbearbeitung bzw. der zivilgesellschaftlichen Intervention, die zur Bekämpfung des Terrorismus dienlich sind oder sein könnten, seien hier aus Raumgründen nur einige exemplarisch vorgestellt.

3.1 | Zivilgesellschaftliche Prävention

Noch gibt es kein klares begriffliches Profil für die Vielzahl der Ansätze und Versuche zu einer zivilgesellschaftlichen Prävention. Fortschritte für zivilgesellschaftliche Initiativen zur Prävention werden praktisch-politisch verhindert, wenn Regierungen den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft verengen („shrinking space“), indem sie regierungskritische Aktivitäten verbieten oder kriminalisieren. Eine aufeinander abgestimmte Arbeit demokratischer Regierungen mit „ihren“ zivilgesellschaftlichen Organisationen ist deshalb nötig. Deren Wirksamkeit muss staatlicherseits unterstützt werden. Allerdings ist eine Vermischung von ziviler Krisenprävention und Terrorismusbekämpfung unzulässig, wie der Verband Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (VENRO) in seiner Stellungnahme zum Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung vom 9.9.2004 (VENRO 2004: 3) unter Bezug auf den Aktionsplan kritisierte, „da die Ziele, Herangehensweisen und Ursachenanalysen grundsätzlich verschieden sind.“[3]

Eine zentrale Erfahrung von ziviler Konfliktbearbeitung ist, dass sie langfristig nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie in dem betroffenen Land oder der Region selbst wirksam ist (local ownership). 85 syrische Organisationen der Zivilgesellschaft haben sich unter dem Namen „Adopt a Revolution“ zusammengefunden, um in Verfolg des Aufstandes gegen Präsident Assad von 2011 die „Selbstorganisation der syrischen Zivilgesellschaft zu unterstützen“. Die Gruppe hat sich in dem „Friedensaufruf Planet Syrien“ als „friedliche syrische AktivistInnen“ vorgestellt, die in Syrien selbst in Projekten arbeiten – trotz der immer kleiner werdenden Räume, in denen eine „zivile Bewegung für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte“ tätig sein kann. Sie fordern „Schluss mit den Luftangriffen und dem Abwurf von Fassbomben durch das Assad-Regime sowie Verhandlungen zwischen allen syrischen Gruppen und ihren internationalen Unterstützern“. Es gäbe weder eine militärische Lösung für den Konflikt, noch für die entstandene Radikalisierung. Deshalb bittet „Adopt a Revolution“ um die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft (Adopt a Revolution 2014, 2015, 2016).

Andere vor Ort tätige Gruppen sind die „Weißhelme", wegen ihrer mutigen Rettungsaktionen von Zivilisten in Aleppo gerade mit dem alternativen Friedensnobelpreis ausgezeichnet, „Citizens for Syria" und „Nonviolent Peaceforsces" (Dobstadt 2016: 9). Der Unterausschuss Zivile Krisenprävention und vernetztes Handeln des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages hat am 17.10.2016 mit Wissenschaftlern über den „Umgang mit ziviler Konfliktbearbeitung in Räumen begrenzter Staatlichkeit – Empfehlungen für die deutsche Außenpolitik" diskutiert. Politische Entscheidungsfindung und -umsetzung sei jedenfalls nicht mit „westlichen Ordnungsmodellen" oder gegen gesellschaftliche Akzeptanz vor Ort möglich (Deutscher Bundestag 2016).

Interreligiöser und gesellschaftlicher Dialog
Der *Brief der 120 islamischen Gelehrten* regt dazu an, einen Diskurs mit Akteuren des Islam über die Bedeutung und die Rolle der Menschenrechte zu führen. Zivilgesellschaftliche Gruppen und Institutionen können zwecks Prävention solche Dialoge auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene organisieren. Das haben die 120 islamischen Gelehrten im Sinn. Sie finden z.B. auf lokaler , nationaler und regionaler Ebene auf Initiative von Moscheen und Kirchengemeinden und auf Initiative von islamischen Verbänden statt. Ein Beispiel für letzteres ist der Diskurs, den die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) mit muslimischen und jüdischen Verbänden unter dem Titel „Weißt du, wer ich bin?" in zwei Phasen 2004-2007 und 2008-2011 durchgeführt hat. Von 2008 bis 2011 wurden rund 90 lokale Initiativen unterstützt. Das Projekt wurde vom Bundesministerium des Innern und dem Europäischen Integrationsfonds gefördert. Im Jahre 2016 ist das Projekt „Weißt du, wer ich bin?" mit einem Schwerpunkt auf der interreligiösen Zusammenarbeit in der Flüchtlingshilfe wieder aufgelegt worden. Für das Projekt 2016 wurde eine eigene Website eingerichtet: www.weisstduwerichbin.de.

Wichtig und hilfreich ist die Beteiligung an Initiativen für einen liberalen Islam wie z.B. mit dem Liberal-Islamischen Bund e.V. (Lamya Kaddor). Zu begrüßen sind Bemühungen zur Ausbildung und Fortbildung von Pädagogen und Fachkräften über den friedensgeneigten Islam und den gewaltbereiten Salafismus, wie z. B. des Münsteraner Islamwissenschaftlers Mouhanad Khorchide, der Studierende zu Lehrern für islamischen Religionsunterricht ausbildet.

Ein fruchtbarer gesellschaftlicher Dialog hat im Rahmen des *„Arab-European Citizens' Dialogue"* zwischen arabischen und europäischen Partnern 2011 begonnen. VertreterInnen von Verbänden, Initiativen, Universitäten und Kirchen trafen sich zu Konferenzen in der Orthodoxen Akademie Kreta, in Kairo bei der Coptic Evangelical Organization For Social Services (CEOSS) und in Brüssel zu Themen wie: „Transformation Processes in Arab and European Countries – Formation of Identities in Conflict", „Arab Spring and its aftermath – Society, State, Religion and Political Culture". Bei bisherigen Treffen ging es u.a. um die Interpretation des „politischen Islam".

Propagierung gewaltfreien Handelns
– Gewaltfreie Aufstände sind erfolgreicher als gewaltförmige: Eine Studie aus den USA („Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict") von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan über gewaltförmige und gewaltfreie Aufstände von 1900 bis 2006 hat zu dem Ergebnis geführt, dass gewaltfreie Aufstände fast doppelt so erfolgreich sind wie gewaltsame, dass gewaltfreie Aktionsformen also nicht nur aus religiösen/spirituellen Gründen für viele Menschen geboten sind (prominent Gandhi, M-L. King), sondern sich auch als die effektiveren erweisen (Chenoweth/Stephan 2011; Stephan 2016: 12f.). Das gilt nach den neueren Forschungen von Chenoweth und Stephan auch für die Jahre bis 2015.

– Christine Schweitzer (Schweitzer 2016a; Schweitzer/Wanie 2016: 48 ff.)[4] nennt als *„Gewaltfreie Optionen* in der Auseinandersetzung mit dem Islamischen Staat" folgende Ansätze zur Einwirkung: „Ideologische Grundlagen demontieren, UnterstützerInnen entziehen, Aussteiger unterstützen, materielle Grundla-

gen entziehen, aus dem Kreislauf der Gewalt aussteigen, nicht-öffentlicher Widerstand, Gespräche mit dem IS, öffentlicher Widerstand, die Wurzeln angehen." Andreas Zumach (2016) wendet sich allerdings gegen die Forderung, mit dem sogenannten IS zu verhandeln. Der IS habe „keinerlei politische und anschlussfähige Forderungen an irgendeine Adresse". Die Chancen eines zivilen Engagements in Syrien werden von vor Ort tätigen einheimischen Akteuren als gering eingeschätzt. Die dortigen „Aktivisten hätten die mit Abstand größten Repressionen in vom IS und dem Assad-Regime kontrollierten Gebieten zu befürchten."[5] (FriEnt 2015: 2)

- *Druck von unten durch Friedensbewegung auf beteiligte Regierungen*: Christine Schweitzer (2016) empfiehlt in einer Argumentationshilfe zum Frieden in Syrien: Die internationale Gemeinschaft sollte als redliche Vermittlerin auftreten, lokale Waffenstillstände und waffenfreie Zonen schaffen, humanitäre Hilfe ermöglichen helfen, gegen die Militärintervention der Anti-IS-Allianz in Syrien eintreten, unbewaffnetes ziviles Peacekeeping stärken, den kurdisch-türkischen Konflikt konstruktiv bearbeiten, den Dialog zwischen Sunniten und Schiiten pflegen und im Stellvertreterkrieg in der Ukraine Volksabstimmungen, Minderheitenschutz, Abrüstung, Truppenabzug und gemeinsame Sicherheit fördern.

Ausbau von Institutionen der Kooperation Staat – Zivilgesellschaft: Institutionen im Sinne der zivilgesellschaftlichen Intervention, im weiteren Sinne auch gegen Terrorismus, sind bisher:

- der Zivile Friedensdienst (ZFD), finanziert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,[6] und
- die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt), „zivik" – ein Programm des Instituts für Auslandsbeziehungen *ifa* – zur Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im Ausland sowie das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) aus Mitteln des Auswärtigen Amtes
- die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF), finanziert ie aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Diese Institutionen reichen aber nicht aus, den Bedarf für eine „kohärente Außenpolitik als Friedenspolitik" zu decken. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen (2016) fordert deshalb die Schaffung eines „Nationalen Rates für Frieden und Nachhaltigkeit" für mehr Krisenprävention statt Konfliktnachsorge und für eine stärkere Beachtung der Menschenrechte in der deutschen Außenpolitik.

Erklärungen und Stellungnahmen zur Frage des Militäreinsatzes in *Syrien*, wie z.B. des EKD-Friedensbeauftragten Renke Brahms „Gewaltfreiheit hat Vorrang" vom 2.12.2015 und die Erklärung des Komitees für Grundrechte und Demokratie „Krieg darf nicht die Antwort auf Terror sein!" vom 30.11.2015. Der ehemalige Richter am Bundesverwaltungsgericht Dieter Deiseroth beurteilt die militärische Gewaltanwendung zur Bekämpfung von „individueller, organisierter oder terroristischer Kriminalität von Einzelnen oder privater Banden als völkerrechtlich unzulässig", ebenso „gezielte Tötungen (targeted killings)". Der US-Angriff auf *Afghanistan* im Oktober 2001 sei „mit Art. 2 Nr. 3 der VN-Charta unvereinbar, der völkerrechtlich verbindlich vorschreibt, dass alle Staaten ihre internationalen Streitigkeiten, also auch diejenigen über eine Auslieferung von Tatverdächtigen terroristischer Anschläge, ausschließlich durch friedliche Mittel beizulegen" haben. Die Voraussetzung für einen solchen Angriff nach Art. 51 VN-Charta, die Verantwortlichkeit Afghanistans für die Anschläge von 9/11, sei nicht erwiesen (Deiseroth 2014: 425).

3.2 | Peacemaking (Friedensschaffung, Friedensstiftung)

Frieden wird durch Verhandlungen geschaffen. Geringe Möglichkeiten dafür in Syrien sieht Zedoun Al-Zoubi (2016: 13ff.), Geschäftsführer der Union Syrischer Medizinischer Hilfsorganisationen. Seine Einschätzung ist, dass „große Lösungsansätze" in Syrien scheitern werden. Aussichtsreicher seien Waffenruhen Schritt

für Schritt auf örtlicher Ebene oder die einverständliche Sicherstellung von Infrastruktur, z. B. von Strom und Wasser, im gegenseitigen Austausch der streitenden Parteien, was Angriffe ausschließt. Die Zivilgesellschaft sei zwar nicht „repräsentativ", sie sollte aber in Verhandlungen einbezogen werden, weil sie über die örtlichen Verhältnisse informiert und am Schutz eines Krankenhauses stärker interessiert sei als Politiker.

3.3 | Peacekeeping (Friedenssicherung)

Ziviles Peacekeeping: „Menschen schützen ohne Waffen" ist als Alternative zur militärischen Friedenssicherung das Leitmotiv des zivilen Peacekeeping oder (deutsch) der „zivilen Friedenssicherung", eines neuen Instrumentes des Peacekeeping als Teil der zivilen Konfliktbearbeitung. In solchen Vorhaben schützen unbewaffnete ausgebildete Friedensfachkräfte die Zivilbevölkerung vor Gewalt in Konfliktgebieten und Kriegssituationen, auch in Situationen, die nach den von Friedrich Glasl definierten 9 Stufen der Konflikteskalation schon nicht mehr durch Drohstrategien gekennzeichnet sind, sondern durch begrenzte Vernichtungsschläge, Zersplitterung und der Tendenz „Gemeinsam in den Abgrund".

Ziviles Peacekeeping ist auch in sehr reduzierten Formen denkbar unter Bedingungen des Terrorismus. Geschützt werden sollen besonders bedrohte Gruppen vor Übergriffen (Geflüchtete, Frauen, Kinder oder ethnische Minderheiten). Aufgaben sind auch die Beobachtung von Waffenstillständen, der Aufbau von lokalen Systemen der Frühwarnung und der Kontrolle von Gerüchten und – ganz wichtig – die Schutzbegleitung von Menschenrechtsverteidigern. Ziviles Peacekeeping erbringt keine humanitäre Hilfe und keine Konfliktlösungen. Es konzentriert sich auf die Verminderung und Verhütung von aktueller Gewalt.

Ziviles Peacekeeping funktioniert insoweit, als „bewaffnete Akteure die Anwesenheit der PeacekeeperInnen anerkennen und sich, wenigstens zu einem gewissen Maße, über die Folgen ihres Tuns Gedanken machen. ... Bewaffnete Akteure, denen egal ist, wen sie töten, geben weder bewaffneten noch unbewaffneten PeacekeeperInnen nach." PeacekeeperInnen sind in der Konfliktregion „das Auge der Welt". Sie haben Erfolg, wenn es ihnen „gelingt, vertrauensvolle Beziehungen zu allen Konfliktparteien und zu den Menschen vor Ort aufzubauen". So hat der Austausch von Handy-Nummern mit Hilfe der Nonviolent Forces ein Wiederaufflammen von kriegerischen Handlungen zwischen der Regierung und der aufständischen MLF auf Mindanao/Philippinen verhindert (Schweitzer 2015:12). Organisationen, die ziviles Peacekeeping praktizieren, sind z.B. die Nonviolent Peaceforce (NP) mit Trainings in Beirut für humanitäres Engagement, die Peace Brigades International (PBI) in Kolumbien, die Christian Peacemaker Teams, das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) und das Forum Ziviler Friedensdienst (BSV 2016: 1-12).

3.4 | Peacebuilding (Friedenskonsolidierung)

Auch hier können aus der Vielzahl der Ansätze und Vorhaben nur einige genannt werden.

Proteste gegen Rüstungsexporte und Waffenhandel

Die deutschen Waffenexporte haben sich von 2014 auf 2015 auf 12,81 Mrd. Euro verdoppelt. Lieferungen gehen auch nach Saudi-Arabien, das sich direkt oder indirekt an Militäraktionen im Jemen und in und um Syrien beteiligt (Röder 2016: 4-5).

Förderung der Friedens- und Konfliktforschung

Die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung durch eine bessere Finanzierung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) z.B. zu Themen wie Gewalt- und Krisenprävention, Konfliktursachen, Gewaltdynamiken, europäische Friedens- und Sicherheitsordnung ist Gegenstand von anwaltschaftlicher Bemühungen nicht nur der Zivilgesellschaft.

4 | Fazit

Die Frage „Was kann die zivile Konfliktbearbeitung gegen Terrorismus ausrichten?" ist in Zusammenfassung des voranstehenden Textes in Thesen so zu beantworten:

1. Denkbar und realistisch ist ein Erfolg ziviler Konfliktbearbeitung gegen Terrorismus nur dann, wenn deren Grundlagen vollständig beachtet werden. Das ist erstens die ethische Grundlegung in der kohärenten Bekämpfung von Gewalt im Sinne der Gewaltfreiheit durch die Akteure der zivilen Konfliktbearbeitung und der Staaten, sei es nach der Maxime „Vorrang der Gewaltfreiheit" oder der grundsätzlichen Gewaltfreiheit. Zweitens ist entscheidend die Durchsetzung und Erhaltung von demokratischen Grundsätzen in Staaten und internationalen Zusammenschlüssen unter Respektierung der Menschenwürde und der Menschenrechte. Eine dritte Voraussetzung ist der Schutz und die Aufrechterhaltung der internationalen Rechtsordnung. An diesen Grundsätzen müssen die Akteure gegen Terrorismus festhalten, wollen sie sich nicht kompromittieren. Gespeist werden diese Grundlagen u.a. aus den leitenden Gedanken der Entstehung der zivilen Konfliktbearbeitung und den friedensethischen ökumenisch akzeptierten Erkenntnissen der Kirchen zum Leitbild des „gerechten Friedens".[7]

2. Der „Instrumentenkasten" der zivilen Konfliktbearbeitung ist, wie in Kapitel 3 ausgeführt, gut, aber institutionell und politisch noch nicht ausreichend ausgebaut. Der politische Wille dafür muss generiert werden.

3. Es gibt keine Sicherheit gegen Terrorismus. Frieden kann ohne Gewalt nur durch Demokratie geschaffen werden.

4. Zivile Konfliktbearbeitung wirkt mittel- und langfristig. Weil terroristische Attacken die Versuchung nähren, sofort und massiv mit militärischen Mitteln zu reagieren, die aber mittel- und langfristig erfolglos bleiben, kann sinnvoll unmittelbar auf nationaler und internationaler Ebene nur mit polizeilichen und humanitären gewaltfreien Mitteln reagiert werden. Der traditionelle Vorrang militärischer Mittel muss politisch noch überwunden werden. Völkerrechtlich zulässige Instrumente nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen sind bisher nicht eingesetzt worden. Die völkerrechtlich neue Vorstellung der „Schutzverantwortung" (responsibility to protect) z.B. gegen das Morden in Syrien ist nicht nutzbar, weil dieser Ansatz 2011 im Krieg gegen den Diktator Gaddafi zum Regime-Change missbraucht worden ist und die Vetomächte China und Russland sich gegen die Anwendung in Syrien ausgesprochen haben.

Ulrich Frey war 1972-2000 Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und langjährig im Sprecher/innenkreis der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. Er ist u.a. ehrenamtlich tätig zu Friedensfragen in der Evangelischen Kirche im Rheinland und publiziert zu Friedensethik und Friedenspolitik.

Kontakt: ulrich.frey@web.de

Anmerkungen

[1] Ute Finckh-Krämer hat 2016 im AphorismaA-Verlag herausgegeben: „Zivile Konfliktbearbeitung – ein Glossar"

[2] Unter dem Titel „Leitlinien Krisenmanagement und Friedensförderung" will die Bundesregierung unter Federführung des Auswärtigen Amtes bis zum Frühjahr 2017 ein neues Grundlagendokument für ihr internationales Krisenmanagement erarbeiten. Die „Leitlinien" sollen Grundsätze und Ziele klar benennen. Die Bundesregierung wird strategische Schwerpunkte setzen. Strukturen und Verfahren sollen reformiert werden. Die konkreten Inhalte der Leitlinien werden zwischen Juni und Anfang November 2016 mit dem Blog „PeaceLab2016 – Krisenprävention weiter denken" diskutiert. (http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Krisenpraevention/1_Grundlagen/Grundlagen_node.html, (Zugriff 23.11.2016). Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, Netzwerk der

Zivilgesellschaft zur Überwindung von Gewalt, und andere Organisationen haben im Oktober 2016 eine Veranstaltung zu den Leitlinien organisiert. (http://www.peacelab2016.de/peacelab2016/debatte/veranstaltung/article/veranstaltungsbericht-zivilgesellschaft-in-der-krisenpraevention-und-friedensfoerderung/ (Zugriff 23.11.2016)

[3] „Auch die Bundeswehr trägt zur Handlungsfähigkeit der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krisenbearbeitung bei. Dies betrifft neben robusten Einsätzen zur Krisenprävention, Krisenbewältigung und Krisennachsorge vor allem den Dialog und die Kooperation zur Förderung ziviler Krisenprävention. Militärische Ausbildungshilfe und die Entsendung von Militärischen Beratern haben zu beachtlichen Erfolgen bei der Reform von Streitkräften in den Partnerländern geführt." (Bundesregierung 2004: 60)

[4] Die Zeitschrift der Friedensbewegung „FriedensForum" der Friedenskooperative Bonn bringt in der Nr. 1/2016 unter dem Schwerpunkt „Islamischer Staat" eine Reihe von gut recherchierten Aufsätzen zum IS.

[5] „Die Teilnehmenden [syrische Aktivisten und deutsche Teilnehmende an dem Hintergrundgespräch] waren sich einig, dass die AktivistInnen die mit Abstand größten Repressionen in den vom IS und dem Assad-Regime kontrollierten Gebieten zu befürchten hätten. Die wenigen von ihnen, die in diesen Gegenden geblieben sind und weiterarbeiten, tun dies ausschließlich im Geheimen. Aufsehen erregten zuletzt Berichte von zivilen Protesten in der Provinz Idlib gegen die herrschenden islamistischen Gruppierungen aufgrund einer ungenügenden Versorgung mit Dienstleistungen und grassierender Korruption. Sie zeigten, dass der Geist der ursprünglichen Protestbewegung noch lebendig sei und auch gegenüber radikalen Gruppen zum Ausdruck gebracht würde, so der syrische Aktivist. Es bleibe abzuwarten, wie diese mit dem Aufbegehren umgehen würden und ob die Versorgung mit Dienstleistungen ein Druckmittel sein könne, um auch zukünftig von ziviler Seite auf diese Akteure Einfluss zu nehmen." (FriEnt 2015: 2)

[6] Seit 1999 haben 1.100 Fachkräfte des ZDF in mehr als 50 Ländern erfolgreich an friedlicher Konfliktbearbeitung durch Gewaltprävention und Friedensförderung mitgewirkt. Aktuell arbeiten rund 300 Fachkräfte in 43 Ländern. Das BMZ fördert den ZFD im Jahre 2016 mit rund 42 Mio. Euro. (ZFD 2016)

[7] Vgl. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Gerechter Friede, 2000; Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.), Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift. 2007; Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Terrorismus als ethische Herausforderung. Menschenwürde und Menschenrechte. 2011

Literatur

AG Friedensforschung 2016: http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Menschenrechte/folter-daschner.html (Zugriff 15.11.2016).

Adopt a Revolution 2014, 2015, 2016: Jahresbericht 2014. Leipzig: Adopt a Revolution; Friedensaufruf „Planet Syrien": https://www.adoptrevolution.org/planet-syrien/ (Zugriff 8.11.2016); Zeitungen „adopt a revolution", Winter 2014/2015, Winter 2015/2016.

Al-Nasani, Ali 2002: Menschenrechte im Islam, AI-Journal Januar 2002. Religion – Menschenrechte im Islam. http://www.amnesty.de/umleitung/2002/deu05/010 /(Zugriff 8.11.2016).

Al-Zoubi, Zedoun 2016: Mit einem Wort: „Verzweiflung". In: Magazin forumZFD Nr. 1/2016. Forum Ziviler Friedensdienst, Köln.

Aslan, Ednan 2015: Islamische Theologie fußt auf Gewalt, Generalanzeiger, 4.2.2015. Bonn.

Birckenbach, Hanne-Margret 2014: Friedenslogik und friedenslogische Politik. In: Wissenschaft und Frieden – Dossier 75, Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Theo-

retische Grundlagen und friedenspolitische Realisierung. Herausgegeben von der Informationsstelle Wissenschaft und Frieden in Zusammenarbeit mit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. Beilage der Zeitschrift Wissenschaft und Frieden 2/2014, S. 3-7.

Brock, Lothar und Schoch, Bruno 2002: Terrorismus. In: Friedensgutachten 2002, hgg. von Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/ Christoph Weller/Ulrich Ratsch/ Reinhard Mutz, S.33-42. Münster, Hamburg, London: LIT-Verlag.

Brock, Lothar 2004: Der erweiterte Sicherheitsbegriff: Keine Zauberformel für die Begründung ziviler Konfliktbearbeitung. In: Die Friedens-Warte, Band 79, Heft 3-4, 323-343, Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag.

BSV (Bund für soziale Verteidigung) 2016: Menschen schützen ohne Waffen: Ziviles Peacekeeping. Rundbrief Nr. 4/15 und 1/16, S. 1-12, Minden: BSV.

Bundesregierung 2000: Gesamtkonzept der Bundesregierung: Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung. https://www.google.de/search?q=Gesamtkonzept+der+Bundesregierung+Zivile+Krisenprävention&ie=utf-8&oe=u (Zugriff 20.11.2016).

Bundesregierung 2004: Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung. Bonn.

Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen 2016: Fraktionsbeschluss vom 18.10.2016. Grüne Eckpunkte für zivile Krisenprävention und Friedensförderung.https://www.gruene-bundestag.de/.../gruenebundestag.../fraktion/.../Krisenprävention (Zugriff 5.12.2016).

Bundesverfassungsgericht 2006: Urteil vom 15.2.2006, Aktenzeichen 1 BvR 357/05. http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2006/02/rs20060215_1bvr035705.html (Zugriff 25.11.2016).

Chenoweth, Erica/Stephan, Maria J. 2011: Why Civil Resistance Works – The Strategic Logic of Nonviolent Conflict. Columbia University Press. https://cup.columbia.edu/book/why-civil-resistance-works/9780231156820 (Zugriff 25.1.2016).

Debiel, Tobias/Sticht, Monika 2005: Entwicklungspolitik, Katastrophenhilfe und Konfliktbearbeitung. NGOs zwischen neuen Herausforderungen und schwieriger Profilsuche. In: NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen, hgg. von Brunnengräber, Achim/Klein, Ansgar/ Walk, Heike, S. 129-171. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung und Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Deutscher Bundestag 2016: Unterausschuss Zivile Krisenprävention am 17.10.2016: „Traditionelle Rezepte ziviler Konfliktbearbeitung sind gescheitert" https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw42-pa-krisenpraevention/473316 (Zugriff 7.12.2016).

DGVN (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen) 2016. UN und Terrorismus im Überblick. http://frieden-sichern.dgvn.de/terrorismus/un-und-terrorismus-ueberblick/ (Zugriff 2.11.2016).

Deiseroth, Dieter 2014: Das Friedensgebot des Grundgesetzes und der UN-Charta - ... und die Bundeswehr? www.ialana.de/files/pdf/.../Das_Friedensgebot_des_GG_-_DD_in_Lbeck.pdf (Zugriff 25.11.2016).

Dobstadt, Markus 2016: Frieden in Syrien – aber wie? Kirchen und Verbände machen Vorschläge für eine zivile Lösung dieses immer brutaleren Stellvertreterkrieges. In: Publik-Forum Dossier – Krieg ist keine Lösung. Alternativen zum Militär. Oberursel: Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH.

EKD (Kirchenamt der EKD) 2014: Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben – Nachhaltige Entwicklung braucht Global Governance. Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung. Hannover: Kirchenamt der EKD (Hrsg.).

EKD-Friedensbeauftragter 2015: Gewaltfreiheit hat Vorrang. Erklärung vom 2.12.2015. https://www.ekd.de/aktuell/edi_2015_12_02_kriegseinsatz.html (Zugriff 25.11.2016).

Finckh-Krämer, Ute 2016: Zivile Konfliktbearbeitung – Ein Glossar. Berlin: AphorismaA-Verlag.

Fischer, Martina 2016: Zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention – Politisch-ethi-

sche Kriterien zur Begründung. In: Handbuch Friedensethik, hgg. von Ines-Jacqueline Werkner/Klaus Ebeling, S. 867.979. Wiesbaden: Springer VS.

FriEnt Arbeitsgemeinschaft Entwicklung und Frieden 2015: Hintergrundgespräch: Ist ziviles Engagement in Syrien noch möglich? In: Impulse 11/2015. Bonn. https://www.frient.de/1/publications/document/?tx_ggfilelibrary_pi1%5Bcontainer%5D=432&tx_ggfilelibrary_pi1%5Baction%5D=show&cHash=83c9b32f0386d7a8119dbe67d78cb80a (Zugriff 5.12.2016).

Genfer Abkommen 1949: https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19770113/index.html (Zugriff 8.11.2016).

Hauswedell, Corinna 2014: Comprehensive Approach – ein Auslaufmodell? Die fragwürdige Geschichte erweiterter Sicherheit. In: Die Friedens-Warte. Band 89, Heft 3-4, 111-117. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag.

Heintze, Hans-Joachim 2004: Das Völkerrecht wird unterschätzt: internationale Antworten auf den internationalen Terrorismus". In: IP Internationale Politik und Gesellschaft/International Politics and Society, Heft 3, 38-60.

Huber, Wolfgang/Reuter, Hans-Richard 1990: Friedensethik. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer.

Jaberg, Sabine 2016: Frieden und Sicherheit. In Handbuch Friedensethik, Hrsg. Ines-Jacqueline Werkner und Klaus Ebeling, 43-53. Wiesbaden: Springer VS.

Komitee für Grundrechte und Demokratie 2015: Krieg darf nicht die Antwort auf Terror sein. http://www.grundrechtekomitee.de/node/731 (Zugriff 25.11.2016).

NATO 1999: Neues strategisches Konzept. http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065d.htm (Zugriff 2.11.2016).

Prinz, Janosch/Schetter, Conrad 2014: Das Ende der Souveränität? - Über die Entstehung neuer Gewalträume im Krieg gegen den Terrorismus. In: Die Friedens-Warte. Band 89, Heft 3-4, 91-110. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag.

Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland 2007: Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

Riedel, Eibe 1999: Der internationale Menschenrechtsschutz. Eine Einführung. In: Menschenrechte-Dokumente und Deklarationen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Röder, Bettina 2016: Der Wind hat sich gedreht. Wie sich Deutschlands Sicherheits- und Friedenspolitik ändert – und was dagegen zusetzen ist. In: Publik-Forum Dossier – Krieg ist keine Lösung. Alternativen zum Militär. Oberursel: Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH.

Schweitzer, Christine 2009: Erfolgreich gewaltfrei. Professionelle Praxis in ziviler Friedensförderung. Ifa Studien. Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen e.V.

Schweitzer, Christine 2015: Uniformiert, aber unbewaffnet. Ziviles Peackeeping rettet Leben im Krieg. In: Magazin forumZDF, Nr. IV/2015. Forum Ziviler Friedensdienst, Köln.

Schweitzer, Christine 2016: Frieden für Syrien? Eine Argumentationshilfe. http://www.soziale-verteidigung.de/material/info-materialien/detail/?tt_products (Zugriff 25.11.2016).

Schweitzer, Christine 2016a: Gewaltfreie Optionen in der Auseinandersetzung mit dem Islamischen Staat. In: Gewaltfrei konkret. Februar 2016. Info-Blatt von Gewaltfrei handeln. http://www.gewaltfreihandeln.org/index.php/vernetzung-begleitung/gewaltfrei-konkret/25-vernetzung/99-gewaltfrei-konkret-2 (Zugriff 25.11.2016).

Schweitzer, Christine/Wanie, Renate 2016. Den IS ohne Gewalt stoppen? In: FriedensForum, „Islamischer Staat", Nr. 1/2016, Bonn: Friedenskooperative.

Sekretariat der Deutschen Bischöfe (Hrsg.) 2000: Gerechter Friede. Die deutschen Bischöfe. Nr. 66. Bonn.

Sekretariat der Deutschen Bischöfe (Hrsg.) 2011: Terrorismus als ethische Herausforderung. Menschenwürde und Menschenrechte. Die deutschen Bischöfe. Nr. 94. 65 Seiten. Bonn.

Senghaas, Dieter 1997: Vorbemerkung zur Veröffentlichung der Tagungsdokumentation. In: Wodurch und wie konstituiert sich Frieden? Das zivilisatorische Hexagon auf dem Prüf-

stand. Loccumer Protokolle 74/96, hgg. von Jörg Calließ, Loccum: Evangelische Akademie.

Steinbicker, Otmar 2016: Alternativen zur militärischen Bekämpfung des IS. In: Friedens-Forum, „Islamischer Staat" Nr.1/2016, Bonn: Friedenskooperative

Stephan, Maria J. 2016: Gerechten Frieden fördern mit strategisch geplanter gewaltfreier Aktion. In: pax christi-Konferenz in Rom – Gewaltlosigkeit und Gerechter Friede. pax christi Internationale Katholische Friedensbewegung. Impulse 34, Hrsg. pax christi Bewegung – Deutsche Sektion, 10-17. Berlin.

Ulbert, Cornelia/Werthes, Sascha (Hrsg.) 2008: Menschliche Sicherheit. Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven. Baden-Baden: Nomos.

VENRO (Verband Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen) 2004: Stellungnahme zum „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" der Bundesregierung. Bonn. www.venro.org/fileadmin/Publikationen/.../Stellungnahme%20Aktionsplan.PDF (Zugriff 8.1.2016).

VN-Generalversammlung 2004: A more secure world: Our shared responsibility, Report of the Secretary-General's High-level Panel on Threats, Challenges and Change. UN Doc A/59/565(02.12.2004), zitiert nach Patrick Rosenow, Terrorismusbekämpfung der Vereinten Nationen seit dem 11. September 2001. In: Die Friedens-Warte 2011, Band 86, Heft 3-4. S. 15-51: Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag.

VN-Generalversammlung 2006. Weltweite Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus. Resolution 60/288 vom 8.9.2006, https://www.unric.org/de/frieden-und-sicherheit/69 (Zugriff 2.11.2016).

Weller, Christoph/Kirschner, Andrea 2005: Zivile Konfliktbearbeitung – Allheilmittel oder Leerformel?, In: ipg 4/2005, S.1-29.

ZFD 2016: Pressemeldung 17 Jahre für eine Welt ohne Gewalt, http://www.presseportal.de/pm/76543/3485846 (Zugriff 23.11.2016).

Zumach, Andreas 2016: Verhandeln mit dem IS? Die Terrormiliz hat keine politische Forderung, die anschlussfähig wäre. In: ipg. http://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/verhandeln-mit-dem-is-1276/ (Zugriff 25.11.2016).

120 islamische Gelehrte 2014: Offener Brief von 120 islamischen Gelehrten an Abu Bakr al-Bagdadi und die Kämpfer und Anhänger des selbsternannten „Islamischen Staates". http://madrasah.de/leseecke/islam-allgemein/offener-brief-al-baghdadi-und-isis (Zugriff 8.11.2016).

Paris ist ein guter Anfang – aber es muss mehr getan werden

Naomi Klein

Anmerkung der Redaktion: Der folgende Artikel ist am 22. April 2016 erstmals in der Zeitschrift Boston Globe unter dem englischen Titel „Paris is a good start – but more most be done" erschienen:

Stellt euch auf ein paar mächtige Umarmungen ein. Am Freitag treffen sich etwa 60 Staats- und Regierungschefs im Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York, um offiziell den als Übereinkommen von Paris bekannten Klimapakt zu unterzeichnen.

Als dieser im vergangenen Dezember in Paris öffentlich vorgestellt wurde, waren die Schlagzeilen voller Euphorie. Ein „großer Sprung für die Menschheit", lautete eine. Eine andere verkündete, dass der Pakt das „Ende der Ära fossiler Energien" einläute.

Aber es gab auch abweichende Stimmen: James Hansen, wohl der renommierteste Klimawissenschaftler der Welt, bezeichnete das Übereinkommen als einen „regelrechten Schwindel, eine Mogelpackung" weil es „kein Handeln, nur Versprechen beinhaltet". Und in Paris gingen Tausende Klimaaktivist_innen auf die Straße, um gegen ein Abkommen zu protestieren, das ihnen zufolge so schwach ist, dass die Erderwärmung auf ein katastrophales Niveau ansteigen würde.

Wer hat also recht? Ist das Übereinkommen von Paris ein historischer politischer Durchbruch oder ist es eine potentielle Umweltkatastrophe?

Das Abkommen spiegelt in der Tat einen erheblichen diplomatischen Fortschritt wider, denn die Vereinigten Staaten und China zeigen nicht mehr mit dem Finger aufeinander, sondern arbeiten zusammen, um für das Übereinkommen einzutreten. Alle größeren Emittenten, auch Schwellenländer, verpflichten sich zum Handeln, wenngleich das Abkommen Länder, die seit über einem Jahrhundert maßgeblich zur Verschmutzung beigetragen haben, anweist, ihre Emissionen schneller zu senken.

Das Abkommen fixiert auch eine höchst ehrgeizige Zielvorgabe: die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius zu halten und gleichzeitig „Anstrengungen zu unternehmen, den Temperaturanstieg auf 1,5 °C zu begrenzen". (Das ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass wir den Planeten schon um ungefähr 1 Grad Celsius erwärmt haben, seit der Mensch angefangen hat, Kohle in industriellem Maßstab zu verbrennen.)

Mit diesem 1,5°C-Ziel ist ein wirklich großer Wurf gelungen. Tief liegende Inselstaaten kamen nach Paris mit der Warnung, dass ihre alten Kulturen dem Schicksal überlassen würden, in den Wellen zu versinken, wenn diese Zahl nicht in das Abkommen aufgenommen würde. Viele im Pariser Kongresszentrum skandierten den Slogan „1.5 to stay alive" („1,5 um zu überleben"), und das fasst ziemlich gut zusammen, was hinter dem ganzen Jargon der Vereinten Nationen menschlich auf dem Spiel steht.

Das Temperaturziel ist auch der Grund für diese übertriebenen Schlagzeilen, die verkündeten, das Abkommen läute das Ende der Ära fossiler Energien ein. Sogar ein 2-Grad-Ziel bedeutet, dass der überwiegende Teil der bekannten fossilen Energieträger in der Erde bleiben muss. Und im Fall von besonders schmutzigen Formen, wie dem Teersand in Alberta, muss ungefähr 85 Prozent ungenutzt bleiben. In einer 2-Grad-

Welt wird einfach kein Platz dafür sein, die Abhängigkeit von diesen Energiequellen zu vergrößern.

Diese kühnen Ziele sind der Grund, warum viele zutiefst über den Klimawandel besorgte Menschen in Paris in Jubel ausgebrochen sind – und das am Freitag wieder tun werden.

Aber es gibt auch gute Gründe, warum einige von uns nichts dergleichen tun werden: Das Pariser Abkommen enthält keinerlei Plan zur Erreichung seiner kühnen Temperaturziele. Im Gegenteil, unsere Regierungen haben in Paris einen Plan vorgelegt, den Planeten um das Doppelte zu erwärmen.

Seltsamerweise ist das keine strittige Aussage: Wenn wir alle Pläne zur Emissionsverringerung zusammennehmen, die von Regierungen nach Paris mitgebracht wurden, so befinden wir uns damit auf dem besten Weg, den Planeten nicht um 1,5-2 Grad Celsius zu erwärmen, sondern um 3-4 Grad, laut vielen Analytiker_innen, darunter auch Kevin Anderson, stellvertretender Direktor des Tyndall Centre for Climate Change Research. Und das ist ein ernstes Problem, denn Anderson beschreibt 4 Grad Erderwärmung unverblümt als „unvereinbar mit jeder vernünftigen Charakterisierung einer organisierten, fairen und zivilisierten globalen Gemeinschaft."

Im Wesentlichen haben unsere Regierungen also der Welt gesagt: „Wir wissen was zu tun ist, damit wir alle sicher sind – und wir sind bereit, ungefähr die Hälfte davon zu tun." Der Text des Pariser Abkommens erkennt sogar an, dass eine ihm zufolge „erhebliche Kluft" besteht zwischen den konkreten Verpflichtungen, die die Länder mit nach Paris gebracht haben, und dem erklärten Ziel des Abkommens. Der Text nimmt diese Kluft zwischen den physischen Realitäten und den politischen Realitäten mit „ernster Sorge" zur Kenntnis.

Das hilft die vielen Widersprüche zu erklären, die seit der Aushandlung des Abkommens aufgekommen sind. Widersprüche wie zum Beispiel, dass die neue kanadische Regierung, die in Paris lautstark für das 1,5-Grad-Ziel eingetreten ist, nach Hause kommt und dann aggressiv den Bau neuer Pipelines vorantreibt, die Öl aus dem Teersand in Alberta befördern. Also Kohlenstoff, von dem wir wissen, dass er im Boden bleiben muss.

Oder Exxon, die im Januar einen Bericht herausgab, in dem es heißt: „Wir gehen davon aus, dass Öl, Erdgas und Kohle [von heute bis zum Jahr 2040] weiterhin rund 80 Prozent der globalen Nachfrage decken werden". Was befremdlich ist, denn um gute Aussichten zu haben, die Erderwärmung unter 1,5-2 Grad zu halten, muss die globale Wirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts fast vollständig auf fossile Brennstoffe verzichten.

In der Zwischenzeit sind die neusten Klimameldungen – noch nie eine heitere Lektüre – noch viel schlimmer geworden. Wir befinden uns inmitten einer Korallenbleiche historischen Ausmaßes, große Teile des Australischen Great Barrier Reef sind jetzt gespenstisch weiß. (Korallenriffs sind unerlässlich für die Aufrechterhaltung des Meereslebens.) Im März haben zwei größere Peer-Review-Studien davor gewarnt, dass der Anstieg des Meeresspiegels viel schneller vonstatten gehen könnte als zuvor geglaubt.

James Hansen, der eine davon mitverfasst hat, warnte, dass bei Ausbleiben drastischer Emissionskürzungen der „Verlust aller Küstenstädte, der Mehrzahl der Großstädte der Welt und ihrer gesamten Geschichte" drohe, mit einem katastrophalen Anstieg des Meeresspiegels schon in diesem Jahrhundert.

„Wir können so nicht weitermachen, einfach zu hoffen, dass die Emissionen sinken werden, wir werden tatsächlich Maßnahmen ergreifen müssen" sagte Hansen bei der Veröffentlichung der Studie.

Deshalb tun die Klimaaktivist_innen von heute das, was ihre Regierungen sich weigern zu tun: es direkt mit der Macht der fossilen Energielobby aufzunehmen. Studierende fordern, dass ihre Lehranstalten aus Investitionen in fossilen Energien aussteigen, ganze Gemeinschaften kommen zusammen, um neue fossile Energieprojekte zu stoppen, und junge Aktivist_innen prangern Politiker_innen an, wenn diese im Wahlkampf Geld annehmen, das aus fossilen Energien stammt.

Viele in der politischen Klasse haben diese Ereignisse überrascht. Schließlich wurden noch vor wenigen Jahren neue Pipelines durchgewunken, und alle haben aus fossiler Energie finanzierte Spenden angenommen. Die politische Kultur ist offensichtlich im Wandel begriffen, und das schneller, als Expert_innen es verfolgen können – ganz wie unser Klima.

Angesichts der im Übereinkommen von Paris anerkannten „erheblichen Kluft" zwischen den physischen Realitäten und den politischen Realitäten ist dieser Wandel eine seltene gute Nachricht für das Klima.

Naomi Klein ist die Autorin von „Die Entscheidung: Klima vs. Kapitalismus" und ist Vorstandsmitglied von 350.org.

Übersetzung von *Felix Pahl* und *Laura Appeltshauser*.

Ende Gelände: Anti-Kohle-Proteste in Deutschland

Hendrik Sander

1 | Einleitung

Ende 2015 hat sich die internationale Staatengemeinschaft bei der UN-Klimakonferenz in Paris vertraglich darauf geeinigt, die globale Erwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Zu der Frage, wie dieses Ziel erreicht werden soll, gibt der „Paris Vertrag" jedoch kaum konkrete Hinweise. Die Verantwortung für die Umsetzung des Vertrages und die Erreichung des 1,5 Grad Ziels liegt in den Händen der einzelnen Staaten. Um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, muss auch Deutschland seine Treibhausgasemissionen stark reduzieren, vor allem im Energiesektor.

In den vergangenen Jahren ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch zwar stark angestiegen. 2015 betrug ihr Anteil gut 30 Prozent, 2000 lag dieser Anteil noch bei rund sechs Prozent[1]. Inwiefern der Trend zur Ausweitung der erneuerbaren Energien auch in Zukunft anhält, ist derzeit offen. 2014 hat die deutsche Bundesregierung das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das diesen Anstieg erst ermöglichte, mit dem Ziel stark reformiert, die erneuerbaren Energien auszubremsen und den Konzernen den Einstieg in diesen Markt zu erleichtern. Darüber hinaus hatten Braun- und Steinkohle mit insgesamt 42,3 Prozent im Jahr 2015 auch weiterhin einen hohen Anteil an der Stromerzeugung[2]. Um dem Paris-Ziel gerecht zu werden, müsste Deutschland jedoch bis spätestens 2025 aus der Stromgewinnung aus Kohle aussteigen (Greenpeace 2016).

Um diesen Ausstieg aus der Kohle wird seit einigen Jahren gesellschaftlich gestritten. Während Energieunternehmen, Stadtwerke und Gewerkschaften insbesondere mittels Lobbying versuchen, den Weiterbetrieb der Kohlekraftwerke politisch zu sichern, gelingt es traditionellen Akteuren der Umweltbewegung (Umweltverbände, Bürgerinitiativen) zunehmend weniger, mittels bekannter Strategien (Demonstrationen, Petitionen, Kampagnen) ihre Forderungen durchzusetzen. Weder konnte die Reform des EEG verhindert, noch ein beschleunigter Kohleausstieg auf die politische Agenda gesetzt werden.

Erst mit dem Aufkommen der Klimagerechtigkeitsbewegung und insbesondere der Kampagne „Ende Gelände", die in den vergangenen Jahren mit medienwirksamen Aktionen (z.B. Grubenbesetzungen) auf sich aufmerksam machte, erhalten Forderungen nach einer sozial-ökologisch gerechten Energiewende und einem schnellen Ausstieg aus der Kohleförderung in Deutschland neue politische und öffentliche Aufmerksamkeit. Im vorliegenden Artikel gehe

ich der Frage nach, welches die spezifischen Entstehungsbedingungen von Ende Gelände waren und wie die Kampagne auf dieser Grundlage eine gesellschaftliche Wirkung entfalten konnte. Welchen Einfluss hatten die speziellen politischen Rahmenbedingungen auf die Entstehung der Kampagne? Durch welche bewegungsinternen Prozesse konnte sie sich erfolgreich als Bewegungsakteur formieren? Wie konnte sie in die gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Zukunft der Kohle intervenieren? Worin lag ihr spezieller Beitrag, einen Kohleausstieg politisch voranzubringen?

Für eine Definition von sozialen Bewegungen beziehe ich mich auf Mark Herkenrath, der sich wiederum stark an Joachim Raschke orientiert. Demnach werden soziale Bewegungen als soziale Netzwerke definiert, „welche i) sich selbst als Gruppe begreifen, ii) das Ziel verfolgen, grundlegenden sozialen Wandel zu bewirken, zu verhindern oder umzukehren und iii) deren Kollektiv eine geringe interne Rollenspezifikation aufweist" (Herkenrath 2011: 25).

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: Zunächst skizziere ich die Entstehung und Dynamik der Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland seit 2007, aus der heraus die Kampagne Ende Gelände hervorgegangen ist. Aus der Perspektive unterschiedlicher Ansätze der Bewegungsforschung erkläre ich anschließend die kontextspezifischen Entstehungsgründe und Wirkungen der Kampagne. Im Fazit formuliere ich zusammenfassend eine Antwort auf die zentralen Forschungsfragen.

Die diesem Artikel zu Grunde liegenden empirischen Daten wurden im Rahmen einer Studie über die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland erhoben, die ich im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2015 erstellt habe (Sander 2016c). Das methodische Vorgehen ist qualitativ und umfasst eine Inhaltsanalyse von themenrelevanten Zeitschriftenartikeln und Strategiepapieren von wesentlichen Klima-Gruppen sowie dreizehn Expert_inneninterviews mit Personen, die überwiegend selbst in der Anti-Kohle-Bewegung in Deutschland aktiv sind. Die Interviews wurden im Herbst 2015 in den Städten Berlin und Bonn von mir geführt.

2 | Die deutsche Klimagerechtigkeitsbewegung

Eine Klimagerechtigkeitsbewegung bildete sich in Deutschland nach dem G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm heraus. Ausgangspunkt war die Beobachtung einiger globalisierungskritischer Aktivist_innen, dass es der Bundesregierung und Kanzlerin Angela Merkel gelungen war, die erodierende Legitimation der G8-Treffen durch eine scheinbare Bearbeitung des Klimaproblems zu erneuern. So konnte sie sich gegenüber den Medien erfolgreich als Retterin des Klimas darstellen, obwohl der Gipfel nur allgemeine und unverbindliche Erklärungen zum internationalen Klimaschutz anbot (Passadakis/Müller 2007).

Für die Entwicklung einer eigenständigen kapitalismuskritischen Position in der Klimafrage und die Identifizierung von Ansatzpunkten, um wesentliche Verursacher_innen der globalen Erwärmung direkt zu adressieren, begannen verschiedene Aktivist_innen und Gruppen ein graswurzelorientiertes Klima-Netzwerk aufzubauen (AntiRassismusBüro Bremen 2007). Die Gruppen bezogen sich hierbei vor allem auf die britische Klimagerechtigkeitsbewegung und die Strategie der *Camps for Climate Action* (Frenzel 2011). Der erste praktische Ausdruck dieser Vernetzung war das „Klima- und Antirassismuscamp" im Sommer 2008 in Hamburg. Obwohl eine versuchte Besetzung des sich damals im Bau befindlichen Kohlekraftwerks Moorburg misslang, wird das Camp als ein wichtiger Schritt beim Aufbau einer deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung interpretiert (Koburger/Doria 2008).

Dieser Prozess war nicht auf die nationale Ebene beschränkt, sondern war zugleich eingebettet in die Formierung einer neuen Klimagerechtigkeitsbewegung auf internationaler Ebene, die sich in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre formierte (Brunnengräber 2013; Garrelts/Dietz 2013; Dietz 2013). Als *frame* (s.u.) der neuen Bewegung firmierte der Begriff der *Klimage-*

rechtigkeit, der impliziert, dass die Lösung der Klimakrise nicht nur die Entwicklung passender Technologien und Politiken erfordere, sondern eine grundlegende Veränderung der sozial und ökologisch ungerecht organisierten Weltwirtschaft und -gesellschaft (della Porta/Parks 2013).

Unter Verwendung der Definition von Herkenrath (s. o.) lässt sich in Deutschland bereits seit 2008 von einer eigenständigen Klimagerechtigkeitsbewegung sprechen (ähnlich Kössler 2013). Denn die Akteure begriffen sich selbst als Gruppe bzw. als Bewegung, sie orientierten sich darauf, die sozial-ökologischen Gefahren des Klimawandels abzuwenden und eine klimagerechte Gesellschaft voranzutreiben, und sie wiesen eine geringe interne Rollendifferenzierung auf. An der Bewegung waren von Anfang an größere Bewegungsorganisationen wie Attac, die Interventionistische Linke und die Bundeskoordination Internationalismus beteiligt. Hinzu kamen auf das Klimathema fokussierte Aktionsgruppen wie beispielsweise „Gegenstrom Berlin" oder „Klimagerechtigkeit Leipzig", später auch AusgeCO2hlt. Ferner spielten sogenannte öko-anarchistische Aktivist_innen eine große Rolle, die sich in der Regel jedoch nicht in Gruppen organisieren. Seit ihren Anfängen hatte die Bewegung immer ein zentrales Netzwerk, in dem sie sich austauschte und gemeinsame Strategien verabredete. Zunächst übernahm das „Klima!-Bewegungsnetzwerk" diese Funktion, später „Energiekämpfe in Bewegung".

2009 konzentrierte sich die Bewegung auf die Mobilisierung zur UN-Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen. Die Aktivistinnen weckten die Erwartung, dass Kopenhagen zum Geburtsort einer globalen Klimagerechtigkeitsbewegung werden könnte (Bedall 2014). Schließlich bewahrheitete sich keine der beiden Prognosen. Obwohl der offizielle Verhandlungsmarathon weitgehend ergebnislos endete, konnten die Bewegungsgruppen ihre Alternativen nicht wirksam in die Öffentlichkeit bringen. Vor allem konnte die versuchte Besetzung des UNFCCC-Tagungsgeländes weder der Öffentlichkeit noch den beteiligten Aktivist_nnen das Gefühl vermitteln, damit tatsächlich eine Alternative zur vorherrschenden Klimapolitik zu verkörpern, da dort der Klimawandel nicht effektiv zu adressieren war (Avanti – Projekt undogmatische Linke 2010).

Aufgrund der enttäuschenden Ergebnisse der Gipfelproteste in Kopenhagen geriet die deutsche Klimagerechtigkeitsbewegung in eine Krise. Eine Reihe von Gruppen wandte sich wieder anderen Themen zu oder löste sich ganz auf. Die verbliebenen und neu hinzu gekommenen Gruppen und Einzelaktivist_innen lehnten es ab, sich fortan an der Klimagipfeldiplomatie abzuarbeiten, sondern schlugen vor, sich lokalen und regionalen Themen der Klimagerechtigkeit zuzuwenden, in denen sie eine politische Wirksamkeit entfalten und konkrete Alternativen entwickeln könnten (Klima!Bewegungsnetzwerk 2010). Als neues *frame* (s.u.) dieser Bewegungsphase diente der Begriff der *Energiedemokratie*, der eine Hinwendung zu *Energiekämpfen* implizierte. Die Gruppe *Gegenstrom Berlin* brachte die neue Orientierung auf den Punkt: „Die einigende Klammer einer solchen Bewegung ist der Kampf für Energiedemokratie. Demokratie heißt, die Entscheidungen, die unser aller Leben prägen, gemeinsam und ohne Profitzwang treffen zu können" (Gegenstrom Berlin 2011).

In dieser Zeit kristallisierten sich zwei unterschiedliche Ansätze bzw. „Arme" der Klimagerechtigkeitsbewegung heraus. Die eine Richtung, die ich als *sozial-ökologischen* Bewegungsarm bezeichne, setzte sich zum Ziel, vor allem in den Städten konkrete Beispielprojekte durchzusetzen, die soziale und ökologische Gerechtigkeit miteinander verbinden, um jenseits der bewegungsaffinen Milieus, die für einen tiefgreifenden Umbau der Industriegesellschaft relativ offen sind, um potenzielle Mehrheiten für eine Transformation zu einer klimagerechten Gesellschaft zu werben (Sander 2016b). Beispiele hierfür sind die in mehreren Städten (Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Tübingen) entwickelten Kampagnen für einen kostenfreien öffentlichen Nahverkehr. In Berlin und Hamburg starteten breite Klimabündnisse Volksbegehren, um die städtische Stromversorgung zu rekommunalisieren und zu demokra-

tisieren. Im Mittelpunkt dieser Kampagnen standen nicht nur Eigentums-, Demokratie- und Klimafragen, sondern auch die soziale Frage. So thematisierten die Kampagnen in beiden Städten das Problem der Energiearmut und forderten, das Abklemmen der Stromversorgung bei nicht bezahlten Stromrechnungen zu verbieten (Becker et al. 2015; Blanchet 2015).

Eine zweite Richtung, die ich als *global-ökologischen* Arm der Bewegung bezeichne und der im Folgenden im Zentrum der Analyse steht, setzte sich die schnelle und massive Reduktion der Treibhausgasemissionen im globalen Norden zum Ziel. In ihren Mobilisierungen adressieren Gruppen wie AusgeCO2hlt, Gegenstrom Berlin oder Gegenstrom Hamburg vor allem den fossilistischen Kapitalismus und die so genannten *Carbon Majors*, Industrie- und Energieunternehmen mit hohen CO_2-Emissionen. Gefordert wird ein radikaler Wandel in Produktion, Konsum und Energieerzeugung sowie, Öl, Kohle und Gas im Boden zu belassen. In Deutschland geriet bald die Braunkohleindustrie ins Visier der global-ökologisch orientierten Klimagruppen.

Der Braunkohletagebau im Rheinland und in der Lausitz ist verantwortlich für die Zerstörung regionaler Ökosysteme und die zwangsweise Umsiedlung ganzer Dörfer. In der Lausitz mussten in den letzten 80 Jahren mehr als 30.000 Menschen einem Tagebau weichen. 136 Dörfer verschwanden ganz oder teilweise von der Landkarte. Für die Tagebaue Welzow-Süd II, Nochten II und Jänschwalde Nord läuft gegenwärtig das Planverfahren. Werden sie tatsächlich aufgeschlossen, würden zehn Orte von den Kohlebaggern zerstört und über 3.000 Menschen würden umgesiedelt. Die Kohleindustrie in der Lausitz wurde lange vom schwedischen Stromkonzern Vattenfall kontrolliert, bis er alle seine Braunkohlekraftwerke und -tagebaue in Brandenburg und Sachsen im Jahre 2016 an den tschechischen Investor EPH verkaufte. Dort produzieren fünf Tagebaue jedes Jahr etwa 60 Millionen Tonnen Braunkohle. Das Kraftwerk Jänschwalde zählt zu den größten Braunkohlemeilern in Deutschland und setzte im Jahre 2013 über 25 Millionen Tonnen CO_2 frei. Im Rheinland werden Abbau und Verstromung der Braunkohle von RWE,

der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, kontrolliert. Im Jahre 2013 wurden 98,6 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Die Verstromung der Kohle im Rheinländischen Revier ist allein für etwa 10 Prozent der jährlichen deutschen Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Schon seit Jahrzehnten hatten Umweltverbände und lokale Bürgerinitiativen mit begrenztem Erfolg gegen die Tagebaue in diesen beiden Kohlerevieren protestiert. Im Rheinland organisieren radikale Klimagruppen seit 2010 jährlich Klimacamps. Die Teilnehmer_innen diskutieren in Workshops über die Zusammenhänge der Klima- und Energiepolitik, probieren praktische Alternativen aus und führen nicht zuletzt immer wieder Aktionen gegen die Infrastruktur der Kohlewirtschaft durch. Dabei suchten sie das Gespräch mit der lokalen Bevölkerung, konzentrierten sich aber vor allem auf die eigenen Aktionen. Im Jahre 2011 begannen zudem anarchistische Aktivist_innen Bäume im Hambacher Forst zu besetzen, der Jahr um Jahr weiter für den nahen Tagebau zerstört wird (Stötzel 2012; AusgeCO2hlt 2013). Auch in der Lausitz schlagen seit 2011 Kohlegegner_innen jährlich ihre Zelte auf, um gegen den Abbau von Braunkohle durch Vattenfall in der Region aktiv zu werden. Das Lausitzer Klima- und Energiecamp legt besonderen Wert auf die Einbindung der lokalen Bevölkerung und der aktiven Klimaschützer_innen vor Ort. Konnte es sich dadurch als feste Institution des regionalen Kohlewiderstands etablieren, blieben ähnlich konfrontative Aktionen wie im Rheinland (Blockaden von Kohlezügen, Baumbesetzungen) weitgehend aus. In den Jahren 2013 und 2014 führten mehrere zunächst getrennte Prozesse dazu, dass sich immer mehr Akteure der Klima- und Umweltbewegung auf die Frage des Kohleausstiegs konzentrierten und sich schließlich in der Kampagne *Ende Gelände*[3] zusammenschlossen. Dadurch gewann endgültig eine neue Anti-Kohle-Bewegung Gestalt, die sich durch die vorhergehenden Proteste entwickelt hatte und als Teil der Klimabewegung im weiteren Sinne zu verstehen ist.

3 | Ende Gelände

Sozial-ökologisch orientierte Gruppen, wachstumskritische Initiativen sowie gemäßigte Umwelt-Verbände und NGOs verständigten sich Ende 2014 gemeinsam mit den Aktionsgruppen, die auf die Kohlefrage fokussieren (v.a. AusgeCO2hlt, Gegenstrom Berlin), darauf, eine öffentlichkeitswirksame Aktion des zivilen Ungehorsams gegen die Braunkohleindustrie zu organisieren. Die Sprecher_innen der Kampagne haben von Beginn an öffentlich erklärt, dass viele Menschen sich über die Gesetze hinwegsetzen werden und sich vor die Kohlebagger in einem Braunkohletagebau stellen werden, um damit ein deutliches Zeichen gegen diese Industrie zu setzen und auf einen kurzfristigen Kohleausstieg zu drängen. Damit konnten sie bereits vor dem Beginn der Aktion eine große Medienaufmerksamkeit auf sich ziehen. Der Name der Kampagne stammt von der umgangssprachlichen Redewendung „Ende Gelände“, der besagt, das mit etwas Schluss ist. Im konkreten Fall war die Botschaft, dass die Kohlebagger bei der Zerstörung des Geländes gestoppt und die ökologische Belastung der Erde durch die fossile Industrie beendet werden sollen.

Vom 7. bis 17. August 2015 fand nahe dem rheinländischen Erkelenz ein Klimacamp statt. Am 15. August gelang es über 1.000 Aktivist_innen die Polizeiketten zu durchfließen und die Kohlebagger und Förderbänder des Tagebaus Garzweiler II für einen Tag zum Stillstand zu bringen. Die Organisator_innen werteten die Aktion als großen Erfolg und beschlossen, die Kampagne im Frühjahr 2016 in der Lausitz fortzusetzen. Ein wichtiger Anlass war, dass Vattenfall plante, sein dortiges Braunkohlegeschäft an den tschechischen Investor EPH zu verkaufen (s.o.). Klimaschützer_innen werfen Vattenfall vor, sich damit aus der Verantwortung für einen zügigen und sozial verträglichen Kohleausstieg zu stehlen. Nahe dem von der Abbaggerung bedrohten Ort Proschim schlugen die Kohlegegner_innen an den Pfingsttagen 2016 erneut ihre Zelte auf. Dieses Mal blockierten über 4.000 Menschen den Tagebau Welzow Süd

und die Versorgungsgleise zum benachbarten Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe für mehrere Tage. Weil dem Kraftwerk die Kohle ausging, musste es auf Notbetrieb herunter geregelt werden. Der Verkauf an EPH wurde inzwischen trotz der starken Proteste abgeschlossen.

4 | Eine Bewegungsanalyse der Kampagne

Im Folgenden soll die Kampagne Ende Gelände genauer analysiert werden. Verschiedene Ansätze der Bewegungsforschung können helfen, ihre Entstehung und Entwicklung zu erklären.

Mit dem Ansatz der *political opportunity structures* lässt sich feststellen, dass das Verhältnis des politischen Systems gegenüber den Anliegen der Anti-Kohle-Bewegung als halboffen bezeichnet werden kann, was die Entstehung einer Kampagne wie Ende Gelände begünstigte. Eine These dieses Ansatzes ist, dass es dann zur Herausbildung von sozialen Bewegungen kommt, wenn politische Systeme weder vollkommen autoritär noch vollständig offen für alle gesellschaftlichen Anliegen seien. In diesem Fall seien Protestaktionen einerseits erforderlich, andererseits aber auch erfolgversprechend, um die gewünschten politischen Veränderungen zu erreichen (Kitschelt 1986; Tarrow 1998). Damit in Zusammenhang steht eine weitere These dieses Ansatzes, dass die Bewegung von einem Dissens innerhalb der Eliten in der sie betreffenden Frage profitieren kann, da sie unter diesen Bedingungen einfacher in der Lage ist, einerseits machtvolle Unterstützer_innen zu gewinnen und andererseits die Einheit der Gegenkräfte zu schwächen.

Wenn diese Perspektive nun auf Ende Gelände übertragen wird, lässt sich feststellen, dass auf der einen Seite wesentliche politische Institutionen die Kohlewirtschaft verteidigen: das Bundeswirtschaftsministerium, die dominanten Kräfte in der SPD und Union (Parteiführung, Wirtschaftsflügel) sowie auch einige Teile von Grünen (z.B. der grüne Tübinger Bürgermeister Boris Palmer) und Linken (z.B. der Brandenburger Landesverband). Auf der anderen Seite greifen andere staatliche Akteure immer wieder die Forderungen der Kohlekritiker_innen auf: das Bundesumweltministerium, die Mehrheiten von Grünen und Linken sowie auch Minderheiten bei Union und SPD (die Umweltflügel der drei Parteien, auch Lokalpolitiker_innen der CSU). Während die kohlefreundlichen Kräfte sich besonders gut auf der Bundesebene durchsetzen können, errangen die kohlekritischen Kräfte immer wieder Erfolge auf der lokalen oder regionalen Ebene, indem sie beispielsweise Kommunen von der Unterstützung eines Kohlekraftwerks abbrachten oder Gerichtsprozesse gewannen. So gelang es Bürgerinitiativen und Umweltverbänden in den letzten Jahren, 19 von 35 geplanten Kohlekraftwerksneubauten zu verhindern[4]. Allerdings haben fossilistische Unternehmen (z.B. RWE, STEAG) und Gewerkschaften (IG BCE, Teile von Ver.di) in den traditionellen Kohleregionen sehr enge Lobbykontakte zu Parteien, Ministerien und Behörden (Sander 2016a, 205ff.). Hieran zeigt sich, dass es – ähnlich wie in der Atompolitik vor Fukushima – keinen Elitenkonsens in der Kohlefrage gibt. Zwar ist angesichts der Pro-Kohle-Position relevanter staatlicher Akteure kein baldiger Kohleausstieg zu erwarten. Zugleich bringen die ökologisch orientierten staatlichen Institutionen ihre Anti-Kohle-Position immer wieder auf die politische Agenda und halten damit die Auseinandersetzung um diese Frage wach.

Das zentrale Interventionsfeld für die Anti-Kohle-Gruppen war der öffentliche Diskurs. Denn die Aktion zielte nicht in erster Linie darauf, die Kohleverstromung tatsächlich mit physischen Zwangsmitteln dauerhaft zu beenden, sondern vielmehr ein klares Zeichen zu setzen, das den dominanten Diskurs um die Kohle verschieben kann. Einerseits ist das Argument einflussreich, dass die Kohle für Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Strompreise noch längerfristig vonnöten sein wird. Andererseits befürworten große Teile der Bevölkerung erneuerbare Energien gegenüber fossilen Energieträgern. Die Frage eines Kohleausstiegs wird aufgrund der klimapolitischen Notwendigkeit mit verstärkter Dringlichkeit in die Öffentlichkeit getragen. Die Greenpeace-Studie hat gezeigt, dass ein ambitionierter

Kohleausstieg nötig ist, um das Paris-Ziel zu erreichen (Greenpeace 2016). Dennoch bewegt sich die gegenwärtige Ausstiegsdebatte um die Mitte der 21. Jahrhunderts als anvisierter Ausstiegszeitraum. Sogar Greenpeace selbst forderte vor einigen Jahren noch ein Ende der Kohleverstromung bis 2040 (Greenpeace 2008).

Aus diesen Widersprüchen im politischen System und im öffentlichen Diskurs, die ein Problem und ein Spannungsfeld deutlich machen, kann ein Akteur wie das Ende Gelände-Bündnis entstehen, der eine bisher unbesetzte Position einnimmt, von der aus eine Lösung der Kohlefrage plausibel wird.

Allerdings ist das Bündnis nicht bloß ein Ergebnis der genannten Faktoren, sondern es agiert als eigenständiger Akteur innerhalb dieser Rahmenbedingungen, die es reflexiv in seinen Strategien antizipiert.

Um die Entstehung von Ende Gelände zu erklären, ist ebenfalls die strategische Bedeutung von denjenigen Aktivist_innen wichtig, die eine zentrale initiierende und organisierende Rolle in der Kampagne spielen. Dafür ist es hilfreich, den Ansatz der Ressourcenmobilisierung hinzu zu ziehen. Darin werden soziale Bewegungsorganisationen als strategisch handelnde Akteure gefasst, die Ressourcen wie Finanzmittel, ehrenamtliches Engagement und gesellschaftliche Legitimation mit dem Ziel akkumulieren, politisch bestimmte Ziele zu erreichen. Damit sind die politischen Fähigkeiten der Anführer_innen der Bewegungen entscheidend für die Herausbildung und den Erfolg von politischen Kampagnen und Protesten (McCarty/Zald 1977; Opp 1994).

Eine solche Perspektive ist auch zur Erklärung der Kampagne Ende Gelände gewinnbringend. Zunächst war es für die Initiative wichtig, alle Klimagruppen in Deutschland an einen Tisch zu bringen und nicht zuletzt erfahrene Bewegungsfiguren einzubinden, die sich seit einigen Jahren aus den Klimakämpfen zurückgezogen hatten. Die oben angesprochenen zentralen Aktivist_innen mussten sich in einem ersten Schritt gewissermaßen selbst organisieren, um dann die verschiedenen Ressourcen entfalten zu können, die zum Aufbau einer schlagkräftigen Kampagne notwendig

sind. Ihnen gelang es, viele Bündnispartner_innen und Unterstützer_innen zu gewinnen, unter denen auch eine Reihe von namhaften Umwelt-NGOs waren, die erheblich zur öffentlichen Legitimation der Kampagne beitrugen. Sie konnten auch bestehende Kontakte zu Journalist_innen nutzen bzw. neue aufbauen, die die Ausstrahlung des Projekts zusätzlich steigerten. Ferner war das Bündnis in der Lage, viele Aktivist_innen zu den Klimacamps und den Aktionstagen zu mobilisieren. Die zunächst nur potenziellen Ressourcen konnten die beteiligten Gruppen mithilfe der spezifischen Aktionsform des zivilen Ungehorsams aktivieren und in der politischen Auseinandersetzung zur Geltung bringen.

Die Kampagne Ende Gelände kann jedoch keineswegs nur aus rein rationalen Strategien von Bewegungslenker_innen erklärt werden, die darauf zielen, konkrete abgegrenzte politische Ziele zu erreichen. Aus der Perspektive des *Collective Identity*-Ansatzes wird deutlich, dass sie vielmehr Ergebnis eines kollektiven Lern- und Diskussionsprozesses in der Klimagerechtigkeitsbewegung ist. Das Konzept der kollektiven Identitäten geht davon aus, dass eine soziale Bewegung ein gemeinsames Wir-Gefühl und geteilte Werte entwickeln muss, damit sie sich formieren und stabilisieren kann (Melucci 1989). Die Protestgruppen müssen zunächst also eine kollektive Identität und kollektive Deutungen und Ziele herausbilden.

Aus dieser Perspektive lässt sich feststellen, dass die Formierung von Ende Gelände mit der Herausbildung einer *kollektiven Identität* einher ging. Diese entstand dadurch, dass die Menschen emotional von den Zerstörungen durch den Braunkohletagebau betroffen waren, an Vernetzungstreffen und Diskussionen teilnahmen, und vor allem durch das Zusammenleben auf den Klimacamps und die kollektiven Selbstermächtigungserfahrungen in den Aktionen. Insbesondere die Gegnerschaft zu RWE und Vattenfall, zur jeweiligen Landespolitik und zur Polizei stabilisierte den Gruppenbildungsprozess. Schließlich erleben die Kohlegegner_innen sich auch durch die Verwendung kultureller Symbole wie bestimmter Slogans und Gesänge sowie der typischen Aktionskleidung (weiße Maleranzüge und Schutzmasken) als Teil einer Gruppe.

Wirksam wurde die Kampagne Ende Gelände schließlich dadurch, dass es den beteiligten Klimagruppen gelang, die Braunkohleverstromung als existenzielles Problem zu *framen*, für dessen Lösung ein sofortiger Kohleausstieg notwendig sei, und damit jeweils mehrere tausend Aktivist_innen zu den Aktionen zu mobilisieren. Um diesen Deutungsprozess zu verstehen, ist der *framing*-Ansatz hilfreich. Seine zentrale Annahme ist, dass soziale Bewegungen die gesellschaftliche Wirklichkeit in eine bestimmte Richtung deuten müssen, um Einfluss zu erlangen und ihre Anliegen politisch durchsetzen zu können. Die Strategie der Bewegungsakteure bestehe darin, ein soziales Phänomen als Problem zu „*framen*", erstrebenswerte Lösungen vorzuschlagen und Unterstützer_innen für ihren Kampf zu gewinnen (Schetsche 1996; Benford/Snow 2000).

In diesem Sinn waren die Akteure der Bewegung insofern erfolgreich, als sie ein *frame* etablieren konnten, nach dem die Kohleindustrie nicht nur Natur und Menschen in der Region bedroht, sondern auch das Leben von Millionen Menschen, die vom Klimawandel betroffen sind. Die etablierte Klima- und Energiepolitik würde das Problem eher verschlimmern und nicht die grundlegenden Probleme angehen, die im fossilistischen Kapitalismus zu suchen seien. Dem stellen sie das Ideal einer klimagerechten Gesellschaft gegenüber, in der der Schutz der Erde mit einer grundlegenden gesellschaftlichen Emanzipation verbunden wird. Die Klimacamps würden dieses Ideal für eine begrenzte Zeit und an einem Ort bereits im Hier und Jetzt antizipieren. Mit dieser klaren Gegenüberstellung und der Perspektive, durch das eigene Handeln tatsächlich einen Unterschied machen und den Klimawandel stoppen zu können, hatte Ende Gelände eine enorme Attraktivität für viele junge ökologisch orientierte, bewegungsaffine Menschen.

Die Stärke der Kampagne lag also weniger darin, konkrete Vorschläge in einen Fachdiskurs einzubringen, die in Gesetzesform umzu-

setzen wären. Vielmehr war sie in der Lage, die grundlegenden Koordinaten des energiepolitischen Diskursfeldes zu verschieben. Durch die mediale Verbreitung der Aktionen gelang es, erstens die Kohlefrage mit größerer Vehemenz auf die Tagesordnung zu setzen; zweitens die Kohlepolitik als Gegenstand eines gesellschaftlichen Konfliktes und nicht eines Konsenses deutlich zu machen; drittens den Zeithorizont eines Kohleausstiegs von der Mitte des 21. Jahrhunderts in die kommenden Jahre vorzuverlegen. Im Sinne des *framing*-Ansatzes ist dies so zu verstehen, dass die beteiligten Klimagruppen in der Lage waren, hegemoniale *frames* substanziell zu verschieben und umzudeuten.

5 | Fazit

In dem vorliegenden Artikel wurde der Frage nachgegangen, welches die spezifischen Bedingungen sind, die zur Entstehung der Kampagne Ende Gelände geführt haben, und wie sie auf dieser Basis eine gesellschaftliche Wirkung auf die Debatten um die Zukunft der Kohleindustrie entfalten konnte. Es wurde gezeigt, dass eine partielle Offenheit des politischen Systems sowie ein Dissens der staatlichen Eliten in dieser Frage die Herausbildung der Kampagne begünstigten. Zudem gab es eine Widersprüchlichkeit im etablierten Diskurs, dass ein zügiger Kohleausstieg eigentlich klimapolitisch notwendig sei, aber trotzdem nicht wirksam eingefordert wurde. In dieser Konstellation konnte ein Akteur entstehen, der diese Blockade aufzeigt und die durchaus vorhandenen politischen Potenziale für einen Kohleausstieg nutzt. Hinzu kam die besondere Bedeutung von erfahrenen und gut vernetzten Aktivist_innen und Klimagruppen, ohne die die Konstituierung der Kampagne in dieser Form nicht möglich gewesen wäre. Ihnen gelang es, Bündnispartner_innen, Pressekontakte und Aktivist_innen zu mobilisieren. Dieser Prozess ist allerdings nur zu erklären, wenn auch die Herausbildung einer kollektiven Identität in der Bewegung berücksichtigt wird. Durch die Gegnerschaft zur Kohleindustrie und die gemeinsamen Bewegungsereignisse wurde ein sozialer Zusammenhalt geschaffen, ohne den die Kampagne nicht hätte erfolgreich sein können. Auf Grundlage dieser Stärken ist es ihr schließlich gelungen, etablierte Frames umzudeuten und neue einzuführen. Ihre wesentliche Leistung ist darin zu sehen, dass sie das Diskursfeld insofern grundlegend verschoben hat, als sie die Frage des Kohleausstiegs überhaupt als eine dringliche Herausforderung etabliert hat, die politisch gegen starke Beharrungskräfte durchgesetzt werden muss.

Dr. Hendrik Sander hat zur jüngeren deutschen Energiepolitik promoviert und arbeitet gegenwärtig als freiberuflicher Politikwissenschaftler. Er ist selbst in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv.

Kontakt: henno.sander@gmx.de

Anmerkungen

[1] https://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Erneuerbare-Energien/erneuerbare-energien-auf-einen-blick.html [15. Dezember 2016].

[2] https://www.unendlich-viel-energie.de/strommix-deutschland-2014 [15. August 2016]

[3] https://www.ende-gelaende.org/de/ (15. August 2016).

[4] http://www.die-klima-allianz.de/keine-neuen-kohlekraftwerke/rueckblickerfolge/ (15. August 2016).

Literatur

AntiRassismusBüro Bremen 2007: Warum Al Gore den Nobelpreis nicht verdient hat: Ein Text zu Klimawandel, sozialer Frage und Aktionsperspektiven. http://www.buko.info/fileadmin/user_upload/doc/reader/reader_naturverhaeltnis.pdf [22.12.2016].

Avanti – Projekt undogmatische Linke 2010: Der Gipfel des Scheiterns. Zaghafte Schritte einer dringend notwendigen Klimabewegung. In: Analyse und Kritik, Heft 546.

Becker, Sören, Ross Beveridge und Matthias Naumann 2015: Remunicipalization in German cities. Contesting neo-liberalism and

reimagining urban governance? In: Space and Polity (Special Issue: In, Against, Beyond Neoliberalism. The „Crisis" and Alternative Political Futures), Jg. 19, Heft 1, 76-90.

Bedall, Philip 2014: Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus? Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie. Bielefeld: Transcript.

Benford, Robert D. und David A. Snow 2000: Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment. In: Annual Review of Sociology, Jg. 26, 611-639.

Blanchet, Thomas 2015: Struggle over energy transition in Berlin. How do grassroots initiatives affect local energy policy-making? In: Energy Policy, Jg. 78, Heft C, 246-254.

Brunnengräber, Achim 2013: Zwischen Pragmatismus und Radikalisierung. NGOs und soziale Bewegungen in der internationalen Klimapolitik. In: Dietz, Matthias und Heiko Garrelts (Hg.): Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS, 357-372.

Dietz, Matthias 2013: Debatten und Konflikte in der Klimabewegung. In: Dietz, Matthias und Heiko Garrelts (Hg.): Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS, 391-412.

Frenzel, Fabian 2011: Entlegene Orte in der Mitte der Gesellschaft. Zur Geschichte der britischen Klimacamps. In: Brunnengräber, Achim (Hg.): Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 163-186.

Garrelts, Heiko und Matthias Dietz 2013: Konturen der internationalen Klimabewegung – Einführung in Konzeption und Inhalte des Handbuchs. In: Dietz, Matthias und Heiko Garrelts (Hg.): Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS, 15-35.

Gegenstrom Berlin 2011: Gegen den fossil-nuklearen Wahn. Energiedemokratie jetzt! Energiepolitische Thesen von Gegenstrom Berlin. In: Analyse und Kritik, Heft 561.

Greenpeace 2008: Vorschlag für ein „Gesetz über die geordnete Beendigung der CO2-intensiven Steinkohle- und Braunkohleverstromung" (Kohle-Ausstiegsgesetz). https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/Kohleausstiegsgesetz_0.pdf [15.8.2016].

———. 2016: Was bedeutet das Pariser Abkommen für den Klimaschutz in Deutschland? http://www.greenpeace.de/files/publications/160222_klimaschutz_paris_studie_02_2016_fin_neu.pdf [15.8.2016].

Kitschelt, Herbert 1986: Political Opportunity Structures and Political Protest. Anti-Nuclear-Movements in Four Democracies. In: British Journal of Political Science, Jg. 16, Heft 1, 57–85.

Klima!Bewegungsnetzwerk 2010: Das Scheitern als Chance begreifen. Wie weiter nach Jokenhagen? http://klima.blogsport.de/aktuelles/das-scheitern-als-chance-begreifen-wie-weiter-nach-jokenhagen/ [22.12.2016].

Koburger, Ines und Andrea Doria 2008: Für produktive Unruhe sorgen. Interview mit zwei InitiatorInnen des Klima-/Antiracamps in Hamburg. In: Analyse und Kritik, Heft 531.

Kössler, Georg 2013: Die Klimabewegung in Deutschland. In: Dietz, Matthias und H5eiko Garrelts (Hg.): Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS, 185–204.

McCarthey, John D. und Mayer Zald 1977: Resource Mobilization and Social Movements. In: American Journal of Sociology, Jg. 82, 1212-1241.

Melucci, Alberto 1989: Nomad of the present. Social movements and individual needs in contemporary society. London u.a.: Hutchinson Radius.

Opp, Karl-Dieter 1994: Der „Rational-Choice"-Ansatz und die Soziologie sozialer Bewegungen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 2, 11–26.

Passadakis, Alexis und Tadzio Müller 2007: Krise im Treibhaus. Die Klimafrage und die Transformation des Kapitalismus. In: Analyse und Kritik, Heft 523.

della Porta, Donatella und Louisa Parks 2013: Framing-Prozesse in der Klimabewegung. Vom Klimawandel zur Klimagerechtigkeit. In:

Dietz, Matthias und Heiko Garrelts (Hg.): Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS, 39-56.

Sander, Hendrik 2016a: Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima. Berlin: Bertz und Fischer.

—— 2016b: Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Eine historisch-materialistische Bewegungsanalyse. In: Prokla Jg. 46, Heft 184/3.

—— 2016c: Die Klimabewegung in Deutschland. Entwicklung und Perspektiven. Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.). http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onlinestudie_Klimagerechtigkeit.pdf [22.12.2016].

Schetsche, Michael 1996: Die Karriere sozialer Probleme: Soziologische Einführung. München/Wien: Oldenbourg.

Tarrow, Sidney 1998: Power in movement: Social movements and contentious politics. Cambridge: Cambridge University Press.

Schweigen ist Gold

Stephanie Danielle Roth/Jürgen Maier

Eine Mine ist ein Loch im Boden, das einem Lügner gehört
Mark Twain

In den Finanzzentren von Städten wie Frankfurt, New York oder Toronto kann man oft Bildschirme an Gebäuden sehen, auf denen elektronische Kürzel umherschwirren. Sie zeigen die stündlich wechselnden Aktienkurse. Bei den meisten weiß kaum jemand, wofür sie stehen und vor allem wer dahinter steht. Einer davon ist GBU.TO. Es steht für ein Unternehmen namens *Gabriel Resources*. Dieser Text dreht sich um diese Firma. Es ist eine Geschichte über einen Plan, Europas größtes Gold- und Silber-Tagebaubergwerk in und um Rosia Montana zu entwickeln, einer kleinen Stadt im Norden Rumäniens. Dabei geht es um Gier, Zerstörung und Zyanid. Und es geht um eine Gruppe bemerkenswerter Menschen, die sich zusammenfanden, um für einen Ort zu kämpfen, den sie ihre Heimat nennen. Ihr Kampfgeist inspirierte eine ganze Nation, sich ihnen anzuschließen. Vor allen Dingen: Sie gewannen diesen Kampf, gegen alle Widerstände – jedenfalls bis jetzt.

1 | Goldbergbau in Rosia Montana

Siebenbürgen ist mehr als eine schöne Region, sie ist auch rohstoffreich. Das Gold von Rosia Montana wurde schon in der Römerzeit abgebaut. Die Römer blieben nicht lange, ließen aber eine reiche Hinterlassenschaft von Bergwerksstollen zurück. Kleinbergbau bestimmte seitdem immer wieder die Geschichte der Region, und immer wieder wurde um die Region und ihre Reichtümer gekämpft.

1970 wurde eine kleine staatliche Mine eröffnet, in der die meisten Einwohner Rosia Montanas arbeiteten. Nach 1990 wurden die Staatsbetriebe meistbietend verkauft.[1] Hier kam Frank Vasile Timis ins Spiel, Gründer von Gabriel Resources. Der gebürtige Rumäne wanderte in den 1980er Jahren nach Australien aus, wo er zweimal wegen Heroinhandel verurteilt wurde[2]. 1996 kehrte er nach Rumänien zurück, um sich dort die Pacht für eine der größten Goldregionen Europas zu sichern. Er war mehrfach in zweifelhafte und betrügerische Aktivitäten rund um Rohstoffexploration verwickelt, konnte aber immer einer Verurteilung entgehen.[3] 1997 landete er

mit einem Hubschrauber in Rosia Montana, um mit Kommunalpolitikern hinter verschlossenen Türen zu sprechen. Die Menschen in Rosia Montana wissen nur zu gut, dass sie auf einem Goldschatz sitzen. Ein Kommunalpolitiker teilte ihnen mit, es gehe um ein riesiges Goldbergwerk und um ihre Umsiedlung.

Lokaler Widerstand gegen das Minenprojekt

2000 wurde die Organisation *Alburnus Maior* gegründet, ein Zusammenschluss von 350 Familien oder örtlichen Grundbesitzern, die das Tagebauprojekt ablehnten. Ein charismatischer Bauer namens Eugen David wurde ihr Vorsitzender. Er sagte: „*Mein Land garantiert meine Zukunft und die meiner Kinder. Ich könnte Angestellter einer Firma sein und zwei Jahre später entlassen werden. Mein Land kann mich nicht entlassen. Wenn ich es bearbeite, wird es mich ernähren.*“[4]

Anfangs konzentrierte sich Alburnus Maior auf die Kommunalpolitik. 2000 wurde auch ein neuer Bürgermeister gewählt. Im Wahlkampf sprach er sich klar gegen den Tagebau und die Umsiedlung des Ortes aus. Kurz danach änderte er seine Meinung und sorgte dafür, dass die Raumordnungspläne geändert und das Gebiet zu einem Industriegebiet exklusiv für das Minenprojekt erklärt wurde. Damit wurde jede Investition verhindert, die der Mine im Weg stand. Alburnus Maior suchte überregionale Unterstützung. Sie mussten nicht weit gehen – genauer gesagt: nur ein Tal weiter. Eugen David war gebürtig aus Bucium, wo er Francoise Heidebroek traf, eine belgische Ökonomin aus Bukarest. Sie trat Alburnus Maior bei und nahm Kontakt auf mit der kanadischen NGO *Mining Watch*. Auf deren Webseite wurde der Widerstand gegen das Projekt von Gabriel Resources öffentlich[5].

Bergbaufirmen beginnen ihre Projekte oft möglichst lautlos, um Widerstand möglichst lokal und „manageable“ zu halten. Dafür gründen sie oft ein joint venture mit der Regierung des Gastlandes. Rosia Montana Gold Corporation (RMGC) ist so ein joint venture, zwischen Gabriel Resources (+80%) und der Regierung Rumäniens (-20%). Erst mit der Presseerklärung von Mining Watch wurde dies öffentlich. Das goldene Schweigen war ein für allemal zerbrochen. RMGC war entschlossen, das erste Gold im Jahr 2004 zu fördern. Eine öffentliche Konsultation zur Umsetzung des Projekts und der Umsiedlung fand im April 2002 statt. Dabei wurde bestätigt, was Alburnus Maior ohnehin wusste: 974 Haushalte mit 2000 Menschen sollten umgesiedelt werden. 13 Millionen Tonnen Gestein sollten im Jahr gesprengt und zermahlen werden und Gold und Silber mit einer Zyanidlösung ausgewaschen werden. Das ist die billigste, aber auch giftigste Form des Goldabbaus. Etwa 500.000 Tonnen Gestein würden pro Woche anfallen und jährlich 13-15 Millionen kg Zyanid verwendet, für mindestens 16 Jahre. Jeden Tag würden also etwa 130 kg hochgiftiges Zyanid in die Luft geraten. 200 Millionen Tonnen zyanidhaltige Abwässer sollte im ebenfalls bewohnten Nachbartal von Corna gelagert werden, das dazu in einen ein Kilometer langen Giftstausee hinter einem 185 Meter hohen Staudamm verwandelt werden sollte. Rosia Montana, Corna und alle ihre Häuser, Wiesen, Wälder, Kulturgüter würden verschwinden.

Alburnus Maior organisierte nun die erste Protestaktion. Transparente wurden gemalt. Mit einer Schreibmaschine aus den 1930er Jahren wurde die erste Presseerklärung verfasst. Vom nächsten Postamt wurde sie an alle denkbaren Adressen gefaxt. Als die Konsultation stattfand, waren viele Bürger und Medienvertreter anwesend. Die Aktion war laut, bunt und zielgerichtet. Die Leute von Alburnus Maior übergaben alte, ausgebeulte Koffer an die Vertreter von RMGC und des Staates: Sie werden ihr Land nie verlassen, also könnten sie die Koffer gerne behalten. Unter großem Gelächter löste sich die geplante Konsultation rasch auf.

2 | Der Widerstand wächst

Als nächstes sprach Heidebroek *Terra Mileniul III* an, eine rumänische NGO, die im Juli 2002 40 Umweltorganisationen, darunter

Greenpeace, zu einem Besuch Rosia Montanas einlud, um mit den Bürgern zu sprechen. Gemeinsam wurde die Initiative *Save Rosia Montana!* gegründet mit dem Ziel, *Alburnus Maior* zu unterstützen. Bald wurde ein Kampagnenbüro mit 2 Aktivisten eingerichtet. Sie unterstützten die Bürger direkt und erweiterten die gesellschaftliche Basis der Kampagne über die Umweltaspekte hinaus und sprachen auch die sozialen, wirtschaftlichen und kulturgeschichtlichen Aspekte an.

Im Herbst 2002 gelang es Alburnus Maior und Gruppen wie *Friends of the Earth International*, *BothEnds*, *Urgewald* und *Bank Watch CEE*[6] die Weltbank davon zu überzeugen, dass Gabriel Resources kein vertrauenswürdiger Partner ist[7]. Mit diesem Erfolg im Rücken[8] mobilisierten Alburnus Maior und Bank Watch CEE NGOs aus Nachbarländern, um nach der Espoo-Konvention eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung durchzusetzen[9]. Es gab einen guten Grund dafür: Nachdem im Januar 2000 bei einem Unglück an einem anderen Gold-Tagebau in Nord-Rumänien eine Zyanidlawine von über 100 000 Tonnen in die Theisse und Donau freigesetzt worden war, wurde das Trinkwasser von 2.5 Millionen Menschen in Ungarn und Rumänien vergiftet und ein Massen-Fischsterben ausgelöst[10]. Greenpeace setzte mit einer Aktion vor dem Budapester Umweltministerium im September 2003 auch Ungarn in diesem Sinne unter Druck – mit Erfolg. Dann positionierte sich die angesehene Akademie der Wissenschaften im März 2003 klar gegen das Projekt, nachdem sie Vertreter sowohl von RMGC als auch Alburnus Maior angehört hatte. Trotz erheblichem Druck blieb sie über die Jahre bei ihrer Position und verwies vor allem auch auf den zweifelhaften wirtschaftlichen Nutzen.

Für seinen Tagebau brauchte RMGC sämtliche Grundstücke, einschließlich einer Reihe von Kirchen, Friedhöfen und anderem Kircheneigentum. Im Oktober 2002 traf *Alburnus Maior* mit katholischen, unitarischen und calvinistischen Kirchenvertretern zusammen, die daraufhin ankündigten, ihr Eigentum inklusive Ländereien nicht aufzugeben. Das war ein wichtiger Schritt, aber die wichtigste Kirche fehlte: die orthodoxe. Die hatte schon angekündigt, wenn die Entschädigung stimmt, werde verkauft[11]. Die Rosia Montana-Kampagne rief die Bürger dazu auf, Druck auf die orthodoxen Priester auszuüben[12]. Wenige Tage vor der Jahressynode nahmen viele Alburnus Maior-Mitglieder Zuflucht in der wichtigsten orthodoxen Kirche in Bukarest, unterstützt von Studenten und vielen anderen Organisationen. Die Geheimpolizei versuchte ihnen den Zutritt zur Kirche zu versperren, so dass die Protestler sich für die ganze Nacht vor der Kirche mit Kerzen niederließen. Am nächsten Morgen wollten die Kirchenvertreter den Platz räumen lassen, wegen der großen Medienpräsenz wurde dies jedoch abgeblasen. Zwei Tage später beschloss die Synode, ihre Ländereien in Rosia Montana nicht zu verkaufen.[13]

Das Kulturerbe von Rosia Montana ist seit langem außergewöhnlich, vieles davon steht unter Schutz. Für den Tagebau müsste dieser aufgehoben werden. Dafür wurden eine Partnerschaft zwischen RMGC und dem Kulturministerium gebildet und Archäologen, Experten und Studenten beauftragt, das Gebiet zu untersuchen. Wenn etwas gefunden wurde, das klein genug war um versetzt zu werden, wurde es als Musterbeispiel von Corporate Social Responsibility (CSR) ausgegeben. Kilometerlange römische oder mittelalterliche Grubengänge wurden dagegen verschwiegen. Im Dezember 2002 schickten 40 der wichtigsten Archäologen und Historiker des Landes einen offenen Brief an Präsident Iliescu, in dem sie die Bedeutung Rosia Montanas unterstrichen.[14] Tage später beschloss eine UNESCO-Archäologiekommission eine Resolution gegen den Tagebau; sie wurde bei allen ihren Hauptversammlungen seitdem bekräftigt[15] und auch von über 1000 internationalen Wissenschaftlern unterstützt.[16] Stattdessen forderten sie, Rosia Montana den UNESCO-Welterbestatus zuzuerkennen.

Auch innerhalb von RMGC lief nicht alles nach Plan. Whistleblower zeigten, was los war. Als im April 2003 mehrere Vorstandsmitglieder, die gerade erst ernannt worden waren, gemeinsam zurücktraten, erfuhr Alburnus

Maior dies sofort[17]. Im Sommer 2003 fanden die Aktivisten eine CD vor ihrer Tür, die einen unveröffentlichten Archäologen-Bericht mit bisher unbekannten Tatsachen enthielt. Sie veröffentlichten den Bericht und bekamen sofort Besuch von der Polizei. Intensive Verhöre folgten, blieben aber ergebnislos.[18]

Einer der Unterstützer von Gabriel Resources war die kanadische Regierung[19], die hinter den Kulissen die ungarische Regierung wegen ihrer Opposition zu dem Projekt unter Druck setzte und auch versuchte Prinz Charles, einen häufigen Besucher Rumäniens, davon abzuhalten, sich gegen den Tagebau zu positionieren.. 2004 organisierte Alburnus Maior vor der kanadischen Botschaft in Bukarest eine Protestaktion gegen diese Einmischungsversuche. Das Gespräch mit Botschafter Raphael Girard ergab nur ein inhaltsleeres Statement – und ein Jahr später wurde Raphael Girard prompt ein Vorstandsmitglied bei Gabriel Resources. Die Vielzahl all der Aktionen von 2002-2004 übte zwar Druck auf Entscheidungsträger und Anteilseigner aus, aber sie schafften es nicht das Tagebau-Projekt zu stoppen.

3 | Kampagnen-Katalysatoren

Seit Frühjahr 2002 begann RMGC bereits mit der Umsiedlung der Bewohner. Das angebotene Geld entzweite Familien und Freundschaften. Geschäfte schlossen, neue durften nicht mehr eröffnen, und so verarmte Rosia Montana rasch. In Nachbarstädten wie Campeni wurde das Amtsgericht mit Klagen überschwemmt, weil sich Verwandte um jeden Quadratmeter stritten, der plötzlich einen Preis hatte. Viele Familien verließen die Stadt, manchmal heimlich über Nacht, um nicht denjenigen in die Augen blicken zu müssen, die bleiben wollten. Es gab Berichte über alte Menschen die auf Druck ihrer Kinder umgesiedelt waren und in der neuen Umgebung nicht zurecht kamen und bald starben, auch durch Selbstmord. Man berichtete, dass RMGC bevorzugt diejenigen einstellte, die willig waren umzuziehen. Es waren harte Zeiten.
Unter den Kampagnen-Freiwilligen gab es auch eine Studentengruppe aus dem nahen Cluj-Napoca. Ihre Unterstützung war vor allem für neue Kampagnenideen wichtig. Dazu gehörte ein jährliches Festival, mit dem Besucher nach Rosia Montana geholt wurden, um die Bürger zu unterstützen, den Ort kennenzulernen und bekanntzumachen. 2004 fand das erste Fan-Fest (*fan* bedeutet *Heu* auf Rumänisch) statt. In den nächsten Jahren kamen Zehntausende zu diesem Festival, das komplett von Freiwilligen organisiert wurden, darunter auch die Künstler selbst. Geführte Touren, Ausstellungen, Workshops usw. gehörten dazu. So nahmen die Besucher echten Anteil am Kampf um Rosia Montana. Freundschaften entstanden und die Bürger erkannten, dass Rosia Montana und nicht das Gold ihr wichtigstes Kapital ist. Heute ist Rosia Montana unter den zehn am meisten besuchten Orten Rumäniens.
Die Freiwilligen brachten auch eine Initiative namens *Mindbomb* mit. Einmal jährlich entwerfen anonyme Künstler sechs provokative Plakate über brennende, tabuisierte Fragen, die in großer Zahl gedruckt und über informelle Kanäle verbreitet und über Nacht im ganzen Land geklebt werden. Zunächst war es schwierig, diese Leute ausfindig zu machen, aber bald entstand eine enge Freundschaft. Mindbomb entwickelte das charakteristische Design der Kampagne und verstand die Bedeutung scharfen Humors, um die Aufmerksamkeit der Menschen zu erreichen. Mit ihren Plakaten konnten sie die Kampagnendynamik verändern und korrupte Politiker ins Zentrum rücken. Parallel dazu drehten zwei ungarische Filmemacher 2004 die Dokumentation „New Eldorado" über die Menschen von Rosia Montana und ihren Kampf sowie die Solidaritätskampagne. Damit erreichten sie ein weltweites Publikum und brachen das „goldene Schweigen" noch mehr auf.

4 | Die Rolle des Rechtsstaats

Dann kam ein veritabler coup de force: Alburnus Maior forderte die staatliche Verwaltung heraus, die in regelwidriger Weise Genehmigungen an RMGC ausstellte. Die Aktivisten hatten die Genehmigungsverfahren genau verfolgt.

Sie verlangten Akteneinsicht und arbeiteten eng mit investigativen Journalisten zusammen. Als im Januar 2004 das Kulturministerium die archäologische Freigabe[20] für den Berg Carnic erteilte, der die höchsten Goldreserven hat und daher zentral für das Minenprojekt ist, verklagte Alburnus Major das Ministerium[21]. Laut dem durchgesickerten archäologischen Bericht waren in diesem Berg einzigartige Funde lokalisiert worden.

In den nächsten Jahren reichte Alburnus Maior noch viele weitere Klagen ein; darunter gegen die Änderung des Flächennutzungsplans, der Raumgestaltungspläne, die Umweltverträglichkeitsstudien, archäologische Entwidmungsbeschlüsse und so weiter. Die rumänischen Rechtsanwälte arbeiteten kostenlos. Ihre Arbeit zeigte Wirkung: Laut den Berichten von Gabriel Resources an seine Aktionäre stellten die Prozesse das größte Risiko für das Minenprojekt dar. In der Tat: Ab 2007 stoppten Gerichtsurteile und -verfahren die Genehmigungsverfahren und damit das ganze Projekt.

Im Winter 2004 beantragte RMGC die Umweltgenehmigung, von der die weiteren Genehmigungen und damit auch die Finanzierung des Tagebaus abhingen. Dafür war eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig, an der sich etwa 100 NGOs und Bürger aus Rumänien und dem Ausland als Interessenvertreter beteiligten. Bei den öffentlichen Konsultationen 2006 in Rumänien und Ungarn stellte sich heraus, dass die Verfahren fehlerhaft und der Inhalt der Umweltverträglichkeitsstudie dürftig waren[22]. Autoren der 3500-Seiten-Studie klagten, dass ihre Beiträge bis zur Unkenntlichkeit entstellt wurden. Die Anhörungen waren alles andere als unparteiisch, die meisten Fragen wurden gar nicht beantwortet. Teilnehmer wurden mit massiven Sicherheitsvorkehrungen eingeschüchtert; Einsichtnahme in die Studie wurde erschwert. Fast 21.000 Eingaben[23] gingen ein, 90% davon gegen die Mine. 12 Jahre später gibt es immer noch keine Umweltgenehmigung, hauptsächlich wegen der Klagewelle von Alburnus Maior.[24]

All dies übte Druck auf das Projekt und den Aktienkurs von Gabriel Resources aus. Immer wieder sah es so aus, dass das ganze Projekt scheitert, jedoch ging es mit Änderungen in der Aktionärsstruktur und Kapitalerhöhungen immer wieder weiter. Frank Timis trat im Mai 2003 zurück. 2009 waren die wichtigsten Anteilseigner der umstrittene Bergbauunternehmer Beny Steinmetz, Hedgefondsmanager John Paulson, Thomas Kaplan und der US-Bergbauunternehmer Newmont. Mit jeder Änderung wurde RMGC zunehmend aggressiver.

Im Dezember 2008 hob das Oberste Gericht letztinstanzlich[25] die archäologische Entwidmung des zentralen Berges Carnic auf. RMGC wollte das Urteil umgehen, änderte die Pläne ein wenig und stellte einen neuen Antrag. Das Kulturministerium unterstützte den neuen Antrag umgehend – und Alburnus Maior ging erneut vor Gericht.

Wenige Jahre später (2010) bat das Ministerium die Kulturerbe-Organisation Pro Patrimonio, ob sie die Kosten für ein sogenanntes „Bedeutungszertifikat" übernehmen könne, mit dem die Bedeutung des Bergs ein für allemal klargestellt würde. Das Ministerium war unter einer neuen Leitung, und so stimmte Pro Patrimonio zu. Nachdem dieser Bericht vorlag, wurde er nicht veröffentlicht sondern verschwand in der Schublade. 2013 veröffentlichte die Menschenrechtsorganisation *ActiveWatch*[26] Dokumente, die dieses Verschwinden erklärten: einen Kooperationsvertrag zwischen dem Ministerium und RMCG. Für je 70 Millionen Dollar Investitionen in den Denkmalschutz von Rosia Montana sowie von Rumänien[27] sagte das Ministerium RMGC Unterstützung zu. Binnen weniger Wochen tauchte das verlorengegangene Bedeutungszertifikat auf,[28] sehr zum Ärger von RMGC: Als Konsequenz gewann Alburnus Maior 2014 auch den Prozess gegen die zweite archäologische Entwidmung des Berges Carnic.[29]

5 | Die Medien und die Macht sozialer Medien

Von Anfang an war Medienarbeit zentral für den Erfolg der Kampagne. Um dagegen vorzugehen, schaltete RMGC viele Anzeigen und

ging Medienpartnerschaften ein. 2010 war RMGC einer der wichtigsten Anzeigenkunden Rumäniens und gab mehrere Millionen für Fernsehen, Radio, Zeitungen und Blogs aus[30]. 2006 gab es kaum nationale Berichterstattung über die Kampagne mit wenigen Ausnahmen wie Formula AS, dem International Consortium of Investigative Journalists, dem Online-Portal voxpublica sowie gelegentliche Berichte internationaler Medien, die in Rumäniens Medien zitiert wurden.

Gegen das faktische Medienembargo plante die Kampagne eine wegweisende Aktion. Am 7. November 2011 besetzten sieben Aktivisten[31] ein zentrales Gebäude am Marktplatz von Cluj-Napoca. In den frühen Morgenstunden verbarrikadierten sie sich im leerstehenden ehemaligen *Hotel Continental.* Auf dem Dach installierten sie ein Riesentransparent mit dem Spruch: Die Revolution beginnt mit Rosia Montana! Per Megaphon beschallten sie die umgebenden Straßen und protestierten gegen das Medienembargo zu Rosia Montana. Menschen blieben stehen und hörten zu, Flugblätter rieselten vom Dach. Viele Bilder kursierten in den sozialen Medien. Immer mehr Menschen versammelten sich und applaudierten, der Verkehr kam zum Erliegen, so dass die Medien darüber berichten mussten. Erst am Nachmittag konnte die Polizei in das Gebäude eindringen und die Aktivisten verhaften. Die Besetzer bekamen Geldstrafen und waren bald wieder frei. Am Abend gab es die nächste Protestaktion, und eine Woche lang gab es jeden Abend kreative Solidaritätsaktionen für Rosia Montana: Flashmobs, Mahnwachen, Tänze, Spiele, Poetry Slams mit Geschichten aus Rosia Montana und über den Medienboykott. Diese Aktionen waren ein Wendepunkt: Das Medienembargo wurde durchbrochen, und die Menschen erkannten dass es existiert hatte. Es gab eine öffentliche Sympathiewelle und als Ergebnis viele neue Aktivisten.

Nach 15 Jahren mutigem, entschlossenem Widerstand war immer noch kein einziger Barren Gold oder Silber aus Rosia Montana in Sicht. Die Aktionäre wurden nun ungeduldig und wandten sich direkt an den sozialdemokratischen Premierminister Victor Ponta. Während des Sommerlochs 2013 gab er einen Gesetzentwurf an das Parlament, mit der Tagebau als „Projekt von nationalem Interesse" eingestuft werden sollte. Damit sollten beschleunigte Enteignungen ermöglicht werden und sämtliche weiteren Genehmigungen pauschal erteilt werden. Beim jährlichen FanFest im August wurden die Gegenaktionen diskutiert. Beteiligt waren auch Aktivisten aus Bukarest, die 2012 Großproteste gegen eine Gesundheitsreform organisiert hatten.

Kurz darauf rief eine neue Plattform namens *Uniti Salvam* (Gemeinsam retten wir) die Menschen auf, den Protest gegen den Gesetzentwurf auf die Straße zu tragen. Die erste Aktion fand in Bukarest am 1. September 2013 statt. Auch diesmal gab es zunächst keine Medienberichte. Aber das spielte keine Rolle und wurde durch soziale Medien kompensiert. Die Medien hatten bald keine Wahl mehr und mussten einfach berichten. Wochen- und monatelang gab es jeden Sonntag Proteste quer durch Rumänien: Tausende beteiligten sich in Bukarest, Cluj-Napoca, Timisoara, Iasi, Campeni und selbst im Ausland. Der *Rumänische Herbst* war eine einzigartige Mischung aus kreativen und effektiven Aktionen. Facebook spielte eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung. Mit Plastikflaschen mit einigen Münzen darin wurde Lärm und Beatrhythmen gemacht. Mit populären Fußball-Sprechchören mit geändertem Text wurde innerhalb und außerhalb der Stadien agitiert. Große Fahnen mit dem Logo „Rettet Rosia Montana" waren überall zu sehen. Vor allem war auch der Slogan der Aktion von 2011 – Die Revolution beginnt mit Rosia Montana! – überall zu sehen[32]. Um die Polizei abzuhalten, bildeten Mütter mit Kinderwägen die erste Reihe der Protestmärsche. Öffentliche Plätze wurden am frühen Abend für improvisierte Konzerte und Tangotänze besetzt – und hielten so – zur Verzweiflung der Polizei und zur Freude der Passanten – den Verkehr auf. Eine Menschenkette legte sich um das gewaltige Parlamentsgebäude in Bukarest. Flashmobs von grün oder rot angezogenen Menschen, die das Rosia Montana-Symbol bil-

deten, fanden in Bukarest und Brüssel statt. Die Büros politischer Parteien wurden besetzt und die Forderung erhoben, den Gesetzentwurf abzulehnen.[33] Fahrradkorsos hielten den Verkehr auf – sie trugen Transparente mit klaren und unwiderstehlich humorvollen Aussagen. Die Polizei gab irgendwann auf, mit wenigen Ausnahmen. Im November gab die Regierung Ponta auf, aber die Aktivisten trauten ihr nicht – zu Recht. Wenige Monate später versuchte Ponta es erneut, diesmal mit einer versteckten Gesetzesänderung, aber auch dagegen regten sich massive Proteste. Auch dieser Gesetzentwurf wurde ein für allemal gestoppt.[34]

Victor Ponta verlor die Präsidentschaftswahl gegen Klaus Iohannis, den früheren Bürgermeister von Hermannstadt. Er setzte eine Technokraten-Übergangsregierung ein, um gegen Korruption vorzugehen und Reformen einzuleiten. Der Premier Dacian Ciolos, Ex-EU-Kommissar erkannte als erster Entscheidungsträger, die Bedeutung des „rumänischen Herbstes" an. So wird nun Ende 2016 Rosia Montanas Antrag auf den Welterbe-Status bei der UNESCO eingereicht. Gabriel Resources dagegen verklagt Rumänien vor einem privaten Schiedsgericht unter einem „Investitionsschutzvertrag".[35] Angeblich geht es um 4 Milliarden Dollar Schadenersatz[36] oder etwa 2% von Rumäniens BNP[37]. Seitdem hat sich die Eigentümerstruktur von Gabriel Resources erneut geändert, um die Prozesskosten decken zu können[38]. Es ist nicht auszuschließen, dass am Ende Gabriel und Rumäniens klamme Regierung sich auf einen Vergleich einigen, mit dem die Mine am Ende doch kommt.[39]

6 | Ein happy end?

Gold ist ein Fluch. Dies ist die Geschichte einer kleinen Stadt, die sich davon befreit hat und ein ganzes Land inspirierte, ihr dabei zu helfen. Aber diese Geschichte ist noch nicht zu Ende; trotz letztinstanzlicher Gerichtsurteile, trotz Beweisen von hochrangiger Korruption, trotz Sachverständigengutachten und trotz massiver öffentlicher Ablehnung.

Solange es Menschen gibt, die bereit sind, in angeblich vielversprechende Projekte zu investieren, und solange Menschen eine Konzern-Paralleljustiz in Freihandelsabkommen akzeptieren, solange werden Unternehmen versuchen, daraus Gewinn zu schlagen und die Kosten auf die Allgemeinheit abzuwälzen.

Stephanie Danielle Roth ist eine der Initiatoren der Kampagne „Save Rosia Montana". Kontakt: stephanie.roth@stop-ttip.org

Jürgen Maier ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung. Kontakt: chef@forumue.de

Mehr über die Kampagne ‚Save Rosia Montana!': www.rosiamontana.org/en

Anmerkungen

1 http://www.hotnews.ro/stiri-arhiva-1236814-aurul-petrolul-ardelenii-tender-talpes-timis.htm, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

2 http://romaniarising.com/archive-frank-timis-and-rosia-montanas-gold/, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

3 Siehe verschiedene Zeitungsberichte: Bloomberg 2015: http://www.bloomberg.com/news/articles/2015-06-15/mining-tycoon-timis-faces-investor-anger-after-company-implodes, The Times: http://www.thetimes.co.uk/tto/business/industries/naturalresources/article2182161.ece, http://www.smh.com.au/business/midas-touch-or-a-bit-too-much-20100304-plws.html, Bloomberg 2015: http://www.bloomberg.com/news/articles/2015-06-15/mining-tycoon-timis-faces-investor-anger-after-company-implode, The Wall Street Journal: http://www.wsj.com/articles/SB10001424052748704431804574541290942977888, alle zuletzt eingesehen am 15.01.2017

4 http://www.vivid.ro/vivid74/pages74/diary74.htm, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

5 Bericht über Proteste in Rosia Montana bei Mining Watch: http://miningwatch.ca/news/2002/3/11/romanian-villagers-oppose-canadian-gold-mine-rosia-montana, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[6] Bericht „World Bank Rejects Controversial Gold Mine Project bei Mining Watch: http://miningwatch.ca/news/2002/10/10/world-bank-rejects-controversial-gold-mine-project-community-leaders-call-government, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[7] BBC News 2016: http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/2320669.stm, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[8] Bretton Woods Project 2002: http://www.brettonwoodsproject.org/2002/11/art-16109/, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[9] Informationen über die Konvention: http://www.unece.org/env/eia/welcome.html, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[10] The Guardian 2000: Cyanide spill floods into Danube. https://www.theguardian.com/world/2000/feb/14/1, zuletzt eingesehen am 15.01.2017.

[11] siehe: http://www.kath.net/news/4721, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[12] Siehe Artikel bei Mining Watch: http://miningwatch.ca/news/2003/10/25/creation-and-worship-are-not-sale, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[13] Siehe Artikel bei Mining Watch: http://miningwatch.ca/news/2003/11/12/romanias-latest-gabriel-resource-rebel-orthodox-church, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[14] Der Brief in rumänischer Sprache ist online einsehbar: http://www.rosiamontana.org/content/scrisoare-deschisa-catre-presedintele-romaniei-ion-iliescu?language=ro, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[15] Siehe Online-Dokument „Heritage at Risk 2006/2007: http://www.icomos.org/risk/world_report/2006-2007/pdf/H@R_2006-2007_36_National_Report_Romania.pdf, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[16] Judy, Tim 2004: Rosia Montana. Mining Romania's Past. http://www.vivid.ro/vivid68/pages68/rosia_montana68.htm, zuletzt eingesehen am 18.01.2017.

[17] Siehe Artikel bei Mining Watch: http://miningwatch.ca/news/2003/4/11/high-volatility-gabriel-resources-management-team, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[18] Cotaru, Joachim F.: Rosia Montana. Vorsitzender der Bürgerinitiative Alburnus Major von der Polizei vernommen. Cotaru 2004: http://www.cotaru.com/rosia-montana-vorsitzender-der-brgerinitiative-alburnus-major-von-polizei-vernommen/#.V8tDyJiLS1s, zuletzt eingesehen am 15.01.2017.

[19] Siehe Bericht von Caelainn Barr bei The Black Sea: http://theblacksea.eu/index.php?idT=88&idC=88&idRec=1159&recType=story, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[20] An archaeological discharge certificate is an administrative act abolishing the protection policy previously established over the land where archaeological heritage was discovered

[21] Siehe: http://www.icomos.org/risk/world_report/2006-2007/pdf/H@R_2006-2007_36_National_Report_Romania.pdf, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[22] Siehe: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Romania/gold2.html, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[23] Siehe https://www.indymedia.nl/nl/2007/02/42393.shtml, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[24] Siehe: http://mmediu.ro/new/wp-content/uploads/2014/01/NOTE_Suspension.pdf, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[25] Siehe: http://www.rosiamontana.org/node/1427?language=en, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[26] Siehe: http://www.activewatch.ro/en/home/, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[27] Siehe: http://www.activewatch.ro/Assets/Upload/files/Protocol%20de%20cooperare%20-%20INP-RMGC.pdf, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[28] Siehe: http://totb.ro/wp-content/uploads/2013/10/Rosia_Montana_MD.swf, zuletzt eingesehen am 15.01.2017

[29] Siehe: http://www.rosiamontana.org/node/1503?language=en

[30] Siehe Berichte auf den jeweiligen Webseiten: http://www.nasul.tv/tacerea-televiziunilor-radiourilor-si-ziarelor-cumparata-de-rmgc-cu-milioane-de-dolari/; http://www.formula-as.ro/; https://www.icij.org/; http://voxpublica.realitatea.net/gotiu, zuletzt eingesehen

am 18.01.2017.

[31] Siehe Online-Berichte über die Proteste: https://centruldecultura.wordpress.com/2011/11/11/the-daily-recipe-of-a-gold-corporation-banning-news-and-chocking-protests/, zuletzt eingesehen am 18.01.2017.

[32] Siehe Artikel von Claudia Ciobanu bei open demoracy: https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/claudia-ciobanu/revolution-begins-with-rosia-montana, zuletzt eingesehen am 18.01.2017.

[33] Verschiedene Videos über die Aktionen finden sich bei youtube, unter dem Stichwort Rosia Montana.

[34] Siehe: http://www.robinwood.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Magazin/2014-1/120-12-19-rosia-montana.pdf

[35] Siehe: https://stop-ttip.org/blog/when-protecting-the-environment-gets-expensive/

[36] Siehe: http://www.theglobeandmail.com/report-on-business/international-business/european-business/gabriel-resources-ceo-vows-to-sue-if-romania-kills-europes-biggest-gold-mine/article14240950/ http://www.theglobeandmail.com/report-on-business/industry-news/energy-and-resources/gabriel-may-seek-billions-in-arbitration-over-stalled-romanian-mine/article18341095/

[37] Siehe verschiedene Berichte bei campact: https://blog.campact.de/2016/08/schiedsgerichte-das-verlockende-geschaeft-fuer-investoren/ sowie https://blog.campact.de/tag/juergen-maier/, zuletzt eingesehen am 15.02.2017.

[38] http://www.gabrielresources.com/documents/GBU_closingofprivateplacement_140716_close_filing.pdf, zuletzt eingesehen am 18.01.2017

[39] Siehe Bericht von Claudia Ciobanu bei reuters: http://www.reuters.com/article/us-romania-mine-idUSKBN13426G, zuletzt eingesehen am 17.01.2017.

Mobilisierung und Ressourcen im Konflikt um die Mine Bissa Gold in Sabcé, Burkina Faso

Bettina Engels

1 | Einleitung

Am 20.-21. Juni 2016 wurden in Sabcé, einer ländlichen Gemeinde in Burkina Faso, etwa 85 Kilometer nördlich der Hauptstadt Ouagadougou, 25 junge Männer von der Gendarmerie festgenommen. Zusammen mit vier Weiteren, deren Festnahme einige Tage zuvor erfolgte, befanden sie sich bis zum 10. August im Gefängnis der Provinzhauptstadt Kongoussi in Haft. Der Grund ihrer Inhaftierung war ihr Widerstand gegen die in ihrer Gemeinde ansässigen Goldmine *Bissa Gold*. Mit der Unterstützung aus der lokalen Bevölkerung sowie durch zwei landesweit aktive Bewegungsorganisationen, die Menschenrechtsorganisation *Mouvement burkinabè des droits de l'homme et des peuples* (MBDHP) und die Jugendorganisation *Organisation Démocratique de la Jeunesse du Burkina Faso* (ODJ), gelang ein zügiges Gerichtsverfahren, in dem die meisten zu mehrmonatigen Haftstrafen auf Bewährung verurteilt und freigelassen wurden.

Bislang bleiben die Forderungen der Protestakteure an das Bergbauunternehmen – Beschäftigung, Investitionen in die lokale Infrastruktur, Entschädigung für oder Rückgabe der Flächen, auf denen sie selbst handwerklich Gold geschürft hatten – noch weitgehend unerfüllt. Dennoch ist auffällig, dass sich die Anwohner_innen von Sabcé in jüngster Zeit organisieren, zu kollektivem Handeln mobilisieren und Forderungen an das Unternehmen geltend machen. In Alga hingegen, einer nahe gelegenen Abbaustätte des handwerklichen Goldbergbaus, deren Bewohner_innen ähn-

lich wie jene in Sabcé vom Verlust zentraler *livelihoods* und der Räumung zugunsten einer Ausweitung der industriellen Goldförderung bedroht sind, ist bislang keine Organisierung und Mobilisierung zu beobachten. In diesem Artikel untersuche ich am Beispiel des Konflikts um die *Bissa Gold*-Mine, wie ressourcenschwachen Gruppen – in diesem Fall Menschen in einer peripheren ländlichen Region in einem der ärmsten und am wenigsten ‚entwickelten' Staaten der Welt – die Organisierung und Mobilisierung zu Protest gelingen kann. Ich konzentriere mich dabei auf die Ressourcen, welche die Akteure nutzen (können), um ihre Interessen geltend zu machen. Hierzu greife ich auf Pierre Bourdieus Differenzierung der Kapitalsorten zurück, um die Ressourcenausstattung der betroffenen Gruppen in Sabcé und Alga zu analysieren. Die Dorfbewohner_innen können Ressourcen wie Kontakte, Netzwerke, Unterstützung durch Anwält_innen und Bewegungsorganisationen (soziales Kapital) sowie Sprachkenntnisse und rechtlich-administrative Kenntnisse (kulturelles Kapital) einsetzen, um ihre Interessen im Konflikt mit dem Bergbauunternehmen und staatlichen Akteuren zu artikulieren. Die Kleinschürfer_innen von Alga verfügen demgegenüber über weniger soziales und kulturelles Kapital im spezifischen Feld, in dem der Konflikt um die *Bissa Gold*-Mine stattfindet. Sie können zwar auf ökonomisches Kapital zurückgreifen, damit die relevanten Bestandteile der beiden anderen Kapitalsorten jedoch nicht ausgleichen.

Im Folgenden fasse ich zunächst zusammen, wie in der Forschung die Bedeutung von Ressourcen für die Mobilisierung zu politischem Protest konzeptualisiert wird. Anschließend beschreibe ich den Konflikt um die *Bissa Gold*-Mine und ordne ihn in den Kontext der aktuellen Entwicklung des Bergbausektors in Burkina Faso ein. Dann analysiere ich, wie ihre jeweilige Ressourcenausstattung es den betroffenen Gruppen in Sabcé und Alga ermöglicht oder erschwert, ihre Interessen in dem Konflikt geltend zu machen. Ich komme zu dem Schluss, dass die Relevanz unterschiedlicher Ressourcen kontextabhängig ist, und dass kulturelle, sozio-organisatorische und moralische Ressourcen nicht einfach durch materielle Ressourcen kompensiert werden können.

Das empirische Material für die Fallstudie wurde in mehreren Feldforschungsphasen im März, September und Dezember 2015 sowie im März, April und September 2016 erhoben. Insgesamt habe ich 45 Leitfaden gestützte Interviews in Ouagadougou, an vier Standorten industrieller Minen (drei Goldminen sowie eine Zinkmine) und an zahlreichen Abbaustätten des handwerklichen Goldbergbaus durchgeführt. Interviewpersonen sind Vertreter_innen von Ministerien und nachgeordneten Behörden, von Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und lokalen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Bergbauunternehmen und ihren Lobbyorganisationen. Hinzu kommen elf Fokusgruppendiskussionen mit Dorfbewohner_innen und Kleinschürfer_innen, zahlreiche informelle Gespräche, Beobachtungen an den Standorten und Teilnahmen an Treffen und Mobilisierungsveranstaltungen sozialer Bewegungen. Berichte der burkinischen Presse sowie Dokumente von nationalen Institutionen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen fließen ebenfalls in die Analyse ein.

2 | Ressourcenmobilisierung und Kapitalsorten

Mobilisierung zu politischem Protest ist für ressourcenschwache Gruppen relativ schwieriger. Denn um kollektive Interessen innerhalb eines politischen Systems geltend zu machen, sind Ressourcen in Form von Zeit für Engagement und Aktivismus, materiellen Mitteln, Organisationsstrukturen, Know How und anderem erforderlich. Dies zählt zu den frühen und grundlegenden Erkenntnissen der Protest- und Bewegungsforschung (Jenkins 1983; McCarthy/Zald 1977). Missstände und ihre Wahrnehmung durch die Betroffenen stellen eine Grundvoraussetzung für politischen Protest dar, ermöglichen allein jedoch noch keine Mobilisierung. Die ungleiche Verteilung spezifischer Ressourcen innerhalb von Gesell-

schaften bietet eine Erklärung dafür, warum es bestimmten Gruppen leichter fällt als anderen, ihre Interessen geltend zu machen. Analytisch lassen sich unterschiedliche Formen von Ressourcen voneinander trennen: materielle, menschliche, sozio-organisatorische, kulturelle und moralische Ressourcen (Edwards/McCarthy 2004). Materielle Ressourcen sind neben finanziellen Mittel auch Räume und Gegenstände, die soziale Bewegungen für ihre Aktivitäten benötigen, zum Beispiel Kopierer, Büromaterial, Lautsprecher oder Fahrzeuge. Menschliche Ressourcen sind Aktivist_innen und Unterstützer_innen, die Zeit, Arbeitskraft, Erfahrungen, Expertisen sowie für die Bewegung und ihre Aktivitäten wichtige spezifische Kenntnisse und Fähigkeiten mitbringen. Unter kulturellen Ressourcen werden kulturelle Kompetenzen und Wissen sowie ein spezifisches strategisches Verständnis, ein ‚gewusst wie' gefasst. Moralische Ressourcen erlangen Bewegungen durch die Zuschreibung von außen: Glaubwürdigkeit, Solidarität, die Wahrnehmung der Ziele und Mittel der Bewegung als legitim, etc. Sozio-organisatorische Ressourcen bezeichnen Organisationsstrukturen und Netzwerke sowie den Zugang zu öffentlicher und privater Infrastruktur. Organisationen und Netzwerke können formell und informell sein. Insbesondere in Kontexten, in denen eine formelle Organisierung schwierig und womöglich verboten ist, spielen informelle Strukturen und Netzwerke eine zentrale Rolle (Moodie 2002: 57-58; vgl. Boudreau 1996). Formelle Organisationen wie Vereine, Verbände, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, studentische Initiativen und andere bieten sozialen Bewegungen die notwendige sozio-organisatorische Infrastruktur und verfügen darüber hinaus häufig auch über materielle Ressourcen. Viele soziale Bewegungen nutzen deshalb oft bestehende Strukturen und Netzwerke für die Mobilisierung zu Protest, anstatt neue zu gründen (McAdam et al. 2001: 44).

Die Ausdifferenzierung unterschiedlicher Ressourcen in der Bewegungs- und Protestforschung stützt sich auf sozialtheoretische Überlegungen, insbesondere auf Pierre Bourdieus Konzept der Kapitalsorten, die Kapital nicht auf allein auf ökonomisches Kapital reduziert konzeptualisieren (Bourdieu 1982, 1986; Coleman 1998; Lin 2001). Mit verschiedenen Kapitalsorten beschreibt Bourdieu die jeweils aktuelle Verteilung von Macht zwischen den Akteuren in einem „sozialen Feld" (Bourdieu 1982; vgl. Bourdieu/Wacquant 1996): Ökonomisches Kapital bezeichnet Geld und Besitz; soziales Kapital besteht im Wesentlichen aus sozialen Beziehungen; kulturelles Kapital kann verinnerlicht („inkorporiert") in Form kultureller Kompetenz sein, objektiviert in Artefakten wie Schriften und Gemälden, und institutionalisiert in Form von formalen Bildungsabschlüssen.[1] Mithilfe der Kombination der Kapitalsorten erklärt Bourdieu die Strukturierung ungleicher Gesellschaften.

Beiden, Bourdieus Konzept der Kapitalsorten und dem Ressourcenmobilisierungsansatz, liegt die Annahme zu Grunde, dass die Kapitalsorten bzw. Typen von Ressourcen bis zu einem gewissen Grad wechselseitig kompensierbar seien, d.h. soziale Akteure (z.B. Bewegungen) den Mangel an einer Ressource ggf. durch eine oder mehrere andere ausgleichen können (vgl. Husu 2013: 271). Diese Kompensationsfähigkeit ist jedoch begrenzt. Kulturelles Kapital ist teilweise inkorporiert, soziales Kapital in soziale Praktiken eingeschrieben (Bourdieu 1986: 48-51) und deshalb nicht beliebig und kurzfristig durch ökonomisches Kapital zu ersetzen. Darüber hinaus kann ökonomisches Kapital in unterschiedlichen Formen vorhanden sein: Verfügbares monetäres Kapital ist flexibler einsetzbar als beispielsweise Landbesitz, aber auch anfälliger für Verluste beispielsweise durch Bankenkrisen oder Währungsabwertung (ebd.: 55). Dabei bestreitet Bourdieu keineswegs die Bedeutung materieller Ungleichheit, sondern analysiert, wie sie sich durch soziale und kulturelle Praxis so reproduziert, dass sie uns geradezu ‚natürlich' erscheint.

3 | Bergbauboom in Burkina Faso

Burkina Faso hat eine lange Tradition im handwerklichen Abbau von Gold, die weit in

die vorkoloniale Zeit reicht. Der handwerkliche Goldbergbau wird unter dem Begriff *orpaillage* zusammengefasst. Der Begriff ist die französischsprachige Bezeichnung für Goldwaschen, also eine handwerkliche Form der Goldgewinnung durch Auswaschen von Gold aus Flüssen. Als *orpailleurs* werden im französischsprachigen Westafrika auch Personen bezeichnet, die wie in Burkina Faso Gold durch Graben von Löchern aus der Erde gewinnen. Die *orpailleurs* steigen in diese Schächte, die oft 20 oder 50, in Ausnahmefällen bis zu 100 Meter tief sind, an Tauen hinab und graben mit einfachen Werkzeugen nach potenziell goldhaltigem Gestein. Dieses wird in einem mehrstufigen Verfahren mit Motor betriebenen Mühlen sowie per Hand im Mörser zerkleinert, gewaschen und in Tüchern gesiebt. Das Herauslösen des Goldes aus dem Gestein erfolgt letztendlich unter dem Einsatz von Quecksilber, teilweise auch Zyanid (für eine ausführliche Erläuterung s. Tschakert/Singha 2007). Industriell wird Gold in Burkina Faso in größerem Umfang erst seit Mitte der 2000er Jahre abgebaut. Hinsichtlich von Beschäftigtenzahlen und Fördermengen unterscheiden sich der handwerkliche und industrielle Bergbau erheblich. In den derzeit zwölf aktiven industriellen Minen – elf Goldminen und eine Zinkmine – sind insgesamt rund 7.000 Personen direkt beschäftigt. Vom handwerklichen Goldbergbau, der weitgehend informell stattfindet, leben hingegen schätzungsweise zwischen einer und 1,2 Millionen Menschen. Neun industrielle Minen befinden sich gegenwärtig in der Konstruktionsphase. Die Zahl der handwerklichen Abbaustätten von Gold schätzte der Bericht einer parlamentarischen Untersuchungskommission jüngst auf über 1.000; für nur 159 davon liegt eine Konzession vor (AN 2016: 2, 24). Alle weiteren sind „wilde", d.h. nicht konzessionierte Abbaustätten, auf denen Hunderttausende von Menschen tätig sind.

In den ländlichen Regionen Burkina Fasos, in denen Bergbau stattfindet, lebt die große Mehrheit der Menschen von der Subsistenzlandwirtschaft und Tierhaltung sowie der handwerklichen Goldgewinnung. Auf einigen größeren Abbaustätten (*site d'orpaillage*) leben und arbeiten teilweise mehrere Tausend Menschen; manche dieser Stätten existieren über Jahre oder Jahrzehnte. Die Bewohner_innen dieser Siedlungen leben praktisch ausschließlich von der *orpaillage* bzw. der Zuarbeit und der Versorgung der Stätten (etwa dem Verkauf von Wasser, Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs, der Gastronomie und verschiedenen Dienstleistungen). Der größere Teil der handwerklichen Goldgewinnung erfolgt auf kleineren Abbaustätten. Viele Haushalte leben teils von der *orpaillage*, teils von der Landwirtschaft oder Tierhaltung, etwa indem einige Familienmitglieder im Bergbau und andere in der Subsistenzwirtschaft tätig sind oder indem sie temporär in den Jahreszeiten zwischen Aussaat und Ernte nach Gold suchen.

Die enorme Ausweitung des industriellen Bergbaus in Burkina Faso innerhalb der letzten Jahre geht mit zahlreichen Konflikten in den Bergbaugebieten einher (Engels 2016). Diese verlaufen meist zwischen den Unternehmen und (zentral-)staatlichen Akteure auf der einen sowie Bewohner_innen der Dörfer und der handwerklichen Abbaustätten, die sich innerhalb oder in der Nähe der Konzessionsgebiete befinden, auf der anderen Seite. In vielen Fällen werden Dörfer umgesiedelt, Anbau- und Weideflächen der Nutzung durch die Dorfbewohner_innen entzogen und handwerkliche Abbaustätten zwangsweise und häufig mittels physischer Gewalt geschlossen. Viele Anwohner_innen klagen über unzureichende Entschädigungen für den Verlust von Häusern und landwirtschaftlichen Flächen sowie über gesundheitliche Folgen für sich selbst und ihre Tiere durch Chemikalien in der Luft und im Wasser (eigene Erhebungen; s. auch AN 2016; Fastenopfer/Brot für alle 2016). Kleinschürfer_innen – von den wenigen Inhaber_innen von Schürflizenzen abgesehen – haben als solche in der Regel keinen Anspruch auf Entschädigung. Entschädigungen erfolgen für Besitzer_innen von Häusern und Flächen sowie für Bäuerinnen und Bauern (auch wenn

diese nicht über Besitztitel für die Flächen, die sie bestellen, verfügen).

4 | Konflikt um die Mine *Bissa Gold*

Die *Bissa Gold*-Mine in der Gemeinde Sabcé in der Provinz Bam zählt zu den größten in Burkina Faso. Die Arbeiten an der Mine begannen im Jahr 2011. Die Produktion startete 15 Monate später im Januar 2013; die Lebensdauer der Mine wird auf sieben bis zehn Jahre geschätzt. Betreiber der Mine ist das Unternehmen *Bissa Gold*, das zu 90 Prozent der Firma *High River Gold* gehört. Zehn Prozent an *Bissa Gold* hält dem burkinischen Bergbaugesetz entsprechend der burkinische Staat. *High River Gold* wiederum befindet sich zu 100 Prozent im Besitz des an der Londoner Börse notierten Unternehmens Nordgold mit Sitz in Moskau. Die restlichen zehn Prozent hält dem burkinischen Bergbaugesetz entsprechend der Staat Burkina Faso. Fast 3.000 Menschen aus zwei Dörfern der Gemeinde wurden für die Einrichtung der Mine umgesiedelt. Allein in dem 3.600 Einwohner_innen zählenden Dorf Imiougou sind nach Angaben von Anwohner_innen 2.500 Menschen von dem Verlust von insgesamt 700-800 Hektar landwirtschaftlicher Nutzflächen betroffen (Interviews, Imiougou, 13.09.2016 und 16.09.2016). Die Mine beschäftigt gut 800 Personen, davon nach eigenen Angaben etwa 30 Prozent aus den umliegenden Dörfern. Noch vor der Inbetriebnahme erhielt die Firma 20.000 Bewerbungen aus dem ganzen Land (Fastenopfer/Brot für alle 2016: 17-18).

Die unerfüllten Erwartungen der Anwohner_innen hinsichtlich mittel- und langfristiger Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten durch die Mine stellen einen zentralen Aspekt im Konflikt um das Bergbauvorhaben dar. Praktisch alle Interviewten äußerten Forderungen nach (mehr) Arbeitsplätzen für die lokale Bevölkerung und wiesen darauf hin, dass bestehende Einkommensquellen durch Anbau, Tierhaltung und handwerkliche Goldförderung durch die Mine erheblich eingeschränkt würden. Darüber hinaus beklagten sie fehlende oder unzureichende Entschädigungen für den Verlust von Bauland, Anbau- und Weideflächen, Häusern und Bäumen sowie gesundheitliche Beeinträchtigen durch Staub und giftige Dämpfe in der Luft. Mindestens ebenso häufig wie Entschädigungen für die betroffenen Haushalte fordern die Anwohner_innen Investitionen in die bauliche und soziale Infrastruktur der Gemeinde, insbesondere im Bereich der schulischen und beruflichen Ausbildung und Gesundheitsversorgung, als Ausgleich für die negativen ökonomischen und ökologischen Auswirkungen der Mine.

4.1 | Organisierung, Mobilisierung und Protest

Mit Beginn der Arbeiten an der Mine wurden die Anwohner_innen in den betroffenen Dörfern mit jährlichen Zahlungen für den Verlust ihrer landwirtschaftlichen Anbauflächen für zunächst fünf Jahre entschädigt. Im Jahr 2016, nach Ablauf dieser fünf Jahre, fanden in Sabcé zunehmend Proteste statt. Anfang des Jahres wandten sich einige junge Menschen aus den Dörfern mit der Bitte um Unterstützung an ODJ, einen landesweit aktiven Jugendverband. Im März gründete sich eine lokale Gruppe des Verbands. Die Unterstützung besteht vor allem aus Beratung und Organisierung: Ehrenamtliche Aktivist_innen, die über Jahre, teilweise Jahrzehnte lange Erfahrung in der Bewegungsarbeit sowie über Kenntnisse im Bereich von Rechten und Verwaltungsverfahren (politische und bürgerliche Rechte, Versammlungsrecht, Institutionen der politischen Beteiligung usw.) verfügen, geben diese an (potenzielle) neue Aktivist_innen in den betroffenen Gemeinden weiter. In einer ländlichen Region Burkina Fasos, in welcher ein Großteil der Anwohner_innen über eine geringe formale Bildung, keine Kenntnisse der Amtssprache Französisch und kaum Informationen über formale Rechte und institutionelle Verfahren verfügt, bildet dieses Wissen eine erhebliche Ressource für Mobilisierung, Organisierung und politischen Protest mit dem Ziel, bestehende Rechte einzufordern und deren Ausweitung zu erreichen.

Am 18.-19. April 2016 besetzte eine Gruppe von Frauen einen Abschnitt der zentralen Überlandstraße in der Gemeinde. Sie forderten *Bissa Gold* auf, junge Arbeitskräfte aus den umliegenden Dörfern einzustellen, Unterstützungsleistungen für die Bäuerinnen und Bauern, die Flächenverluste hinnehmen mussten, bereitzustellen, und in die Infrastruktur der Gemeinde zu investieren, insbesondere in den Ausbau der Schule sowie in den Bau eines Frauenzentrums (AIB 2016; Seni 2016).

Am 15.-16. Juni demonstrierten junge Menschen aus der Gemeinde Sabcé, um ihren Forderungen – weitgehend identisch mit jenen des Protests der Frauen – Nachdruck zu verleihen. Vier Teilnehmer der Proteste wurden festgenommen und für einige Tage auf dem Polizeikommissariat in der Provinzhauptstadt Kongoussi inhaftiert. Unter dem Druck der Frauen aus der Gemeinde, darunter die Mütter der Inhaftierten, wurden sie am 20. und 21. Juni frei gelassen. Anfang Juli besetzten junge Bewohner_innen von vier Dörfern der Gemeinde, Goungla, Imiougou, Zandkom und Guibaré, Flächen, auf denen sie früher handwerklich Gold geschürft hatten. Sie erklärten, dass der Zeitraum von fünf Jahren, in dem das Unternehmen die Anwohner_innen entschädigte, abgelaufen sei, die Mine aber unverändert weiter produziere. Sie beklagten, dass das Unternehmen weder die Entschädigung der Dörfer fortsetze noch seiner Verpflichtungen hinsichtlich von Beschäftigung und Infrastrukturförderung nachkomme.

Mit Verweis darauf, dass das Unternehmen seine Zusagen nicht einhalte, forderten die Bewohner_innen der Gemeinde nun ihre Flächen zurück (ODJ 2016a, 2016b). Die Sicherheitskräfte der Mine stoppten gemeinsam mit der Gendarmerie (Sicherheitskräfte auf nationaler Ebene, die dem Verteidigungsministerium unterstehen) innerhalb von 48 Stunden die Proteste. 25 junge Männer wurden festgenommen. Drei, darunter zwei unter 18-Jährige, wurden nach vier Tagen freigelassen, die 22 anderen blieben mehrere Wochen unter dem Vorwurf des Diebstahls von Gold von dem Konzessionsgebiet der *Bissa Gold*-Mine in Haft. Der von der Menschenrechtsorganisation MBDHP gestellte Anwalt hielt dem entgegen, dass *Bissa Gold* weder Dokumente vorweisen konnte, welche belegten, dass die betreffende Fläche zu ihrem Konzessionsgebiet gehörte, noch beweisen konnte, dass die Angeklagten Gold entwendet hätten. Unter Druck der beiden Organisationen und mit Hilfe des Anwalts gelang es, ein für burkinische Verhältnisse relativ zügiges Gerichtsverfahren mit einem relativ glimpflichen Urteil zu erreichen: Haftstrafen auf Bewährung von vier Monaten für 20 sowie von acht Monaten für zwei der Angeklagten.

Etwa 35 Kilometer nördlich der Provinzhauptstadt Kongoussi befindet sich Alga, eine vergleichsweise große *site d'orpaillage*, eine permanente Siedlung und Abbaustätte des handwerklichen Goldbergabbaus. Sie existiert seit über drei Jahrzehnten. Bis zu 7.000 Menschen leben und arbeiten teilweise permanent auf der *site*. Sie kommen aus allen Regionen des Landes sowie aus den Nachbarstaaten Burkina Fasos. Einige sind dort geboren und haben ihr ganzes Leben in Alga verbracht. Aktuell kursieren zunehmend Gerüchte in Alga, dass *Bissa Gold* die industrielle Förderung auf das Gebiet der *site* ausweiten und 2017 dort anfangen wolle zu arbeiten (Interviews und Gespräche, Alga, 29.03.2016). Wer ein Haus auf dem Gebiet besitzt, könne auf ein Ersatzhaus als Entschädigung hoffen – für allen anderen Besitz und die getätigten Investitionen in die handwerkliche Goldförderung gäbe es keine Entschädigung. Eine Einheit der nationalen Polizei, die „Aufstandsbekämpfungsbrigade" *Compagnie Républicaine de Sécurité* (CRS), solle in Alga stationiert werden und die Kleinschürfer_innen im Zweifelsfall vertreiben. Obwohl ein großer Teil der Kleinschürfer_innen mit den Bedingungen auf der *site* sehr unzufrieden ist und Widerspruch gegen die vermutete Übernahme des Gebiets durch *Bissa Gold* äußert, kommt es anders als in den betroffenen Dörfern der Gemeinde Sabcé bisher nicht zu Organisierung, Mobilisierung und kollektivem (Protest-)Handeln.

4.2 | Ressourcen und Kapitalsorten

Die betroffenen Gruppen in den Dörfern der Gemeinde Sabcé und in Alga sind unterschiedlich mit für Mobilisierung und Protest relevanten Ressourcen ausgestattet. Unter denjenigen, die in Alga potenziell zu kollektivem Handeln gegen die Ausweitung des industriellen Bergbaus auf das Gebiet mobilisieren könnten, sind einige für den Kontext vergleichsweise wohlhabende Personen. „Wir sind reich", so ein Interviewpartner (Alga, 13.09.2016); so viel, wie er und andere in der handwerklichen Goldförderung verdienen würden, könnte *Bissa Gold* ihnen als Ausgleich gar nicht zahlen. „Wir sind bereit, uns zu verteidigen." (ebd.) Diese Bereitschaft, die verfügbaren materiellen Ressourcen sowie die Identifikation von aktuellen und drohenden Missständen münden in Alga jedoch noch nicht in der Mobilisierung zu kollektivem Handeln.

In den Dörfern der Gemeinde Sabcé werden hingegen vor allem nicht-materielle Ressourcentypen, nämlich sozio-organisatorische und kulturelle Ressourcen bzw. soziales und kulturelles Kapital, erfolgreich für die Mobilisierung genutzt. Nach Aussagen von lokalen Aktivist_innen (Interviews, 13.09.2016 und 16.09.2016) ermöglichte es vor allem die Vernetzung mit den beiden landesweit aktiven Verbänden, die notwendigen Ressourcen zu generieren. Diese Vernetzung gelang über individuelle Kontakte durch einzelne Personen aus den Dörfern – etwa einen Französischlehrer und einen Studenten, die über das Studium an der Universität von Ouagadougou über Kontakte zu den Bewegungsorganisationen verfügen. Das inkorporierte kulturelle Kapital einzelner Personen stellt hier eine Schlüsselressource dar, ohne welche die Mobilisierung in der Form, wie sie 2015-2016 stattgefunden hat, nicht hätte erfolgen können. Über den Kontakt zu den landesweiten Verbänden werden sozio-organisatorische Ressourcen geschaffen, indem lokale Gruppen der Bewegungsorganisationen gegründet werden. Über die neu gegründeten Gruppen werden weitere Aktivist_innen gewonnen. Die Mitglieder der nationalen Verbände geben Wissen über Mittel und Wege der Mobilisierung zu und Durchführung von Protest weiter. Hierzu zählen insbesondere Kenntnisse über das Versammlungsrecht, die Vorbereitung von Demonstrationen und anderen Protestaktivitäten sowie über die administrativen und politischen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Vor dem Hintergrund, dass in der ländlichen Region der Provinz Bam die meisten Menschen nicht lesen und schreiben können und wenig Französisch sprechen, sind diese Ressourcen wesentlich.

Soziale Gruppen, denen der Zugang zu institutionalisierten Wegen der politischen Einflussnahme und des Protests – auch aufgrund ungleicher Ressourcenverteilung – verwehrt wird, greifen häufiger auf nicht-institutionalisierte Mittel und disruptive Repertoires zurück (vgl. Piven/Cloward 1977). Im Fall der Proteste in der Gemeinde Sabcé weisen Aktivist_innen in Interviews darauf hin, dass es seit Beginn der Arbeiten an der *Bissa Gold*-Mine mehrfach vereinzelte und spontane Proteste gegeben hätte. Diese seien aber zeitlich beschränkt gewesen und im Sande verlaufen, da die Menschen in den Dörfern weder gewusst hätten, wie und an wen sie ihre Forderungen richten könnten, noch über welche Rechte sie zumindest de jure gegenüber den Behörden und Sicherheitskräften verfügen. Entsprechend sei es für Letztere einfach gewesen, die Proteste stets frühzeitig zu unterdrücken und abzuwehren. Dies habe sich in den Jahren 2015-2016 geändert: Mit den neu ausgebildeten Organisationsstrukturen und den damit verbundenen Netzwerken zu landesweit aktiven Bewegungsorganisationen sowie dem Wissen über Rechte sowie politische und administrative Prozesse habe sich die Position der protestierenden Anwohner_innen gegenüber den lokalen und regionalen Behörden, Sicherheitskräften und dem Minenunternehmen verbessert. Die Proteste hätten an Kontinuität und Wirksamkeit gewonnen. Dies zeigt sich etwa darin, dass landesweite und internationale Medien inzwischen regelmäßig über den Konflikt in Sabcé berichten und dabei die Forderungen der Anwohner_innen aufgreifen.

Das geforderte Frauenzentrum wurde im Jahr 2016 gebaut. Auch dass die im Juni 2016 Festgenommenen ein zügiges Gerichtsverfahren mit für sie relativ günstigem Ausgang erreichten, ist mit der öffentlichen Aufmerksamkeit und der Unterstützung durch die landesweiten Verbände, die Presse- und Lobbyarbeit zugunsten der Inhaftierten betrieben und den Anwalt gestellt hatten, zu erklären.

5 | Fazit

Die Veränderung ihrer sozio-organisatorischen, menschlichen und kulturellen Ressourcen – Kontakte, Netzwerke, spezifisches Wissen über das ‚gewusst wie' von Protest – erklären, warum es den Anwohner_innen in den Dörfern von Sabcé in den Jahren 2015-2016 gelang, ihre Interessen im Konflikt um den Goldbergbau zu artikulieren und ihnen mit kollektivem Handeln Nachdruck zu verleihen. Das Beispiel zeigt, dass ressourcenschwachen Gruppen Mobilisierung gelingen kann, auch wenn ihre Position im sozialen Feld – im konkreten Fall dem „Konfliktfeld" (Dietz/Engels 2017) der Mine *Bissa Gold* – schwach ist. Deutlich wird zudem, dass die Bedeutung von Ressourcen kontextabhängig ist: Im Fall von Sabcé spielt das inkorporierte kulturelle Kapital einzelner Personen, über das zusätzliche Ressourcen bzw. soziales Kapital für die lokalen Gemeinschaften in den betroffenen Dörfern gewonnen werden, eine zentrale Rolle. In der handwerklichen Abbaustätte und Siedlung Alga fehlen diese Ressourcen und können durch das vorhandene ökonomische Kapital nicht ersetzt werden.

Mit Blick auf die verfügbaren moralischen Ressourcen verhält es sich ähnlich: Im gesellschaftlichen und (entwicklungs-)politischen Diskurs um den industriellen und handwerklichen Bergbau wird Anwohner_innen, welche unter den negativen Folgen des Bergbaus durch den Verlust von Siedlungen, landwirtschaftlich genutzten Flächen, der qualitativen und quantitativen Verschlechterung der Wasserressourcen etc. leiden, grundsätzlich Legitimität ihrer Bedürfnisse und *livelihood* bezogenen Interessen zugeschrieben. Handwerklicher Bergbau wird demgegenüber überwiegend als negativ dargestellt und mit Phänomenen wie Kinderarbeit, sexueller Ausbeutung, gesundheitlichen und ökologischen Schäden durch den Einsatz von Chemikalien etc. in Verbindung gebracht (vgl. Bush 2009; Luning 2014; Tschakert 2009). Im Unterschied zu den Anwohner_innen in den betroffenen Dörfern fehlt den handwerklichen Goldschürfer_innen hier eine moralische Ressource in Form der Möglichkeit, gesellschaftliche Legitimität für ihren Protest zu erlangen, die sie durch materielle Ressourcen kaum ausgleichen können.

Die Beispiele der von der Ausweitung des industriellen Bergbaus betroffenen Gruppen in der Provinz Bam zeigen, dass ökonomisches Kapital für die Mobilisierung zu Protest nicht immer die ausschlaggebende Kapitalsorte ist. Die sozio-organisatorischen, menschlichen und moralischen Ressourcen, die im Fall der Dörfer in Sabcé wichtig für die Mobilisierung zu Protest sind, sind de facto nicht durch materielle Ressourcen kompensierbar, wie das Beispiel von Alga deutlich macht.

Bettina Engels leitet gemeinsam mit *Kristina Dietz* die wissenschaftliche Nachwuchsgruppe „*Global Change – Local Conflicts*?" (GLOCON) am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Kontakt: bettina.engels@fu-berlin.de

Anmerkungen

[1] Mein Dank für ihr Vertrauen und ihre Unterstützung meiner Forschung gilt neben den Interviewpartner_innen besonders Mohamed Dagano, Kristina Dietz, Franza Drechsel, Ouiry Sanou und André Tibiri.

[2] Symbolisches Kapital (Prestige, Ehre) ist ein Produkt der Kombination der drei anderen Kapitalsorten. Der Begriff bezieht sich auf die gesellschaftliche Bewertung und Legitimation von kulturellem, sozialem und ökonomischem Kapital und stellt daher ein übergeordnetes Konzept dar, keine vierte Kapitalsorte neben den drei genannten.

Literatur

AIB 2016: Sabcé: Des femmes en colère contre Bissa-Gold bloquent la nationale 22. In: Agence d'Information du Burkina, 19.04.2016.

AN 2016: Rapport Général de la commission d'enquête parlementaire sur la gestion des titres miniers et la responsabilité sociale des entreprises minières, Septembre 2016. Ouagadougou: Assemblé Nationale du Burkina Faso, IVe République, 7ième législature.

Boudreau, Vincent 1996: Northern Theory, Southern Protest: Opportunity Structure Analysis in Cross-National Perspective. In: Mobilization: An International Quarterly, Jg. 1, Heft 2, 175-189.

Bourdieu, Pierre 1982: Die feinen Unterschiede. Zur Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main.

Bourdieu, Pierre 1986: The Forms of Capital, in: Richardson, John (Hg.), Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education, New York: Greenwood, 241-258.

Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loïc 1996: Reflexive Anthropologie. Übersetzt von Hella Beister, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Bush, Ray 2009: 'Soon there will be no-one left to take the corpses to the morgue': Accumulation and abjection in Ghana's mining communities. In: Resources Policy, Jg. 34, Heft 1-2, 57-63.

Coleman, James S. 1988: Social Capital in the Creation of Human Capital. In: American Journal of Sociology, Jg. 94, 95-120.

Dietz, Kristina/Engels, Bettina 2017: Global-lokale Konfliktfelder: Radikale Kontextualisierung von Konflikten um Land. GLOCON Working Paper No. 1. Berlin: Freie Universität Berlin, www.land-conflicts.net (i. E.).

Edwards, Bob/McCarthy, John D. 2004: Resources and Social Movement Mobilization, in: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hg.): The Blackwell Companion to Social Movements, Malden/Oxford: Blackwell, 116-152.

Engels, Bettina 2016: Not all that glitters is gold: mining conflicts in Burkina Faso, in: Engels, Bettina/Dietz, Kristina (Hg.): Contested extractivism, society and the state: Struggles over mining and land, New York: palgrave macmillan (i. E.).

Fastenopfer/Brot für alle 2016: Profit wichtiger als Menschenrechte? Gold aus Burkina Faso und die Verantwortung der Schweiz. Luzern: Fastenopfer.

Husu, Hanna-Mari 2013: Bourdieu and Social Movements: Considering Identity Movements in Terms of Field, Capital and Habitus. In: Social Movement Studies, Jg. 12, Heft 3, 264-279.

Jenkins, J. Craig 1983: Resource Mobilization Theory and the Study of Social Movements. In: Annual Review of Sociology, Jg. 9, 527-553.

Lin, Nan 2001: Social Capital: A Theory of Social Structure and Action, New York: Cambridge UP.

Luning, Sabine 2014: The future of artisanal miners from a large-scale perspective: From valued pathfinders to disposable illegals? In: Futures, Jg. 62, Part A, Heft 0, 67-74.

Mayer, David S. 2004: Protest and Political Opportunities. In: Annu. Rev. Sociol., Jg. 30, 125-145.

McAdam, Doug, Tarrow, Sidney G./ Tilly, Charles 2001: Dynamics of Contention, Cambridge: Cambridge UP.

McCarthy, John D./Zald, Mayer N. 1977: Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory. In: The American Journal of Sociology, Jg. 82, Heft 6, 1212-1241.

Moodie, T. Dunbar 2002: Mobilization on the South African Gold Mines, in: Meyer, David/ Whittier, Nancy/Robnett, Belinda (Hg.): Social Movements: Identity, Culture, and the State Oxford UP, 47-65.

ODJ 2016a: Déclaration sur le procès des jeunes injustement arrêtes par Bissa-Gold, Kongoussi, 04 Septembre 2016. Ouagadougou/ Kongoussi: Organisation Démocratique de la Jeunesse du Burkina Faso.

ODJ 2016b: Déclaration sur les arrestations et la détention de 22 militants des villages riverains de la mine Bissa gold SA dans la commune de Sabcé, Kongoussi, le 06 Août 2016. Ouagadougou/Kongoussi: Organisastion Démocratique de la Jeunesse du Burkina Faso.

Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. 1977: Poor Peoples Movements: Why they Succeed, How they Fail, New York: Vintage.

Seni, Bessy François 2016: Kongoussi: Les femmes d'Imiougou et Bissa Gold accordent leurs violons. In: omegabf.net, 21.04.2016.

Tschakert, Petra 2009: Recognizing and nurturing artisanal mining as a viable livelihood. In: Resources Policy, Jg. 34, Heft 1-2, 24-31.

Tschakert, Petra/Singha, Kamini 2007: Contaminated identities: Mercury and marginalization in Ghana's artisanal mining sector. In: Geoforum, Jg. 38, Heft 6, 1304-1321.

„Die Väter und Väter unserer Väter haben hier Gold abgebaut": *Framing* in Konflikten um Goldbergbau im Senegal

Louisa Prause

1 | Einleitung

Im Zuge der Finanzkrise sind die Goldpreise stark angestiegen. Neben den hohen Preisen haben neue Technologien sowie die Liberalisierung zahlreicher Bergbaugesetze im Globalen Süden dazu beigetragen, dass Investitionen in die Erkundung und den Abbau von Gold seit Anfang der 2000er in Gebiete fließen, in denen zuvor wenig industrieller Goldbergbau stattfand (vgl. Bebbington/Bury 2013; Bridge 2008). Im Zuge dieser Entwicklung wurden auch in westafrikanischen Staaten, durch die der Birimian Greenstone Gold Belt verläuft, zahlreiche Explorations- und Förderlizenzen vergeben (UNECA 2011). Land, das für Bergbauzwecke genutzt wird, war vorher jedoch in der Regel nicht leer und ungenutzt. Lokale Gemeinschaften nutzen Land für eine Vielzahl ökonomischer Tätigkeiten, und bestimmte Orte haben wichtige kulturelle und soziale Bedeutungen. In den letzten Jahren ist der handwerkliche Goldbergbau eine der wichtigsten Einkommensquellen in vielen lokalen Gemeinden in den Goldregionen afrikanischer Länder geworden. Konflikte um die Ausweitung des Bergbaus sind häufig durch eine Konkurrenz zwischen handwerklichem und industriellen Bergbau geprägt (vgl. Hilson 2002; Geenen 2014). Überzeugungen, Bedeutungszuschreibungen und diskursive Praxen sind zentraler Bestandteil dieser Konflikte(Ribot/Peluso 2003: 168).

In diesem Artikel analysiere ich die diskursive Dimension des Konfliktes um die *Sabodala Gold*-Mine im Senegal. Lokale Gemeinschaften kämpfen hier unter anderem für den gesicherten Zugang zu handwerklichen Goldabbaustätten, bislang jedoch mit wenig Erfolg. Ich frage danach, warum das *framing* der lokalen Gemeinden und ihrer zivilgesellschaftlicher Verbündeter bislang nicht erfolgreich war. Ziel des Beitrags ist es, die *framing*-Strategien der beteiligten Akteure mit dem breiteren diskursiven Kontext in Verbindung zu setzen, um so Aussagen über die Ursachen für den Erfolg und Misserfolg von *frames* in Bergbaukonflikten treffen zu können. Theoretisch kombiniere ich zwei Ansätze aus der *Contentious Politics*-Literatur: *Framing* und diskursive Gelegenheitsstrukturen (*discursive opportunity structure*, DOS).

Bislang existieren relativ wenige Beiträge zu *framing* in Bergbaukonflikten. Im Hinblick auf Bergbaukonflikte in Lateinamerika haben verschiedene Autor_innen zentrale und wiederkehrende *frames* wie „*Environmental Justice*" oder die Verteidigung eines „*Way of Life*" identifiziert (Urkidi/Walter 2011; Hopke 2012; Urkidi 2010; Haalboom 2011). Den Erfolg bestimmter *frames* erklären Forscher_innen mit dem Bezug auf Expert_innenwissen (Buchanan

2013; Deonandan 2015), mit Allianzen mit alternativen Medien (Haalboom 2011) und mit dem Einsatz multi-skalarer *framing*-Strategien. Hier passen Bewegungsakteure ihre *frames* den jeweiligen Adressat_innen auf verschiedenen Skalen – lokal, national und global – an (Haarstad/Fløysand 2007). Einige Autor_innen verweisen auf die Bedeutung dominanter Diskurse für die Durchsetzung bestimmter *frames* (Buchanan 2013; Prause 2016a). Sie zeigen, dass insbesondere die Anschlussfähigkeit an Entwicklungsdiskurse relevant für die Wirksamkeit von *frames* im Konflikten um Bergbau ist (Bebbington/Bury 2013; Davidov 2014). In diesen Beiträgen bleibt jedoch zumeist unklar, warum welche Diskurse in einem bestimmten Konflikt wirksam werden. Außerdem bleibt offen, warum bestimmte Akteure diskursive Gelegenheitsfenster nutzen können, während anderen dies nicht gelingt. Um dieser Lücke in der Literatur zu begegnen, schlage ich eine Konzeptualisierung von Diskurs anhand des Ansatzes der diskursiven Gelegenheitsstruktur vor. In diesem Beitrag zeige ich, wie sich dieser für Bergbaukonflikte operationalisieren lässt. Ich argumentiere, dass das Ergebnis von *framing contests* nur erklärt werden kann, wenn sowohl die *framing*-Strategien der beteiligten Akteure, also der Kritiker_innen und Unterstützer_innen eines Bergbauprojektes, als auch der diskursive Kontext analysiert werden. Der Erfolg von *framing*-Strategien sozialer Bewegungsakteure ist ebenso abhängig vom diskursiven Kontext wie von den *counter-framing*-Strategien ihrer Gegner_innen, von Spaltungen innerhalb einer Bewegung und von der Qualität der *frames,* die Bewegungsakteure konstruieren.

Empirisch untersuche ich den Konflikt um die *Sabodala Gold*-Mine im Senegal. Der Artikel stützt sich auf die Auswertung von 39 nicht-standardisierten Interviews und vier Fokusgruppendiskussionen, die ich während zwei Feldforschungsaufenthalten, 2015 und 2016 durchgeführt habe[1]. Interviewpartner_innen waren Vertreter_innen von Ministerien, regionalen und lokalen Verwaltungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), lokalen Initiativen, Angestellte und (ehemalige) Arbeiter_innen des Bergbauunternehmens, handwerkliche Goldgräber_innen sowie Bewohner_innen der von der *Sabodala Gold*-Mine betroffenen Dörfer. Ich habe zudem zahlreiche Zeitungsartikel aus der nationalen und internationalen Presse sowie graue Literatur von den Organisationen und Behörden vor Ort ausgewertet. Darüber hinaus habe ich die Bergbau- sowie die Umweltgesetzgebung und den nationalen Entwicklungsplan (*Plan Sénégalais Emérgent*, PSE) analysiert.

Der Artikel ist wie folgt gegliedert: Ich gebe zunächst einen kurzen Überblick über die Konflikte um die *Sabodala Gold*-Mine im Senegal. Daran anschließend stelle ich mein theoretisches Analyseraster vor. Abschnitt vier widmet sich der empirischen Untersuchung der DOS sowie des *framings* des Bergbauunternehmens und der lokalen Gemeinden. Im Fazit fasse ich die zentralen Ergebnisse zusammen und diskutiere, inwiefern sich die Kombination aus dem DOS-Konzept und dem *framing*-Ansatz für die Analyse von Bergbaukonflikten als nützlich erweist.

2 | Konflikte um Goldbergbau im Senegal

Senegal steht exemplarisch für die neue Dynamik des Goldbergbaus in Afrika. Bis Anfang der 2000er Jahre gab es keine industrielle Goldförderung im Senegal. 2003 reformierte der damalige Präsident Abdoulaye Wade das Bergbaugesetz. Er führte Steuervorteile und Zollbefreiungen für Bergbauunternehmen ein und setze lediglich eine Abgabe von 3% Förderwertes fest (*Code Minier*, Loi 2003-36, 24 November 2003). Im Zuge dieser Reform sowie des anhaltend hohen Goldpreises wurden mittlerweile 38 Erkundungslizenzen und drei Bergbaukonzessionen zur industriellen Goldförderung vergeben (Direction des Mines et de la Géologie 2016: Tabelle 1 & 2). Die erste industrielle Goldmine des Senegals, die *Sabodala Gold*-Mine, hat 2009 die Produktion aufgenommen. Die kanadische Firma *Teranga Gold Operation* (TGO) übernahm die Mine 2010. Mittlerweile hält das Unternehmen über

seine beiden senegalesischen Tochterfirmen *Sabodala Gold Operations* und *Sabodala Mining Company* eine Förderlizenz über 291 km² und Explorationslizenzen für über 1.000 km² (Teranga Gold Corporation 2015). Von 2013 bis 2015 umfasste die Produktion der Mine ca. fünf bis sechs Tonnen Gold im Jahr (ebd.). Gold wird in der Region Kédougou jedoch bereits seit vorkolonialer Zeit handwerklich abgebaut. Traditionell war dies eine zusätzliche Einkommensquelle für die lokale Bevölkerung während der Trockenzeit (Niang 2014). Im Zuge der hohen Goldpreise und erleichtert durch durchlässigen Grenzen sowie die fehlenden Regulierung des handwerklichen Goldabbaus durch den Staat sind in den letzten zehn Jahren tausende handwerklicher Goldgräber_innen aus den Nachbarstaaten nach Kédougou migriert, um dort nach Gold zu suchen. Genaue Zahlen darüber, wie viele Menschen auf der Suche nach Gold in die Region gekommen sind, gibt es nicht. An mehrere der größeren Abbauorte arbeiten jedoch zwischen 15.000-50.000 Menschen (Fokusgruppendiskussion, handwerkliche Goldgräber, 13.04.2016, Kharakhena). Ein Großteil der in der Region lebenden Dorfbevölkerungen haben den Schwerpunkt ihrer ökonomischen Aktivitäten ebenfalls von der Landwirtschaft auf den handwerklichen Goldbergbau verlagert. Die lokale NGO *La Lumière* schätzt, dass mindestens 60% des Haushaltseinkommens im ländlichen Raum Kédougous durch den handwerklichen Goldbergbau erwirtschaftet wird und nur noch 40% durch die Landwirtschaft (Interview, La Lumière, 05.03.2015, Kédougou). Es gibt eine Vielzahl von Konfliktgegenständen um die *Sabodala Gold*-Mine; eine Hauptforderung der Anwohner_innen, teilweise unterstützt von lokalen und internationalen NGOs, richtet sich jedoch auf den gesicherten Zugang zu handwerklichen Goldabbaustätten (vgl. Prause 2016b). Der industrielle Bergbau steht in direkter Konkurrenz zum handwerklichen Abbau. Mehrere große Abbaustätten auf dem Konzessionsgebiet der Mine, etwa Golouma oder Gora, wurden geschlossen. Dies führte zu teils gewaltsamen Protesten der lokalen Bevölkerung (Faye 20.04.2014; Interview Sprecher der sechs Dörfer um Gora, 03.05.2015, Kédougou). Trotz der Unterstützung internationaler NGOs wie *Oxfam* oder *Amnesty International* und lokaler NGOs wie *La Lumière*, *Solidarité Action Dévelopmment* (SADEV) und *L'association Kédougou Encadrement Orientation et Développement Humain* (KEOH) konnten die lokalen Gemeinschaften bislang keinen gesicherten Zugang zu ihren alten handwerklichen Abbaustätten oder alternatives Land, welches für den handwerklichen Goldabbau geeignet ist, als Kompensation erstreiten.

3 | *Framing* und diskursive Opportunitätsstrukturen

David Snow und Robert Benford (1988; Snow et al. 1986) entwickelten den *framing*-Ansatz als Ergänzung zu den in den 1980er Jahren dominanten strukturellen Ansätze in der Bewegungsforschung. Sie argumentieren, dass die erfolgreiche Mobilisierung sozialer Bewegungen sich nicht nur aus günstigen Kontextbedingungen oder der Verfügbarkeit von finanziellen, organisatorischen oder kulturellen Ressourcen erklären lässt. Um Menschen für Proteste zu mobilisieren, müssen Bewegungsakteure bestimmte Umstände erst als problematisch und veränderbar konstruieren, damit diese nicht länger als selbstverständlich wahrgenommen werden. Der *framing*-Ansatz basiert auf der konstruktivistischen Annahme, dass Bedeutungen nicht natürlich zu bestimmten Dingen gehören, sondern aktiv durch Akteure konstruiert werden. Wie Bewegungsakteure bestimmte Umstände *framen*, um Unterstützung für ihre Anliegen zu mobilisieren, ist der zentrale Untersuchungsgegenstand der *framing*-Forschung. David Snow et al. (1986) unterscheiden drei Dimensionen von *collective action frames*: *diagonostic frames* identifizieren Probleme als solche und machen jemanden oder etwas für dieses Problem verantwortlich. Soziale Bewegungen nutzen hierfür häufig *frames*, die einen bestimmten Umstand als ungerecht charakterisieren (Klandermans 1999; Klandermans/Goslinga 1996). *Prognostic framing* bietet

eine Lösung für das Problem an. *Motivational framing* zielt schließlich darauf ab, Anhänger_innen und potenzielle Unterstützer_innen für die Bewegung zu mobilisieren und einen Aktionsplan zu entwerfen. Ob diese drei Funktionen erfüllt sind, sagt jedoch noch nichts über den Erfolg von *frames* aus. Um erfolgreich zu sein, müssen *frames* ein zusammenhängendes Narrativ schaffen sowie glaubwürdig, relevant und kulturell resonant sein. Um dies zu erreichen, setzen Bewegungen verschiedene Strategien ein (Snow et al. 1986; Benford/Snow 2000). Diese Konzeption von *frames* ist durch eine Tautologie gekennzeichnet: Erfolgreiche *frames* werden einerseits als kulturell resonant definiert, gleichzeitig wird kulturelle Resonanz aber auch als zentrales Kriterium angelegt, das Bewegungen erfüllen müssen, um erfolgreich zu sein (Werner/Cornelissen 2014: 453). Analysen von *framing*-Strategien sozialer Bewegungsakteure laufen oftmals Gefahr, den Einfluss der Kontextbedingungen auf den Erfolg und Misserfolg von Bewegungen zu unterschätzen (vgl. Jaspers 1997). Für diesen Beitrag greife ich daher auf das Konzept der diskursiven Opportunitätsstrukturen (DOS) zurück. Dieses Konzept baut auf der Annahme auf, dass die konkreten *frames*, die eine Bewegung einsetzt, immer im Zusammenspiel mit dem politischen und diskursiven Kontext wirken, in dem die Bewegung agiert (Koopmans/Statham 1999; McCammon et al. 2007). Erfolg und Misserfolg von *frames* können daher nicht allein aus dem Einsatz bestimmter *framing*-Strategien erklärt werden, sondern nur unter Berücksichtigung des diskursiven Kontexts. DOS „may be seen as determining which ideas are considered ‚sensible', which constructions of reality are seen as ‚realistic', and which claims are held as ‚legitimate' within a certain polity at a specific time (Koopmans/Statham 1999: 228). Bewegungsakteure müssen auf die zentralen diskursiven Elemente im breiteren kulturellen und politischen Kontext Bezug nehmen und diese in ihre Bedeutungskonstruktionen inkorporieren, um mit ihren *frames* Erfolg zu haben (McCammon et al. 2007). Der DOS-Ansatz ermöglicht eine klare Trennung zwischen *frames* und den größeren Bedeutungssystemen, in die sie eingebettet sind. Unterschiedliche Faktoren wurden in der Literatur bisher als DOS identifiziert: die Strukturierung der Massenmedien (Motta 2014; Koopmans/Olzak 2004), institutionalisierte Diskurse in Form von *Policies* (Motta 2014), Gerichtsentscheidungen (Ferree et al. 2002) oder langfristige sozio-kulturelle Diskurselemente wie beispielsweise die Ausgestaltung nationaler Identitäten (McCammon et al. 2007; Koopmans/Statham 1999). Ich definiere DOS im Anschluss an Myra Marx Ferree (2003: 309) als „institutionally anchored ways of thinking that provide a gradient of relative political acceptability to specific packages of ideas". Ich argumentiere, dass sich diese institutionell verankerten Denkweisen im Bergbausektor als *Policies* und Gesetze analysieren lassen, da diese langfristige Strukturen darstellen, die durch institutionelle Macht abgesichert sind (vgl. Ferree 2003; Motta 2014; Prause 2016a). Ich knüpfe damit eng an das Konzept der politischen Gelegenheitsstrukturen (POS) an, das eine wichtige Grundlage für den DOS-Ansatz bietet. Anders als der klassische POS Ansatz, der politischen Gelegenheiten für Bewegungen unabhängig vom Inhalt ihrer Forderungen identifiziert, bietet der DOS-Ansatz hingegen die Möglichkeit Opportunitätsstrukturen zu identifizieren und aufzuzeigen, die spezifisch für die inhaltlichen Ziele einer Bewegung sind (Koopmans/Statham 1999: 227). Opportunitätsstrukturen wirken auf unterschiedliche Bewegungsakteure nicht im gleichen Maße. So haben beispielsweise Änderungen im Fischereirecht oder eine Spaltung politischer Eliten im Agrarsektor wenig Einfluss darauf, ob *frames* der lokalen Gemeinden im Konflikt um die Sabodala Gold Mine als legitim, realistisch und angemessen wahrgenommen werden.

Um mit ihrem *framing* erfolgreich zu sein, müssen Bewegungsakteure in Bergbaukonflikte also an Sektor-spezifische *Policies* und Gesetze anknüpfen. Wie genau sich der Erfolg sozialer Bewegungen ebenso wie ihrer *framing*-Strategien definieren und messen lassen, ist in der Bewegungsforschung umstritten. *Frames* sind Mittel zum Zweck. Der Erfolg von Bewegun-

gen wurde in der Forschung als Anzahl der Protestereignisse, Sichtbarkeit in den Medien, Mitgliederzahlen, die Mobilisierung finanzieller Ressourcen oder der Veränderung von Gesetzen und Diskursen analysiert (Bernstein 2003). Für die Analyse von Bergbaukonflikten schlage ich vor, Erfolg daran zu messen, inwiefern Bewegungen ihre öffentlich kommunizierten Ziele erreichen.

4 | Diskursive Kämpfe um die *Sabodala Gold*-Mine

Übergeordnetes Ziel der lokalen Gemeinschaften und ihrer Verbündeter im Konflikt um die *Sabodala Gold*-Mine war es, gesicherten Zugang zu handwerklichen Goldabbaustätten zu erlangen. Um diese Ziel zu erreichen, setzten sie weniger auf die Organisation großer Protestereignisse, sondern bemühten sich, die Unterstützung nationaler und internationaler NGOs und Initiativen sowie die Aufmerkamkeit der Medien zu erhalten. Gemessen an diesen Zielen waren sie wenig erfolgreich: Weder gelang es den lokalen Gemeinschaften, gesicherten Zugang zu ihren Abbaustätten zu erhalten, noch fanden sie mit ihren Forderungen umfangreiches Gehör in den nationalen Medien[2]. Zwar hat sich ein loses Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen herausgebildet, welches die Anliegen der lokalen Gemeinden unterstützt, dieses ist bislang jedoch nicht zu einer schlagkräftigen transnational organisierten Koalition zusammengewachsen. Ich argumentiere, dass sich dieser Misserfolg unter anderem dadurch erklären lässt, dass es den lokalen Gemeinschaften und ihrer Unterstützer_innen nicht gelang, die diskursiven Gelegenheiten mit ihrem *framing* zu nutzen.

Die diskursive Opportunitätsstruktur im Senegal wird erstens durch das Bergbaurecht geschaffen, da es die Prinzipien festlegt, nach denen eine Regierung die Entscheidung für oder gegen die Landvergabe an ein industrielles Bergbauunternehmen trifft. Zweitens ist der nationale Entwicklungsdiskurs entscheidend, da Bergbauprojekte im globalen Süden immer auch im Hinblick auf ihren Beitrag zu Entwicklung diskutiert werden (Haarstad/Fløysand 2007; Deonandan 2015; Prause 2016a). Der *Code Minier* (Paragraph 26, 28) und der *Code de l'Environnement* (Kapitel V) legen fest, dass Land im Senegal für den industriellen Bergbau erst nach einer Untersuchung der ökologischen und sozialen Folgen vergeben werden darf. Entscheidungen für oder gegen eine Mine müssen also auf der Basis der Einschätzung der sozialen und ökologischen Risiken des Projektes geschehen. Die senegalesische Entwicklungspolitik, die im *Plan Senegalais Emergeant* (PSE) definiert wird, sieht den Beitrag des Bergbausektors zur Entwicklung in seinem finanziellen Beitrag zum nationalen Budget durch Bergbaurenten, Steuern sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen (PSE, Paragraph 262).

Staatlichen Akteuren und dem Unternehmen TGO gelingt es, diese DOS optimal zu nutzen, indem sie einen *frame* ‚nachhaltiger Bergbau' konstruieren. In ihrem *diagnostic framing* präsentieren sie die Armut als das zentrales Probleme der Region Kédougou (Groenewald 2015). Als Ursache hierfür identifiziert TGO den handwerklichen Goldbergbau. Diesen präsentieren sie als „illegale semi-industrielle Aktivität" und kriminalisieren Goldgräber_innen für ihr illegales Vordringen auf die Konzessionsgebiete der Mine (Teranga Gold Corporation 29.02.2016; Interview leitender Angestellter TGO, 04.03.2015, Sabodala). TGO stellt den handwerklichen Goldbergbau als Tätigkeit, von der insbesondere Migrant_innen profitieren, dar und betont den negativen Einfluss auf die lokalen Gemeinschaften wie einen Anstieg der Kriminalität und Gewalt (Teranga Gold Corporation 29.02.2016). Besonders Vertreter_innen staatlicher Stellen sprechen von handwerklichen Goldgräber_innen als Umweltkriminelle, da diese Quecksilber und Zyanid für die Goldgewinung einsetzen und zur Abholzung von Wäldern in der Region beitragen würden (Interview, Forstabteilung, 03.03.2015 Kédougou; Interview, Bergbauministerium, 16.02.2015, Dakar). In ihrem *prognostic framing* präsentiert TGO einen nachhaltigen industriellen Bergbau als Problemlösung. Das Unternehmen stellt sich

selbst als „responsible partner in sustainable resource development“ (Teranga Gold Corporation 2015: 6) und seine Goldförderung als zentralen Bestandteil des ökonomischen Wachstums der Region dar. TGO und staatliche Stellen verweisen darauf, dass die lokalen Gemeinschaften durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, Zahlungen an die Gemeinden sowie *Corporate Social Responsibility*-Maßnahmen (CSR) wie dem Bau von Schulen von der Mine profitieren würden. Darüber hinaus betont TGO ihren Beitrag zur Finanzierung der senegalesischen Entwicklungsziele (Teranga Gold Teranga Gold Corporation 2015: 13). Mit diesem *framing* gelingt es TGO, die beiden zentralen diskursiven Gelegenheitsstrukturen – das Bergbaurecht, das industriellem Bergbau den Vorzug vor handwerklichem gibt, und den nationalen Entwicklungsdiskurs – zu nutzen. In ihrem *framing* erscheint industrieller Bergbau als die nachhaltige und umweltfreundliche Alternative zum handwerklichen Bergbau, der das eigentliche soziale Risiko für die lokalen Gemeinschaften darstelle. Ihre industriellen Goldbergbauaktivitäten werden als risikoarm für die Umwelt beschrieben, da sie über das entsprechende technische Know How und die finanziellen Mittel verfügen um Umweltrisiken zu ‚managen‘. Dies präsentiert das Unternehmen als Gegensatz zur anarchischen Organisation und dem unreguliertem Einsatz von Chemikalien im handwerklichen Goldbergbau. Nicht zuletzt verweist TGO explizit darauf, das industrieller Bergbau durch seine Zahlungen und die Entwicklung der Infrastruktur der gesamten Nation zu Gute käme, während die Gewinne aus dem handwerklichen Goldbergbau insbesondere durch Migrant_innen abgeschöpft würden.

Anders als von TGO dargestellt, haben jedoch nicht nur Migrant_innen, sondern auch die lokalen Gemeinschaften ein großes Interesse am handwerklichen Goldbergbau. Sie und ihre zivilgesellschaftlichen Unterstützer_innen im Konflikt um die *Sabodala Gold*-Mine nutzen einen *frame* ‚soziale Gerechtigkeit‘. In ihrem *diagnostic frame* stimmen sie zwar mit TGO überein und identifizieren ebenfalls Armut als zentrales Problem der Region. Sie sehen die Ursache ihrer Armut jedoch in dem Verlust ihres Zugangs zu den handwerklichen Goldabbaustellen (Interview, Sprecher der Dörfer rund um die handwerkliche Abbaustätte Gora, 05.03.2015, Kédougou). Sie betonen die Ungerechtigkeit der Landnahme durch TGO, indem sie die Lebensbedingungen innerhalb des abgezäunten Minengeländes mit denen ihrer Dörfer kontrastieren: In der Mine seien „sogar die Toiletten klimatisiert“, während es im Dorf Sabodala keine gesicherte Strom- und Wasserversorgung gäbe (Interview, La Lumière, 06.03.2015, Kédougou). In ihrem *prognostic framing* beschreiben sie einen gesicherten Zugang zu handwerklichem Goldbergbau sowie eine demokratische Einbindung der lokalen Bevölkerung bei Entscheidungen bezüglich der Konzessionsvergabe und Gewinnverteilungen als Lösung für das Armutsproblem in der Region (Interview, La Lumière, 05.03.2015, Kédougou; Fokusgruppendiskussion, Anwohner_innen von Faloumbou, 03.04.2015). Ihren Anspruch auf die handwerklichen Abbaustätten legitimieren sie mit der Tradition dieser Tätigkeit in der Region: „Schon unsere Väter und die Väter unserer Väter haben hier handwerklichen Goldbergbau betrieben.“ (Fokusgruppe, Einwohner_innen des Dorfes Sabodala, 04.03.2015, Sabodala). Sie stellen sich zudem als die wahren Entdecker des Goldes dar und verweisen auf ihre traditionellen Landrechte. TGO würde ihnen diese Rechte absprechen (Fokusgruppe, Einwohner_innen des Dorfes Faloumbou, 04.03.2015, Faloumbou). Mit ihrem *framing* gelingt es den lokalen Gemeinschaften und ihre Unterstützer_innen, an die DOS der sozialen Risiken des industriellen Bergbaus anzuknüpfen. Sie entwickeln zudem einen Gegenentwurf zum Bild des handwerklichen Goldbergbaus, das TGO zeichnet: Sie verweisen auf die lange Tradition in der Region und stellen den handwerklichen Bergbau als zentralen Teil der *livelihood*-Aktivitäten der lokalen Bevölkerung dar. Den Gemeinden und NGOs gelingt es jedoch nicht, die Gelegenheitsstruktur um ökologische Risiken zu nutzen. Dies ist bedingt durch den Einsatz von Zyanid und Quecksilber im handwerklichen Bergbau im

Senegal, wo bislang wenig umweltfreundliche alternative Techniken verwandt werden (Interview, La Lumière, 03.05.2015, Kédougou). Dies erschwert es den lokalen Gemeinschaften auch, im Konflikt neue Verbündete für ihre Anliegen zu gewinnen. Umweltorganisationen und -verbände sind in vielen Bergbaukonflikten in Lateinamerika wichtige Verbündete lokaler Gemeinschaften (Dietz 2016; Deonandan 2015). Das *framing* der lokalen Gemeinden im Senegal spricht diese Akteure jedoch nicht an. Darüber hinaus scheitern sie daran, eine eigene Entwicklungsversion zu entwerfen, die an die diskursive Struktur zur nationalen Entwicklung anknüpft. Wie die nationale Entwicklung vom handwerklichen Bergbau profitieren könnte, bleibt unklar. Stattdessen unterstützen viele der Akteure die Vision eines nachhaltigen industriellen Bergbaus, mit leicht veränderten Bedingungen hinsichtlich der Gewinnverteilung und der Ausgestaltung der Partizipation der lokalen Anwohner_innen (Interview, La Lumière, 03.06.2015, Tambacounda). Ihr *framing* wird zudem durch Spannungen innerhalb des Netzwerkes geschwächt. *Amnesty International* kritisiert zwar die Verdrängung durch die *Sabodala Gold*-Mine, verweist jedoch auch auf zahlreiche Menschenrechtsverletzungen im handwerklichen Goldbergbau und unterstützt die Forderung nach sicherem Zugang der lokalen Bevölkerung zu handwerklichen Abbaustätten nur bedingt (Amnesty International 2014). Gemeinsam mit der ebenfalls im Bergbausektor tätigen internationalen NGO *Oxfam International,* und bis zu einem gewissen Grad *La Lumière,* unterstützt *Amnesty* stattdessen eine Rückkehr der lokalen Gemeinden zur kleinbäuerlichen Landwirtschaft als Entwicklungsvision für die Region (Interviews Oxfam Senegal, 10.02.2015, Dakar; La Lumière, 12.04.2016, Kédougou).

5 | Fazit

Die Kombination aus dem *framing*- und DOS-Ansatz bietet eine vielversprechende Möglichkeit, um Erfolge und Misserfolge von *framing*-Strategien sozialer Bewegungsakteure zu erklären. Analysen, die sich mit der diskursiven Dimension von Bergbaukonflikten befassen, greifen oftmals auf wenig definierte Konzepte wie dominante oder hegemoniale Diskurse zurück (Buchanan 2013; Haarstad/Fløysand 2007; Davidov 2014). Diese werden oft implizit in Abhängigkeit der *frames* der beteiligten Akteure identifiziert – in der Annahme, dass diese versuchen, an relevante Diskurse anzuschließen. Das ermöglicht es zwar, rückblickend den Erfolg von *frames* zu erklären. Um den Misserfolg von *framing*-Strategien zu verstehen, müssen wir die relevanten diskursiven Gelegenheitsstrukturen jedoch unabhängig von den genutzten *frames* erkennen können. Dies wird durch ein Verständnis von DOS als die diskursiven Anschlussmöglichkeiten, die insbesondere Gesetze und *Policies* schaffen, möglich. Zentrale Elemente, die sich im senegalesischen Beispiel ausmachen lassen wie die sozialen und ökologischen Risiken des industriellen Bergbaus sowie der Beitrag zur nationalen Entwicklung werden in der Literatur auch für andere Fälle von Bergbaukonflikten identifiziert (Luning 2014; Buchanan 2013; Davidov 2014). Diese Gemeinsamkeiten zwischen den Bergbaugesetzen und -politiken in unterschiedlichen Staaten lassen sich beispielsweise mit dem starken Einfluss der Weltbank auf die Bergbaugesetzgebung in vielen Ländern des Globalen Südens erklären. Neben sektorspezifischen Gesetzen können auch Gesetze und Regulierungen wie Minderheitenrechten, Bestimmungen über die Partizipation indigener Gemeinschaften wie die ILO-Konvention 169 wichtige diskursive Gelegenheitsfenster darstellen (vgl. Backhouse et al. 2013). Die lokalen Gemeinschaften im Senegal waren bislang nicht in der Lage, die sich bietenden diskursiven Gelegenheiten hinsichtlich ökologischer Risiken und nationaler Entwicklung zu nutzen. Der Stigmatisierung als Umweltkriminelle durch TGO und staatliche Stellen konnten sie wenig entgegensetzten – unter anderem, weil es ihnen an technischem Know How und finanziellen Mitteln fehlt, giftige Chemikalien im Goldbergbau durch andere Methoden zu ersetzen bzw. weniger umweltschädlich zu gestalten. Die Möglichkeiten, bestimmte *frames* zu kon-

struieren und damit Gelegenheiten zu nutzen, sind also beschränkt durch die *livelihood*-Aktivitäten und damit verknüpfte Identitäten von Bewegungsakteuren. Dies erklärt, warum die Protestakteure nicht gegen das *counter-framing* des Unternehmens ankommen. Zudem gelang es den lokalen Gemeinden und ihren Verbündeten nicht, eine eigene Entwicklungsvision zu entwickeln. Dies war unter anderem bedingt durch Spaltungen innerhalb des Bündnisses, bei dem insbesondere internationale Organisationen den handwerklichen Goldbergbau kritisieren und die ökonomischen Aktivitäten der Bevölkerung vor Ort lieber in Richtung Landwirtschaft orientieren möchten, auch wenn das zentrale Anliegen der lokalen Gemeinden selbst der Zugang zu handwerklichen Abbaustätten ist.

Louisa Prause ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Nachwuchsgruppe „*Global Change – Local Conflicts?*" (GLOCON) am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Sie schreibt ihre Dissertation zu Konflikten um Land und Bergbau in Westafrika.

Kontakt: louisa.prause@fu-berlin.de

Anmerkungen

[1] Mein Dank gilt allen Interviewparter_innen sowie meinen Kollegen_innen, ohne deren Unterstützung diese Forschung nicht möglich gewesen wäre, insbesondere Dr. Lamine Diallo, Dr. Aminata Niang und den Mitarbeiter_innen der NGO *La Lumière*.

[2] In der Online Ausgabe einer der wichtigsten senegalesischen Tageszeitungen, *LeQuotidien*, berichteten in den Jahren 2013-2016 lediglich zwölf Beiträge über die *Sabodala Gold*-Mine. Neun davon griffen die Forderungen und Kritik der lokalen Gemeinschaften und der Zivilgesellschaft auf.

Literatur

Amnesty International 2014: Mining and Human Rights in Senegal: Closing the gaps in protections. London: Anmesty International.

Backhouse, Maria/Baquero Melo, Jairo/Costa, Sergio 2013: Between Rights and Power Asymmetries. Contemporary Struggles for Land in Brazil and Colombia, *DesiguALdades Working Paper Series No. 41.* Berlin: desiguALdades.

Bebbington, Anthony/Bury, Jeffrey 2013: Political Ecologies of the Subsoil. In: Bebbington, Anthony/Bury, Jeffrey (Hg.): Subterranean Struggles. New Dynamics of Mining, Oil, and Gas in Latin America, Austin: University of Texas Press 1-25.

Benford, Robert D./Snow, David A. 2000: Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. In: Annual Review of Sociology, Jg. 26, 611-639.

Bernstein, Mary 2003: Nothing Ventured, Nothing Gained? Conceptualizing Social Movement „Success" in the Lesbian and Gay Movement. In: Sociological Perspectives, Jg. 46, Heft 3, 353-379.

Bridge, Gavin 2008: Global production networks and the extractive sector: governing resource-based development. In: Journal of Economic Geography, Jg. 8, Heft 3, 389-419.

Buchanan, Karan S. 2013: Contested discourses, knowledge, and socio-environmental conflict in Ecuador. In: Environmental Science & Policy, Jg. 30, Heft 19-25.

Davidov, Veronica JF 2014: Land, Copper, Flora: Dominant Materialities and the Making of Ecuadorian Resource Environments. In: Anthropological Quarterly, Jg. 87, Heft 1, 31-58.

Deonandan, Kalowatie 2015: Evaluating the effectiveness of the anti-mining movement in Guatemala: the role of political opportunities and message framing. In: Canadian Journal of Latin American and Caribbean Studies, Jg. 40, Heft 1, 27-47.

Dietz, Kristina 2016: Politics of Scale and Struggles over Mining in Colombia. In: Engels, Bettina/Dietz, Kristina (Hg.): Contested extractivism, society and the state: Struggles over mining and land, New Yorck: Palgrave Macmillan, 127-148.

Direction des Mines et de la Géologie 2016: Cadastre Minier, Listes des concessions

minières et des permis de recherche au cours de validité au 31 décembre 2014, (Statistik), Dakar: Ministère des Mines et de l'Industrie.

Faye, Birame 20.04.2014: Exploitation de l'or à Kédougou. Le Sénégal fait grise mine: Le Quotidien online. http://xalimasn.com/exploitation-de-lor-a-kedougou-le-senegal-fait-grise-mine/ [04.01.2017].

Ferree, Myra Marx 2003: Resonance and Radicalism: Feminist Framing in the Abortion Debates of the United States and Germany. In: American Journal of Sociology, Jg. 109, Heft 2, 304-344.

Ferree, Myra Marx/Gamson, William A./Gerhards, Jürgens/Rucht, Dieter 2002: Shaping abortion discourse: Democracy and the public sphere in Germany and the United States. Cambridge: Cambridge University Press.

Geenen, Sara 2014: Dispossession, displacement and resistance: Artisanal miners in a gold concession in South-Kivu, Democratic Republic of Congo. In: Resources Policy, Jg. 40, 90-99.

Groenewald, Lauren 2015: It is Africa's Time Episode Teranga Gold (video, 13:51 min), UNDP.

Haalboom, Bethany 2011: Framed Encounters with Conservation and Mining Development: Indigenous Peoples' use of Strategic Framing in Suriname. In: Social Movement Studies, Jg. 10, Heft 4, 387-406.

Haarstad, Håvard/Fløysand, Arnt 2007: Globalization and the power of rescaled narratives: A case of opposition to mining in Tambogrande, Peru. In: Political Geography, Jg. 26, Heft 3, 289-308.

Hilson, Gavin 2002: Land use competition between small- and large-scale miners: a case study of Ghana. In: Land Use Policy, Jg. 19, Heft 2, 149-156.

Hopke, Jill E. 2012: Water Gives Life: Framing an Environmental Justice Movement in the Mainstream and Alternative Salvadoran Press. In: Environmental Communication, Jg. 6, Heft 3, 365-382.

Jaspers, James M. 1997: The Art of Moral Protest. Chicago: Chicago University Press.

Klandermans, Bert 1999: Injustice and adversarial frames in a supranational political context: Farmer's protest in the Netherlands and Spain. In: Della Porta, Donatella/Kriesi, Hanspeter/Rucht, Dieter (Hg.): Social Movements in a Globalizing World, London: Macmillan, 134-147.

Klandermans, Bert/Goslinga, Sjoerd 1996: Media discourse, movement publicity and the generation of collective action frames: theoretical and empirical exercises in meaning construction. In: McAdam, Doug/McCarthy, John (Hg.): Opportunity structures and meaning construction, Cambridge: Cambridge University Press.

Koopmans, Ruud/Statham, Paul 1999: Ethnic and Civic Conceptions of Nationhood and the Differential Success of the Extreme Right in Germany and Italy. In: Giuigni, Marco/McAdam, Doug/Tilly, Charles (Hg.): How Social Movements Matter, Minneapolis: University of Minnesota Press, 225-251.

Koopmans, Ruud/Olzak, Susan 2004: Discursive Opportunities and the Evolution of Right-Wing Violence in Germany. In: American Journal of Sociology, Jg. 110, Heft 1, 198-230.

Luning, Sabine 2014: The future of artisanal miners from a large-scale perspective: From valued pathfinders to disposable illegals? In: Futures, Jg. 62, 67-74.

McCammon, Holly J./Muse, Courtney Sanders/Newman, Harmony D./Terrell, Teresa M. 2007: Movement Framing and Discursive Opportunity Structures: The Political Successes of the U.S. Women's Jury Movements. In: American Sociological Review, Jg. 72, Heft 5, 725-749.

Motta, Renata 2015: Transnational Discursive Opportunities and Social Movement Risk Frames Opposing GMOs. In: Social Movement Studies, Jg. 14, Heft 5, 576-595.

Niang, Kaly 2014: Dans les mines d'or du Sénégal oriental. La fin de l'orpaillage. L'Harmattan.

Prause, Louisa 2016a: Struggling for land access: The success and failure of social movement actors' framing strategies in conflicts over large-scale land transformations, GLOCON *Working Paper Series Nr. 3*. Berlin: Freie Universität Berlin.

Prause, Louisa 2016b: West Africa's Golden

Future? Conflicts around gold mining in Senegal, *Policy Papers on Natural Resources Nr. 02/2016*. Rosa-Luxemburg Stiftung Westafrika.

Ribot, Jesse/Peluso, Nancy Lee 2003: A Theory of Access. In: Rural Sociology, Jg. 68, Heft 2, 153-181.

Snow, David A./Benford, Robert D. 1988: Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. In: Klandermans, Bert/Kriesi, Hanspeter/Tarrow, Sidney G. (Hg.): International Social Movement Research. From structure to action, Greenwich Conn.; London: Jai Press, 197–217.

Snow, David A./Rochford, E. Burke Jr./ Worden, Steven K./Benford, Robert D. 1986: Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation. In: American Sociological Review, Jg. 51, Heft 4, 464-481.

Teranga Gold Corporation 29.02.2016: Response to Resource Centre on Business and Human Rights email of February 22, 2016, *Press Release*.

Teranga Gold Corporation 2015: Commited. 2015 Responsibility Report.

UNECA 2011: Minerals and Africa's Development. The International Study Group Report on Africa's Mineral Regimes. Addis Abbeba: United Nations Economic Commission for Africa.

Urkidi, Leire 2010: A glocal environmental movement against gold mining: Pascua-Lama in Chile. In: Ecological Economics, Jg. 70, Heft 2, 219-227.

Urkidi, Leire/Walter, Mariana 2011: Dimensions of environmental justice in anti-gold mining movements in Latin America. In: Geoforum, Jg. 42, Heft 6, 683-695.

Werner, Mirjam D./Cornelissen, Joep P. 2014: Framing the Change: Switching and Blending Frames and their Role in Instigating Institutional Change. In: Organization Studies, Jg. 35, Heft 10, 1449-1472.

Mit lokalen Volksentscheiden gegen industriellen Bergbau? Der Konflikt um die Goldmine *La Colosa* in Kolumbien

Kristina Dietz

1 | Einleitung

Konflikte um die Ausweitung des industriellen Bergbaus haben seit Ende der 1990er Jahre weltweit zugenommen (Bebbington/ Bury 2013; Dietz/Engels 2016; Özkaynak/ Rodríguez-Labajos 2012). Insbesondere in Lateinamerika haben hohe Investitionen in Bergbau zu Protesten geführt, die häufig von breiten, klassen- und sektorübergreifenden Allianzen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure getragen sind. An den Protesten beteiligen sich neben kleinbäuerlichen und ethnischen Organisationen auch städtische Bevölkerungsgruppen, Jugend- und Studierendenorganisationen, Unternehmer_innen, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, Bürgermeister_innen und Gemeinderäte. Sie bedienen sich eines breiten Spektrums an Strategien: alternative Medienkampagnen, Videodokumentationen, konfrontative Aktionen wie Demonstrationen, überregionale Protestmärsche, Blockaden von Straßen und Zufahrtswegen oder die Besetzung von Ministerien (vgl. Engels 2016; Dietz/ Engels 2016). Eine besondere Rolle spielen dabei Bürger_innenentscheide, so genannte *consultas populares, comunales* oder *vecinales*. Seit 2002 wurden in sechs Ländern der Region solche Abstimmungen auf Gemeinde- oder Provinzebene gegen industrielle Bergbauprojekte durchgeführt (Walter/Urkidi 2015; Hoetmer 2010; Dueholm Rasch 2012; Garcés Villamil/

Rapalino Bautista 2015). Obgleich staatliche Verwaltungen, nationale Regierungen und die beteiligten Unternehmen die Abstimmungen mehrheitlich nicht anerkennen, entfalten sie politische Wirkung. In vielen Fällen haben sie dazu beigetragen, dass geplante Projekte vorläufig gestoppt, zeitlich verzögert, im Projektdesign verändert oder auch ganz verhindert werden konnten.

In diesem Beitrag analysiere ich am Beispiel der Proteste gegen die *La Colosa*-Goldmine in Kolumbien die Bedingungen, welche den Einsatz direktdemokratischer Verfahren als Strategie der Protestakteure in Konflikten um Bergbau ermöglichen. Theoretisch stütze ich mich auf Ansätze der *contentious politics*-Forschung, insbesondere das Konzept der *political opportunity structures* (Tarrow 1998; Meyer 2004).

Die empirischen Daten der Fallstudie zu Kolumbien habe ich während mehrwöchiger Forschungsaufenthalte im März und September 2015 sowie im Oktober 2016 unter Verwendung verschiedener Methoden der qualitativen Sozialforschung erhoben: leitfadengestützte Interviews, teilnehmende Beobachtung sowie die Auswertung von Zeitungsberichten und Meldungen sozialer Medien, NGO-, Unternehmens- und Ministeriumsdokumenten. Interviewpartner_innen waren NGO-Mitarbeiter_innen, Mitarbeiter_innen des Ministeriums für Bergbau und Energie und des beteiligten Unternehmens, unabhängige Jurist_innen, Aktivist_innen sozialer Bewegungen und lokaler Basisorganisationen, Bürgermeister, Angehörige lokaler Verwaltungen und Gemeinderatsmitglieder. Die Interviews fanden in Bogotá und in drei von dem Projekt betroffenen Gemeinden in der Provinz Tolima – Piedras, Ibagué und Cajamarca – statt[1].

Der Beitrag ist folgendermaßen gegliedert: Zunächst stelle ich den theoretischen Rahmen meiner Analyse vor. Anschließend gebe ich einen Überblick über die bisherigen Erfahrungen lokaler *consultas* zu Bergbau in Lateinamerika. Danach beschreibe ich das Goldminenprojekt *La Colosa* und analysiere die Mobilisierung lokaler Bürger_innenentscheide in den drei betroffenen Gemeinden. Ich identifiziere die Faktoren, welche die Initiierung von *consultas* beeinflussen. Im Fazit diskutiere ich ausblickend, welche politischen Effekte *consultas* in Konflikten um Bergbauprojekte in Bezug auf die Mobilisierung gegen und die Verhinderung von Bergbauprojekten entfalten können.

2 | Politische Gelegenheitsstrukturen

Die Interaktion von sozialen Bewegungen und anderen, meist staatlichen Akteuren, findet nicht in einem gesellschaftlichen und politischen Vakuum, sondern in einem historisch spezifischen politisch-institutionellen Kontext statt. Protestakteure formulieren ihre Forderungen, Ziele und Strategien unter den strukturellen Bedingungen politischer und gesellschaftlicher Machtverhältnisse (Meyer 2004: 127f). Um diesen Zusammenhang zwischen kollektivem Handeln und strukturellen Bedingungen analytisch zu fassen, beziehe ich mich auf den Ansatz der politischen Gelegenheitsstrukturen (*political opportunity structures*). Der Ansatz zielt darauf ab zu erklären, warum und zu welchem Protesthandeln es kommt, wie sich soziale Bewegungen ausdehnen und neue Akteursnetzwerke entstehen (Tarrow 1998: 18; vgl. Renauld 2016). Kontextbedingungen, die soziale Mobilisierung und das Handeln kollektiver Akteure beeinflussen, sind etwa die Offenheit oder Geschlossenheit politischer Systeme, das Vorhandensein von einflussreichen Verbündeten, die Gespaltenheit politischer Eliten, ein Regierungs- oder Politikwechsel und die Fähigkeit staatlicher Akteure zur Repression (Meyer 2004; Tarrow 1996). Sidney Tarrow (1998) definiert politische Gelegenheitsstrukturen als „consistent – but not necessarily formal, permanent or national – dimensions of the political environment that provide incentives for people to undertake collective action by affecting their expectations for success or failure" (ebd.: 19-20). Sein zentrales Argument lautet, dass es Veränderungen in den ermöglichenden und behindernden politischen Strukturen sind, die Anreize für die Mobilisierung von kollektivem Protest schaffen. Dabei argumentiert

er, dass langfristige und mehr oder wenige stabile politisch-institutionelle Strukturen, etwa die Etablierung demokratischer politischer Regime, die De- oder Rezentralisierung politischer Macht oder die Institutionalisierung politischer Rechte zwar einen Einfluss auf das Handeln sozialer Akteure hätten, es aber eher die kurzfristigen Veränderungen und Ereignisse wie Wahlen, Regierungswechsel, veränderte Kräfte- und Akteurskonstellationen, eine politische Neuausrichtung oder eine politisch-ökonomische Krise seien, welche die Gelegenheiten zur Mobilisierung von Protest verschieben (ebd. 1996: 56). Allerdings eröffnen sich politische Gelegenheiten nicht nur durch externe Ereignisse. In der Interaktion mit ihren Antagonist_innen schaffen kollektive Akteure selbst Gelegenheiten zum Protesthandeln, die sie selbst, ihre Verbündeten oder andere soziale Bewegungen nutzen können, die aber auch von ihren Gegenspieler_innen angeeignet werden (können).

3 | Bergbau-Boom und lokale Volksentscheide in Lateinamerika

Seit Mitte der 2000er Jahre boomt der Bergbausektor in Lateinamerika. Vor allem industrielle Großminen sind in den vergangenen Jahren verstärkt zum Gegenstand sozialer Konflikte geworden.

Das zivilgesellschaftliche Beobachtungszentrum für Bergbaukonflikte *Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina* (OCMAL) geht aktuell (November 2016) von mindestens 217 Konflikten um industrielle Minen aus (OCMAL 2015). Soziale Bewegungen setzen in diesen Konflikten vermehrt lokale Volksabstimmungen als Proteststrategie ein. Von 2002 bis Dezember 2016 fanden in Peru, Argentinien, Guatemala, El Salvador, Ecuador und Kolumbien mehr als 85 lokale Volksentscheide gegen Bergbauprojekte statt. Mindestens zehn weitere sind in Vorbereitung, wovon vier nicht von Gegner_innen, sondern Befürworter_innen industrieller Minenprojekte initiiert werden (vgl. Walter/Urikidi 2015).

Die Wahlbeteiligung lag bei nahezu allen bisher durchgeführten Abstimmungen bei über 50 Prozent. In vielen Fällen sprachen sich mehr als 90 Prozent der beteiligten Wähler_innen gegen ein bestimmtes Vorhaben oder gegen industriellen Bergbau allgemein aus.

Die Protestakteure beziehen sich in der Initiierung der Abstimmungen häufig auf soziale, politische und kulturelle Rechte, die ihnen im Rahmen der so genannten „doppelten Transformation" sowie im Zuge der Umsetzung internationaler Rechtsnormen (z.B. ILO-Konvention 169 zum Schutz ethnischer Minderheiten) in nationales Recht formal gewährt wurden (vgl. Dueholm Rasch 2012). Faktisch ist jedoch die ländlich marginalisierte Mehrheitsbevölkerung (Kleinbäuer_innen, afro-lateinamerikanische und indige Gruppen) bis heute von der Inanspruchnahme dieser Rechte ausgeschlossen. Der Begriff „doppelte Transformation" beschreibt den simultanen Prozess politischer Demokratisierung und sozioökonomischer Restrukturierung in den 1980er und 1990er Jahren. Parallel zum Übergang von autokratischen Regimen in repräsentative Demokratien erlebte Lateinamerika einen neoliberalen Strukturwandel mit der Folge wachsender Armut, Ungleichheit und Exklusion (Wolff 2012: 79). Die sich in dieser Phase etablierenden demokratischen Regime lassen sich bis heute mehrheitlich als *formale* Demokratien beschreiben, d.h. institutionell existieren vor dem Hintergrund formeller Dezentralisierung, Gewaltenteilung und der Anerkennung von *citizenship*-Rechten formale Zugangsmöglichkeiten zu politischen Entscheidungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen (lokal, regional, national). Faktisch verhindern jedoch historisch verankerte rigide soziale Hierarchien von Klasse, *race* und Geschlecht, Elitenherrschaft und die Konzentration politischer Macht auf zentralstaatlicher Ebene, dass die Bevölkerungsmehrheit die formal verfassten Rechte in Anspruch nehmen kann (ebd.: 78; Alvarez et al. 2004: 41).

In dieser Phase der Transformation sowie in den folgenden Jahren wurden in einer Vielzahl von Ländern Volksentscheide in nationalen oder regionalen Verfassungen, Partizipations- oder Gemeindegesetzgebun-

gen formal verankert (Welp 2008). In einigen Fällen wie in Kolumbien sind die Ergebnisse von Volksentscheiden bindend für die jeweils zuständige Regierungseinheit (lokale, regionale oder nationale Regierung) (Garcés Villamil/ Rapalino Bautista 2015).

Consultas in Bezug auf Bergbauvorhaben werden entweder von Bewegungsakteuren allein, gemeinsam mit lokalen Regierungen oder von lokal oder regional Regierenden selbst initiiert. Staatliche Verwaltungen (Bergbau- und Umweltministerien) und nationale Regierungen erkennen die Ergebnisse der Abstimmung meist nicht an. Regierungen und Unternehmen argumentieren, dass Bergbau ein Sektor von nationalem Interesse sei, und statt, über Bodenschätze die nationale Regierung und nicht die Bürger_innen einer Gemeinde oder Provinz zu entscheiden hätte.

3.1 | Verbreitung der Proteststrategie

Die erste lokale Volksabstimmung gegen Bergbau fand am 02. Juni 2002 in Tambogrande, Provinz Piura im Norden Perus statt. Fast 94 Prozent der beteiligten Wähler_innen stimmten gegen Bergbauaktivitäten in ihrer Gemeinde. Die Regierung Perus erkannte die Abstimmung nicht an. Dennoch entzog das Bergbauministerium dem Unternehmen – offiziell aufgrund von Verfahrensfehlern – Ende 2003 die Förderlizenzen (Walter/Urkidi 2015). Auch wenn ein direkter Zusammenhang zwischen der *consulta* und der Aufhebung der Lizenz schwer nachweisbar ist, konnte das Bergbauministerium die deutliche Ablehnung des Projektes durch die Bevölkerung nicht einfach ignorieren.

In der Gemeinde Esquel in der Provinz Chubut im Süden Argentiniens organisierten sich Bürger_innen Ende 2002 in einem Anti-Bergbau-Nachbarschaftskomitee (*Asamblea de Vecinos Autoconvocados de Esquel por el No a la mina,* AVAE), nachdem die Pläne eines US-amerikanischen Unternehmens, in der Nähe der Stadt eine Goldmine zu eröffnen, bekannt geworden waren (Renauld 2016). Mit Verweis auf die Erfahrungen in Tambogrande (Walter/Urikidi 2015: 8) forderte das Komitee den Gemeinderat auf, ein lokales Referendum zu initiieren. In der Verfassung der Provinz Chubut sind lokale Referenden als Form direktdemokratischer Beteiligung verankert. Hierauf beriefen sich die soziale Bewegung sowie später der Gemeinderat in seiner Entscheidung für die Abstimmung. Am 23. März 2003 stimmten 75 Prozent der Wahlberechtigten mit einer Mehrheit von 81 Prozent gegen das Bergbauprojekt. Kurz nach der Abstimmung, obgleich sie nicht bindend war, verabschiedete die Provinzregierung von Chubut ein Gesetz (Ley 5.001), das die Verwendung von Zyanid im offenen Tagebergbau in der Provinz verbietet. Dieses Gesetz kommt de facto einem Moratorium für industriellen Goldbergbau gleich (Renauld 2016: 526), denn für die Trennung des Goldes vom Gestein wird in industriellen Verfahren Zyanid verwendet. Seither ruht das Projekt. Nachdem die nationale Regierung unter dem konservativen Präsidenten Mauricio Macri in 2016 einen nationalen Pakt für Bergbau angekündigt hat, prüft die aktuelle Provinzregierung von Chubut derzeit die Durchführung einer regionalen *consulta* mit dem Ziel, das Gesetz von 2003 aufzuheben und industriellen Bergbau in der Region wieder zu ermöglichen.[2]

Ein weiterer Volksentscheid fand im Juni 2005 in Sipakapa, im guatemaltekischen Hochland statt. In der Gemeinde mit mehrheitlich indigener Bevölkerung, begann ein kanadisches Unternehmen 2003 mit dem Bau einer Goldmine, der *Marlin Gold Mine*. Eine Allianz aus lokalen Protestgruppen sowie kirchlichen und internationalen Menschenrechtsorganisationen setzten den Bürgermeister der Gemeinde, der das Bergbauprojekt unterstützte, unter Druck, eine Volksabstimmung über das Projekt zu initiieren. Die Protestakteure nahmen auf das Gemeindegesetz von 2002 Bezug, das kommunale Bürger_innenentscheide vorsieht. Eine zweite Referenz bot die ILO-Konvention 169, die eine vorherige Konsultation ethnischer Bevölkerungsgruppen bei Bergbauprojekten vorschreibt, die allerdings im Fall der *Marlin Mine* nicht erfolgte. Am 18. Mai 2005 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 45 Prozent 98 Prozent der Beteiligten gegen das Vorhaben.

Das Verfassungsgericht von Guatemala erklärte die *consulta* 2007 für zulässig, aber nicht bindend, da Bergbau eine Frage von nationaler Bedeutung sei. Die Abstimmung konnte die *Marlin Golde Mine* nicht verhindern, war für andere Bergbauproteste in Guatemala jedoch richtungsweisend: zwischen 2005 und 2016 fanden 69 weitere Abstimmungen zum Thema Bergbau statt (vgl. Urkidi 2011; Dueholm Rasch 2012; van de Sandt 2009).

Die drei beschriebenen Fälle hatten für die Verbreitung der Strategie in den jeweiligen Ländern und darüber hinaus maßgebliche Bedeutung. Entscheidend für den Diffusionsprozess, d.h. die Verbreitung einer bestimmten Strategie kollektiven Handelns (vgl. Soule 2007) waren im Fall der ersten *consultas* transnational agierende NGOs und Einzelakteure, welche die Strategie in andere Kontexte übermittelten, ihr kontextspezifische Bedeutung zuschrieben und gleichzeitig als wichtige Verbündete lokaler Protestgruppen agierten. Gleichzeitig entstanden aus den ersten *consulta*-Erfahrungen neue Akteursnetzwerke, die Gelegenheiten für *consultas* in anderen Konflikten eröffneten. In Peru gründete sich infolge des Volksentscheids in Tambogrande ein landesweit agierendes Anti-Bergbau-Netzwerk, das *Red Muqui*, in dem Erfahrungen in der Protestmobilisierung und der Organisierung von *consultas* ausgetauscht und verbreitet werden.

Im Folgenden analysiere ich die politisch-institutionellen und gesellschaftlichen Bedingungen, welche lokale Volksabstimmungen als Strategie in Bergbauprotesten ermöglichen, anhand des Konfliktes um die Goldmine *La Colosa* in der Provinz Tolima in Kolumbien.

4 | Der Protest gegen die Goldmine *La Colosa* in Kolumbien

Seit Mitte der 2000er Jahre boomt Kolumbiens Bergbausektor. Während der Steinkohlebergbau seit Jahrzehnten industrialisiert ist und von transnationalen Unternehmen dominiert wird, existiert ein operierender industrieller Goldbergbau bislang nicht. Dies soll sich in den nächsten Jahren ändern. Das südafrikanische Unternehmen *AngloGold Ashanti* (AGA) bereitet aktuell den Förderbeginn in zwei industriellen Goldminen vor. Eine davon ist die Mine *La Colosa* in der Gemeinde Cajamarca, Provinz Tolima.

Im Jahr 2006 erhielt AGA Konzessionen zur Förderung von Gold in Cajamarca. Nach Angaben des Unternehmens umfasst das Projekt eine Fläche von 15.220 ha. Mit geschätzten Goldreserven von über 30 Millionen Unzen würde *La Colosa* zu einer der größten Goldminen weltweit zählen (AngloGold Ashanti 2015). Die Erkundungsarbeiten sollen spätestens 2019 abgeschlossen sein. Anschließend will das Unternehmen die Umweltgenehmigung beantragen. Sollte diese erteilt werden, könnten 2021/22 die Arbeiten zum Bau der Anlage und zwischen 2023 und 2025 die Förderung von Gold beginnen (Interview Mitarbeiter AGA, 31.10.2016).

Seit Bekanntwerden des Projektes im Jahr 2007 mobilisieren Anwohner_innen, NGOs, kleinbäuerliche Basisorganisationen, Jugend- und Studierendenorganisationen, lokale Politiker_innen, Unternehmer_innen, Stadtteilinitiativen, Kulturvereine, Umweltgruppen und Wissenschaftler_innen aus Cajamarca und den Nachbargemeinden Ibagué und Piedras gegen das Projekt. Im Jahr 2011 schlossen sich die am Protest beteiligten Gruppen zum „Umweltkomitee zum Schutz des Lebens" (*Comité Ambiental en Defensa de la Vida*) zusammen. Heute existieren in allen drei Gemeinden lokale Komitees, die auf Provinzebene in einem regionalen Verbund vernetzt sind.

Die Gegner_innen des Bergbauprojektes befürchten die Verschmutzung des Wassers, die Verdrängung kleinbäuerlicher Lebensgrundlagen und Produktionsweisen sowie einen Verlust politischer Einflussnahme auf lokale und regionale Entwicklungsprozesse. Sie verbinden die Forderung nach dem Stopp des Vorhabens mit der Forderung nach der demokratischen Bestimmung über die Aneignungen und Nutzungen von Gemeingütern und Bodenschätzen.[3] Sie mobilisieren zu Protestmärschen und Straßenblockaden sowie unter Bezugnahme auf politische Beteiligungs- und gemeindliche Selbstbestimmungsrechte zur Durchführung

lokaler Bürger_innenentscheide (*consultas populares*).

4.1 | *Consultas populares*

Consultas populares sind in der kolumbianischen Verfassung verankert. Ihre Anwendung ist im nationalen Partizipationsgesetz (Ley 134) von 1994 (Art. 50-57) geregelt. Darüber hinaus ermöglicht das Gemeindegesetz (Ley 136) von 1994 (Art. 31), das den Gemeinden eine weitreichende politische Autonomie einräumt, die Durchführung von Bürger_innenbefragungen bei bestimmten, die Landnutzung betreffenden Entwicklungsprojekten (u.a. Bergbau). Bis Juli 2015 konnten nur Bürgermeister_innen lokale Volksentscheide anstoßen. Mit dem Gesetz 1757 vom Juli 2015 öffnete sich sozialen Bewegungen die Möglichkeit, *consultas* mittels Unterschriftenlisten auch ohne Unterstützung des_der Bürgermeister_in zu initiieren. Initiativen für Volksentscheide müssen stets den Gemeinderat passieren. Dieser entscheidet in einfacher Mehrheit, ob eine *consulta* in einem Gemeindegebiet organisiert werden soll. Lokale Volksabstimmungen sind formal gültig, wenn sich mindestens 33 Prozent der Wahlberechtigten beteiligen. Ihre Ergebnisse sind für lokale Regierungen bindend und müssen mittels einer Gemeindeverordnung umgesetzt werden.

Die erste und bislang einzige durchgeführte *consulta popular* zur *La Colosa*-Mine fand am 28. Juli 2013 in Piedras statt. Dort sollte gemäß der Pläne von AGA ein Rückhaltebecken für die Entsorgung giftiger Abwässer entstehen. Ende 2012 begann das Unternehmen mit Bodenerkundung in Piedras. Eine wichtige ökonomische Grundlage der Gemeinde ist monokultureller Reisanbau im Großgrundbesitz. Angesichts der Bodenerkundungen befürchteten die Reisproduzent_innen ebenso wie die Kleinbäuer_innen die Ausweitung des Bergbaus. Diesen interpretierten sie als Bedrohung ihrer ökonomischen Lebensgrundlagen. Infolgedessen blockierten Bewohner_innen eines der Dörfer der Gemeinde im Januar 2013 eine Brücke, welche die einzige Zufahrt zum Dorf und den Erkundungsflächen darstellt. Trotz regelmäßiger Polizeipräsenz sowie des Einsatzes der nationalen „Aufstandsbekämpfungsbrigade“ (ESMAD) dauerte die Blockade vier Monate und verhinderte, dass AGA Zugang zum Dorf erhielt. Im Schatten der Blockade organisierten sich die Anwohner_innen gemeinsam mit den zum Teil außerhalb von Piedras lebenden Reisproduzent_innen. Unterstützung erhielten sie von NGOs und den Umweltkomitees aus Cajamarca und Ibagué sowie von (inter-)nationalen Menschenrechtsorganisationen. Über Letztere erfuhren die Protestakteure von den Erfahrungen mit *consultas* in Esquel und Tambogrande. Von internationalen NGOs eingeladene Geologen berichteten über mögliche ökologische Folgen des industriellen Goldbergbaus. Mithilfe einer in Bogotá ansässigen NGO, welche sie in Rechtsfragen beriet, begannen die Protestakteure in Piedras mit der Vorbereitung einer *consulta popular*, die vom Bürgermeister und schließlich auch dem Gemeinderat unterstützt wurde. Am 28. Juli 2013 beteiligten sich 58 Prozent der Wahlberechtigen an der Abstimmung. 99,03 Prozent stimmten gegen Bergbau. Obwohl die nationale Regierung und das Unternehmen die Abstimmung bis heute nicht anerkennen, reagierte AGA und änderte seine Projektpläne: Alle Bereiche der Goldförderung (Abbau, Weiterverarbeitung und Entsorgung) sollen nun im Gemeindegebiet von Cajamarca angesiedelt werden.

Aufbauend auf diesem Erfolg entschieden sich die Umweltkomitees von Cajamarca und Ibagué 2014, *consultas* in ihren Gemeinden zu organisieren. In Ibagué scheiterte die Initiative an der fehlenden Unterstützung durch den damals regierenden Bürgermeister, der sich weigerte, eine *consulta* im Gemeinderat zur Abstimmung zu bringen. In Cajamarca kam es im Februar 2015 zur Abstimmung im Gemeinderat. Von den elf Gemeinderatsmitgliedern stimmten zehn dagegen. Diese klare Ablehnung führen Mitglieder des Umweltkomitees darauf zurück, dass AGA im Dezember 2014 den Gemeinderatsmitgliedern per Brief androhte, sich bei einer Befürwortung der *consulta* aus

allen laufenden lokalen Entwicklungsfinanzierungen zurückzuziehen. Gleichzeitig wies die *procuradoría* (eine Art staatliche Verwaltungskontrollstelle) die Gemeinderatsmitglieder darauf hin, dass sie bei positivem Stimmverhalten mit einem Amtsmissbrauchsverfahren rechnen müssten, da sie für Bergbaufragen nicht zuständig seien (Arenas 2015).

Nach diesen gescheiterten Versuchen öffneten sich in beiden Gemeinden einige Monate später Gelegenheitsfenster für einen zweiten Anlauf. In Ibagué war dies die Wahl eines neuen Bürgermeisters im Herbst 2015, der die Proteste gegen Bergbau unterstützt. Bereits am 04. Januar 2016 kündigte er die Initiierung einer Volksabstimmung in Ibagué an. Am 29. Februar 2016 stimmte der Gemeinderat mit zehn zu neun Stimmen für die *consulta.* Nachdem das regionale Verwaltungsgericht die Frage, die der Bevölkerung der knapp 600.000 Einwohner_innen zählenden Provinzhauptstadt zur Abstimmung vorgelegt werden sollte, Ende Mai 2016 für verfassungskonform erklärt hatte, legte der Bürgermeister den Abstimmungstermin für den 30. Oktober 2016 fest. Knapp zwei Wochen vorher und in der Hochphase der Mobilisierung ordnete das oberste Verwaltungsgericht in Bogotá die Aussetzung der *consulta* an. Bei dem Gericht waren mehrere Klagen von Anwohnern aus Ibagué eingegangen, die sich als Minenarbeiter vorstellten und gegen die Verletzung ihres Grundrechts auf Arbeit klagten. Mitte Dezember 2016 entschied das Gericht, dass die *consulta* von Ibagué durchgeführt werden kann, allerdings mit der Auflage, die zur Abstimmung gestellte Frage neu zu formulieren. Damit beginnt der Prozess von Neuem, denn eine neue Frage erfordert die erneute Zustimmung des Gemeinderats.

In Cajamarca eröffnete die Verabschiedung des Gesetzes 1757 im Juli 2015 zur Regelung von Volksentscheiden, die von sozialen Bewegungen initiiert werden können, ein neues Gelegenheitsfenster. Für die Initiierung eines Volksentscheids mittels Unterschriftensammlung müssen mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten die Initiative unterstützen. Für Cajamarca bedeutete dies, dass die Mitglieder des *Comité Ambiental* innerhalb von sechs Monaten 1.608 gültige Unterschriften sammeln mussten. Binnen zwei Wochen hatten sie im Februar 2016 über 4.800 Unterschriften gesammelt, 3.364 davon wurden als gültig vom Wahlamt anerkannt (Interview mit einem Mitglied des Umweltkomitees am 08.10.2016). Aufgrund dieser Initiative musste der Bürgermeister dem Gemeinderat die Initiative zur Abstimmung vorlegen. Ende August 2016 stimmte dieser mit acht zu drei Stimmen für die Durchführung einer *consulta*. Nachdem auch im Fall von Cajamarca das regionale Verwaltungsgericht die für die Abstimmung vorgesehene Frage, für verfassungskonform erklärt hatte, legte der Bürgermeister einen ersten Termin für Ende November fest. Dieser musste auf Druck des Wahlamtes wegen fehlender Vorbereitungszeit auf den 22. Januar 2017 verschoben werden. In der Zwischenzeit hat das oberste Verwaltungsgericht auch diesen Volksentscheid, aufgrund von Klagen des Unternehmens, ausgesetzt – Ausgang offen.

4.2 | Diffusion und politische Gelegenheiten

Welche Bedingungen ermöglichen im Fall von *La Colosa* den Einsatz direktdemokratische Verfahren als Strategie der Protestakteure? *Erstens* stellt die grenzübergreifende Diffusion des Repertoires einen wichtigen Moment in der Phase der Strategiesuche der sozialen Bewegungen dar. Die Protestakteure in Piedras entschieden sich für die Mobilisierung zu einer Volksabstimmung, nachdem sie über internationale Verbündete von den Erfahrungen in Esquel und Tambogrande erfahren hatten.

Zweitens beeinflussen die Protestakteure durch ihr Handeln selbst die Gelegenheitsstrukturen, welche die Realisierung lokaler Volksabstimmungen begünstigen: Die Initiierung der *consulta* in Piedras wurde infolge von zum Teil gewaltsamen Konfrontationen zwischen Protest- und Sicherheitsakteuren möglich. Anders als bei konfrontativen Aktionen ist die Beteiligung an direktdemokratischen Verfahren niedrig schwellig. Volksabstimmungen lassen sich

als „friedliche", gesetzlich verankerte Strategien der Beteiligung politisch und gesellschaftlich legitimieren. Die Räume zur Umsetzung einer *consulta* sind jedoch nicht unbedingt gegeben, sondern müssen erkämpft werden, auch wenn das Instrument gesetzlich verankert ist, wie die Beispiele von Cajamarca und Ibagué zeigen.

Drittens bilden Allianzen und einflussreiche Verbündete eine wichtige Gelegenheitsstruktur, welche die Initiierung von Volksabstimmungen ermöglicht. Das Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und formalpolitischen Akteuren, insbesondere lokalen Regierungen, ist hierfür wesentlich (Walter/Urikidi 2015: 12; Dietz 2016). Volksabstimmungen bedürfen in vielen Länderkontexten der formalen Zustimmung der Gemeinderäte. Initiiert werden können sie darüber hinaus häufig nur von lokal Regierenden (z.B. Bürgermeister_innen, Provinzgouverneur_innen; Kolumbien bildet hier eine Ausnahme). Allianzen mit lokalen Regierungen, Gemeinderäten und Parlamentarier_innen stellen deshalb eine entscheidende Bedingung dar, die es Protestakteuren ermöglicht, ihre Forderungen mittels einer Volksabstimmung durchzusetzen. Das Beispiel Ibagué zeigt jedoch, dass Allianzen und einflussreiche Verbündete nicht immer ausreichen, um sich gegen machtvolle Gegner_innen durchzusetzen. Hier konnten Befürworter_innen des Projektes durch Kriminalisierung, Repression und Entpolitisierung mittels Verlagerung der Auseinandersetzung in die Sphäre des Rechts, die Durchführung der *consulta* bislang verhindern.

Viertens belegen die Beispiele aus Cajamarca und Ibagué aber auch, dass sich politische Gelegenheiten für die Durchführung von direktdemokratischen Verfahren auch kurzfristig und zum Teil unerwartet ergeben können, etwa im Rahmen eines lokalen Regierungswechsel oder der Verabschiedung eines neuen Gesetzes, welches den Handlungsspielraum sozialer Bewegungsakteure erweitern kann.

5 | Fazit

Lokale Volksabstimmungen zu Bergbau sind voraussetzungsvoll. Sie werden nicht *ad hoc* vorbereitet und durchgeführt. Meist geht ihnen ein mehrjähriger Prozess lokaler Organisierung, von Allianzbildung und von Protesten voraus, in denen unterschiedliche Strategien wie Lobbying, Demonstrationen oder Blockaden zum Einsatz kommen. Lokale Referenden wirken häufig mobilisierend und integrativ – aber nicht überall lassen sich mit ihnen Bergbauvorhaben aufhalten. Die analysierten Beispiele zeigen jedoch, dass sich mit lokalen Volksabstimmungen das Konfliktfeld verändert. Denn bezogen auf Bergbauvorhaben, über deren Realisierung bisher auf nationaler und nicht auf lokaler Ebene entschieden wird, lassen sich lokale Volksabstimmungen als Vetoinstrument gegen staatliche Bergbaupolitik verstehen. In vielen Ländern sind direktdemokratische Verfahren in Konflikten um Bergbau mittlerweile zu einem eigenen Konfliktgegenstand zwischen lokalen Regierungen und sozialen Bewegungen auf der einen und nationalen Regierung und Unternehmen auf der anderen Seite geworden. Gestritten wird nicht mehr nur um eine bestimmte Form und Praxis der Naturaneignung, sondern auch darüber hinaus um Fragen demokratischer Mitbestimmung sowie um das Verhältnis zwischen lokaler und nationaler Regierung. Vor diesem Hintergrund stellen lokale Volksabstimmungen – unabhängig davon, ob sie formal anerkannt werden oder ob mit ihnen Projekte gestoppt werden – eine wirksame Strategie zur Politisierung und Mobilisierung im Bereich Bergbau dar.

Kristina Dietz leitet gemeinsam mit *Bettina Engels* die wissenschaftliche Nachwuchsgruppe „*Global Change – Local Conflicts*?" (GLOCON) am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Kontakt: kristina.dietz@fu-berlin.de

Anmerkungen

[1] Den Interviewpartner_innen danke ich für ihre Zeit, Unterstützung und ihr Vertrauen, das sie mir während meiner Forschungsaufenthalte entgegen gebracht haben. Darüber hinaus danke ich Bettina

Engels, Carla Noever Castelos und Hanna Thiesing für die wertvolle Unterstützung meiner Forschung.

[2] Vgl. http://huellaminera.com/2016/10/chubut-analiza-una-consulta-popular-minera/ [21.11.2016].

[3] Vgl. https://comiteambiental.com/ [16.01.2017].

Literatur

Arenas, Natalia 2015: Hoy: el día D del oro. http://lasillavacia.com/historia/hoy-el-dia-d-del-oro-49576 [28.9.2015].

Bebbington, Anthony (Hg.) 2012: Social conflict, economic development and extractive industry evidence from South America. London: Routledge.

Bebbington, Anthony/Bury, Jeffrey (Hg.) 2013: Subterranean Struggles. New Dynamics of Mining, Oil, and Gas in Latin America. Austin: University of Texas Press.

Dietz, Kristina/Engels, Bettina 2016: Umkämpfter Rohstoffboom: Akteure und Strategien in Konflikten um Bergbau in Subsahara-Afrika und Lateinamerika. In: Fischer, Karin/Jäger, Johannes/Schmidt, Lukas (Hg.): Umkämpfte Rohstoffe. Aktuelle Entwicklungen im historischen Kontext. Wien: new academic press, 220-234.

Dueholm Rasch, Elisabet 2012: Transformations in Citizenship: Local Resistance against Mining Projects in Huehuetenango (Guatemala). In: Journal of Developing Societies, Jg. 28, Heft 2, 159–184.

Engels, Bettina 2016: Mining conflicts in sub-Saharan Africa: Actors and repertoirs of contention. GLOCON Woking Paper Series, No. 2, Nov 2016. Berlin: Freie Universität Berlin.

Garcés Villamil, Miguel Ángel/Rapalino Bautista, William Gabriel 2015: La Consulta Popular como mecanismo de participación ciudadana para evitar actividades mineras. In: Justicia Juris, Jg. 11, Heft 1, 52-62.

Hoetmer, Raphael 2010: „Esta democracia, ya no es democracia...“ Reflexiones a propósito de la consulta vecinal sobre la minería en la frontera norte del Perú. In: YUYAYKUSUN, Heft 3, 183-208.

Meyer, David S. 2004: Protest and Political Opportunities. In: Annual Review of Sociology, Heft 30, 125-45.

OCMAL 2015: Conflictos Mineros en América Latina. Extracción, Saqueo y Agresión. Estado de Situación en 2014. www.conflictos-mineros.net [13.12.2016].

Özkaynak, Begüm/Rodríguez-Labajos, Beatriz (Hg.) 2012: Mining conflicts around the world. Common grounds from an Environmental Justice perspective: EJOLT Report No. 07. http://www.ejolt.org/wordpress/wp-content/uploads/2012/11/Mining-Report-low.pdf [17.11.2016].

Renauld, Martin 2016: The Esquel effect: political opportunity structure and adaptation mechanisms in anti-mining mobilisation in Argentine Patagonia. In: Canadian Journal of Development Studies / Revue canadienne d'études du développement, Jg. 37, Heft 4, 524-540.

Soule, Sarah A. 2007: Diffusion Processes within and across Movements. In: Snow, David A./Soule, Sarah/Kriesi, Hanspeter (Hg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Malden: Blackwell Publishing Ltd, 294-310.

Tarrow, Sidney 1998: Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics. Cambridge, MA: Cambridge UP.

Urkidi, Leire 2011: The Defence of Community in the Anti-Mining Movement of Guatemala. In: Journal of Agrarian Change, Jg. 11, Heft 4, 556-580.

van de Sandt, Joris 2009: Mining Conflicts and Indigenous Peoples in Guatemala. The Hague: Cordaid.

Walter, Mariana/Urkidi, Leire 2015: Community mining consultations in Latin America (2002-2012): The contested emergence of a hybrid institution for participation. In: Geoforum, doi:10.1016/j.geoforum.2015.09.007.

Welp, Yanina 2008: La participación ciudadana en la encrucijada. Los mecanismos de democracia directa en Ecuador, Perú y Argentina. In: Iconos. Revista de Ciencias Sociales, Heft 31, 117-130.

Wolff, Jonas 2012: Demokratie in Be-

wegung. Neue soziale Bewegungen und die umkämpfte Demokratisierung der Demokratie in Argentinien, Bolivien und Ecuador. In: Burchardt, Hans-Jürgen/Öhlschläger, Rainer (Hg.): Soziale Bewegungen und Demokratie in Lateinamerika. Baden-Baden: Nomos, 77-91.

Politische Mobilisierung gegen Rohstoffkonzerne in Sambia

Esther Uzar

1 | Einleitung

Sambia ist eine traditionelle Bergbaunation. In den 1930er Jahren errichteten amerikanische und südafrikanische Unternehmen die sieben Industriestädte des Copperbelt. Die Bergwerke erlebten eine Phase der Verstaatlichung (1972-1997) und eine Privatisierung, der 2004 ein unerwarteter Höhenflug der Weltmarktpreise für Kupfer folgte. Im Zuge des erneuten Aufschwungs rehabilitierten und expandierten Investoren die alten Werke und erschlossen neue Minen. Multinationale Konzerne aus der Schweiz, aus England, Kanada, Australien, Südafrika, China, Indien, Brasilien, Kasachstan und Singapur bauen hauptsächlich Kupfer und Kobalt ab. Sie fördern darüber hinaus Gold, Uran, Mangan, Zink, Eisen, Nickel, Kohle und Smaragde.

In Sambia haben Streiks von Arbeiter_innen gegen Bergbaufirmen eine lange Tradition. Seit 2007 sorgten sie für eine breite öffentliche Debatte, ausgelöst durch internationale Berichte und eine Reihe von Skandalen: Chinesische Werke sorgten für Empörung aufgrund von schlechten Arbeitsbedingungen, einer Explosion und einer Schießerei; schweizerische und britisch-indische Firmen machten Schlagzeilen mit Umweltverschmutzung und Steuerhinterziehung (Das/Rose 2014; Lee 2010).

Lokale Umwelt- und kirchliche Organisationen sowie Gewerkschaften lancierten Kampagnen für Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz. Rohstoffgewinne sollten nicht nur ausländische Investoren bereichern, sondern der breiten Bevölkerung zugute kommen. Der Kupferabbau sollte den Bergarbeiter_innen ein besseres Leben ermöglichen, den umliegenden Siedlungen eine ausgebaute Infrastruktur und dem Staat höhere Einnahmen für die Reduzierung der Armut. Die Oppositionspartei *Patriotic Front* machte diese Anliegen zu ihrem Wahlkampfthema. Sie erklärte Rohstoffunternehmen den Kampf und rückte die Lebenslagen der städtischen Armen ins Zentrum der politischen Debatte. Mit diesem Programm eroberte die Opposition die Industriestädte und gewann 2011 sogar die nationalen Wahlen. Bereits vor dem Parteiwechsel hatte der Druck der Opposition, Presse, Kirchen, Gewerkschaften und Umweltverbände einen Kurswechsel bei der Regierung erreicht: Sie kündigte 2008 die geheimen Verträge mit den Rohstoffgiganten und verabschiedete ein neues Gesetz, das deren Steuerleistung erheblich erhöhte (Lungu 2009). Mit der Reform begann ein langjähriger Streit um die Bergbausteuern.

Die Debatte wurde durch immer neue Berichte von internationalen Forscher_innen, Aktivist_innen und Hilfsorganisationen befördert, welche die Firmen als skrupellose, betrügerische und unmoralische Unternehmungen verurteilten (Dymond 2007; Fraser/Lungu 2007; Human Rights Watch 2011). Viele dieser Berichte kamen aus den „Heimatländern" der transnationalen Konzerne und wurden dort von Kampagnen zur globalen Unternehmensverantwortung begleitet,

insbesondere gegen Vedanta in England und Glencore in der Schweiz (Das/Rose 2014; Erklärung von Bern 2011). In Sambia fand die Debatte hauptsächlich über Radio, Zeitung und Fernsehen statt; Facebook und Internetblogs kamen hinzu. Zwischen 2005 und 2015 streikten Bergarbeiter_innen mindestens 62 Mal. Die Hilfsorganisation *ActionAid* organisierte 2014 einen Protestmarsch in Lusaka gegen das britisch-indische Unternehmen *Vedanta*. Eine bedeutende Rolle im Protestrepertoire spielten Gerichtsverfahren: Die Gewerkschaften klagten gegen die kurzen Zeitarbeitsverträge in den *Kansanshi* Werken der kanadischen Firma *First Quantum*, während Anwohner_innen und städtische Wasserwerke *Konkola/Vedanta* wegen Umweltverschmutzung vor das Hohe Gericht in Lusaka und in London brachten.

In diesem Artikel untersuche ich, wie die Unternehmungen der Rohstoffkonzerne in Sambia eine Welle von politischen Prozessen auslösten. Eine Reihe von Akteuren organisierte sich, um ihren „gerechten Anteil" am Gewinn einzufordern, Erwartungen an den Staat zu formulieren und Kritik auszuüben. Es entstanden Konflikte darüber, zu welchen Bedingungen die Rohstoffe abgebaut werden, wer den Schaden und den Nutzen tragen sollte. In der Fallstudie analysiere ich die Akteure, Forderungen, Dynamiken und Handlungsrepertoires der aktuellen Bergbauproteste in Sambia.

2 | Streiks und Gewerkschaften

Die Geschichte des Protests und der politischen Mobilisierung begann in den Arbeitervierteln des Copperbelt. 1935 und 1940 fanden die ersten Streiks gegen eine Steuererhöhung und die ungleiche Behandlung von schwarzen und weißen Bergarbeiter_innen statt. Seit der Gründung und Anerkennung der Bergbaugewerkschaft im Jahr 1949 gab es bis 2016 mindestens 497 Streiks (Bates 1971: 62).[1] Damals wie heute kämpften Arbeiter_innen für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, Rentenabsicherung, Infrastruktur in den Arbeitersiedlungen, den Erhalt von Arbeitsplätzen und um ausländischen Investoren eine Lektion zu erteilen. Letzteres galt insbesondere den chinesischen Unternehmen, die 1998 mit sehr schlechten Arbeitsbedingungen in den Kupferabbau einstiegen und sich erst an die militante Arbeiterbewegung und den politischen Aktivismus im Land gewöhnen mussten (Lee 2014).

Neben dem primären Anliegen der Arbeiter- und Gemeindewohlfahrt ist die Interessenvertretung politisch motiviert: Der Rohstoffabbau soll nicht nur Gewinne für ausländische Teilhaber einbringen, sondern eine lokale Wirtschaftsentwicklung in Gang setzen. Denn auch nach 50 Jahren Unabhängigkeit sind führende Managementpositionen von ausländischen Fachkräften besetzt, während der Rohstoff Kupfer hauptsächlich in China, den USA und Deutschland weiterverarbeitet wird.

Von den 74.000 Bergarbeiter_innen sind etwas weniger als die Hälfte in drei Gewerkschaften organisiert, die wiederum in globale Gewerkschaftsverbände integriert sind. Während jährliche Lohnverhandlungen und öffentliche Medienkommentare zum Alltagsrepertoire gehören, verklagten zwei Gewerkschaften die kanadischen *Kansanshi/First Quantum*-Werke aufgrund der Anstellungen über kurze Zeitarbeit und Subunternehmer. Das Verfahren erreichte wenig. Allerdings bewirkten 15 Jahre Druck gegen die prekären Beschäftigungsverhältnisse, die Gelegenheitsarbeit und die Auslagerung von Arbeitsplätzen, dass das Parlament zum Ende 2015 ein Gesetz verabschiedete, welches die Umwandlung von Leiharbeit in feste Anstellungen mit Sozialversicherung fördern soll.[2]

3 | Staat und Gewerkschaft im Konflikt

Seit den 1950er Jahren setzten sich politische Parteien für die Anliegen der Arbeiter_innen ein. Dieses Engagement war allerdings stets ambivalent. Die Regierung wollte zum einen Wählerstimmen in den Industriestädten sichern, gleichzeitig jedoch ein friedliches und gewinnbringendes Geschäftsklima für Investoren schaffen. Zur Sicherung der industriellen Produktion, des Wirtschaftswachstums, der Arbeitsplätze und der staatlichen Einnahmen

forderte der Staat Kompromissbereitschaft: Die Gewerkschaft sollte sich für Arbeitsdisziplin und moderate Lohnerhöhungen einsetzen. Tarifverhandlungen sollten im Dialog geführt werden – ohne Produktionsstopps und potentiell gewaltsame Unruhen. Gewerkschaftsvertreter_innen sollten „vernünftige" und regierungstreue Parteigenoss_innen sein und keine Unruhe stiften (Bates 1971; Burawoy 1985; Gupta, 1974; Larmer 2007).

Die autoritäre Regierungsführung verursachte Dauerkonflikte zwischen Staat und Gewerkschaft, die seit der Unabhängigkeit 1964 bis heute andauern. Die Regierung fasste Streiks und Kritik häufig als Bedrohung und politische Opposition auf. So ließ das Regime unter Präsident Kenneth Kaunda zwischen 1966 und 1990 88 Streikführer_innen und Gewerkschaftsfunktionär_innen verhaften. Auch als sich 2010 die *Mineworkers' Union of Zambia* gegen den Erwerb einer Mine durch den brasilianischen *Vale*-Konzern aussprach, warf Präsident Rupiah Banda der Gewerkschaft vor, von Oppositionsparteien benutzt zu werden.[3] Im Jahr 2015 kritisierte der Gewerkschaftsvorsitzende, dass die Regierung dem Verlust von 5.000 Arbeitsplätzen tatenlos zusah, woraufhin Präsident Edgar Lungu die Gewerkschaft beschuldigte, gegen ihn und seine Regierungspartei zu mobilisieren.

Die Gesetzgebung verleiht dem Staat weitreichende Kontrollrechte über die Gewerkschaften, indem das Arbeitsministerium die Tarifverhandlungen, die Wahl von Gewerkschaftsführer_innen und die Verwendung von Geldern überwacht. Viele Vertreter_innen empfinden die staatliche Regulierung als Unterdrückung und Einschüchterung. Sie werfen der Regierung vor, die Interessen der Rohstofffirmen stärker zu vertreten als die der Arbeiterschaft.

Das Arbeitsrecht schreibt ein langwieriges Verfahren für die Beantragung von Streiks vor, inklusive Schlichtung, Streikabstimmung und Wartezeit. Bei jedem „illegalen" Streik drohen Entlassungen. Die restriktive Rechtslage hat dazu geführt, dass die Gewerkschaft seit der Unabhängigkeit noch nie einen offiziellen Streik erklärt hat. Die ehemals militante Gewerkschaft beugte sich dem staatlichen Druck. Jahr für Jahr überredeten Vertreter_innen ihre Mitglieder, geringe Lohnerhöhungen zu akzeptieren und von Streiks abzusehen. So glich die durchschnittliche jährliche Lohnerhöhung von 14,1 Prozent zwischen 2000 und 2016 nur die Inflationsrate um 14,15 Prozent aus.[4] Dafür ernteten Funktionär_innen Kritik und Beschimpfungen: Sie seien nutzlos, feige, korrupt und hätten die Sache der Arbeiter_innen verraten. Die Gewerkschaft sei nicht demokratisch und mehr an Mitgliedsbeiträgen als an Arbeiterwohlfahrt interessiert.[5] Es kam zu mehrfachen Abspaltungen.

Dem Staat gegenüber äußerten Arbeiter_innen einen ähnlichen Vorwurf: Die Regierung tolerierte die schlechten Arbeitsbedingungen nur, weil Minister Bestechungsgelder von den Firmen erhielten. Das Misstrauen und die Frustration artikulierten Arbeiter_innen in politischer Kritik und der Unterstützung von Oppositionsparteien.

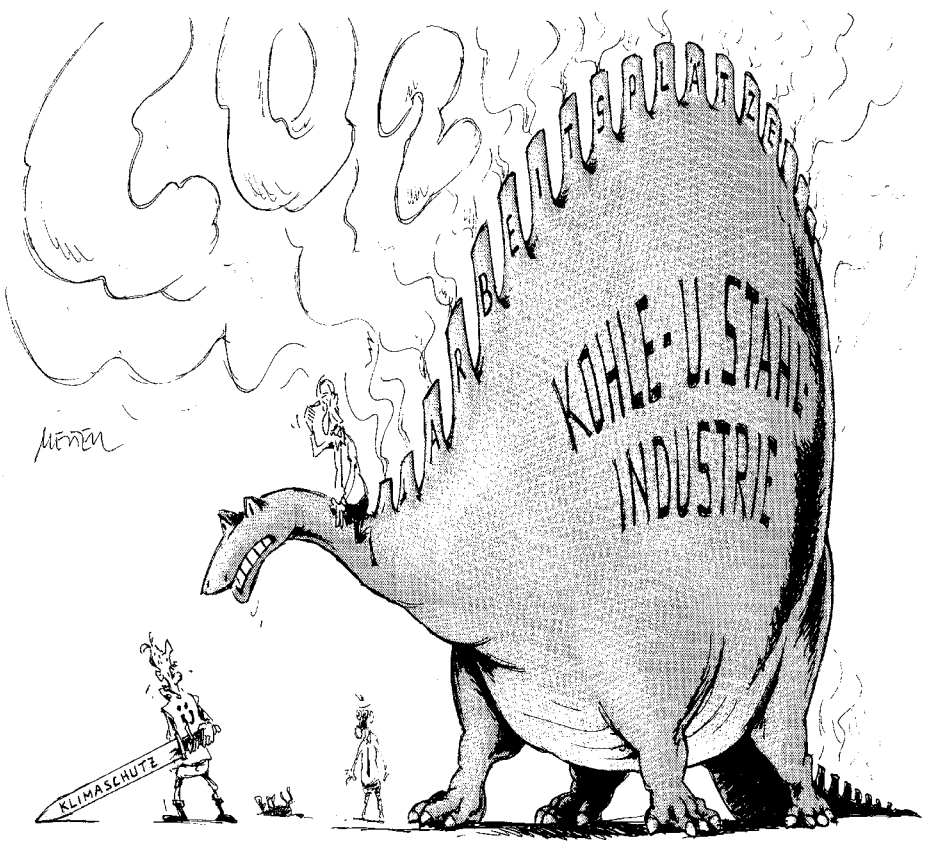
4 | Umweltskandale, Steuerflucht und eine Schießerei

Seit 2007 wurden lokale Bergbaukonflikte auf die nationale Ebene verlagert. Hierfür waren zwei Faktoren wesentlich: eine Reihe von Skandalen sowie internationale Berichte von Forscher_innen, Aktivist_innen und Hilfsorganisationen.

Im Jahr 2005 kamen bei einer Explosion in einer chinesischen Fabrik 52 sambische Arbeiter_innen ums Leben. In Sambias Bergwerken passieren jedes Jahr etwa 329 Unfälle, wobei die Zahl der tödlichen Unfälle in dem chinesischen *NFCA* sowie den schweizerischen *Glencore*-Werken am höchsten ist (Simutanyi 2008). 2006 verseuchte das britisch-indische Unternehmen *Vedanta* den Mushishima-Fluss mit Kupfersulfat und Schwefelsäure. Als die Umweltbehörde *Vedanta* belangen wollte, nahm die Regierung das Unternehmen in Schutz. Anwohner_innen gingen daraufhin vor Gericht, das dem Konzern eine Strafe von zwei Millionen US-Dollar auferlegte. Die Wasserwerke

in den Städten Kitwe und Chingola verklagten die Firma ebenfalls. Auch das in der Schweiz registrierte Unternehmen *Glencore* sorgte für Schlagzeilen. In der Bergbaustadt Mufulira strömte von 1937 bis 2006 Schwefeldioxid ungefiltert in die Luft. Erst 2014 installierte die Firma eine Technologie, die 95 Prozent der Gase auffangen soll. Atemwegserkrankungen wie Tuberkulose und Silikose machten mindestens 17,2 Prozent der Todesfälle in den Städten aus (Kitwe City Council 2006). Im Dezember 2013 erstickte die Politikerin Beatrice Miti durch den erhöhten Ausstoß von Schwefeldioxid. Ihre Familie verklagte *Mopani / Glencore* und der Oberste Gerichtshof verordnete 2016 eine Entschädigung von 38.000 US-Dollar.[6] In dem Kohlebergwerk einer chinesischen Familie kam es mehrfach zu gewaltsamen Protesten. Dabei kamen 2010 und 2012 zwei Chinesen ums Leben, während zwei chinesische Manager auf Arbeiter_innen schossen und elf dabei verletzen. Die sogenannte *Collum*-Mine wurde für zwei Jahre geschlossen und 2015 mit strikten Auflagen für Umwelt und Arbeitsschutz wieder in Betrieb genommen.

Neben Arbeitsunfällen, Gesundheitsschäden und Umweltverschmutzung sorgten Steuerhinterziehung und geheime Abkommen für landesweite Empörung. Bei dem Erwerb der Bergwerke hatten ausländische Investoren so günstige Verträge mit der Regierung ausgehandelt, dass deren Steuerleistung zwischen 2000 und 2008 weniger als ein Prozent der jährlichen Steuereinnahmen betrug. Als sambische und britische Forscher diese geheimen Verträge an die Öffentlichkeit brachten, initiierten



Gewerkschaften, christliche Vereine und eine Umweltorganisation Kampagnen mit Unterstützung von britischen Hilfsorganisationen (Fraser/Lungu 2007). Der Rohstoffhandel wurde zur nationalen Frage: Wie konnte es sein, dass die breite Bevölkerung arm blieb, während ausländische Unternehmen hohe Gewinne erzielten? Wie konnte die Regierung zulassen, dass Investoren kaum Steuern zahlten, obwohl der Weltmarktpreis für Kupfer seit 2004 in die Höhe schoss? Die Kritik an den Unternehmen mündete in eine Kritik an der Regierung, die scheinbar tatenlos zusah, wie das Land ausgebeutet wurde.

5 | Oppositionssieg und Streikwelle

Die Oppositionspartei *Patriotic Front* knüpfte an die landesweite Empörung an und nahm die Begehren der Arbeiter in ihrem Wahlkampf auf. Das Land sollte seinen gerechten Anteil am Ressourcenreichtum bekommen – dafür wollte sich die neue Partei einsetzen. Der Präsidentschaftskandidat Michael Sata wurde durch seine aggressive Rhetorik gegenüber ausländischen Investoren populär. Er verdammte „Sklavenlöhne", „chinesischen Kolonialismus" und drohte, Unternehmen des Landes zu verweisen falls diese sich weigerten, Steuern zu zahlen und Arbeitsgesetze einzuhalten. Die Partei versprach höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, Steuerermäßigungen für Geringverdienende, die Abschaffung von Kurzzeitverträgen, eine Reform der Arbeitsgesetze und die Besetzung von ausländischen Stellen mit einheimischen Arbeitskräften. Darüber hinaus wollte die Partei die Autonomie der Gewerkschaften respektieren.

Mit diesem gewerkschaftsnahen Parteiprogramm eroberte die *Patriotic Front* die Hauptstadt Lusaka und die Industriestädte des Copperbelt. Mit den Versprechen der Arbeitsplatzbeschaffung, Armutsminderung und Korruptionsbekämpfung mobilisierte sie weitere Unterstützung. Dabei halfen insbesondere Radio, die Zeitung *The Post*, Facebook, Mobiltelefone und populäre sambische Musik. Während die Partei bei ihrer Gründung 2001 nur 3,4 Prozent der Stimmen erzielt hatte, erreichte sie bei den Wahlen 2006 bereits 29,4 und 2008 38,1. 2011 gewann sie die Wahlen schließlich mit 42,2 Prozent. Die amtierende Regierungspartei *Movement for Multi-Party Democracy* (MMD) verlor, obgleich sie die staatlichen Medien dominierte und erhebliche finanzielle Ressourcen, unter anderem von der chinesischen Regierung, im Wahlkampf eingesetzt hatte. Damit wurde die *Patriotic Front* die dritte Regierungspartei im Land, nach 20 Jahren Regierungszeit der MMD (1991-2011) und 27 Jahren der *United National Independence Party* (1964-1991).

Als ich die Copperbelt Provinz nach dem Oppositionssieg am 20. September 2011 bereiste, erlebte ich eine immense politische Begeisterung und eine starke Verehrung des neuen Präsidenten Michael Sata (der allerdings nach drei Amtsjahren im Alter von 78 an einer schweren Krankheit verstarb). In Interviews drückten Bergarbeiter_innen Stolz über die eigene politische Kraft aus: „We changed the government."[7]

Kurz nach dem Wahlsieg begannen die jährlichen Tarifverhandlungen. Die Arbeiter_innen und Gewerkschaften waren zuversichtlich, dass die neue Regierung ihre Lohnforderungen unterstützen und streikende Arbeiter_innen in Schutz nehmen würde. Innerhalb von zwei Wochen begannen der erste Streik und die erste politische Intervention in Chambishi, in drei Werken im Besitz des chinesischen Staates (*NFCA, Sino Metals* und *Chambishi Copper Smelter*). Das Arbeitsministerium und das Bergbauministerium wiesen die chinesischen Manager an, die Löhne zu erhöhen und die 2.000 Arbeiter_innen wieder einzustellen, die während des dreiwöchigen Streiks entlassen worden waren. Die politische Unterstützung und die hohen Erwartungen riefen eine Streikwelle im ganzen Land mit Arbeitsniederlegungen in mehr als 20 Bergbauunternehmen hervor.

Während der Streikwelle erklärte die *Patriotic Front* jedoch, dass sie eine „verantwortliche" Regierung bilden würde.[8] In einer Reihe von Parlamentssitzungen beteuerten der

Arbeitsminister und der Bergbauminister, dass sie Streiks in Zukunft verhindern würden. Präsident Sata erklärte, die Unruhen gefährdeten die wirtschaftliche Stabilität und das Land sei auf Investoren angewiesen. Lohnerhöhungen sollten im Rahmen der Inflationsrate bleiben. Von der radikalen Arbeiterpartei blieb wenig übrig. Nur einmal intervenierte der Präsident zugunsten der Arbeiter_innen: Als *Konkola Copper Mines* im November 2013 1.529 Beschäftigte entlassen wollte, entzog die Regierung dem indischen Geschäftsführer die Aufenthaltserlaubnis.

6 | Steuerreform und Wirtschaftskrise

Bereits vor dem Oppositionssieg hatte der öffentliche Druck einen Kurswechsel der MMD-Regierung bewirkt. 2007/2008 sah sich die Regierung aufgrund der geheimen Verträge, welche die Investoren von erheblicher Steuerlast und sozialer Verantwortung befreiten, massiver Kritik ausgesetzt. Gewerkschaften, Kirchen, Umweltorganisationen, die Presse und Oppositionspolitiker_innen forderten die Kündigung der Verträge. Der Stimmenzuwachs der Oppositionspartei *Patriotic Front* verstärkte den Druck zusätzlich.

Als Reaktion darauf verabschiedete die Regierung eine neue Gesetzgebung für Rohstoffkonzerne, die allerdings in den folgenden Jahren noch viele Änderungen erfuhr – jedes Mal, wenn die Firmen sich weigerten, die Industrie eine Krise erlebte oder weitere Skandale die Öffentlichkeit in Atem hielten. Diesen jahrelangen Streit um die Bergbausteuern eröffnete die Regierung 2008. Das Parlament erhöhte die Unternehmenssteuer, die Mineralölsteuer und führte neue Gewinnsteuern, Spekulationssteuern und Exportsteuern ein (*Variable Profit Tax, Windfall Tax, Export duty*).

Bei den Unternehmen stieß die Steuerreform auf massiven Widerstand. Die kanadischen *First Quantum* und die schweizerischen *Mopani/Glencore* drohten rechtliche Schritte an, weil die Reform die bisherige Stabilitätsgarantie verletzte. Nur drei Firmen zahlten die neue Spekulationssteuer: das chinesische *NFCA*-Werk, die kanadische *Kansanshi* Mine und die südafrikanische *Chibuluma* Mine. Tragischerweise kam den Investoren die Weltwirtschaft zur Hilfe. Während der Finanzkrise 2009 fielen die Kupferpreise so dramatisch, dass die Firmen erklärten, sie würden um ihr Überleben kämpfen. Sie schlossen einige Werke vorübergehend und entließen 9.516 Arbeiter_innen. Als eines der größten Bergwerke seine Schließung ankündigte (*Mopani* in den Städten Kitwe und Mufulira), gaben Präsident Rupiah Banda und Bergbauminister Maxwell Mwale nach. Der Vater der Reform, Präsident Levy Mwanawasa, war nur vier Monate nach Verabschiedung der neuen Gesetzgebung verstorben. Ironischerweise schoss der Kupferpreis in demselben Monat wieder in die Höhe, in dem das Parlament einige der Regelungen zurücknahm, und erreichte 2011 ein Rekordhoch.

Trotz der Rückschritte war die Steuerreform ein Erfolg: In dem Reformjahr 2008 zahlten die Bergbaufirmen mehr Steuern als in den vorigen acht Jahren zusammen (Manley 2013: 38). Während sie zwischen 2000 und 2008 weniger als ein Prozent zu den jährlichen Steuereinnahmen beitrugen, erbrachten sie zwischen 2010 und 2014 immerhin im Durchschnitt 14,8 Prozent. Forscher lobten die Steuerreform als ein starkes Signal, ein Zeichen der staatlichen Autonomie und „legalistischen Souveränität" (Fraser 2010: 19). John Lungu argumentierte, dass die öffentliche Debatte die Regierung zum Handeln „ermächtigt hatte", während sie zuvor „hilflos" und durch die Verträge gefangen gewesen war (2009: 15).

In den folgenden Jahren erwies sich der Kampf um die Steuern als eine große Herausforderung. Der Staat stand vor drei grundsätzlichen Problemen: (1) Wie viel Besteuerung war „angemessen", ohne dass Unternehmen gleich mit Werkschließung und Massenentlassung drohten? (2) Wie konnte der Staat die Steuerzahlungen durchsetzen und (3) Woher sollte er wissen, ob die Firmen auch tatsächlich alle Steuern zahlten?

Erneut waren es Skandale, welche diese Probleme ans Licht brachten. 2011 und 2014

gelangten Berichte von internationalen Steuerprüfer_innen und britischen Aktivist_innen an die Öffentlichkeit, die dem schweizerischen *Mopani/Glencore* und dem britisch-indischen *Konkola/Vedanta* Steuerflucht vorwarfen. Diese würden die zu versteuernden Gewinne nicht vollständig angeben, sondern die Produktionsvolumen unterbewerten und die Betriebskosten überschätzen. Beide haben Partnerfirmen in Steueroasen und profitieren von *Hedging* und Leistungsverrechnung mit dem Mutterkonzern (*Transfer pricing*). 2014 zeigte ein YouTube-Video[9] den Inhaber von *Vedanta*, der sich auf einer Konferenz in Indien darüber amüsierte, dass er das Werk 2004 für 25 Mio. US-Dollar erworben hatte, es ihm seitdem jedoch jedes Jahr 500 Mio. US-Dollar einbringen würde. Das Video sorgte für Empörung, zumal sich der indische Unternehmensleiter über den sambischen Präsidenten und darüber, wie er das Parlament getäuscht habe, lustig machte. Die Hilfsorganisation *Action Aid* organisierte einen Protestmarsch gegen *Vedanta* in Lusaka und in London. Die sambische Regierung ließ eine Betriebsprüfung des Bergwerks durchführen.

Die Öffentlichkeit zeigte sich erstaunt darüber, wie viel Gewinn die Bergwerke erbrachten und wie wenig Nutzen das Land davontrug.[10] *Konkola* hatte beispielsweise niemals 500 Mio. Gewinn angegeben, sondern jährliche Gewinne zwischen 20 und 300 Mio. US-Dollar. Die Schweizer *Glencore*-Gruppe baut seit dem Jahr 2000 Kupfer ab, erbrachte jedoch 2012 zum ersten Mal Unternehmenssteuern. Es gibt in Sambia nur zwei Bergbaufirmen, die regelmäßig Unternehmenssteuern zahlen: die kanadische *Kansanshi* Mine und die *Chibuluma* Mine, die von Südafrikaner_innen geleitet wird, aber im Besitz der chinesischen Regierung ist. Die anderen Firmen leisten nur minimale Beiträge.

Die Steuerleistung beruht auf den eigenen Angaben der Firmen und ist somit Vertrauenssache. Die Firmen berichten, wie viel Kupfererz sie abbauen, zu welchem Preis sie die Exporte verkaufen, wie hoch ihre Schulden, Betriebskosten und Gewinne sind. Auf den Verdacht hin, dass einige Konzerne womöglich nicht ehrlich seien, hatte die Regierung bereits 2008 Steuerprüfungen bei den größten Werken veranlasst. Darüber hinaus startete sie 2013 einen Versuch, den Unternehmen über den Export auf die Schliche zu kommen: Während Exportsteuern den Firmen normalerweise rückerstattet werden, behielt die Steuerbehörde diese solange, bis die Firmen Belege dafür einreichten, an wen und zu welchem Preis sie den Rohstoff verkauften. Das Unterfangen scheiterte grandios. Die Firmen weigerten sich, *Mopani* drohte mit 20.000 Entlassungen und *Konkola Copper Mines* verklagte die sambische Steuerbehörde. Am Ende schuldete der Staat den Unternehmen 600 Mio. US-Dollar, die er 2015 zurückzuzahlen begann.

2015 unternahm der Staat einen weiteren Versuch. Er erhöhte die Mineralölsteuer noch einmal und strich die Unternehmenssteuer. Mineralölsteuern werden am Umsatz bemessen und boten weniger Möglichkeiten, Profite falsch anzugeben. Auch dieser Versuch scheiterte, weil die Unternehmen sich weigerten und das Land einer erneuten Wirtschaftskrise ausgesetzt wurde.

Nach dem Steuerskandal und der Wirtschaftskrise erntete die *Patriotic Front* Regierung massive Kritik. Oppositionspolitiker_innen, Gewerkschaften, Kirchen und zivilgesellschaftliche Akteure bemängelten die Unfähigkeit und Inkonsequenz der Regierung, die entweder zu niedrige oder zu hohe Steuern verlangte und damit entweder die Investitionen verhinderte oder dem Land hohe Einnahmen vorenthielt.

Darüber hinaus vermutete der Gewerkschaftsvorsitzende Nkole Chishimba, dass einige Unternehmen die Wirtschaftskrise nur vorschieben würden, um Kosten einzusparen und Profite zu erhöhen. Er forderte die Regierung auf, ein technisches Expertenteam in alle Werke zu senden und die Lage zu prüfen: Stünden die Firmen tatsächlich kurz vor dem Ruin – wie sie selbst angaben – oder erzielten sie enorme Gewinne – wie internationale Reportagen behaupteten? Die Regierung sollte außerdem sicherstellen, dass nicht nur Scheininvestoren die Bergwerke ausbluteten,

sondern auch langfristig in die Expansion und Exploration investierten und die Zukunft der Werke sicherten.

Angesichts der Steuerflucht, der mangelnden Rekapitalisierung, der drohenden Insolvenz bei *Konkola* und der Massenentlassungen schlugen die Gewerkschaft, einige Parlamentsabgeordnete und Oppositionspolitiker_innen vor, der Staat solle Werke wie *Konkola* oder *Mopani Copper Mines* zurückfordern und bessere Investoren suchen. Allerdings sind die Betriebskosten der Untertagewerke enorm. Als das *Luanshya*-Bergwerk 2009 aufgegeben wurde, erklärte der Finanzminister, dass 65 Mio. US-Dollar nötig seien, um das Werk für ein Jahr zu betreiben. Die MMD-Regierung war daher froh, als der chinesische Staat auch dieses verlassene Werk übernahm.

Der Wahlkampf in 2016 erfuhr eine weitere Mobilisierung der Bergbaustädte, allerdings gegen den führenden Oppositionskandidaten. Oppositionsführer Hakainde Hichilema von der *United Party for National Development* ist Ökonom und erfolgreicher Unternehmer, doch seine investorenfreundliche Einstellung verunsichert viele Arbeiter_innen. Hichilema hatte die Regierung vor 2000 in der Privatisierung der Bergwerke beraten und gilt damit als einer der Übeltäter in der Verschlechterung ihrer Lebenslagen. Zwar ist die Mehrheit der Bevölkerung von der Regierungspartei enttäuscht, doch einem „Kapitalisten" wollen die Bergarbeiter_innen ihr Schicksal nicht anvertrauen.

7 | Schlussbemerkung

In Sambia geht der Abbau von Kupfer mit einer umfassenden politischen Mobilisierung einher. Aus der Empörung über multinationale Rohstoffkonzerne entstand eine breite öffentliche Debatte, welche die Regierung zu einer Steuerreform bewegte und darüberhinaus einen Wahlsieg der Oppositionspartei herbeiführte.

Viele Akteure schreiben dem Staat die Verantwortung zu, den Rohstoffboom in einen Rohstoffsegen zu verwandeln. In Anbetracht der prekären Arbeitsbedingungen und der Skandale über Steuerflucht fühlen sich viele Bevölkerungsgruppen um ihre Entwicklungschance betrogen. Der Staat und die Gewerkschaften scheinen zu schwach, korrupt und unfähig, um die Unternehmen zu regulieren und den „gerechten" Anteil für das Land einzufordern. Der moralische Diskurs über Staatsaufgaben und Unternehmensverantwortung hielt Einzug in die parlamentarische Debatte, was ein demokratischer Gewinn für das Land ist. Der Staat wurde durch die Forderungen der Zivilgesellschaft allerdings genauso unter Druck gesetzt wie durch die Lobbyarbeit der Konzerne. Während das Parlament 2008 und 2014 auf den Unmut der Bürger_innen reagierte und eine Steuerreform durchführte, hörte die Regierung während der globalen Krisen 2009 und 2015 stärker auf die Investoren und machte einige Gesetzesänderungen rückgängig.

Ob die Begriffe „Zivilgesellschaft" und „soziale Bewegung" die Ereignisse in Sambia treffend beschreiben, kann diskutiert werden. Die öffentliche Debatte wird von Akteuren geführt, die sehr unterschiedliche Normen, Interessen und Ziele verfolgen. Sie handeln meist unkoordiniert, einige sind zersplittert und formulieren widersprüchliche Forderungen. Darüber hinaus sind Hilfsorganisationen von Entwicklungshilfe abhängig, während Gewerkschaften auf die Gunst der Unternehmen angewiesen sind und vom Staat eingeschüchtert werden. Der Umweltaktivist Peter Sinkamba gründete die Grüne Partei, die seitdem jedoch mehr Schlagzeilen durch ihre Forderung der Legalisierung des Marihuanaanbaus brachte.

Mit der Artikulation von Kritik, Erwartungen und Ansprüchen entstand eine politische Kommunikation, die zwischen Staat und Gesellschaft vermittelt. Dabei bilden sich neue politische Rollen heraus – jenseits von traditionellen, ethnischen Verwandtschaftsverhältnissen und Patron-Klient Beziehungen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, inwiefern multinationale Konzerne zu einer Stärkung oder Schwächung des Staates in Afrika beitragen. Während zahlreiche Studien bereits lokale politische Prozesse beschreiben, bedarf es weiterer Forschungen in staatlichen

Institutionen, welche mit Unternehmen interagieren, insbesondere in Arbeitsministerien, Bergbauministerien, Steuerbehörden, Umweltämtern und Gesundheitsbehörden.

Ein weiterer Aspekt besteht in der Rolle von „Wissen" in Protestbewegungen. Bergbau-Konflikte erweisen sich nämlich auch als Wissens-Konflikte: Während internationale Hilfsorganisationen den Unternehmen exorbitante Profite zuschreiben, behaupten die Firmen, sie würden um ihr Überleben ringen. Die Investoren nutzen ihr Monopol über Unternehmensbilanzen und schreiben dem Staat vor, wie viel Steuern sie zahlen, und den Gewerkschaften, wie viel Lohnerhöhung sie sich leisten könnten. Ironischerweise fordern Minenkonzerne, die Regierung solle ihre Wirtschaftspolitik auf einer soliden Datenbasis aufbauen, und nicht auf Gerüchten. Die Proteste von Arbeiter_innen und Organisationen stellen daher auch den Wissensanspruch und die Realitätsdefinition der Unternehmen in Frage.

Esther Uzar ist Soziologin und derzeit an der Universität Witwatersrand in Johannesburg, Südafrika, tätig. Die Forschung in Sambia führte sie im Rahmen ihrer Doktorarbeit an der Universität Basel durch. Kontakt: esther.uzar@unibas.ch.

Anmerkungen

[1] International Labour Office database on labour statistics, http://laborsta.ilo.org, [11.01.2016].

[2] Arbeitsminister Fackson Shamenda in Zambia National Broadcasting Corporation vom 30.12.2015, http://www.znbc.co.zm/?p=28410.

[3] Die Gewerkschaft wollte im Jahr 2010 verhindern, dass das brasilianische *Vale* in Sambia investiert, weil der Konzern für die Missachtung von Arbeitsrechten bekannt sei. Dennoch begann *Vale* wenige Monate später mit der Exploration und Produktion, eröffnet durch Präsident Rupiah Banda.

[4] Im Fall von Mopani Copper Mines, betrieben durch die schweizerische Glencore-Gruppe.

[5] Interviews und Gruppendiskussionen mit 40 Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern, durchgeführt zwischen November 2011 und Dezember 2013 in den Städten Kitwe, Mufulira, Ndola, Kalulushi und Chambishi.

[6] http://www.srf.ch/news/wirtschaft/gericht-in-sambia-verurteilt-glencore-kupferwerk [15.09.2016].

[7] Rede des Vorsitzenden der Mineworkers' Union of Zambia, Oswell Munyenyembe, auf der Gewerkschaftsversammlung am 4.11.2011 in Kitwe; Interviews mit drei Gewerkschaftsvertretern, durchgeführt am 21. und 22.11.2011 sowie am 1.4.2013 in Kitwe und Mufulira.

[8] Bergbauminister Wylbur Simuusa in Debates – National Assembly of Zambia vom 02.11.2011, http://www.parliament.gov.zm.

[9] Der in London wohnhafte Aktivist Samarendra Das verbreitete das Video mit einer Rede des Vorsitzenden von Konkola Copper Mines / Vedanta, die er im März 2014 in Bangalore, Indien, hielt. https://www.youtube.com/watch?v=98yKosnwb-Y, [03.08.2016].

[10] Die Zeitung The Post vom 03.06.2014.

Literatur

Bates, Robert 1971: Unions, Parties, and Political Development. A Study of Mineworkers in Zambia. New Haven: Yale University Press.

Burawoy, Michael 1985: The Politics of Production. Factory Regimes under Capitalism and Socialism. London: Verso.

Das, Samarendra/Rose, Miriam 2014: Copper Colonialism. British Miner Vedanta KCM and the Copper Loot of Zambia. London: Foil Vedanta.

Dymond, Abi 2007: Undermining Development. Copper Mining in Zambia. Glasgow: Action for Southern Africa, Christian AID UK and SCIAF.

Erklärung von Bern 2011: Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz. Zürich: Salis.

Fraser, Alastair 2010: Introduction: Boom and Bust on the Zambian Copperbelt. In: Fraser, Alastair/Larmer, Miles (Hg.): Zambia, Mining, and Neoliberalism. Boom and Bust on

the Globalized Copperbelt. New York: Palgrave Macmillan, 1-30.

Fraser, Alastair/Lungu, John 2007: For Whom the Windfalls? Winners and Losers in the Privatisation of Zambia's Copper Mines. Lusaka: Civil Society Trade Network of Zambia and Catholic Centre for Justice, Development and Peace.

Gupta, Anirudha 1974: Trade Unionism and Politics on the Copperbelt. In: Tordoff, William (Hg.): Politics in Zambia. Berkeley: University of California Press, 288-319.

Human Rights Watch 2011: „You'll Be Fired if You Refuse". Labor Abuses in Zambia's Chinese State-owned Copper Mines. New York: Human Rights Watch.

Kitwe City Council 2006: Environmental Profile of the City of Kitwe. Managing the Sustainable Growth and Development of Kitwe. Kitwe: UN HABITAT.

Larmer, Miles 2007: Mineworkers in Zambia. Labour and Political Change in Post-Colonial Africa. London: Tauris Academic Studies.

Lee, Ching Kwan 2014: The Spectre of Global China. In: New Left Review, Jg. 29, Heft 89, 29-66.

Lee, Ching Kwan 2010: Raw Encounters. Chinese Managers, African Workers, and the Politics of Casualization in Africa's Chinese Enclaves. In: Fraser, Alastair/Larmer, Miles (Hg.): Zambia, Mining, and Neoliberalism. Boom and Bust on the Globalized Copperbelt. New York: Palgrave Macmillan, 127-154.

Lungu, John 2009: The Politics of Reforming Zambia's Mining Tax Regime. Johannesburg: Southern Africa Resource Watch.

Manley, David 2013: A Guide to Mining Taxation in Zambia. Lusaka: Zambia Institute for Policy Analysis and Research.

Simutanyi, Neo 2008: Copper Mining in Zambia: The Developmental Legacy of Privatisation. Pretoria: Institute for Security Studies.

Globale Rohstoffpolitik im Interesse der Industrie

Michael Reckordt

Jahrelang dominierte die Versorgungssicherheit die rohstoffpolitischen Diskurse. Die deutsche Industrie – zu nahezu 100 Prozent von Primärmetallimporten abhängig – sah ihre Zukunft gefährdet. Menschenrechte und Umweltschutz spielten dabei kaum eine Rolle. Dieser Diskurs hat sich in den letzten Jahren langsam verschoben, nicht zuletzt durch die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich im Arbeitskreis Rohstoffe organisieren. In den Diskursen nimmt der Schutz von Menschenrechten und Umwelt eine zunehmend wichtigere Rolle ein. Der Artikel widmet sich der Entstehung der deutschen Rohstoffpolitik und dem Einfluss der Industrieverbände. Er beschreibt drei rohstoffpolitische Diskurse im Rohstoffbereich, stellt die Arbeit des Arbeitskreises Rohstoffe vor und beschreibt aktuelle Fragen und Herausforderungen der deutschen Rohstoffpolitik.

1 | Exportweltmeister auf Kosten anderer?!

Seit 1953 zählt Deutschland jedes Jahr zu den drei größten globalen Exportnationen. Von 2003 bis 2008 schmückte sich Deutschland gar mit dem Titel des Exportweltmeisters, da kein anderes Land der Welt in diesem Zeitraum einen höheren Warenwert ausführte. Deutsche Unternehmen verkaufen größtenteils Automobile, Maschinen, Chemie-Erzeugnisse und elektronische Güter ins Ausland. Für deren Produktion müssen Rohstoffe importiert werden. Deutschland ist fast zu 100 Prozent abhängig vom Import von Primärmetallen. Rohstoffe sind daher längst zum Gegenstand „harter" Politikfelder wie der Außen-, Wirtschafts-, Sicherheits- oder Handelspolitik geworden.

Gleichzeitig wehren sich weltweit immer mehr Menschen gegen die Ausweitung der

Bergbauaktivitäten oder protestieren für ihre sozialen Rechte oder den Schutz der Umwelt. Sei es die Gewinnung von Seltenen Erden in China, Coltan in der Demokratischen Republik Kongo, Nickel in den Philippinen, Kolumbien, Kokskohle in Mosambik, Eisen in Brasilien, Platin in Südafrika, Kupfer in Peru, Gold in Rumänien oder Braunkohle in der Lausitz: der zunehmende Rohstoffverbrauch führt in den Abbauregionen zu immer mehr sozialen Konflikten, Umweltzerstörung und zum Teil gravierenden Menschenrechtsverletzungen, wie auch die verschiedenen Artikel im Schwerpunkt dieses Hefts belegen.

Im Jahr 2015, berichtet die Nicht-Regierungsorganisation (NGO) Global Witness (2016), dass 185 UmweltaktivistInnen in 16 Ländern aufgrund ihrer Arbeit ermordet worden seien – eine Steigerung zum Vorjahr von fast 60 Prozent. Unter den Opfern sind viele Mitglieder indigener Gemeinschaften. Die UNEP schätzt, dass 40 Prozent aller weltweiten Konflikte in den letzten 60 Jahren mit dem Abbau von Rohstoffen in Verbindung steht (UNEP 2009). Auch deutsche Unternehmen, sind indirekt über ihre Lieferkette immer wieder in Menschenrechtsverletzungen involviert. So ist BASF einer der Hauptabnehmer von Platin des südafrikanisch-britischen Konzerns Lonmin, der im August 2012 an einem Polizeieinsatz beteiligt war, bei dem 34 streikende Bergarbeiter in Marikana, Südafrika, starben. In deutschen Kohlekraftwerken wird Steinkohle aus Kolumbien verstromt, dessen Abbau vor Ort Menschenrechtsverletzungen verursacht. Das Bloomberg-Magazin berichtete im August 2014, dass Wolfram und Zinn aus einer Konfliktmine in Kolumbien bei BMW, Volkswagen und Siemens in den Produkten verarbeitet wurde (AK Rohstoffe 2015).

Deutschland selbst hat allerdings keine global bedeutenden Montanunternehmen. Ende der 1990er waren die Weltmarktpreise für Rohstoffe so niedrig, dass mit der Preussag das letzte große deutsche Auslandsbergbauunternehmen zum Touristikkonzern TUI umgewandelt wurde. Für die deutsche Industrie gab es keinen Grund, selbst in den Auslandsbergbau zu investieren, da Gewinnmargen gering, Investitionen aber hoch und riskant waren. Doch kaum war der Auslandsbergbau Deutschlands abgewickelt, veränderte sich der globale Markt. Durch die Nachfrage Chinas – und anderen aufkommenden Schwellenländern – eine stärkere Konzentration bei den Bergbaukonzernen, geringere Erz-Konzentrationen in abgebautem Gestein, steigende Spekulation an der Börse und eine starke Produktionsverlagerung nach Asien (neben China und dem Industrieland Japan wurden auch Südkorea und Indien große Rohstoffverbraucher) stiegen die Weltmarktpreise für die meisten Rohstoffe an.

2 | Strategisches Ziel: Sicherung der Industrieversorgung

In Deutschland versuchen staatliche und nichtstaatliche Akteure daher seit mehr als zehn Jahren, mit verschiedenen Strategien eine Rohstoffpolitik durchzusetzen, die vor allem die Sicherung der Industrieversorgung und des Titels „Exportweltmeister" zum Ziel haben. Im „Rennen um die noch vorhanden Rohstoffe" (Klare 2012) war es anfangs die Industrie, die die Politik zum Handeln drängte. Die deutsche Industrie befürchtete mittelfristig eine Einschränkung der eigenen Versorgungssicherheit und gründete Anfang der 2000er Jahre den „Ausschuss für Rohstoffpolitik" im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Ziel des Ausschusses ist es, das Thema Rohstoffpolitik auf die bundespolitische Tagesordnung zu setzen. In dem Interessensverband der Industrie ist traditionell die rohstoffverarbeitende Industrie stark vertreten.

Es begann eine kontinuierliche Lobbyarbeit, die zum ersten BDI-Rohstoffkongress am 8. März 2005 in Berlin führte. Die BDI-Rohstoffkongresse (bis heute fünf) wurden ins Leben gerufen, um den Forderungen der Industrie Nachdruck zu verleihen. Wie sich die Industrie diese Diskussion vorstellte, erklärte Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling. Der damalige Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl und zugleich Präsidiumsmitglied des BDI machte deutlich, worum es der deutschen Industrie geht: „Wir

können aber in Deutschland nur dann Exportweltmeister bleiben, wenn die Unternehmen freien und fairen Zugang zu den internationalen Rohstoffmärkten erhalten" (Fuchs und Reckordt 2013).

Auf dem zweiten BDI-Rohstoffkongress 2007 stellte die damalige große Koalition die „Elemente einer Rohstoffpolitik" vor. Gleichzeitig gründete die Bundesregierung den Interministeriellen Ausschuss (IMA) Rohstoffe. In diesem IMA Rohstoffe tauschen sich alle beteiligten Ressorts unter Federführung des Wirtschaftsministeriums (BMWi) zur aktuellen Rohstoffpolitik aus. Während die Zivilgesellschaft an diesem Prozess nicht beteiligt ist, berichtet das BMWi auf seiner Homepage: Seit „Juni 2007 arbeitet auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) als Sachverständiger aktiv und konstruktiv an der Rohstoffpolitik mit und bündelt dabei die Interessen der Industrie."

Im Oktober 2010 präsentierte die Bundesregierung dann auf dem dritten BDI-Rohstoffkongress die „Rohstoffstrategie der Bundesregierung". Während die Industrie eng eingebunden war, konsultierte die Bundesregierung weder die Betroffenen in den Abbaugebieten noch die deutsche Zivilgesellschaft. Die „Rohstoffstrategie der Bundesregierung" (BMWi 2010) liest sich daher praktisch wie der Forderungskatalog der Industrieverbände: In ihr werden weitere Freihandelsabkommen, eine kohärente Rohstoffdiplomatie und Streitschlichtungsklagen im Rahmen der WTO gefordert. Vor allem handelspolitische Maßnahmen anderer Länder, wie Exportzölle oder -quoten sowie Importvergünstigungen sollen als Wettbewerbsverzerrungen mit harten Instrumenten (z.B. Klagen gegen Exporteinschränkungen) und einer Rohstoffdiplomatie abgebaut werden. Die Strategie verspricht darüber hinaus eine stärkere Unterstützung der Industrie bei der Diversifizierung der Rohstoffquellen, etwa über staatliche Kredite, Investitionsgarantien und Rohstoffpartnerschaften mit rohstoffreichen Ländern, geologische Vorerkundungen und eine verbesserte Datenbereitstellung. Zur Beratung gründete die Bundesregierung die Deutsche Rohstoffagentur (DERA) unter dem Dach der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), die als Dienstleister der Industrie fungiert. Ihre Aufgaben sind die wissenschaftliche Unterstützung bei der Diversifizierung von Rohstoffquellen und weitere Beratungsleistungen für die Industrie.

3 | Drei rohstoffpolitische Diskurse

Auch wenn die Politik vor allem durch den Gedanken der Versorgungssicherheit der Industrie getrieben wurde, lassen sich die rohstoffpolitischen Diskurse in drei Idealtypen eingruppieren (Werland 2012). Der erste und dominante ist ein Diskurs der Versorgungssicherheit. Tonangebend ist die deutsche Industrie, als Hauptakteur vor allem der BDI, aber auch die Wirtschaftsvereinigung Stahl, der WVM (WirtschaftsVereinigung Metalle) sowie der VDA (Verband der Automobilindustrie) und die ZVEI (Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie). Die Wirtschaftsverbände und Einzelunternehmen sind seit gut fünfzehn Jahren darum bemüht, das Thema Rohstoffsicherheit vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden geopolitischen Konkurrenz, steigender Weltmarktpreise und vermeintlicher Knappheit prominent auf der politischen Agenda zu platzieren. Dabei präsentieren die IndustrieverterInnen das Thema nicht nur als Problem, sondern zeigen zugleich Wege zur Problemlösung auf: die Ausweitung des Rohstoffangebots sowie der freie und gleichberechtigte, im Industriejargon auch als „fair" betitelte, Zugang zu Rohstoffen. In diesem Diskurs, den außen-, wirtschafts-, entwicklungs-, umwelt- und sicherheitspolitische VertretrerInnen der Regierung gerne übernehmen sind in erster Linie die Interessen der deutschen Wirtschaft vertreten.

Der zweite ist ein entwicklungspolitischer Diskurs, der sich als „Korrektiv zum Versorgungssicherheits-Diskurs" (Werland 2012) bezeichnen lässt. Er problematisiert vor allem die ökonomischen Folgen von Rohstoffexporten aus Entwicklungsländern. Eine fundamentale Kritik am Ansatz der Versorgungsicherung ver-

bindet sich damit nicht unbedingt. Der Abbau von Rohstoffen müsste von entwicklungspolitischen Maßnahmen flankiert werden, mit denen in den Exportländern nicht nur Menschenrechte eingehalten werden können, sondern auch selbst eine nachhaltige Rohstoffversorgung für die Wirtschaft im In- und Ausland gewährleistet werden kann. Folgerichtig fordern VertreterInnen dieses Diskurses verbesserte Instrumente zur Erhöhung der Transparenz, menschenrechtliche und ökologische Mindeststandards, Exportbeschränkungen als legitimes Mittel der Politik sowie Technologieexporte in die Abbauländer von Rohstoffen, insbesondere im Bereich der Recyclingtechnologie (AK Rohstoffe 2016, Werland 2012).

Als dritten Diskurs benennt Werland die rohstoffpolitische Effizienz (Werland 2012). Dieser Diskurs beinhaltet die Forderung, den inländischen Ressourcenverbrauch zu verringern, um Abhängigkeiten von Rohstofimporten zu verringern sowie negative soziale und ökologische Auswirkungen der Rohstoffgewinnung zu vermeiden. Das Schlüsselwort lautet Ressourceneffizienz: Das bedeutet, dass eine Entkoppelung von Rohstoffnutzung und Wirtschaftswachstum angestrebt wird.

4 | Der Arbeitskreis Rohstoffe

Ein Akteur, der die entwicklungspolitischen und ökologischen Diskurse zusammenbringt und gegen den Industriediskurs stärkt, ist der Arbeitskreis (AK) Rohstoffe. Der AK Rohstoffe ist ein Zusammenschluss aus Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, der sich seit 2008 regelmäßig trifft und zu Auswirkungen des Rohstoffabbaus austauscht. Dabei ist bedeutend, dass der ökologische Diskurs der Zivilgesellschaft weit über die Forderung einer effizienteren Nutzung von Rohstoffen hinaus geht: Nicht allein Effizienzgewinne – die

unter Umständen durch Rebound-Effekte[1] zum Großteil oder vollständig aufgebraucht werden (Santarius 2012) – sondern die absolute Reduktion des Rohstoffverbrauchs und die Annäherung an Rohstoffkreisläufe stehen im Zentrum der NGO-Forderungen. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre ein Kohleausstiegsgesetz, das mittelfristig die Verstromung von Kohle beendet. Darüber hinaus fordern die Organisationen Verbesserungen im Bereich Weiternutzung, Recycling und Reparierbarkeit – und somit die langfristige Verwertung von Produkten. Zudem unterstreicht der AK Rohstoffe die Notwendigkeit eines Verzichtes auf Tiefseebergbau. Denn an einigen Stellen des Tiefseebodens befinden sich verschiedene metallische Rohstoffe. Zum Teil liegen die kleinen Erhebungen in der Größe von Kartoffeln vor, die mit Tauchrobotern „abgeerntet" werden sollen. Doch an diesen kleinen Erhebungen – Manganknollen genannt, benannt nach dem Metall Mangan, das neben anderen, seltenen Metallen in diesen Knollen vorkommt – spielt sich ein Teil des Lebens in der Tiefsee ab. Die Meeresbodenflora wächst dort und die Meeresfauna nutzt diese Knollen zum Teil als Nistplätze. Die ökologischen und menschenrechtlichen Folgen des Tiefseebergbaus sind nicht absehbar (AK Rohstoffe 2016).

Durch verschiedene Veranstaltungen – vor allem die beiden Alternativen Rohstoffwochen in den Jahren 2013 und 2015 mit diversen Veranstaltungsformaten (Tagungen, Filme, Theater) an verschiedenen Orten in Deutschland –, Publikationen und Positionspapieren, gemeinsamer Pressearbeit, regelmäßigen Newslettern[2] sowie einer besseren internen Vernetzung der Zivilgesellschaft, ist es dem AK Rohstoffe gelungen, die ersten beiden Diskurse präsenter in der öffentlichen Debatte zu platzieren. So berichteten verschiedene Tageszeitungen über die sozialen und ökologischen Auswirkungen des Rohstoffabbaus, PolitikerInnen und VertreterInnen von Ministerien beteiligten sich an Diskussionen und eine interessierte Öffentlichkeit bekam die Chance mit AktivistInnen aus den Ländern des globalen Südens zu diskutieren.

5 | Aktuelle Fragen

Seitdem die deutsche Rohstoffstrategie 2010 verabschiedet wurde, haben sich die globalen Märkte rasant verändert. Durch Überkapazitäten beim Abbau von Rohstoffen und eine globale Wirtschaftsrezession verbunden mit einem Rückgang der Nachfrage Chinas, sind die Preise für fast alle metallischen – und energetischen Rohstoffe – deutlich gesunken. Der Druck der Industrie auf die Politik ihre Interessen einer Versorgungssicherheit zu vertreten, hat in den letzten sechs Jahren abgenommen. Auch die zivilgesellschaftliche Arbeit hat den Diskurs in Deutschland beeinflusst. So richtete zum Beispiel das BMWi im November 2015 eine „Internationale Rohstoffkonferenz" zum Thema „Verantwortung übernehmen – Nachhaltigkeit in der Rohstoffwirtschaft fördern" aus. Auch der vierte BDI-Rohstoffkongress im Juli 2014 stand unter dem Titel „Rohstoffversorgung verantwortungsvoll und nachhaltig sichern".

Dennoch sind diese rhetorischen Anpassungen der Industrie und teilweise der Politik mit Vorsicht zu genießen. Die Versorgungssicherheit ohne menschenrechtliche oder ökologische Auflagen bleibt die Kernforderung der Industrie, wie der damalige BDI-Präsident Grillo auf dem BDI-Rohstoffkongress 2014 deutlich machte: „Wir dürfen die Menschenrechte nicht privatisieren". Die Verantwortung der Unternehmen, Menschenrechte zu achten – von Ulrich Grillo fälschlicherweise als Privatisierung wahrgenommen – wird bis heute weder in der deutschen Rohstoffstrategie noch in den Instrumenten der Umsetzung der Strategie, wie den Rohstoffpartnerschaften oder der Außenwirtschaftsförderung, deutlich gestärkt. Ziel des AK Rohstoffe ist es daher, Positionen und Perspektiven des globalen Südens in die deutsche Debatte mit einzubringen. Als importabhängiges Land tragen wir eine Mitverantwortung für die Menschenrechte sowie den Umweltschutz in den Rohstoffabbaugebieten. Im Hinblick auf die deutsche Rohstoffstrategie spielten über die letzten vier Jahre zwei Themen eine besonders wichtige Rolle.

Neben den Interventionen auf diskursiver Ebene hat der AK Rohstoffe vor allem die Rohstoffpartnerschaften mit Peru sowie die europäische Konfliktmineralien-Verordnung, die voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2017 von der Europäischen Union verabschiedet wird, eng begleitet. Bei der Rohstoffpartnerschaft mit Peru ist es den Organisationen im AK Rohstoffe gelungen, stärkere ökologische und menschenrechtliche Belange in dem Vertragswerk zu verankern (AK Rohstoffe 2014). Bei einem Vergleich des Abkommens mit Peru (BMWi 2014) im Vergleich zu den älteren Abkommen mit der Mongolei und Kasachstan wird deutlich, dass schon in der Präambel, aber auch bei den Zielen der Zusammenarbeit (Artikel 2) deutliche Veränderungen zu beobachten sind, auch wenn diese noch immer nicht ausreichend sind.

Mit der Konfliktmineralien-Verordnung der EU wird dagegen erstmalig ein industrielles Teilsegment – von der Mine bis zur Schmelze – zu verbindlichen menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten verpflichtet. Akteure in diesem Bereich, Bergbaukonzerne, RohstoffhändlerInnen und Schmelzbetriebe müssen nun Verantwortung für ihre Lieferketten übernehmen. Sie müssen nachvollziehen, ob die Rohstoffe, die sie nutzen – die Verordnung ist allerdings auf die Rohstoffe Tantal, Wolfram, Zinn und Gold beschränkt – in anderen Ländern illegal bewaffnete Gruppen finanzieren. Diese illegal bewaffneten Gruppen können, wie am Beispiel der DR Kongo oder Myanmars, Rebellenarmeen sein. Gleichzeitig müssen die Unternehmen transparent über ihre Sorgfaltspflicht berichten. Das Ziel der Verordnung ist es, diese Konfliktfinanzierung zu stoppen. Mit der EU-Verordnung konnte zumindest ein Teilerfolg erzielt werden. NGOs, WissenschaftlerInnen und sogar Teile der Industrie hatten sich für eine verpflichtende Regelung entlang der gesamten Wertschöpfungskette eingesetzt haben, somit hätten auch Industrieunternehmen, die Rohstoffe von den Schmelzen zur Weiterverarbeitung aufkaufen, sicherstellen müssen, dass ihr Produkte keine negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung oder die ArbeiterInnen haben. Die Debatte um die Konfliktmineralien-Verordnung der EU zeigt, dass wir noch ganz am Anfang eines Prozesses stehen. Unternehmen sollten in Zukunft nicht nur die gravierendsten Menschenrechtsverletzungen, wie Bürgerkriegsfinanzierung, sondern auch andere soziale Rechte und ökologische Standards entlang ihrer Lieferkette einfordern.

6 | Fazit

Auch in Zukunft werden weitere politische Ansätze gefordert sein, die auf die aktuellen Herausforderungen beim Abbau und Handel mit Rohstoffen reagieren und die Menschenrechte und Umweltschutz stärker in den Fokus rücken.

Schon jetzt wird deutlich, dass die Rohstoffnachfrage durch die Digitalisierung aller Bereich des Lebens – stellenweise unter dem Begriff „Industrie 4.0" beschrieben – weitere Herausforderungen beinhalten wird. Zwar sprechen einige AkteurInnen von Dematerialisierung und höherer Rohstoffeffizienz durch Industrie 4.0, auf der anderen Seite zeigen Studien der Deutschen Rohstoffagentur, dass sich die Nachfrage nach Rohstoffen wie Tantal, Lithium oder Kupfer in Zukunft vervielfachen wird (DeRa 2016). Auch die Fragen nach zukünftiger Energieerzeugung und Mobilität können auf die Nachfrage bestimmter metallischer Rohstoffe eine große Auswirkung haben.

Die Diskussion um den notwendigen sozialen und ökologischen Rahmen der Rohstoffnutzung hat gerade erst begonnen. Von industrieller und politischer Seite rechnet der AK Rohstoffe mit großem Gegenwind, denn der Diskurs um die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen wird weiterhin mächtig bleiben. Die Vielzahl an Verletzungen von Menschenrechten, indigenen Rechten, Arbeitsrechten sowie an Umweltzerstörung sorgen dafür, machen Handeln dringend nötig. Neben der weiteren Öffentlichkeitsarbeit und Positionspapieren zu rohstoffpolitisch Entwicklungen, plant der AK Rohstoffe daher vom 16. Oktober 2017 an die 3. Alternative Rohstoffwoche,

um auf die negativen Auswirkungen sowie Lösungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen.

Michael Reckordt (geboren 1981) ist Diplom Geograph. Er arbeitet seit vielen Jahren zu den Auswirkungen des Rohstoffabbaus. Seit 2013 ist er bei PowerShift als Koordinator des bundesweiten Netzwerks AK Rohstoffe angestellt. Der AK Rohstoffe vereinigt Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen und setzt sich für eine faire und gerechte Rohstoffpolitik ein. Kontakt: michael.reckordt@power-shift.de

Anmerkungen

[1] Der Rebound-Effekt besagt, dass das Einsparungspotential durch Effizienzgewinne nur zum Teil oder gar nicht verwirklicht wird. Ein Beispiel ist, dass KäuferInnen von energiesparenden Autos im Anschluss das Auto häufiger nutzen und längere Strecken fahren.

[2] Anmeldungen sind hier möglich: http://seu.cleverreach.com/f/32440-65441/

Literatur

AK Rohstoffe (2014): Damit aus Rohstoffpartnerschaften keine Leidensgemeinschaften werden – Forderungen an die Bundesregierung. http://alternative-rohstoffwoche.de/wp-content/uploads/2014/07/Rohstoffpartnerschaften_statt_Leidensgemeinschaften_Juli2014.pdf [22.01.2017].

AK Rohstoffe (2015): Verantwortung entlang der Lieferkette im Rohstoffsektor! http://alternative-rohstoffwoche.de/wp-content/uploads/2015/07/verantwortung-entlang-der-lieferkette_webversion.pdf [22.01.2017].

AK Rohstoffe (2016): Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik. https://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2016/08/AK_Rohstoffe_demokratische_und_global_gerechte_rohstoffpolitik.pdf [22.01.2017].

BMWi (2010): Rohstoffstrategie der Bundesregierung – Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen. Berlin.

BMWi (2014): Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Peru über Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich; http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/C-D/deutsch-peruanisches-abkommen,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf [22.01.2017].

DERA (2016): Rohstoffe für Zukunftstechnologien 2016. https://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DERA/DE/Downloads/Studie_Zukunftstechnologien-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [22.01.2017].

Fuchs, Peter und Michael Reckordt (2013): Rohstoffsicherung in Deutschland und zivilgesellschaftliche Antworten; In: Peripherie Nr. 132, S. 501-510, Münster.

Global Witness (2015): On dangerous ground – 2015's deadly environment: The killing and criminalization of land and environmental defenders worldwide. London. https://www.globalwitness.org/en/reports/dangerous-ground/ [22.01.2017].

Klare, Michael T. (2012): The Race for What's Left. The Global Scramble for the World's Last Resources. New York.

Santarius, Tilman (2012): Der Rebound-Effekt – Über die unerwünschten Folgen der erwünschten Energieeffizienz. http://www.santarius.de/wp-content/uploads/2012/03/Der-Rebound-Effekt-2012.pdf [22.01.2017].

UNEP (2009): From Conflict to Peacebuilding. The Role of Natural Resources and the Environment. Nairobi.

Werland, Stefan (2012): Debattenanalyse Rohstoffknappheit; Projekt Ressourcenpolitik (PolRess), PolRess Arbeitspapier AS 5.1, Berlin.

Anzeige

Analyse

„Zurück in der Grube. Ende Gelände 2“[1] – Die Anti-Kohlebewegung in der Lausitz im Mai 2016

„Das Aktionswochenende hat alle unsere Erwartungen übertroffen [...]. Mehr als 4000 Menschen aus etwa 12 Ländern waren auf dem Klimacamp. Freitag und Samstag sind etwa 3500 Menschen in die Aktion zivilen Ungehorsams gegangen und haben gezeigt, dass sie Kohleausstieg selbst in die Hand nehmen wollen.“[2] Mit diesen Worten kommentiert eine Pressesprecherin der Massenaktion Ende Gelände den letzten Aktionstag. Die Aktion war zweifelsohne ein Höhepunkt für die Klimabewegung: Vom 9. bis 16. Mai 2016 fand das 6. Lausitzer Klima- und Energiecamp statt, mit über 4000 Teilnehmenden das wohl bislang größte Klimacamp überhaupt. Den 3500 am zivilen Ungehorsam beteiligten Aktivist*innen gelang es, die Infrastruktur am Braunkohletagebau Welzow-Süd für bis zu 48 Stunden zu blockieren. 1500 Personen folgten dem Aufruf von 20 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zur Demonstration am Tagebaurand.[3]

Die breite Beteiligung in dieser Region ist bemerkenswert – umso mehr, weil sie seit Jahren bei Aktivist*innen dafür bekannt ist, dass sich nur schwer für radikalere Aktionen dorthin mobilisieren lässt. Ziviler Ungehorsam ist zwar seit der Lakoma-Besetzung[4] in den 1990ern Teil des Protestrepertoires in der Lausitz, aber insgesamt selten und dort weniger verankert als beispielsweise im rheinischen Braunkohlerevier.

Intervenieren in den Konflikt: „Wir sind das Investitionsrisiko“[5]

Nach dem Regierungswechsel 2014 in Schweden hatte der Staatskonzern Vattenfall angekündigt, seine Braunkohlesparte in der Lausitz verkaufen zu wollen. Dieser Prozess konkretisierte sich im Herbst 2015 mit der offiziellen Eröffnung des Bieterverfahrens[6] – eine Entwicklung, die von der Anti-Kohlebewegung aufmerksam verfolgt wurde.

Ende Gelände, ein kapitalismuskritisches Bündnis aus verschiedenen linken und klimapolitischen Gruppen, hatte 2015 im Rheinland eine erste Massenaktion gegen Braunkohle durchgeführt. Bereits bei dem Auswertungstreffen im Spätsommer 2015 begannen die Gespräche über die Zukunft des Bündnisses. Eine Frage war dabei, inwieweit die Auseinandersetzung um den Vattenfall-Verkauf und die damit einhergehende Debatte um den Klimaschutz als starkes Signal für den Kohleausstieg genutzt werden könnte. Auf der Aktionskonferenz in Leipzig im November 2015[7] fiel die Entscheidung: Das Bündnis geht 2016 mit einer Massenaktion in die Lausitz. Der selbstbewusste Slogan „Wir sind das Investitionsrisiko“ sollte verdeutlichen, dass Investitionen in fossile Energie auf entschlossenen Widerstand in der Zivilgesellschaft treffen und dass dieser Widerstand auch wirtschaftliche Auswirkungen hat, weil er Braunkohleförderung, physisch aber auch politisch, stoppen und unrentabel machen kann.

Die Aktionskonferenz in Leipzig machte aber auch deutlich, dass der Konflikt, in dem das Ende Gelände-Bündnis agiert, komplex ist und nicht nur zwischen Gewinninteressen großer Energieversorger einerseits und Klimagerechtigkeit andererseits verläuft.

In der Lausitz gibt es eine lange Tradition des Braunkohlewiderstands. Seit Jahrzehnten engagieren sich Initiativen und Bündnisse gegen die Kohle und ihre ökologischen und sozialen Folgen. Diese Initiativen arbeiten dabei in einem Spannungsfeld von Widerstand und Kooperation. Anders als das Rheinland ist die Lausitz eine strukturschwache Region, die bereits nach dem Mauerfall einen Strukturbruch erlebte, der mit einem massiven Wegfall von Arbeitsplätzen und der Abwanderung insbesondere junger Menschen einherging. Kohle war damals einer der wenigen bleibenden Wirtschaftszweige. Vattenfall ist der wichtigste Arbeitgeber in der Region. In vielen Familien gibt es Personen, die bei Vattenfall oder einem Zulieferer arbeiten. Widerstand bedient sich deshalb legaler Mittel, Protest und konkrete Verhandlungen mit Vattenfall und der Politik gehen Hand in Hand. Während einige vor

Ort im Vorfeld der Aktion die Zuspitzung des Konflikts durch zivilen Ungehorsam für notwendig hielten, gab es auch Befürchtungen wegen negativer Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation und das soziale Umfeld. Das Wissen um diese Problematik führte auch im Bündnis zu intensiven Diskussionen, geht es doch um zwei Kernanliegen: Das Festhalten an der Klimagerechtigkeit kann konkret nur heißen, im globalen Norden jetzt aus der Kohle auszusteigen. Um Klimagerechtigkeit herzustellen, braucht es aber einen gerechten Übergang (*Just Transition*), der nicht auf Kosten der Arbeitnehmer*innen und der Sozialstruktur in der Region gehen darf (Müller 2016: 95-98). Für einen gerechten – und schnellen – Strukturwandel in der Lausitz gibt es bislang keine Konzepte. Protest kann diese Leerstelle sichtbar machen, aber nicht füllen.

Die Internationalisierung des Lokalen: Vom Gipfel in die Grube

Klimaschutz und Klimagerechtigkeit lassen sich nur global denken. Der erste Ansatzpunkt der deutschen Klimabewegung war deshalb, Klimawandel auf internationaler Ebene zu thematisieren. 2009 mobilisierte die Bewegung zum Klimagipfel nach Kopenhagen. Die Erfahrung, dass der bunte, breite und große Protest für das Gipfelergebnis völlig unerheblich war, führte in der radikalen Klimabewegung zu einem Strategiewandel hin zu lokalen Energiekämpfen. Während der Fokus zunächst auf dem Ausbau lokaler Kontakte lag, begann 2013 eine vorsichtige Reorientierung hin zu internationalen Netzwerken. Ende Gelände als Massenaktion zivilen Ungehorsams setzte dann auf die Internationalisierung des Lokalen: Klimawandel wird lokal verursacht, der (internationale) Protest muss deshalb an diese Orte gehen, die Verantwortlichen sichtbar machen und stoppen. Dieser Ansatz stieß schon 2015 auf Resonanz. 2016 reisten knapp 20 Busse mit insgesamt fast 1.000 Aktivist*innen aus dem europäischen Ausland zur Ende Gelände-Aktion an. Mehrere Faktoren machten dies möglich.

Bereits 2015 war international über die Aktion im Rheinland berichtet worden. Als die Mobilisierung für die Aktion 2016 in der Lausitz bei der Klimakonferenz in Paris begann, war das Bündnis schon nicht mehr unbekannt. Die internationale Mobilisierung wurde zudem von Klimaaktivist*innen in vielen verschiedenen Ländern, die Aktionstrainings anboten, informierten und Busse organisierten, unterstützt. Der Vattenfall-Verkaufsprozess, der Schweden als Verkäufer, Tschechien als Käufer und Deutschland als Förderungsland umfasst, beförderte die Wahrnehmung des Lokalen als international.

Darüber hinaus war Ende Gelände Teil von *Break Free*[8], einer globalen Aktionswoche, in der auf sechs Kontinenten 20 Aktionen unter dem Slogan *Break Free from Fossil Fuels* organisiert wurden. Die gemeinsame Pressearbeit trug dazu bei, Ende Gelände international bekannt zu machen.

Eckpunkte des Protestes

Ende Gelände hat viel von anderen Bewegungen gelernt. Voraussetzungen für das rasche Wachstum waren der offene Vorbereitungsprozess und die Ankündigung des Protestes und des Protestrahmens. Die Strategie, für Aktionen zivilen Ungehorsams für den Klimaschutz offen zu mobilisieren, ist nicht neu. Schon 2009 in Kopenhagen hatte ein Bündnis offen zu *Reclaim Power* aufgerufen, *Castor? Schottern!* hat diesen Ansatz weiter ausgearbeitet. Die Vorgehensweise wurde in einem Aktionskonsens festgehalten, übernommen aus der gewaltfreien Aktionstradition (Banse/Habermann 2012: 55). Damit ist es gelungen, ein diverses Bündnis mit unterschiedlichen Aktionserwartungen zusammen zu halten. Auch bereits erprobte Ansätze guter Aktionsvorbereitung wurden übernommen: Aktionstrainings sowie Bezugsgruppenbildung und die Anwendung der Fünf-Finger-Taktik in der Aktion selbst.

Ein visuelles Element ist die Verwendung der weißen Staubanzüge. Die Anzüge haben einen medialen Wiedererkennungswert und erzeugen eindrucksvolle Bilder in den staubigen Kohletagebauen. Außerdem setzt sich Ende Gelände dadurch optisch von Strukturen wie dem Schwarzen Block ab

und knüpft stattdessen an die Symbolik der Friedfertigkeit an.

Eine neuere Taktik, die Ende Gelände bereits 2015 stark genutzt hatte, ist die Verweigerung von Personalien. Ende Gelände bricht damit mit einer früheren Tradition zivilen Ungehorsams, die davon ausgeht, dass Aktivist*innen mit ihrem Namen zur Rechtsverletzung stehen und mögliche Sanktionen gerichtlich klären lassen – häufig verbunden mit politischer Prozessbegleitung. Ende Gelände argumentiert hingehen, dass Klimaschutz nicht strafbar sein dürfe. Insofern scheint es legitim, alles dafür zu tun, die strafrechtliche Verfolgung so schwer wie möglich zu machen. Als Massenaktion setzt Ende Gelände darauf, dass es nicht möglich ist, alle Aktivist*innen erkennungsdienstlich zu behandeln.

„Diese Bewegung wird den Kohleausstieg durchsetzen“[9]

Dieses Zitat aus einer Pressemitteilung des Bündnisses spiegelt die Wahrnehmung der Aktion innerhalb der Bewegung wider. Während Ende Gelände die Massenaktion als großen Erfolg betrachtet, müssen bei einer genaueren Analyse verschiedene Ebenen voneinander getrennt werden.

Für die Bewegung selbst war die Aktion in der Lausitz ein Erfolg. Bereits im Vorfeld wuchs der Vorbereitungskreis stark an. Viele, die 2015 als Teilnehmer*innen dabei waren, brachten sich 2016 aktiv in die bundesweite Organisation ein. Die Frage, wie „Neue“ eingebunden werden können, wie Wissen weitergegeben werden und die Bewegung lernen kann, war ein wichtiges Thema. Die offene Ankündigung der Aktion und der Treffen machten den Vorbereitungskreis zugänglich. Regionalgruppen, die vor allem die Mobilisierung unterstützten, waren oft ein erster Anlaufpunkt für Interessierte. Durch den aktuellen Hintergrund des Verkaufsprozesses erhielt der Protest in der Lausitz zudem eine besondere inhaltliche Plausibilität. Die Situation wurde als *Window of Opportunity* eingeschätzt, als eine Möglichkeit, in den Verkauf einzugreifen und damit einen Unterschied zu machen. In der Klimabewegung wurde die Massenaktion als das Protestereignis für 2016 wahrgenommen.

Die Internationalisierung des Protestes war in zweifacher Hinsicht wichtig. Einerseits wurde international mobilisiert, internationaler Austausch und Netzwerke wurden vertieft. Andererseits wurde die Aktion bereits im Vorfeld zu einer Inspiration für andere, der Austausch über Aktionsformen im Kontext von *Break Free* wurde von vielen als ermutigend wahrgenommen. Die *Break Free*-Aktionen in Wales, UK und Newcastle, Australien, waren von Ende Gelände inspiriert.

Die Teilnahme an der Aktion war für viele Aktivist*innen mit einem Gefühl der Ermächtigung verbunden. Die langandauernden Blockaden führten dazu, dass der Betrieb am Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe massiv gedrosselt werden musste. Der Augenblick, als der weiße Rauch, der beständig aus den zwei Kraftwerksblöcken nach oben steigt, bei einem Kraftwerksblock immer weniger wurde und schließlich verschwand, machte die direkte Wirksamkeit der Aktion weithin sichtbar.

Medial ist es dem Bündnis gelungen, nicht nur in der bundesweiten, sondern auch in der internationalen Öffentlichkeit Gehör zu finden. Die offene Mobilisierung und die Pressearbeit zu Kleingruppenaktionen in der Lausitz während der Klimaverhandlungen in Paris trugen dazu bei, das Bündnis bereits im Vorfeld als Anti-Kohle-Akteur zu etablieren. Über die Aktion berichteten nicht nur deutsche Medien. In Schweden gelang es, im Kontext der ohnehin massiven Kritik an den Verkaufsplänen der Regierung, dem Kohlethema durch die Protestaktion weitere Aufmerksamkeit zu verleihen. Das schwedische Parlament willigte dennoch in den Verkauf ein.

Anders als bei bundesweiten und internationalen Medien ging es in der lokalen Presse deutlich weniger um den Verkaufsprozess oder die Kohleförderung vor Ort. Vielmehr drehte sich die Debatte um Rechtsstaatlichkeit und Gewalt und damit um die von Vattenfall und lokalpolitischen Akteuren stark befeuerte Delegitimation des Protests, der sich nicht an den rechtlichen Rahmen gehalten habe.[10] Der

Fokus auf den Begriff Gewalt ist erstaunlich und steht im Gegensatz beispielsweise zu den tatsächlichen Verletztenzahlen; in den Pressemitteilungen von Vattenfall und der Polizei finden sich keine Hinweise auf verletzte Angestellte oder Polizist*innen.[11]

Vor Ort verschärfte sich die Rhetorik in Folge der Proteste. Die nachfolgenden Auseinandersetzungen in den Landtagen Sachsens und Brandenburgs zeugen davon. Während in Brandenburg die AfD in einem Antrag im Anschluss an die Aktion forderte: „Rechtsstaat erhalten – Gewalt durch Ökoterroristen bekämpfen"[12], sprach in Sachsen Alexander Krauß (CDU) von „Terrorismus".[13] Dies erschwert es lokalen Initiativen, ihren Widerstand als legitim anerkannt zu wissen. Gleichzeitig hat Ende Gelände damit unter den lokalen Braunkohlegegner*innen die Debatte darüber, welche Form des Widerstands notwendig und legitim ist, neu in Gang gesetzt.

Die scharfen Auseinandersetzungen zeigen gleichzeitig, dass Ende Gelände mit der Aktion einen wunden Punkt getroffen hat. Die in Paris vereinbarten Klimaziele sind mit der fortgesetzten Braunkohleverstromung nicht vereinbar. Aufgrund ihrer großen Abhängigkeit von der Kohle, aber auch fehlender Konzepte für den Strukturwandel, halten die Landesregierungen in Sachsen und Brandenburg dennoch an der Kohleförderung fest. Das abstrakte 1,5°Ziel von Paris und die damit verbundenen Konflikte in der Lausitz konkret zu machen ist der Erfolg von Ende Gelände.

Ähnlich wie der Atomausstieg ist auch der Kohleausstieg mit hitzigen Debatten und langen politischen Auseinandersetzungen verbunden. Die Anti-Kohlebewegung hat es in den letzten Jahren geschafft, das Thema auf die Agenda zu setzen. Der Braunkohleweltmeister Deutschland wird in den nächsten Jahren über den Ausstieg aus der Kohle diskutieren müssen.

Ausblick: Too Big to Camp?

Das Camp hatte am Aktionswochenende mehr Einwohner*innen als einige der umliegenden Dörfer zusammen. Innerhalb von wenigen Tagen wurden sanitäre Infrastruktur und Verpflegung für mehrere tausend Personen aufgestellt, eine logistische Leistung, die ausschließlich auf ehrenamtlicher Organisation beruhte.

Dies wirft die Frage auf, ob Aktivismus in dieser Form unendlich skalierbar ist oder ob die Selbstorganisation auf dem Camp und in der Massenaktion andere Strukturen braucht. Für 2017 überlegt das Bündnis, mit einem Flächenkonzept im Rheinland aktiv zu werden. Ähnlich wie im Wendland sollen verschiedene Aktionen und Aktionsformen nebeneinander stehen und von unterschiedlichen Akteuren durchgeführt werden. Wenn die Zahl der Aktivist*innen, die sich an den Anti-Kohle-Protesten beteiligt, weiter so rasant ansteigt, wird nicht nur das Aktionskonzept, sondern auch die unterstützende Infrastruktur neu gedacht werden müssen. Wie das aussehen kann, soll im August 2016 auf dem Klimacamp im Rheinland ausprobiert werden. Das *Aktionslabor* dient dazu, in Vorbereitung für das Flächenkonzept im Sommer 2017, mit verschiedenen Aktionsformen zu experimentieren.

Jana Bosse promoviert an der Freien Universität Berlin zur deutschen Umweltbewegung, finanziert durch ein Stipendium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Kontakt: jana.bosse@fu-berlin.de

Verwendete Literatur

Banse, Frauke/Habermann, Friederike 2012: Vom Ende der Globalisierungsbewegung – und dem, was kommt. Ein Rück- und Ausblick. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen Jg.* 25, Heft 1, 51-60.

Müller, Tadzio 2016: Geschichte schreiben. Die Zukunft des Bergbaus – Standpunkte II. In: *politische Ökologie, Heft* 34, 94-99.

Anmerkungen

[1] Aufkleber, Ende Gelände-Material für die Aktion 2016, https://www.ende-gelaende.org/de/mitmachen/mobi-material/ [19.07.2016]

[2] https://www.ende-gelaende.org/de/press-re-

lease/pressemitteilung-vom-15-5-2016/ [19.07.2016]

[3] https://www.lausitzcamp.info/pressemitteilung-vom-18-05-2016-groesstes-lausitzcamp-aller-zeiten-war-voller-erfolg/#more-5305, https://www.ende-gelaende.org/de/press-release/pressemitteilung-vom-15-5-2016/ [19.07.2016]

[4] Anfang der 90er Jahre wurde der Ort Lakoma in der Nähe von Cottbus besetzt und über mehrere Jahre kulturell genutzt, bis er 2003 geräumt wurde und dem Tagebau weichen musste.

[5] https://www.ende-gelaende.org/de/ [19.07.2016]

[6] https://www.tagesschau.de/wirtschaft/vattenfall-braunkohle-103.html [19.07.2016]

[7] http://2015.ende-gelaende.org/de/node/166.html [19.07.2016]

[8] https://de.breakfree2016.org/ [02.08.2016]

[9] Hannah Eichberger, Pressesprecherin von Ende Gelände, Pressemitteilung vom 15.05.2016, https://www.ende-gelaende.org/de/press-release/pressemitteilung-vom-15-5-16-12-26-uhr/ [19.07.2016]

[10] Ich danke Inken Behrmann für die Zusendung ihrer Ergebnisse einer Diskursanalyse der Berichterstattung über die Massenaktion (Seminararbeit).

[11] Die Übergriffe auf Aktivist*innen aus einer Demonstration heraus und rechte Angriffe wurden hingegen nicht thematisiert http://www.opferperspektive.de/aktuelles/pressemitteilung-rechte-gewalteskalation-waehrend-der-ende-gelaende-proteste-durch-die-landespolitik-totgeschwiegen [19.07.2016]

[12] http://afd-fraktion-brandenburg.de/wp-content/uploads/2016/06/Rechtsstaat-erhalten-Gewalt-durch-%C3%96koterroristen-bek%C3%A4mpfen.pdf [20.07.2016]

[13] http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Saechsische-CDU-haelt-Kohle-Gegner-fuer-Terroristen;art1047,5477104 [20.07.2016]

Interview

Ende Gelände! hat es geschafft, handlungsfähige Akteure in einem internationalen Prozess zusammenzubinden

Interview mit Insa Vries, Sprecherin von Ende Gelände!

Mit der Kampagne Ende Gelände! hat die Klimabewegung in Deutschland viel Aufsehen erregt und die Debatte um den Ausstieg aus der Braunkohle vorangetrieben. Im August 2015 besetzten über 1.000 Aktivist*innen den Tagebau Garzweiler im rheinischen Braunkohlerevier. Im Mai 2016 kamen etwa 4.000 Menschen ins Lausitzer Klima- und Energiecamp, um von dort aus die Braunkohlegrube „Welzow" und das dazugehörige Kraftwerk „Schwarze Pumpe" zu blockieren. Darunter befanden sich knapp 1.500 aus ganz Europa angereiste Klima-Aktivist*innen. Insa Vries ist Sprecherin des Ende Gelände!-Bündnisses. Im Interview mit Simon Toewe erläutert sie die Gründe für den Mobilisierungserfolg der Klimabewegung, die diskursive Strategien der Braunkohle-Lobby und den Zusammenhang zwischen Kohleausstieg und demokratischer Repräsentationspraxis.

Simon Toewe (ST): Die Aktionen von Ende Gelände! in der Lausitz führten dazu, dass zum ersten Mal in Deutschland ein Braunkohlekraftwerk wegen politischen Protests gedrosselt werden musste. Wie kam es dazu?

Insa Vries (IV): Der Klimabewegung in Deutschland ist es über Pfingsten zum ersten Mal gelungen, direkt in die deutsche Stromversorgung einzugreifen. Dafür gab es verschiedene Gründe. Zunächst einmal die schiere Anzahl an Menschen: Knapp 4.000 haben sich an den Blockaden beteiligt. Das ist eine Anzahl, mit der niemand gerechnet hatte und aufgrund derer weder die Polizei noch Vattenfalls Sicherheitskräfte die Blockaden verhindern konnten. Hinzu kommt eine äußerst deeskalative Polizeistrategie. Während der Proteste war die Polizei praktisch abwesend. Auch eine staatsanwaltliche Prüfung konnte

keinen Hausfriedensbruch seitens der Aktivist*innen feststellen, da keines der blockierten Gebiete umzäunt war. Das war nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine politische Entscheidung. Dass Vattenfall und die Polizei sich im Vorfeld auf eine so deeskalative Strategie verständigt hatten, liegt daran, dass die Anti-Kohle-Bewegung in der Forderung nach einem Kohleausstieg als legitim wahrgenommen. Polizeieinsätze gegen die Aktivist*innen sind deshalb im öffentlichen Diskurs schwer zu rechtfertigen.

*ST: Als Aktivist*innen ein Kraftwerksgelände stürmten, erzielte Ende Gelände! überregionale mediale Aufmerksamkeit und wurde zu einem bundesweiten Protestereignis. Haben sich die von Dir angesprochene moralische Machtposition der Bewegung und der Diskurs insgesamt dadurch verschoben?*

IV: In Bezug auf die Kraftwerksbegehung gibt es sehr verschiedene Einschätzungen. Das gilt gleichermaßen für ihre Auswirkungen auf den medialen Diskurs. Manche Leute behaupten, dass Ende Gelände! erst ein Thema nationaler Berichterstattung wurde, als die Menschen auf das Kraftwerksgelände gegangen sind, während andere meinen, die mediale Aufmerksamkeit hätten wir so oder so erlangt. Interessant sind die Effekte auf den lokalen Diskurs: In der Lausitz wurde im Vorfeld ein Gewaltdiskurs vorbereitet. Es gab eine Kampagne, in der Bürgermeister*innen und andere Entscheidungsträger*innen einen Aufruf „gegen Gewalt" verfassten und Ende Gelände! aufforderten, die Aktionen zu unterlassen, keine Gewalt anzuwenden und die Mittel des demokratischen Dialogs einzuhalten. Dabei ignorierten sie völlig unseren Aktionskonsens, in dem klar und deutlich stand, dass Ende Gelände! deeskalativ agieren, keine Sachbeschädigung und keine Gewalt gegen Menschen ausüben würde. Trotzdem wurde im Vorfeld dieser offene Brief geschrieben und vor Ort Plakate mit der Aufschrift „Gewalt stoppen" aufgehängt. Die Kraftwerksbegehung, bei der ein Zaun umgeworfen und ein Zauntor ausgehebelt wurden, war schließlich der einzige Moment, in dem Aktivist*innen etwas gemacht haben, womit diese vorab konstruierte Gewalterwartung erfüllt wurde. Die Kohle-Befürworter*innen nutzten die Kraftwerksbegehung, um einen diskursiven Nebenschauplatz zu eröffnen, bei dem es nicht mehr um Kohleabbau ging, oder darum, was die Aktivist*innen eigentlich erreichen wollten, sondern nur um angebliche Gewalt. In dem Moment der Kraftwerksbegehung schwenkten sowohl lokale Medien als auch lokale Politiker auf diesen zweiten Diskurs um.

*ST: Die Zentrale Forderung von Ende Gelände! ist ein rascher Kohleausstieg, was den unausweichlichen Strukturwandel in der Lausitz vehement beschleunigen würde. Die Mitarbeiter*innen von Vattenfall wären davon sicherlich mit am stärksten betroffen. Welche Rolle spielen die überwiegend gewerkschaftlich organisierten Vattenfall-Mitarbeiter*innen in diesem Konflikt?*

IV: Die Mitarbeitenden von Vattenfall sind in der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) organisiert, die in erster Linie die Normalarbeitsverhältnisse in der Kohleindustrie verteidigen will. Sie agiert dabei in einem gesamtwirtschaftlichen deutschen Setting, in dem Normalarbeitsverhältnisse tendenziell immer stärker zurückgedrängt werden. Die Arbeitsplätze in der Kohleindustrie sind im Durchschnitt gut bezahlt und sicher, solange keine Tagebaue geschlossen werden. Die IG BCE versucht diese zu verteidigen, handelt dabei – angesichts des klimapolitisch notwendigen Kohleausstiegs – jedoch weitgehend realitätsfremd. Bereits seit Jahren versuchen Akteure aus der Klimabewegung, mit Gewerkschaften Kontakt aufzunehmen, weil sie als linke Bewegungen mit Gewerkschaften als Bündnispartnerinnen zusammenarbeiten und diesen Strukturwandel gemeinsam gestalten wollen. Es gab letztes Jahr im Rahmen des Lausitzer Klimacamps und daran anschließend ernsthafte Gesprächsangebote der Aktivist*innen, die jedoch nicht angenommen wurden. Die IG BCE möchte nicht mit Akteur*innen der Klimabewegung verhandeln, denn dann müsste sie sich der Realität stellen, dass es die Arbeitsverhältnisse in der Kohleindustrie nicht

mehr ewig geben wird. Die Gewerkschaft müsste in der Konsequenz die Herausforderung eines unmittelbaren Strukturwandels annehmen, aber das will sie nicht. Kurzfristig verständlich, langfristig aber schwierig und auch ärgerlich für die Menschen, die dort organisiert sind, weil es einfach kurzsichtige Politik ist.

ST: Die Lokalpolitik in der Lausitz und die Gewerkschaften positionieren sich also klar gegen Ende Gelände. Hat die Bewegung in der Region überhaupt irgendeinen Rückhalt?

IV: Es gibt aufgrund der starken Lobbystrukturen große personelle und institutionelle Schnittmengen zwischen Wirtschaftskonzern, politischer Vertretung und Gewerkschaften vor Ort, bspw. den Verein „Pro Lausitzer Braunkohle" und die von ihm initiierte „Lausitzrunde", ein Gremium von lokalen und regionalen Bürgermeister*innen. Deren Arbeit produziert eine starke öffentliche Meinung gegen Ende Gelände. Gleichzeitig gibt es aber auch bspw. Seit 2011 das Lausitzcamp, das von lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren getragen wird, die sich mit weniger konfrontativen Aktionen dezidiert gegen die Braunkohle positionieren. Es gibt auch viele aktive Bürgerinitiativen vor Ort und Leute, die versuchen mit rechtlichen Mitteln gegen Braunkohle vorzugehen. Bspw. klagen sie gegen Umsiedlung oder wegen Umweltschäden gegen Vattenfall. Die Strategie, sämtliche rechtstaatlichen Wege als Widerstandsmittel auszuschöpfen und Kompensationen mit Vattenfall zu verhandeln, ist in der Lausitz stärker verbreitet als im Rheinland.

ST: Welche sind die wesentlichen Unterschiede zwischen Anti-Braunkohle-Protest in Lausitz und Rheinland?

IV: Im Rheinland gibt es viel stärker verankerten zivilen Ungehorsam, bspw. die Waldbesetzung im Hambacher Forst, einem 16.000 Jahre alten Wald, der Stück für Stück abgebaggert wird. Seit 2010 gibt es das Klimacamp im Rheinland, das deutlich stärker anarchistisch geprägt ist als das Lausitzcamp. Es handelt sich also um unterschiedliche Protestkulturen. Ich würde auch sagen, dass Ost-West-Unterschiede sichtbar werden. In der Lausitz gibt es größere Vorbehalte in der Bevölkerung gegen zivilen Ungehorsam oder dagegen, staatliche Regeln zu brechen.

*ST: Wird denn die Konfliktlinie zwischen Aktivist*innen und Lausitzer*innen dadurch weiter verschärft, dass viele Ende Gelände-Aktivist*innen in Westdeutschland sozialisiert sind?*

IV: Auf jeden Fall. Die Menschen in der Lausitz haben nach der Wende einen Strukturbruch erlebt, bei dem die Braunkohle als letzte und auch immer weiter schwindende Großindustrie übrig geblieben ist. Jetzt kommen erneut Menschen aus dem Westen, aus Berlin oder aus anderen Ländern, die schon wieder meinen, besser zu wissen, wie es in der Region weitergehen soll. Ich bin selbst in Ostdeutschland aufgewachsen und würde sagen, es gibt dort eine starke Bevormundungs- und Abwertungserfahrung. Das ist eine Konfliktlinie, die auch bei Ende Gelände! verläuft und die Verständigung zwischen den Akteuren noch schwieriger macht – noch einmal potenziert, wenn plötzlich Tausende internationale Aktivist*innen in die Lausitz kommen und behaupten, dass die Probleme vor Ort nicht lokal begrenzt seien.

*ST: Es ist doch erstaunlich, dass plötzlich so viele Aktivist*innen zu Anti-Braunkohle-Aktionen kommen. Es scheint, als hätte sich da in kurzer Zeit eine langfristig angelegte Bewegung formiert. Aus welchen politischen Milieus und Bewegungsstrukturen kommen die Aktivist*innen zu Ende Gelände?*

IV: Das ist alles gar nicht so plötzlich. Es gibt zum einen die Menschen, die bei Anti-AKW- und Anti-Castor-Proteste beteiligt waren und für die Aktionen gegen Braunkohle die nächsten sinnvollen Klima- und Umweltproteste sind. Es ist belegt, dass Deutschland die Klimaziele nur erreichen wird, wenn es die Braunkohlekraftwerke abschaltet. Diese Erkenntnis mobilisiert ein breites Spektrum an Leuten, in dem es bereits handlungsfähige Akteure gibt. Zu diesem gehören radikalere Akteure wie der Hambacher Forst oder Lautonomia, eine neu entstandene Waldbesetzung in der Lausitz. Dann gibt es den seit vielen Jahren verankerten Kohlewiderstand in der

Lausitz und im Rheinland, seit 2010 bzw. 2011 auch mit regelmäßigen Camps in der Nähe der Tagebaue. Im weiteren Umfeld gibt es auch eine NGO-Szene mit Organisationen wie der Heinrich-Böll-Stiftung, die schon vor Jahren den Kohleatlas herausgegeben hat, oder PowerShift e.V., die eine Karte zu Kohlewiderstand in Deutschland veröffentlicht haben. Im Grunde hat Ende Gelände es geschafft, die aktiven Akteure in einen nationalen und jetzt sogar in einen internationalen Prozess zusammenzubinden. Viele Leute, die 2015 mit in der Grube waren, haben sich inzwischen in neu entstandenen Klimagruppen organisiert und sind in den Ende Gelände!-Strukturen verankert. Der entstandene überregionale Prozess hat viele regionale Ableger gebildet, welche die Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung wiederum potenzieren.

ST: Der zentrale Frame von Ende Gelände! ist ganz offensichtlich Klimagerechtigkeit. Inwiefern ist die Forderung nach dem sofortigen Kohleausstieg nicht nur eine Frage der Klimagerechtigkeit, sondern auch eine Frage der Demokratie?

IV: An der Frage des Kohleausstiegs wird sichtbar, dass staatliche Institutionen keine neutralen Instanzen sind, die Wirtschaftsinteressen und Interessen der Zivilgesellschaft gegeneinander abwägen. Stattdessen zeigt sich in beiden großen Kohlegebieten Deutschlands, dass staatliche Strukturen eng mit der Industrie verwoben sind. Aus dieser engen Zusammenarbeit ergeben sich viele persönliche Beziehungen, bspw. in der Lausitz mit dem angesprochenem Lobbyverein „Pro Lausitzer Braunkohle", in dem unter anderem Vattenfall und die IC BCE vertreten sind, und der „Lausitzrunde". Letzten Endes werden Wirtschaftsinteressen gegenüber Interessen der Zivilgesellschaft bevorzugt. Das zeigt sich in der Lausitz konkret daran, dass Ausschüsse auf landespolitischer Ebene darüber bestimmen, ob Tagebaue erweitert werden, diese Ausschüsse jedoch nicht von der Bevölkerung gewählt, sondern von Landesregierungen mit konformen Personal besetzt werden. Diese Schlagseite politischer Entscheidungen zugunsten des Bergbaus zieht sich quer durch sämtliche kommunalen, landes- und bundespolitischen Ebenen. Vor zwei Jahren wollte Sigmar Gabriel eine Abgabe einführen, mit der Braunkohle deutlich unrentabler geworden wäre. Schließlich ist er jedoch vor der Kohlelobby eingeknickt und hat die Kraftwerksreserve eingeführt, mit der die großen Energiekonzerne massiv dafür entschädigt werden, alte Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen. Immer wieder geht es um Wirtschaftsinteressen, von denen in erster Linie Konzerne profitieren, und nicht um langfristige Gemeinwohlinteressen. Die demokratische Frage müsste eigentlich lauten: Wie wollen wir zusammen leben und woran soll sich unser Zusammenleben ausrichten? Im derzeitigen politisch-wirtschaftlichen Gesamtsetting sind solche Fragen überhaupt nicht möglich, weil sie die politische Repräsentation und Praxis bedrohen. Hier stellt sich die demokratische Frage, ob wir es schaffen, den Diskurs so zu gestalten, dass Menschen, die negativ vom Braunkohleabbau betroffen sind, genauso eine Stimme haben wie die, deren Arbeitsplätze von der Kohle abhängen. Können wir offen darüber reden, dass es einen Strukturwandel geben muss, an dem verschiedene Akteure beteiligt sind, also nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch Anwohner*innen oder Stiftungen, die Konzepte für so einen Strukturwandel entwickeln könnten? Kriegen wir es hin, einen solchen umfassenden gesellschaftlichen Prozess auf die Beine zu stellen? Da sind politische Repräsentant*innen vor allem kommunal in der Bringschuld, denn sie müssen eingestehen, dass sie politische Prozesse eine ganze Weile verschlafen haben.

ST: Ist es angesichts der eher komplizierten Umstände in der Lausitz überhaupt möglich, noch einmal ein Camp durchzuführen? Wie sehen die Pläne für 2017 aus?

IV: Das ist auf jeden Fall möglich. Es gibt zwar Probleme in der Region, beispielsweise Nazis, welche eine ernstzunehmende Gefahr für die Sicherheit von Aktivist*innen und Journalist*innen darstellen. Aber es gibt auch Anwohner*innen, die uns unterstützen. Für die ist es wichtig, dass wir da sind und auch

zwischendurch kommen und mit ihnen reden. Man hat manchmal so einen UFO-Eindruck von Ende Gelände!, getreu dem Motto: Setzt euch rein, macht die Massenaktion und geht wieder. Das ist nicht ganz von der Hand zu weisen, aber es gibt auch aktive Bürgerinitiativen vor Ort, die in einem öffentlichen Brief betonen, dass Ende Gelände! einen wichtigen Diskussionsprozess in Gang gesetzt hat, auch wenn es verschiedene Meinungen zu der Aktion an sich gibt. Für die politischen Prozesse ist es also wichtig, dass wir in der Lausitz präsent sind und bleiben. Und wenn wir mehrere Jahre hintereinander da sind, wirken wir auch nicht mehr ganz so UFO-mäßig. Von daher ist es auf jeden Fall möglich, dort wieder ein Camp zu organisieren. Das ist eher eine Frage bewegungsinterner Organisationsprozesse, denn mit der Zahl an Aktivist*innen müssen auch die Camp-Strukturen wachsen. 2017 gehen wir zunächst mit einem Flächenkonzept ins Rheinland. Wir werden in einem wahrscheinlich noch breiteren Bündnis wieder in einer Massenaktion, aber stärker flächenmäßig ausgerichtet, verschiedene Punkte blockieren. Aber es gibt auch Überlegungen, jedes Jahr sowohl im Rheinland als auch in der Lausitz aktiv zu sein. Man darf also gespannt bleiben.

Simon Toewe studiert Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Kontakt: simon.toewe@fu-berlin.de.

Analyse

Ende des „progressiven Zyklus“ in Lateinamerika – neue Herausforderungen für soziale Bewegungen[1]

Die emanzipatorischen sozialen Bewegungen in Lateinamerika haben in den letzten 20 Jahren dramatische Veränderungen erlebt. Ihr Kampf gegen den Neoliberalismus in den 1990er Jahren war in vielen Ländern der Region erfolgreich: geplante Freihandelsverträge wie das transregionale Abkommen ALCA konnten verhindert werden, mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez Ende 1998 kamen nach und nach linke bzw. progressive Parteien und Projekte in vielen Ländern an die Regierung. Seit dem Wahlsieg des Rechten Mauricio Macri bei den Präsidentschaftswahlen 2015 in Argentinien und der Amtsübernahme von Michel Temer in Brasilien per kaltem Putsch befinden sich die sozialen Bewegungen in der Region in einer Phase der Neuorientierung. Die Formulierung neuer politischer Ziele und Projekte beginnt bei vielen sozialen Akteuren damit, Bilanz zu ziehen über fast 20 Jahre progressive Politik in der Region, wie der neuerliche Rechtsruck erklärt werden kann und welche Konsequenzen sich hieraus für linke Bewegungspolitik ergeben.

Die „lange Dekade“ linker Regierungen in Lateinamerika – eine Bilanz

Rein quantitativ betrachtet, haben die „progressiven“ Regierungen[2] mit ihren Investitionen in den Bereichen Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik viel geleistet. Der außerordentliche Ressourcenboom seit der Jahrtausendwende machte es möglich, soziale Infrastrukturen zu verbessern und einen Teil der Exporteinnahmen direkt an die Ärmsten zu verteilen. Gleichzeitig konnten auch die Eliten ihren Reichtum vergrößern, ihre ökonomische Machtbasis wurde nicht angegriffen. Die Sozialpolitik mit dem Ziel der Armutsreduzierung basierte in vielen Ländern auf einem eindimensionalen und modernistischen Armutsbegriff. So bedeutete Gesundheit die Verbesserung des Zugangs zu modernen Krankenhäusern und westlicher Medizin, während gleichzeitig Formen traditioneller Medizin zurückgedrängt wurden und in den Bergbau- und Ölförderungsgebieten gesundheitsgefährdende Lebensbedingungen zunahmen. In diesen Gebieten wurde soziale Gerechtigkeit häufig als rein finanzielle Kompensation für den vollständigen Verlust der bisherigen Lebenswelten interpretiert, die den Betroffenen nunmehr begrenzten Zugang zu Konsum ermöglichte. Ähnliche Prozesse zeigen sich im Bereich der Bildungspolitik. Mit der Einführung zentralisierter Massenschulen, die mit modernster Technik ausgestattet sind und einen einheitlichen Lehrplan in spanischer

Sprache verfolgen, konzentrierten sich die Reformen etwa in Ecuador auf eine Modernisierung der Infrastruktur, aber nicht auf emanzipatorisches Lernen. Die von indigenen Organisationen selbstverwalteten, mehrsprachigen Dorfschulen sowie Bildungseinrichtungen, die auf alternative Pädagogik setzten, wurden geschlossen.

Eine Wahrnehmung der Armutsbevölkerung als politische Subjekte mit eigenen Vorstellungen eines lebenswerten Lebens sowie eine Stärkung ihrer gesellschaftlichen Positionen ging mit dieser Sozialpolitik nicht einher. Vielmehr bedeutete ihr klientelistischer Zuschnitt die Perpetuierung paternalistischer Abhängigkeits- und struktureller Ungleichheitsverhältnisse.

Dies zeigt sich in vielen Ländern insbesondere in Bezug auf das Verhältnis zwischen Staat und indigenen Bevölkerungsgruppen, das nicht selten durch Re- statt De-Kolonialisierung geprägt ist. Gesellschaftliche Teilhabe bedeutete meist, dass gewachsene Mittelklassen mehr konsumieren konnten, arme Bevölkerungsgruppen mittels gezielter Programme höhere Einkommen zur Verfügung hatten und teilweise auch eine verbesserte soziale Absicherung erfuhren.

Der infolge des Drucks sozialer Bewegungen formulierte Anspruch auf mehr politische Rechte, Transparenz und Demokratie wurde jedoch im Laufe der Jahre zunehmend zurückgewiesen. Die „post-neoliberalen" Politiken der progressiven Regierungen führten zu einer Aufwertung des Staates, aber nicht zu seinem radikalen Umbau. Folgen hiervon sind eine Vertiefung paternalistischer und patriarchaler Politikformen sowie eine gefährliche Überhöhung des Präsidentialismus. Die Regierungsmacht innezuhaben bedeutete nicht, die caudillistische politische Kultur zu verändern – sie wurde im Gegenteil von den progressiven Regierungen zum eigenen Vorteil genutzt. In Lateinamerika wird zu Recht von einem „Hyperpräsidentialismus" linker Ikonen wie Hugo Chávez, Rafael Correa, Cristina Fernández de Kirchner oder Evo Morales gesprochen. Die Monopolisierung der Politik durch Staat und Partei führte zu einer Verarmung politischer Diskussionen, Parteien fungierten zunehmend als Wahlmaschinen und Massenorganisationen wurden beispielsweise in Bolivien zu Apparaten, die materielle Vergünstigungen als Gegenleistung für politische Loyalität verteilten.

Die „progressiven" Regierungen waren Ergebnis der Erfahrungen mit dem neoliberalen Kapitalismus der 1990er Jahre, der intensiven anti-neoliberalen Kämpfe sozialer Bewegungen und des aufscheinenden anti-kapitalistischen und de-kolonialen Begehrens vieler Menschen. Doch im Rückblick waren sie durchaus funktional für die Aufrechterhaltung von Kapitalakkumulation und kapitalistischer Herrschaft in der Region.

Die Regierungen und die sie stützenden Parteien gaben sich auf der rhetorischen Ebene radikal und transformativ, vor allem anti-oligarchisch und anti-imperialistisch, teils sogar anti-kolonial und anti-patriarchal. Diese Rhetorik setzte sich aber auf der politisch-praktischen Ebene kaum durch oder konnte auf Grund der Verharrungskräfte der alten Eliten und der strukturellen Bedingungen nicht tiefgreifend durchgesetzt werden. Selbst Hugo Chávez hat den Verkauf des Erdöls an den „imperialistischen Teufel" USA nie infrage gestellt. Die kapitalistische Modernisierung bestand in der Einführung von transgenem Saatgut, der Ausweitung des Mega-Bergbaus, in gigantischen Infrastrukturprojekten mit transnationalem, oft chinesischem Kapital. Teils konnten die progressiven Regierungen durchsetzen, was in den 1990er Jahren der neoliberalen Rechten angesichts massiven Widerstands misslungen war: So hat die ecuadorianische Regierung im November 2016 einen Freihandelsvertrag mit der Europäischen Union unterzeichnet und die Förderrechte für die wichtigsten Ölfelder an transnationale Konzerne vergeben. Dramatisch ist die aktuelle, hilflos erscheinende Strategie der Regierung Venezuelas, angesichts der Ölpreiskrise und den daraus folgenden sozialen, politischen und ökonomischen Verwerfungen das Land nun für den Bergbau zu öffnen. Das von Maduro geförderte Projekt „*Arco Minero del Orinoco*" im Süden des Landes soll künftig 150 transnationalen Unternehmen die Möglichkeit geben, in großem Stil Bergbau unter nied-

rigsten sozialen und ökologischen Standards zu betreiben (vgl. Teran Mantovani 2016).

Soziale Bewegungen in der Region, die noch vor zehn bis 15 Jahren linken Regierungen an die Macht verholfen haben und sich seitdem mit den Ambivalenzen der Institutionalisierung ihrer politischen Forderungen, mit Fragen von Nähe und Distanz zu den anfangs unterstützen Regierungen auseinandersetzen mussten, stehen heute vor neuen Herausforderungen. Die breiten sozialen – vor allem indigenen - Bewegungen der 1990er Jahre in Bolivien und Ecuador sind heute geschwächt. In den Parteibündnissen, auf die sie sich eingelassen hatten, sind sie subaltern geblieben. Während die bolivianische Regierung auf Kooptation setzte, betrieb die „progressive" Regierung in Ecuador unter Rafael Correa eine systematische Diskreditierung und Kriminalisierung und versuchte, Parallelorganisationen zu gründen.

Ausgehend von den sich rasch verändernden politischen Szenarien stellen sich heute neue Fragen: Wie gelingt es, die sich schließenden politischen Räume für emanzipatorische Prozesse offen zu halten oder neue zu öffnen? Wie kann der wachsenden Kriminalisierung von politischem Protest begegnet werden? Was bedeutet es aktuell, politische Alternativen im Lichte einer sich vielerorts manifestierenden Krise der „modernen", kapitalistischen und fossilistischen Zivilisation zu formulieren und wie kann ein anderes, reflexives gesellschaftliches Verhältnis zur Natur effektiv hergestellt werden?

Erfahrungen und aktuelle Entwicklungen

Im Folgenden skizzieren wir einige Erfahrungen und aktuelle Entwicklungen, die als erste Überlegungen zu den oben formulierten Fragen verstanden werden können:

Kampf um Deutungen linker Politik

Die aktuelle Rechtswende in Lateinamerika, die auf der Ebene staatlicher Politik in einigen Ländern begonnen hat und zu der auch das Umschwenken zu Autoritarismus und Austeritätspolitik in Ländern wie Bolivien und Ecuador gezählt werden kann, löst neue Debatten darüber aus, was „links" bedeutet. Die sich als links verstehenden Parteien und Regierungen hatten eine Art Interpretationsmonopol dessen aufgebaut, was als „progressiv" und „links" gilt – opponierende linke Kräfte wurden ignoriert, marginalisiert oder als „rechts" diffamiert. De facto gibt es jedoch diese anderen Erfahrungen einer gesellschaftlichen Linken, die sich nicht den Regierungen unterworfen hat. Diese versuchte, aus einer Position der Autonomie heraus mit den Regierungen zu verhandeln oder dort, wo es notwendig war – wie bei den Projekten der Ressourcenextraktion – Widerstand zu organisieren. Diese Kräfte könnten nun wieder stärker wahrgenommen werden. Entsprechend geht es gegenwärtig darum, überhaupt wieder plurale Diskussionen und Organisierungsprozesse zur Kenntnis zu nehmen und zu stärken (sie sind nicht verschwunden, aber deutlich geschwächt).

Das dominante Verständnis davon, was „links" ist, ist mit Staatszentriertheit verknüpft. Die historisch bedeutenden Errungenschaften in Ländern wie Bolivien und Ecuador, über Verfassungen einen Rahmen für „plurinationale" Staaten zu schaffen, scheiterten an bürokratischen Strukturen, ökonomischen Interessen und rassistischen Einstellungen. Gleichwohl: „Links-Sein" bleibt eine Frage der eigenen und kollektiven Identität und umso wichtiger ist es, dass auch emanzipatorische Kräfte um die Bedeutung dessen, was „links" ist, ringen und dieses Ringen mit konkreten Forderungen, Erfahrungen, Inhalten und Praktiken verbinden. Das bedeutet z.B. das Thema Demokratie wieder stärker in die linke Debatte zu holen und an Erfahrungen der 1990er Jahre anzuknüpfen, in denen vor allem in den Anden Interkulturalität ein zentraler Bestandteil der Emanzipationsbestrebungen war.

Öffnungen

Neben einer Bilanz der Entwicklungen ab dem Jahr 2000 richten soziale Bewegungen ihren Blick derzeit darauf, wo unter dem Druck der Krise und angesichts der Vertiefung des neo-extraktivistischen Entwicklungsmodells überhaupt emanzipatorische Anliegen formu-

liert werden (können). Es geht ihnen nicht darum, ein neues historisches Subjekt aufzuspüren, sondern Erfahrungen von Organisierung und konkreten Alternativen sichtbar zu machen, zu unterstützen sowie in ihren Potenzialen und Grenzen auszuloten. Ob daraus ein übergreifendes linkes Projekt entstehen kann, ist derzeit offen. Doch eine Erfahrung ist wichtig: Eine emanzipatorische Linke kann nicht über ein neues Parteiprojekt von oben auf den Weg gebracht werden, sondern sie muss von unten entstehen. Vielfältige Widerstände, wie jene der „Yasunidos" in Ecuador und die zahlreichen Erfahrungen mit territorialer Autonomie und Selbstbestimmung bringen dies zum Ausdruck.

Die Erfahrungen der anti-neoliberalen Kämpfe, die vielerorts Reflexionsräume für öffentliche Debatten und Publikationen eröffneten, sind in den Erinnerungen der Bewegungsakteure und der lateinamerikanischen Gesellschaften weiterhin präsent. Hieran setzen kollektive Akteure heute an. Die Erfolge der Vergangenheit und sich in der Krise verändernde Einstellungen und Subjektivitäten sind Ansatzpunkte des Wandels.

In Kolumbien und Peru, die weiterhin von konservativ-neoliberalen und autoritären Regierungen geprägt sind und wo Bürgerkriege tiefe Spuren und Spaltungen hinterlassen haben, finden heute interessante Prozesse der Öffnung und Formulierung von Alternativen statt. In beiden Ländern sind die Widerstände gegen den Mega-Bergbau besonders intensiv. Dabei zeigen sich klassen- und spektrenübergreifende Allianzen, die sich mit einfachen Kategorien wie „links" oder „rechts" nicht mehr erfassen lassen, etwa wenn emanzipatorische Anti-Bergbaubewegungen von Anhänger_innen evangelikaler Kirchen oder Unternehmerverbänden unterstützt werden. Bei der jüngsten Präsidentschaftswahl in Peru formierten sich neue linke Kräfte seitens sozialer Bewegungen und des Parteiprojekts *Frente Amplio*. Die linke Kandidatin der *Frente,* Verónika Mendoza, erhielt im ersten Wahlgang knapp 20 Prozent der Stimmen. Trotz Kriminalisierung und Repression entstehen neue soziale Bewegungen und lokale Basisorganisationen, die sich dem zerstörerischen neo-extraktivistischen Projekt der peruanischen Regierung widersetzen. Andere Kämpfe, insbesondere von Jugendlichen, Feminist_innen und solche für mehr Selbstbestimmung und sexuelle Rechte, etwa die LGBTTIQ-Bewegungen (*Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen-, Transgender- und Queer-Bewegung*) gewinnen an Bedeutung.

Ähnliche Prozesse zeigen sich in Kolumbien. Nach dem Referendum am 2. Oktober 2016, das die Ablehnung des Friedensvertrages zwischen Regierung und FARC zum Ergebnis hatte, befand sich ein Großteil der emanzipatorischen Kräfte in einer Art politischer Schockstarre. An der Abstimmung hatten sich lediglich 37 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt, eine knappe Mehrheit hiervon (50,2 Prozent) sprach sich gegen den Vertrag aus. Mit einfachen rechtspopulistischen Parolen, dem Schüren von Ängsten und der gezielten Verbreitung von Lügen mobilisierten rechte Kräfte die Menschen zum Nein. Infolge dieses Abstimmungsergebnisses setzte landesweit eine breite Mobilisierung für den Friedensprozess ein. Sie zeigt, dass die emanzipatorischen Kräfte im Land bereit sind, für den Friedensprozess zu kämpfen und dass es in Kolumbien ohne eine öffentliche, antagonistische Auseinandersetzung wohl kaum sozialen Frieden geben wird. Gleichwohl bleibt die Angst, dass die extreme Rechte mit ihrem Plädoyer für Repression und Hass auf Andersdenkende gestärkt aus der Abstimmung hervorgeht und sich gerade erst geöffnete Räume für politische Auseinandersetzung jenseits von Waffengewalt schnell wieder schließen könnten. Das hat sich nach der jüngsten Verabschiedung eines veränderten Abkommens nicht verändert.

Hypothesen über die Zukunft und offene Fragen

Aus den beschriebenen Prozessen lässt sich eine politische Hypothese ableiten, die in Lateinamerika künftig breit diskutiert werden dürfte. Wir erleben aktuell nicht das Ende eines knapp zwei Jahrzehnte anhaltenden „progressiven Zyklus", sondern das Ende eines etwa

150-jährigen Zyklus, der emanzipatorische und transformatorische Politik weitgehend über linke Parteien und die Eroberung der Staatsmacht definiert hat. Ansätze, die außerhalb dieser Logik versuchten, emanzipatorische Politik umzusetzen, wurden in der Regel unterdrückt oder mit sozialdemokratischen Kompromissen eingefangen. Wichtig wird es sein, diese Erfahrungen aufzuarbeiten und Debatten darüber anzustoßen, wie Formen der Institutionalisierung emanzipatorischer Errungenschaften und sozialer Verhältnisse gesichert werden können, ohne nur auf Staat, Verfassung und Gesetze zu setzen (vgl. Lang/Cevallos/López 2015).

Eine zweite Hypothese, deren Äquivalent in Europa vielleicht die „Recht auf Stadt"-Bewegung sein könnte, lautet, dass die aktuellen Konflikte in Lateinamerika vor allem sozio-territoriale und öko-territoriale Konflikte sind. Viele Auseinandersetzungen finden um die beabsichtigte Landnahme von städtischen und ländlichen Territorien statt. Hierbei steht die Frage im Zentrum, wie sich die Vorstellungen von einem lebenswerten Leben für alle von dem vorgegebenen westlich-kapitalistischen Modernisierungspfad emanzipieren können.

Was bislang fehlt, ist eine genauere Analyse der letzten 15 Jahre im Hinblick auf *critical junctures*, also jene kritischen Situationen und Weggabelungen, an denen bestimmte politische Pfade eingeschlagen wurden, die sich verfestigten und Alternativen ausschlossen. Warum beispielsweise haben sich in Bolivien die Indigenen Organisationen etwa der von Bäuer_innen und Mittelklassen geprägten Partei „Bewegung zum Sozialismus" (MAS) angeschlossen und nicht auf dem Höhepunkt der anti-neoliberalen Kämpfe eine eigene politische Kraft gebildet? Eben eine Kraft, die sie nicht wieder in die zweite Reihe zurückschiebt oder ausgrenzt, wie die Regierungspartei es heute tut.

Solche und andere Fragen sowie ihre eigene Geschichte geben den sozialen Bewegungen der Region ihre Themen für die Zukunft vor.

Ulrich Brand forscht und lehrt Internationale Politik an der Universität Wien, Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) und der Permanenten Arbeitsgruppe der RLS „Alternativen zur Entwicklung". Kontakt: ulrich.brand@univie.ac.at.

Kristina Dietz leitet gemeinsam mit Bettina Engels die Nachwuchsgruppe „Globaler Wandel – Lokale Konflikte?" an der Freien Universität Berlin. Sie ist Mitglied der Permanenten Arbeitsgruppe der RLS „Alternativen zur Entwicklung". Kontakt: kristina.dietz@fu-berlin.de.

Miriam Lang forscht und lehrt an der Universidad Andina Simón Bolivar in Ecuador in der Abteilung für soziale und globale Studien, hat zwischen 2009 und 2015 das Regionalbüro Anden der RLS geleitet und in dieser Funktion die Permanente Arbeitsgruppe der RLS „Alternativen zur Entwicklung" koordiniert. Kontakt: miriam.lang@uasb.edu.ec.

Anmerkungen

[1] Die Ausführungen basieren unter anderem auf der Mitgliedschaft der AutorInnen in der Arbeitsgruppe „Alternativas al Desarrollo" (Alternativen zu Entwicklung; http://www.rosalux.org.ec/es/), die sich seit 2011 regelmäßig in Lateinamerika trifft, um aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika zu diskutieren, Forschungen durchzuführen und zu publizieren; vgl. auf Deutsch Brand/Dietz 2014, Brand 2016.

[2] Hierzu zählen die Regierungen des *Movimiento al Socialismo* (MAS) unter Evo Morales in Bolivien, des *Movimiento Alianza PAIS* unter Rafael Correa in Ecuador, die Regierungen Chavez und Maduro in Venezuela, die Regierungen Kirchner in Argentinien oder die Regierung Lula da Silva und Roussef in Brasilien.

Literatur

Brand, Ulrich 2016 (Hg.): Lateinamerikas Linke. Ende des progressiven Zyklus? Hamburg: VSA.

Brand, Ulrich/Dietz, Kristina 2014: (Neo-) Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den

aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika. In: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 48/2014, Baden-Baden: Nomos, 88-125

Lang, Miriam/Cevallos, Belén/López, Claudia 2015 (Hg.): Cómo transformar? Instituciones y cambio social en América Latina y Europa. Quito: Abya Yala/Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Mantilla Q., Alejandro 2016: Nobelpreis, aber kein Frieden. Kolumbien nach dem Referendum. Standpunkte 28/2016. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Terán Mantovani, Emiliano 2016: Las nuevas fronteras de las commodities en Venezuela: extractivismo, crisis histórica y disputas territoriales. In: Revista de Ciencia Política, Jg. 11, Heft 21, 251-285.

Analyse

Pegida, Sachsen und die Fremdenfeindlichkeit. Warum es komplexerer und regionalspezifischer Analysen bedarf.

Wie rassistisch ist Sachsen? Im November 2016 wurde von der sächsischen Staatsregierung der „Sachsen-Monitor" vorgestellt, eine repräsentative Bevölkerungsumfrage, in der die Einstellungen der Bürger zur Demokratie, zum Nationalismus und zur Ausländerfeindlichkeit erhoben wurden (vgl. Staatsregierung 2016). Die Ergebnisse haben viele Beobachter erschreckt und auch in der medialen Berichterstattung eine entsprechende Resonanz gefunden: „Fremdenfeindliche Einstellungen sind in Sachsen weit verbreitet", hieß es in *Spiegel-Online*, Sachsen hat ein „Rassismus Problem" im *Deutschlandfunk,* und in *Zeit-Online* lautete die Überschrift „In Sachsen ist Rassismus am stärksten verbreitet" (23.11.2016).

Die Ergebnisse der Studie dokumentieren in der Tat, dass ausländerfeindliche Ressentiments, besonders gegenüber Muslimen, weit verbreitet sind. So meinten z.B. 58% der sächsischen Befragten „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet", 39% stimmten dem Satz zu „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden". Und 53% bejahten den Satz „Was unser Land braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland".

Nicht nur die hohen Zustimmungswerte zu den z.T. stark rassistisch aufgeladenen Aussagen haben den Eindruck eines weit verbreiteten Rassismus vermittelt. Auch der Vergleich mit einer bundesweiten Erhebung, die kurz zuvor von Andreas Zick im Rahmen der Bielefelder „Mitte"-Studien durchgeführt wurde (Zick/Küpper/Krause 2016), hat dies getan. So stimmten – worauf der Berliner *Tagespiegel*, *Stern* und *Zeit-Online* hinwiesen – in der „Mitte"-Studie 18% der Bundesbürger (und nicht 58% wie in Sachsen) dem erstgenannten Satz zur „Überfremdung" zu, 16% (statt 39% der Sachsen) taten es bei der Frage zum Zuwanderungsverbot und 20% (statt 53% der Sachsen) bei der Frage zur Durchsetzung nationaler Interessen.

Das Rassismusproblem und die Sonderstellung Sachsen, so könnte man angesichts dieser Zahlen meinen, wären kaum eindrucksvoller zu belegen: Die Häufung fremdenfeindlicher Aktionen – wie sie sich u.a. in Anschlägen auf Asylbewerberheime, fremdenfeindlichen Angriffen oder im Pegida Protest ausdrücken[1] – findet eine Entsprechung in den Orientierungen der Bürger. Damit scheinen auch all jene bestätigt zu werden, die meinen, die in Sachsen praktizierte Fremdenfeindlichkeit wäre eine Folge sächsischer Mentalitäten. Doch der Schein trügt. Die Verhältnisse sind komplexer, als es aufgrund der Umfragebefunde den Eindruck hat. Dies gilt für die verwendeten Frageformulierungen – die in der öffentlichen Darstellung eine herausgehobene Rolle spielen – und deren Aussagekraft. Es gilt für das verwendete Erhebungsverfahren und den Vergleich, der mit den Bundesbürgern als Ganzes angestellt wird. Und es gilt für das Verhältnis von Einstellungen und Verhalten.

Probleme der Fragekonstruktion, des Erhebungsverfahrens und des Vergleichs

Die Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maße überfremdet", gehört zwar zum Standardrepertoire der Umfragen zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" der Bielefelder Forschungsgruppe und hat auch in anderen Studien aus Vergleichsgründen eine weit verbreitete Anwendung gefunden. Doch die Formulierung ist alles andere als optimal. Sie vermischt zu viele Aspekte in einer Formulierung und verwendet Begriffe, die bei kritischen Beobachtern gewöhnlich als typischer Ausdruck einer rassistischen Haltung gelten, den Befragten jedoch nicht immer gerecht wird.

So mag mancher Befragter der Meinung sein, dass es in Deutschland zu viele Ausländer gäbe. Aber er muss nicht zugleich der Ansicht sein, dass dies eine „Überfremdung" bedeutet und dies in einem „gefährlichen" Maß der Fall ist. Da ihm jedoch keine andere Antwortoption zur Verfügung steht, wird er den Satz bejahen. Aufgrund dessen werden sich nicht nur Rassisten in diesem Satz wiederfinden, sondern auch Personen mit gemäßigten Einstellungen: die aus dem einen oder anderen Grund der Meinung sind, es gäbe in Deutschland zu viele Ausländer (bestimmter Herkunft), ohne Ausländern generell negativ gegenüber zu stehen.[2] Ähnliche Probleme der Überfrachtung der Formulierung zeichnen manche der anderen Aussagen in der Umfrage aus. Angesichts dessen sollte man die Antworten nicht immer allzu wörtlich nehmen und sich von einer voreiligen Zuschreibung von Rassismus hüten.

Das zweite Problem in der öffentlichen Rezeption des „Sachsen Monitors" liegt im Vergleich mit der bundesweiten „Mitte Studie" der Bielefelder Forscher: diese weist zwar zum Teil identische Frageformulierungen auf, unterscheidet sich jedoch auf der Ebene der Antwortkategorien: Bei einer ganzen Reihe von Fragen – etwa bei der zur „Überfremdung" – hatten die Befragten nicht nur die Option, den Satz zuzustimmen oder ihn abzulehnen, sondern auch noch eine weitere Kategorie – „teils-teils" – zur Verfügung. Wenn man diese Antworten zu den Zustimmungswerten addiert[3], steigt der Anteil an. Bei der Frage zur „Überfremdung" z. B. von 18% auf 31% (Zick/Küpper/Krause 2016: 125). Dies ist immer noch ein geringerer Wert als im „Sachsen Monitor". Aber die Dramatik der Differenz ist weitaus schwächer.

Der Unterschied wäre erheblich reduziert oder würde womöglich vollends verschwinden, wenn man sich eines identischen Befragungsverfahrens bedient hätte. Der „Sachsen Monitor" beruht auf einer persönlichen Befragung, die Bielefelder „Mitte" -Studie hingegen auf einer Telefonbefragung. In Telefonbefragungen wirken sich soziale Erwünschtheitseffekte im Allgemeinen stärker aus: die Befragten versuchen sich dem Interviewer gegenüber etwas positiver darzustellen als es ihren Einstellungen entspricht (vgl. u.a. Jäckle/Roberst/Lynn 2006). Und dies bedeutet im vorliegenden Fall: sich eher ausländerfreundlich zu äußern. In persönlichen Interviews besteht dieses Problem zwar ebenfalls, ist aber schwächer ausgeprägt. Am geringsten ist es gewöhnlich in komplett anonymen – etwa schriftlich-postalischen – Befragungen.

Legt man nicht die Bielefelder „Mitte Studie", sondern die Leipziger „Mitte Studie" von Oliver Decker und Koautoren (2016) zugrunde, die sich auf persönliche Interviews – kombiniert mit einen schriftlichen Befragungsteil – stützt, kommt man zu ganz anderen Schlussfolgerungen, was die bundesdeutschen Verhältnisse und die Stellung der Sachsen betrifft. So stimmten in dieser Erhebung, die ebenfalls im Jahr 2016 stattfand, 34% der Befragten „voll und ganz" oder „überwiegend" dem Satz zu, Deutschland würde durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maße überfremdet. Würde man die Antwort „teils-teils" dazu zählen, käme man auf einen Anteil von 62% (statt 31% in der Bielefelder Telefonumfrage).

Im Fall der Aussage „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden" wurde – ähnlich wie im „Sachsen-Monitor" – eine vierstufige Antwortskala verwendet. Der Anteil derer, die dem Satz „voll und ganz" oder „eher" zustimmten, lag bei 41% (Decker/

Kiess/Brähler 2016: 50) – einem Wert also, der sogar leicht über dem des „Sachsen Monitors" (39%) liegt.[4] Die Sachsen erscheinen danach nicht mehr vom bundesdeutschen Durchschnitt verschieden. Die eingangs zitierten Aussagen in der medialen Resonanz auf die Befunde des „Sachsen Monitors" halten der näheren Prüfung nicht stand.

Unterschiede in der Fremdenfeindlichkeit: Befunde aus dem European Social Survey

Wenn man Vergleiche auf der Basis von Umfragen anstellt, tut man gut daran, nicht nur die Fragekonstruktion, sondern auch das Erhebungsverfahren zu beachten. Wo in der Vergangenheit Vergleiche auf die Basis eines identischen Erhebungsverfahrens angestellt wurden, zeigte sich, dass sich die Sachsen in der Regel gegenüber Ausländern und Fremden durch höhere Ressentiments als die Bundesbürger auszeichnen. Die Unterschiede waren freilich eher gradueller als grundlegender Natur (Reuband 2016: 179). Doch trifft dies auch für die Entstehungszeit von Pegida zu, als Pegida Zehntausende von Menschen zu öffentlichem Protest zu mobilisieren vermochte? Wäre es nicht plausibel, in dieser Zeit mehr als jemals zuvor eine exponierte Stellung Sachsens zu erwarten?

Dass die Ostdeutschen Ausländern und der Zuwanderung reservierter bis feindlicher gegenüberstehen, hat sich in einer Vielzahl von Umfragen gezeigt. Aber gibt es – so wäre zu fragen – auch Unterschiede innerhalb der ostdeutschen Länder, und nehmen die Sachsen hierbei eine Sonderstellung ein? Ist in Sachsen der Rassismus tatsächlich am weitesten verbreitet, wie *Zeit-Online* titelte? Oder spiegeln sich in den Antworten der sächsischen Befragten lediglich die in den neuen Bundesländern allgemein vorherrschenden Einstellungen wieder? Werden durch den Vergleich mit der Gesamtheit der Deutschen, unter denen die Westdeutschen die Mehrheit stellen, falsche Schlussfolgerungen gezogen?

Eine bundesdeutsche Umfrage im Rahmen des „European Social Survey" (ESS) mit 3.045 Befragten (2.153 im Westen und 892 im Osten) erlaubt es, dieser Thematik nachzugehen. Die Umfrage ist repräsentativ für die Bundesbevölkerung, stützt sich auf eine Randomstichprobe aus den Einwohnermelderegistern und wurde face-to-face durchgeführt. Die Feldphase fiel genau in die Zeit, in der sich Pegida mit ihren Massenprotesten entwickelte und ihre größten Erfolge feierte: die Zeit zwischen Herbst 2014 und Frühjahr 2015.[5]

In der Umfrage wurde die Thematik von Zuwanderung und Fremden mit mehreren Fragen angegangen. Im Folgenden greifen wir diejenigen heraus, die sich am ehesten mit der Frage des Umgangs mit Asylbewerbern, Muslimen, kultureller Homogenität und dem Gefühl der Benachteiligung gegenüber Zuwanderer befassen. Dabei nehmen wir zum einen eine Unterscheidung in West-und in Ostdeutschland vor und zum anderen eine Ausdifferenzierung innerhalb Ostdeutschlands nach den einzelnen Bundesländern (vgl. Tabelle).

Als erstes gilt es, der Frage nach dem Umgang mit Asylbewerbern nachzugehen, die „in ihrem eigenen Land Angst vor Verfolgung haben" und in Deutschland Asyl beantragen. Soll man bei der Prüfung der Asylanträge großzügig verfahren oder nicht? Die Ostdeutschen unterscheiden sich in der erwarteten Richtung: sie äußern sich reservierter. Während sie zu 27% eine großzügige Handhabung befürworten, sind es unter den Westdeutschen 41%. Die Sachsen nehmen mit 26% einen Wert ein, wie er für Ostdeutschland als Ganzes typisch ist.

Wenn es um die Einwanderung von Muslimen nach Deutschland geht, äußern sich ebenfalls die Ostdeutschen reservierter als die Westdeutschen. 72% der Westdeutschen meinen, man solle „vielen" oder „einigen" die Zuwanderung erlauben. Dass man es niemanden erlauben solle, meinen nur 6%. Unter den Ostdeutschen liegen der Wert für „viele" oder „einige" demgegenüber bei 50%, und der Anteil derer, die es niemanden erlauben wollen, bei 17%. Einmal mehr erweisen sich die Sachsen innerhalb der ostdeutschen Bundesländer als nicht untypisch. Im Gegenteil: sie zählen sogar zu

Tabelle : Einstellungen zu Ausländern und Fremden nach Bundesland (in %)

	BRD		Ost-Bundesland				
	West	Ost	Sachsen	Brandenburg	Mecklenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Befürwortung einer großzügigen Handhabung von Asylanträgen[1]	41	27	26	21	32	28	28
Akzeptanz muslimischer Einwanderer[2]	72	50	58	50	48	43	43
Befürwortung kultureller Homogenität[3]	25	39	34	30	44	45	45
Zuwanderern geht es besser als Einheimischen[4]	24	37	35	46	37	41	30

[1] Frageformulierung: „Es gibt Menschen, die nach Deutschland kommen und Asyl beantragen, weil sie in ihrem eigenen Land Angst vor Verfolgung haben. Bitte sagen Sie mir ... wie sehr Sie der folgenden Aussage zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen. Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein." Antwortvorgaben: „Stimme stark zu – stimme zu – weder noch" – lehne ab – lehne stark ab" [Hier: „Stimme stark zu" und „stimme zu" zusammengefasst]

[2] Frageformulierung: „Ich werde Ihnen jetzt ein paar Fragen zu verschiedenen Gruppen von Menschen stellen, die nach Deutschland zuwandern könnten, um hier zu leben. Bitte sagen Sie mir..., in welchem Ausmaß Deutschland Ihrer Meinung nach ... die Zuwanderung von Muslimen aus anderen Ländern erlauben sollte? Antwortvorgaben: „Vielen erlauben, herzukommen und hier zu leben – einigen erlauben - ein paar wenigen erlauben – niemandem erlauben" [Hier:„viele erlauben" und „einigen erlauben" zusammengefasst]

[3] Frageformulierung: „Bitte sagen Sie mir ...wie sehr Sie der folgenden Aussage zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen. Es ist besser für ein Land, wenn fast alle dieselben Bräuche und Traditionen haben". Antwortvorgaben und Zusammenfassung der Antworten wie Frage 1.

[4] Frageformulierung: „Was meinen Sie: „Wie werden Zuwanderer, die erst vor Kurzem nach Deutschland gekommen sind, von Regierung und Staat im Vergleich zu Menschen wie Ihnen behandelt, die in Deutschland geboren sind?" Antwortvorgaben: „Viel besser – ein bisschen besser – gleich – ein bisschen schlechter – Viel schlechter" [Hier: „Viel besser" und „ein bisschen besser" zusammengefasst]

Basis: European Social Survey 2014. Zahl der Befragten: West: 2.153, Ost 892, Sachsen 269, Brandenburg 185, Mecklenburg-Vorpommern 126, Sachsen-Anhalt 155, Thüringen 157 (pspwght-gewichteter Datensatz). Sekundäranalyse durch den Verfasser.

denen, die sich mit einem Anteil von 58% überproportional für eine Zuwanderung von Muslimen aufgeschlossen zeigen.

Als drittes interessiert die Frage der Aufgeschlossenheit für kulturelle Heterogenität. Dem Satz, dass es besser für ein Land ist, „wenn fast alle dieselben Bräuche und Traditionen haben", stimmen im Westen 25% zu, im Osten 39%. Die Sachsen nehmen mit 34 % einen unterdurchschnittlichen Wert unter den ostdeutschen Bundesländern ein (lediglich Brandenburg weist einen etwas niedrigeren Wert auf). Was bedeutet: die Sachsen lehnen im Vergleich zu den anderen Ostdeutschen kulturelle Homogenität eher ab und sind für kulturelle Heterogenität aufgeschlossener.

Schließlich ist noch von Interesse die Verbreitung der Wahrnehmung kollektiver Deprivation im Vergleich zu ausländischen Zuwanderern: werden die Zuwanderer, die „erst vor Kurzem" nach Deutschland gekommen sind, von Regierung und Staat im Vergleich zu den Menschen wie den Befragten besser, gleich oder schlechter behandelt? Dass sie „viel" oder „etwas" besser behandelt werden, meinen 24% der West- und 37% der Ostdeutschen. Die Sachsen sind zu 35% dieser Meinung und liegen damit einmal mehr innerhalb des ostdeutschen Meinungsspektrums. Von einer Sonderstellung der Sachsen ist nichts zu erkennen.

Schlussbemerkungen

Was bleibt als Fazit? Die überproportional häufigen ausländerfeindlichen Vorfälle in Sachsen und der Pegida Protest finden in der sächsischen Bevölkerung keine Entsprechung im Vorkommen ausländerfeindlicher Orientierungen. Dies gilt im Übrigen auch dann, wenn man – wie der Vergleich auf Städteebene zeigt – Dresden als Ort des Pegida Protests mit anderen westdeutschen Städten, wie Düsseldorf oder Hamburg, vergleicht (Reuband 2015). Die Aufgeschlossenheit für Fremde erweist sich zudem als komplexer und differenzierter als es die Antworten auf die z.T. überfrachteten Fragen anderer Erhebungen nahelegen. Dies schließt nicht aus, dass heutzutage, nach weiterer Erhöhung der Asylbewerberzahlen, die Meinungsverhältnisse etwas anders sein könnten. Aber ob Sachsen die Sonderrolle einnimmt, die man oft unterstellt, ist nach den vorliegenden Daten fraglich.

Wenn es einen Unterschiede zwischen Sachsen und dem übrigen Bundesgebiet gibt, dann wohl eher in der Bereitschaft, die eigenen Einstellungen in entsprechendes Verhalten umzusetzen. Dabei mag diese Bereitschaft in einzelnen Untergruppen der Bevölkerung ausgeprägter sein als in der Bevölkerungsmehrheit als Ganzes.[6] Hinzu kommen dürften regionale Besonderheiten, die nicht nur den vorherrschenden Einstellungen, sondern auch den lokalen Gegebenheiten und Mobilisierungsbemühungen geschuldet sind. Die regionalen Unterschiede innerhalb Sachsens sind unter Umständen größer als zwischen Sachsen und den anderen Bundesländern.[7]

Mit dem „Sachsen-Monitor" ist ein lobenswerter Schritt in Richtung einer kontinuierlichen Bestandsaufnahme gegangen, den andere Bundesländer – wie Thüringen oder Sachsen- Anhalt – schon früher eingeschlagen haben. Doch es kann nur ein erster Schritt zu einer umfassenderen Analyse sein, bei der sowohl an ältere Umfragebestände in Sachsen angeknüpft, Trends fortgeschrieben und neue Themenstellungen aufgegriffen werden. Und es kann nur ein erster Schritt zu einer Analyse sein, bei der neben den Einstellungen auch den Verhaltensdispositionen der Bürger sowie den regionalen Unterschieden und Milieus eine besondere Beachtung geschenkt wird.

Karl-Heinz Reuband, Professor für Soziologie (em.) am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf. Zuvor von 1993-1997 Professor für Soziologie an der TU Dresden. Kontakt: reuband@phil-fak.uni-duesseldorf.de

Anmerkungen

[1] Fremdenfeindliche Taten und Angriff auf Asylbewerberheime gibt es in den neuen Bundesländern am häufigsten in Sachsen. Damit steht Sachsen auch immer wieder in

den Schlagzeilen der Medien. Sachsen weist allerdings auch die höchste Bevölkerungszahl im Ostdeutschland auf, weswegen man die Zahlen in Relation zur Einwohnerzahlen setzen muss (oder besser noch – was bisher nicht geschehen ist – zusätzlich in Relation zur Gelegenheitsstruktur, gemessen an Zahl der Asylantenheime bzw. Asylbewerber).

[2] Von denen, die „voll und ganz" oder „eher" dem Satz zustimmten, es gäbe zu viele Ausländer in Deutschland, stimmten in einer von uns 2014 durchgeführten postalischen Dresdner Bevölkerungsbefragung z.B. rund 42% „voll und ganz" oder „eher" den Satz zu, sie würden gern in einer Stadt wohnen, in der Menschen aus unterschiedlichen Ländern leben (jeweils vierstufige Skala). Selbst unter denen, die dem Satz „voll und ganz" zustimmten, waren noch 24% dieser Meinung. Auch zeichneten sie sich nicht durchgängig als ressentimentgeladen gegenüber unterschiedlichen ethnischen Gruppen/Völkern aus.

[3] Es ist eine offene Frage, wie sehr sich in „teils-teils" mehrheitlich eine ausländerfeindliche Meinung verbirgt und ob man sie als Ganzes oder nur zur Hälfte den Zustimmungswerten zuschlagen sollte. Aber auch wenn man nur die Hälfte des Werts addieren würde, würde sich bereits die Differenz merklich reduzieren.

[4] Da in der face-to-face Befragung ein schriftlicher Befragungsteil eingebaut war und schriftliche Erhebungen soziale Erwünschtheitseffekte reduzieren, ist nicht auszuschließen, dass der Wert aus diesen Gründen etwas höher liegt als in Sachsen.

[5] Bei der ersten Pegida Protestveranstaltung am 20.10.2014 nahmen rund 300 Menschen teil, von dann an stieg die Zahl kontinuierlich von Woche zu Woche und erreichte am 12.01.2015 einen Höhepunkt mit – je nach Schätzung – zwischen 17.000 und 25.000 Menschen. Die Feldphase des „European Social Survey" in Deutschland reichte vom 18.08.2014 bis zum 05.02.2015.

[6] Wir haben die Analyse zusätzlich auch nach Alter aufgegliedert gerechnet und keine Besonderheiten Sachsens feststellen können. Allerdings war aus Gründen der Fallzahl nur eine grobe Aufteilung in unter und über 50 Jahre möglich. Dass sich die Verhältnisse bei Jüngeren in Kombination mit spezifischen Bildungsprofilen anders darstellen könnten, ist nicht ausgeschlossen.

[7] In diesem Zusammenhang siehe z.B. die Konzentration ausländerfeindlicher Vorfälle in bestimmten Orten und Gegenden Sachsens – wie der sächsischen Schweiz – oder auch der lokalen Konzentration der Facebook/Internet-Kommunikation (vgl. Scharf/Pleul 2016; Quent 2016).

Literatur

Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. 2016: Die enthemmte Mitte. Gießen: Psychosozial Verlag.

Jäckle, A./Roberts, C./Lynn, P. 2006: Telephone versus face-to face interviewing. Institute for Social and Economic Research Working Paper. Colchester: iser.

Reuband, K.H. 2015: Wer demonstriert in Dresden für Pegida?, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung 21, 133-143.

Quent, M. 2016: Rechte Gewalt in Sachsen: Lokale Unterschiede. In: Pickel, G./Decker, O. (Hg.). Extremismus in Sachsen. Leipzig: Seemann Henschel, 74-85.

Reuband, K.H. 2016: Außenseiter oder Repräsentanten der Mehrheit? In: Rehberg, K.-S./Kunz, F./Schlinzig, T. (Hg.): PEGIDA. Bielefeld: transscript, 165-188.

Scharf, S./Pleul, C. 2016: In Netz ist jeden Tag Montag In: Rehberg, K.-S./Kunz, F./Schlinzig, T. (Hg.): PEGIDA. Bielefeld: transscript, 83-98.

Staatsregierung 2016: Sachsen-Monitor. Dresden.

Zick, A./Küpper, B./Krause, D. 2016: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Bonn: Dietz.

Dokumentation: CIVIS Medienkonferenz 2017

Die Konferenz „Das neue deutsche WIR. German Angst" der CIVIS Medienstiftung, die am 12. Januar 2017 in der Akademie der Künste in Berlin stattfand, wurde umfänglich dokumentiert: Alle Vorträge und Podiumsdiskussionen sind als Videomitschnitte zugänglich unter www.civismedia.eu > Events, CIVIS Medienkonferenz 2017 – Videos. Die Medienstiftung versteht sich als internationales mediales Netzwerk und Monitoring Center für Migration, Integration und kulturelle Vielfalt in Europa. Neben der Medienkonferenz ist die unter der Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments stehende Stiftung insbesondere für den CIVIS Medienpreis bekannt, der seit über zwei Jahrzehnten jährlich für Programmleistungen in Radio und Fernsehen im Bereich der kulturellen Vielfalt verliehen wird.

CfP: Kritische Theorie und rechtsextreme Ideologie

Das Journal tripleC – Communication, Capitalism & Critique – bittet für 2017 um Beiträge im Themenfeld „Critical Theory Interventions on Authoritarianism and Right-Wing Extremist Ideology in Contemporary Capitalism". Alle Details finden sich auf der Homepage des Journals www.triple-c.at unter About the Journal > Submissions.

Summer School zu Medien & politischer Partizipation in Italien

Vom 26. bis zum 30. Juni 2017 richtet die Scuola Normale Superiore in Florenz eine Summer School zu „Media in Political Participation and Mobilization" aus. Ziel ist es, die komplexe Beziehung zwischen Medien, politischer Partizipation und Mobilisierung zu durchleuchten. Drei Themenschwerpunkte werden hierbei gesetzt: media cultures, media materialities und media practices. Maximal 15 Teilnehmende sind dazu eingeladen, in den Nachmittags-Sessions ihre laufenden Forschungsprojekte zu präsentieren. Key Note Lecturer werden Donatella della Porta (Scuola Normale Superiore) und Nick Couldry (London School of Economics) sein. Bewerbungen sind bis zum 17. März einzureichen. Alle weiteren Informationen unter http://cosmos.sns.it/all-events/summer-school-on-media-in-political-participation-and-mobilization/.

Appell: Kein zweites Aleppo

Adopt a Revolution, ein Förderprojekt der Bewegungsstifitung, unterstützt den Vorschlag des ehemaligen UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon, eine UN-Notfallsitzung aller 193 UN-Mitgliedstaaten einzuberufen, um so die Blockade des UN-Sicherheitsrates zu überwinden und selbst eine Resolution zum Ende der Gewalt in Syrien zu verabschieden. Der Appell kann unterzeichnet werden unter www.adoptrevolution.org/un-sondersitzung/, Hintergrundinfos finden sich ebenfalls auf den Seiten von Adopt a Revolution.

Konferenz: Cross-Movement Mobilization

Vom 5. bis 7 April richtet das Institut für soziale Bewegungen (Bochum) zusammen mit dem Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) und dem ISA Research Committee on Social Classes and Social Movements (RC47) an der Ruhr-Universität Bochum eine internationale Tagung aus, die sich zentral dem Konzept der cross-movement mobilization widmet: Wie kommen soziale Bewegungen zusammen? Wie gelingen gemeinsame Kämpfe? Wie können geografische, gesellschaftliche oder inhaltliche Unterschiede überbrückt werden? Während soziale Bewegungen in der Vergangenheit oft isoliert untersucht wurden, rückt das Konzept der ‚cross-movement mobilization' vermehrt Interaktionen zwischen sozialen Bewegungen und anderen Akteuren in den Fokus. Die internationale Tagung bietet eine Plattform, um die Bedingungen für das Entstehen, für Erfolge und Misserfolge gemeinsamer Allianzen zu diskutieren. https://protestinstitut.eu/veranstaltungen_uberblick/cross-movement-mobilization für weitere Informationen.

Petition gegen Kinderehen in Bangladesch

Eigentlich ist eine Kinderehe in Bangladesch verboten, heiraten ist erst mit 18 Jahren

erlaubt. Dennoch sind Kinderehen an der Tagesordnung – jedes dritte Mädchen ist mit 15 Jahren bereits verheiratet. Aktuell wird ein neues Gesetz verhandelt, das eigentlich gegen Kinderehen ausgerichtet ist, jedoch eine Ausnahmeklausel enthalten könnte. Dagegen richtet sich eine aktuell über das Kampagnennetzwerk Avaaz laufende Petition, die bislang (Stand Januar 2017) bereits von über 550.000 Menschen unterzeichnet wurde. Zur Petition: https://secure.avaaz.org/campaign/de/bangladesh_child_marriage_law/?cEOkZcb

BND in die Schranken weisen

Der Reformentwurf des Bundesarchivgesetzes enthält Sonderregeln für den Bundesnachrichtendienst (BND); in den Augen des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV), der dju in ver. di und Netzwerk Recherche geben diese Sonderregeln dem BND genug Spielraum, um weiterhin die Weitergabe von Unterlagen an das Bundesarchiv verhindern zu können. In einer gemeinsamen Pressemitteilung sprechen sich die drei Journalistenorganisationen deshalb für die Streichung der Sonderregeln aus, die auch die journalistische Arbeit torpedieren. „Es liegt auf der Hand, dass der deutsche Auslandsgeheimdienst kein Interesse an der journalistischen Aufbereitung seiner früheren Aktivitäten hat", so Manfred Redelfs aus dem Vorstand von Netzwerk Recherche. „Das Gesetz liefert jetzt einen Freibrief zur Informationsverweigerung – gegen die einhelligen Empfehlungen aus der Expertenanhörung." https://netzwerkrecherche.org/blog/keine-freie-hand-fuer-bnd-im-neuen-bundesarchivgesetz/.

Pegida im Spiegel der Medien

Pegida ist ebenso bürgerlich wie extrem rechts – so der Befund der von der Otto-Brenner-Stiftung geförderte Studie „Pegida im Spiegel der Medien", die im Dezember 2016 vom Institut für Sprach- und Sozialforschung herausgegeben wurde. Die Studie untersucht die politischen Inhalte von Pegida und betrachtet die mediale Rezeption der Bewegung. Die diskursanalytische Untersuchung soll so auch einen Aufschluss darüber geben, welche mögliche Wechselwirkung zwischen den Medien und politischen Akteuren besteht. Die Studie stellt heraus, dass Pegida ohne Frage als extrem rechte Organisation bezeichnet werden muss. Dass eine entsprechend deutliche Kennzeichnung in den Medien oftmals schwer zu fallen scheint, führen Paul Bey, Mark Haarfeldt, Johannes Richter und Regina Wamper insbesondere darauf zurück, dass rechtsextreme Positionen oft nur dann als solche identifiziert werden, wenn sie in entsprechend extremistischen Zusammenhängen geäußert werden, und eben nicht aus der „Mitte der Gesellschaft" kommen. Die Frage, ob Pegida als bürgerlich anzusehen ist, verstellt dabei den Blick auf die Tatsache, dass eine bürgerliche Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft ebenso extrem rechts sein kann. Grundlage der Diskursanalyse legen Berichterstattungen aus der FAZ, der SZ und der SäZ (Sächsischen Zeitung). Die Studie wird auf den Seiten der Otto-Brenner-Stiftung kostenfrei zum Download bereitgestellt.

Bey, Paul/Haarfeldt, Mark/Richter, Johannes/Wamper, Regina 2017: Pegida im Spiegel der Medien. Vom „bürgerlichen Protest" zur „Bedrohung von rechts". Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. 94 Seiten.

otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/2016_12_08_PegidaMedien_01.pdf

Social Movement auto/biographies

Mit dem Relevanz von biografischen Momenten für soziale Bewegungen und dem Zusammenspiel von Biographien und Partizipation setzt sich die aktuelle Ausgabe der Online-Zeitschrift interface auseinander: „Any humane, diverse, sustainable, democratic idea of civil society that we can imagine will depend on specific human actors, as well as its own cultural traditions and wider structures and processes", so Peter Waterman, Lesley Wood und Laurence Cox im Editorial der Ausgabe (Volume 8 (2) von November 2016) und lassen die Autorinnen und Autoren einen (auto-) biografischen Blick auf soziale Bewegungen werfen. Die versammelten Beiträge gehen hierbei im Kern den Fragen nach, wie Personen zu AktivistInnen werden, wie sich ihr Leben durch

die Bewegungen formt und wie Erfahrungen und Biografien Praxis und Theorie von sozialen Bewegungen formen. Der Themenschwerpunkt umfasst 8 Artikel, darunter eine Bibliografie (Peter Waterman), einen Text von Silke Roth zur Frage nach der Nachhaltigkeit von Aktivismus im Lebensalltag sowie einen Artikel von Indira Palacios-Valladares zu Protest-Communities und Enthusiasmus von Aktivist_innen. Das Journal ist in englischer Sprache kostenfrei online zugänglich unter interfacejournal.net.

Stiftungen als Lobbyisten

Skepsis gegenüber unternehmensnahen Stiftungen ist offenkundig angebracht. Zumindest deutet eine jüngst durch das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) herausgegebene Studie darauf hin, dass unternehmensnahe Stiftungen häufig interessengeleitete Politikberatung betreiben; oftmals überschneiden sich zudem die Tätigkeiten der Stiftungen mit den Geschäftsinteressen der Stifter. Dies mag nicht überraschen und ist nicht zwingend illegitim – sofern die Tätigkeiten offengelegt werden. Offenkundig betreiben Stiftungen jedoch Lobbyarbeit im Verborgenen. Die aktuelle Gesetzeslage, nach der Stiftungen in Deutschland nicht zur Offenlegung ihrer Tätigkeiten oder Mittelverwendung verpflichtet sind, ist in diesem Kontext durchaus problematisch. Das Forscherteam des WZB hat für die Studie 61 unternehmensnahe Stiftungen, die im Feld der Wissenschaft tätig sind, genauer unter die Lupe genommen. Dabei kommen die Autor_innen zum Ergebnis, dass bei dem überwiegenden Teil der Stiftungen die Gemeinnützigkeit fragwürdig ist. Rund 40 Prozent der untersuchten Stiftungen betreiben Politikberatung oder verfolgen politische Ziele und die Stiftungsgremien sind zumeist elitär besetzt. Die mangelnde Rechenschaftspflicht macht sich hier bemerkbar – nur etwa ein Drittel haben ihre Satzung veröffentlicht, über die Hälfte der Stiftungen geben keinerlei Informationen über Mittelherkunft, Stiftungsvermögen oder Mittelverwendung. Die Studie steht über die Seiten des WZB als PDF-Datei zur Verfügung. Hirsch, Anja/Neujeffski, Moritz/Plehwe, Dieter 2016: Unternehmensnahe Stiftungen im Spannungsfeld zwischen Gemeinwohl und Partikularinteressen. Eine Exploration im Bereich Wissenschaft. Discussion Paper SP I 2016-201r. WZB. 137 Seiten. https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2016/i16-201r.pdf

Armutsbericht 2017 geschönt

Im Frühjahr 2017 wird der neue Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erscheinen, zum ersten Mal mit einem neuen Schwerpunkt zum Thema Reichtum. Ein zentrales Ergebnis der Studie der Forscher_innen rund um den Osnabrücker Professor Armin Schäfer, der die Studie im Auftrag der Bundesregierung verfasst hat, lautet, dass die Interessen von vermögenderen Menschen politisch stärkere Berücksichtigung erfahren. Dies greife besonders bei den Themen „Wirtschaft und Finanzen“ sowie „Arbeit und Soziales“. In einer ersten Version der Studie wurde dies umfänglich dargestellt, später wurden diese Passagen dann von ministerieller Seite weitestgehend, das Kapitel zum „Einfluss von Interessenvertretungen und Lobbyarbeit“ vollständig gelöscht. LobbyControl hatte diese Streichungen unliebsamer Passagen öffentlich gemacht und setzt sich nun dafür ein, dass sie wieder in den Bericht aufgenommen werden. Auf den Internetseiten von LobbyControl finden sich weitere Informationen zu dem Vorgang sowie ein Interview mit einer der Autorinnen der Studie, Lea Elsässer. lobbycontrol.de/2016/12/bundesregierung-zensiert-aussagen-zu-reichtum-und-einfluss/.

Restriktionen der indischen Zivilgesellschaft

Eine besorgniserregende Entwicklung bedroht die Arbeit von NGOs in Indien: Aktuell wird diskutiert, dass Menschenrechte sowie Personen, die sich für Opfer von Menschenrechtsverletzungen einsetzen, als Bedrohung für „nationale Interessen“ angesehen werden. Es gibt Bestrebungen, das Versammlungsrecht und die bislang für zivilgesellschaftliche Akteure bestehende Möglichkeit, ausländische Finanzierung einzuwerben bzw. anzunehmen,

einzuschränken. CIVICUS (World Alliance for Citizen Participation), hat zu diesen Entwicklungen Mathew Jacob interviewt, den nationalen Koordinator von Human Rights Defenders Alert – India (HRDA). Das Gespräch ist im Internet nachzulesen unter www.civicus.org > Media Resources > News, Interviews, January 04, 2017 (Strict legal restrictions on foreign fundings hits India's NGOs).

Förderpreis Aktive Bürgerschaft

Den Förderpreis Aktive Bürgerschaft 2017 erhielten in diesem Jahr zwei Bürgerstiftungen. In der Kategorie „Geld- und Zeitstifter gewinnen" wurde die Bürgerstiftung Kehl aus Baden-Württemberg ausgezeichnet für ihr erfolgreiches Fundraising in der lokalen Wirtschaft mit dem Ziel, Ausbildungsplätze für Geflüchtete zu schaffen. Die Bürgerstiftung Jena (Thüringen) konnte in der Kategorie „Gesellschaft mitgestalten" für ihr Engagement mit und für Geflüchtete überzeugen. Die mit je 10.000 Euro dotieren Preise werden am 3. Mai 2017 in Berlin verliehen. Weitere Information über die Preisträger sowie die weiteren vier Finalisten, die je 5.000 Euro erhalten, finden sich unter aktive-buergerschaft.de/foerderpreis. Die Auszeichnung der Stiftung Aktive Bürgerschaft wird jährlich verliehen, um das Engagement der Bürgerstiftungen für unsere Gesellschaft anerkennen und würdigen.

An Economy for the 99 Percent

Die acht reichsten Menschen der Welt haben zusammen so viel Vermögen wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit. Zwischen 1986 und 2011 ist das Einkommen der ärmsten 10 Prozent der Weltbevölkerung um 3 Dollar gestiegen, während die reichsten 1 Prozent der Menschheit ihr Einkommen im gleichen Zeitraum um das 182ste steigern konnte. Zu diesen eindrücklichen Ergebnissen kommt der im Januar 2017 durch die internationale Hilfsorganisation Oxfam herausgegebene Bericht „An Economy for the 99 Percent". Offenkundig kommt der wirtschaftliche Wachstum den Reichen zugute, während die Armen leer ausgehen. Eine zentrale Ursache der wachsenden Ungleichheit sieht Oxfam in ungerechter Besteuerung. So verschieben neun von zehn Großkonzernen ihre Gewinne in Steueroasen. Oxfam stellt rechtzeitig zum Weltwirtschaftsgipfel 2017 ein Programm vor, wie weltweit eine humane Ökonomie etabliert werden könnte. Ein stärkere Besteuerung großer Vermögen, Einkommen und Erbschaften könnte helfen, der Ungleichverteilung entgegenzuwirken.
Der Bericht und weitere Hintergrundinformationen, so etwa zur Auswertungsmethode sowie eine Zusammenfassung des Berichts ist auf den Seiten von Oxfam in englischer Sprache zugänglich: www.oxfam.org/en/research/economy-99.

Engagementpolitik zur Bundestagswahl 2017

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) hat engagementpolitische Empfehlungen zur Bundestagswahl 2017 verfasst. Im zweiseitigen Papier führt das BBE aus, welche Aspekte die Parteien auf bundespolitischer Ebene im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements aufgreifen müssten: ein zentraler Aspekt ist danach die enge Verbindung von Engagement- und Demokratiepolitik; Engagement, Gestaltungsspielräume für BürgerInnen und die Stärkung von Zivilcourage sei die beste Prävention gegen unziviles Handeln und Populismus. Teilhabe und Integration aller Menschen sollte gestärkt werden und die Infrastrukturen der Engagementförderung gesichert werden. Ein weiteres Augenmerk legt das BBE in dem Papier auf nachhaltige Entwicklung, die Rolle, die die Zivilgesellschaft hierbei spielt und die Umsetzung der von den Vereinten Nationen 2016 in Kraft gesetzten Sustainable Development Goals. Die Empfehlung auf der Homepage des BBE: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/images/ueber_das_netzwerk/engagementpolitische-empfehlungen-des-bbe-2016.pdf.

Rezensionen

Neo-Extraktivismus und Lateinamerikas Linke: Was passiert nach dem Rohstoffpreisboom?

Brand, Ulrich (Hg.) 2016: Lateinamerikas Linke. Ende eines progressiven Zyklus? Hamburg: VSA.
Burchardt, Hans-Jürgen/Domínguez, Rafael/Larrea, Carlos/Peters, Stefan (Hg.) 2016: Nada Dura Para Siempre. Neo-Extractivismo tras el Boom de las Materias Primas. Quito: Abya-Yala.

Nach zwei Jahrzehnten des Neoliberalismus ließ sich in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts eine generelle Linksverschiebung des politischen Klimas in Lateinamerika beobachten. Diese begann mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez in Venezuela (1998) und weitete sich in den Folgejahren auf Länder wie Chile, Brasilien, Argentinien, Uruguay, Bolivien, Ecuador und Nicaragua aus. Positive Schlaglichter hierbei waren sicherlich die beachtliche Ausweitung von Sozialprogrammen, regionale Integrationsversuche im Stile der *Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América* (ALBA) und neue Verfassungen, die in Bolivien und Ecuador zum ersten Mal Konzepte wie *buen vivir*[1] und die Rechte der Natur institutionell verankerten. Jedoch ist festzuhalten, dass Anspruch und Realität der linken Regierungen in Lateinamerika oft weit auseinanderliegen. Trotz Verbesserungen in sozialen Bereichen konnte das ökonomische Modell, das traditionellerweise auf die Ausbeutung und den Export natürlicher Ressourcen konzentriert ist, nicht überwunden werden. Im Gegenteil: Die konstant hohen Rohstoffpreise führten in vielen Ländern Lateinamerikas zur Reprimarisierung und somit zur Vertiefung des neo-extraktivistischen Entwicklungsmodells.[2]

Nach einer Phase boomender Rohstoffpreise von 2003 bis 2013 kam es 2014 zur Krise und somit zu einem (vorläufigen) Ende des ökonomischen Zyklus. Auch politisch gab es Rückschläge für die Lateinamerikanische Linke: Der Wahlsieg des konservativen Mauricio Macri in Argentinien im November 2015, der Sieg der venezolanischen Rechten in den Parlamentswahlen im Dezember 2015, das gescheiterte Referendum über die vierte Amtszeit von Evo Morales in Bolivien im Februar 2016 und die Amtsenthebung von Dilma Rousseff in Brasilien deuten darauf hin, dass neben dem ökonomischen auch der politisch-progressive Zyklus in Lateinamerika erschöpft sein könnte.

Beide hier rezensierten Bücher versuchen ein tieferes Verständnis für die politischen und ökonomischen Prozesse in Lateinamerika zu schaffen, sowie deren Interdependenzen mit den gesellschaftlichen Naturverhältnissen zu beleuchten. Während Ulrich Brands Flugschrift der Frage nachgeht, ob man vom Ende eines Progressiven Zyklus sprechen kann, liegt der Fokus bei Burchardt et al. vor allem auf dem zugrunde liegenden ökonomischen Model. In diesem Zusammenhang fragt der Sammelband nach Perspektiven des Neo-Extraktivismus nach dem Rohstoffpreisboom.

Ende eines progressiven Zyklus?

Ulrich Brand legt in der Einleitung seiner Flugschrift facettenreich die Problemlage dar und zeigt auf, dass sich für Lateinamerikas Linke in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts, bedingt durch hohe Rohstoffpreise, neue Verfassungen, breite Unterstützung in der Bevölkerung und ein günstiges internationales Klima ein Möglichkeitsraum bot, um alte Abhängigkeiten zu überwinden und strukturellen Wandel einzuleiten (16). Dennoch seien diese historisch einmaligen Möglichkeiten nicht – oder zu wenig – genutzt worden. Sechs länderspezifische Interviews mit Maristella Svampa (Argentinien), Luis Tapia (Bolivien), Camila Moreno (Brasilien), Alejandra Santillana (Ecuador), Mónica Baltodano (Nicaragua) und Edgardo Lander (Venezuela) beschäftigen sich mit nationalen Besonderheiten.[3] So geht es im Interview mit Camila Moreno beispielsweise um Korruption in Brasilien (50ff), Mónica Baltodano problematisiert den Bau des Nicaraguakanals (74ff) und Edgardo Lander diskutiert die akute Versorgungskrise in Venezuela (80ff). Ein letztes Interview mit Alberto Acosta ist

dem Querschnittsthema der gesellschaftlichen Naturverhältnisse gewidmet. Er konstatiert, dass eine Transformation im Sinne des Post-Extraktivismus damit beginnen müsse, „die Natur nicht mehr nur als auszubeutende Ressource und potenzielle Ware zu sehen" (94). In einem Schlusskapitel von Tobias Boos und Etienne Schneider werden die wichtigsten Punkte aus den Interviews auf die Frage hin untersucht, was wir in Europa aus der lateinamerikanischen Erfahrung lernen können - und müssen!.

Nun lässt sich freilich argumentieren, dass man der hochgradigen Polarisierung rund um Lateinamerikas progressive Regierungspraktiken nicht gerecht wird, wenn man pro Land nur eine gesellschaftliche Akteur*in zu Wort kommen lässt. Demgegenüber führt der Herausgeber an, dass die Interviews „nicht nur Einschätzungen von lateinamerikanischen Kolleg*innen zu aktuellen Entwicklungen, sondern durchaus mit historischen und theoretischen Kontextualisierungen versehen" (30) sind. Dennoch sollte man sich der beachtlichen Bandbreite der Positionierungen in Regierung und Zivilgesellschaft bewusst sein. Wenn es das Ziel des Buches wäre, ein (nationales) Stimmungsbild zu zeichnen, müsste man daher sicherlich auch Interviews mit Regierungsmitgliedern, Gewerkschafter*innen, indigenen Akteur*innen und Aktivist*innen führen. Allerdings – und das sollte als Stärke des Buches gesehen werden – scheint es eher das Ziel zu sein, trotz regionaler Spezifika vor allem gemeinsame Tendenzen in verschiedenen Ländern aufzuzeigen und Aspekte zu identifizieren, die einem strukturellen Wandel im Wege standen.

Verteilung statt Umverteilung

Ein zentraler Bruch von Lateinamerikas Neuer Linken mit den neoliberalen Regierungen der 1980er und 1990er Jahre ist zweifelsohne der Anstieg der Sozialausgaben, der vor allem im Bereich der Armutsbekämpfung deutlich wird. Dieser Bruch ist es auch, der die Kontinuität in der Ausbeutung der Natur und somit den Neo-Extraktivismus in der Rhetorik der Regierungen maßgeblich rechtfertigt (15). Obwohl diese Errungenschaften in sozialen Bereichen jedenfalls zu würdigen sind, bleibt festzuhalten, dass eher Symptome behandelt als Ursachen bekämpft wurden. Der Großteil der sozialen Programme hat Renteneinnahmen schlicht verteilt anstatt echte Umverteilung in Bezug auf Einkommen, Vermögen und soziale Macht anzustreben (16, 78, 90). Auch wenn die progressiven Regierungen dadurch in Zeiten hoher Rohstoffpreise durch „die hohen Einnahmen (...) in der Lage [waren], ein hegemoniales Projekt zu formulieren" (67), ist es wichtig zu sehen, dass der Konsens in der Bevölkerung in Zeiten niedriger Rohstoffpreise kaum zu erhalten sein wird.

In Ecuador geriet die Armutsbekämpfung bereits 2012 ins Stocken (90) und mit dem Rohstoffpreisverfall 2014 stehen viele der sozialen Errungenschaften auf dünnem Eis. Auch im Falle von Venezuela wurde dem ‚Öl-Sozialismus' „buchstäblich der Boden unter den Füßen weggezogen, als die Ölpreise drastisch zurückgingen" (79).

Autoritäre Tendenzen statt Demokratisierung

Die Finanzierung von Sozialprogrammen der Neuen Linken wurde meist durch Rohstoffrenten anstatt über Steuern finanziert. Die Theorie des Rentierstaates zeigt anhand vieler Beispiele, dass der fehlende Fiskalkontrakt mit der Bevölkerung nicht selten zu Korruption, Klientelismus und autoritären Tendenzen führt (21, 78, vgl. hierzu auch Peters im Sammelband von Burchardt et al.). Die zunehmende Kriminalisierung von Protesten verdeutlicht zudem die Entfremdung von ebenjenen sozialen Bewegungen, die einige der Regierungen (zum Beispiel in Bolivien) überhaupt erst an die Macht gebracht haben. Autoritären Tendenzen der progressiven Regierungen kommen in nahezu allen Interviews zur Sprache. So schreibt zum Beispiel Maristella Svampa, dass in Argentinien unter Nestor und Cristina Kirchner „[a]ndere politische, insbesondere emanzipatorische Narrative, wie etwa die der Indigenen, Autonomen oder anderen Linken" (41) deutlich geschwächt wurden. Linken Kritiker*innen wird nicht

selten vorgeworfen, die politische Rechte zu stärken (13, 69). Dieses Freund-Feind-Denken verunmöglicht in vielen Ländern „konstruktive Kritik und Reflexionsräume von links, die Kurskorrekturen ermöglicht hätten" (104).

Reprimarisierung statt Diversifizierung

Obwohl die Analyse des Neo-Extraktivismus nicht das Hauptanliegen des Herausgebers ist, so wird doch klar, dass die fehlende Diversifizierung und die daraus folgende Weltmarktabhängigkeit der lateinamerikanischen Ökonomien das Potenzial emanzipatorischer politischer Projekte enorm beschränkt. Der Herausgeber kommt zu dem Schluss,, dass die erhöhten Handlungsspielräume, die sich durch die hohen Rohstoffpreise ergaben, kaum genutzt wurden (15). Anstatt in die Diversifizierung der Wirtschaft zu investieren, wurden extraktive Sektoren gestärkt. Es kam zur Reprimarisierung und häufig zu einer Festschreibung des neo-extraktivistischen Modells. Besonders deutlich wird das in den Fällen von Ecuador und Venezuela, die zahlreiche chinesische Kredite durch zukünftige Öllieferungen (zu Marktpreisen!) begleichen müssen (82).

Genauer im Blick: Neo-Extraktivismus

Der Sammelband *Nada Dura Para Siempre*, der im September 2016 (bisher leider nur in spanischer Sprache) von der Andenuniversität Quito und dem ICDD (*International Center for Development and Decent Work*) der Universität Kassel herausgegeben wurde, beschäftigt sich tiefergehend mit den Perspektiven des Neo-Extraktivismus nach dem Ende des Ressourcenbooms. Der Sammelband gliedert sich in drei Teile. Im ersten Teil schreiben die Herausgeber über lateinamerikanische und globale Perspektiven auf Neo-Extraktivismus. Hierbei werden viele der Überlegungen zur sozial-ökologischen, ökonomischen und politischen Dimension von Neo-Extraktivismus vertieft, die schon bei Brand angesprochen wurden. Während der Beitrag von Stefan Peters eher auf einer theoretischen Ebene den Neo-Extraktivismus Diskurs durch die Brille der Theorie des Rentierstaates betrachtet (25ff), bearbeitet Carlos Larrea das Thema „Öl, Arbeit und Armut in Ecuador: Vom Rohstoffpreisboom zur Krise" hauptsächlich empirisch (131ff).

Der zweite Teil setzt sich vertiefend mit Neo-Extraktivismus in Bezug auf strukturellem Wandel und Arbeitsverhältnissen auseinander und geht dabei weit über die vorangegangenen, eher allgemein-konzeptionellen Überlegungen hinaus. Dies ist nicht zuletzt dem starken regionalen Fokus auf Ecuador geschuldet, der detaillierte Analysen ermöglicht. So gehen zum Beispiel Santiago García Álvarez und Magalí Marega im Detail auf die Arbeitsmarktpolitik von Rafael Correa ein. Hierbei wird besonders deutlich, dass individuelle Arbeitnehmer*innenrechte gestärkt, kollektive Rechte und hierbei insbesondere die Versammlungsfreiheit im Bezug auf Gewerkschaften jedoch substanziell geschwächt wurden (247f). Marega spricht in diesem Zusammenhang analog zum von Chávez proklamierten Sozialismus des 21. Jahrhunderts von der „Gewerkschaftsbewegung des 21. Jahrhunderts" (237), die dem progressiven Staat gewissermaßen untergeordnet ist. Ein weiterer wichtiger Aspekt, der in diesem Teil des Sammelbandes diskutiert wird, sind die – im Diskurs oft vernachlässigten – lokalen Auswirkungen des Neo-Extraktivismus. Der ecuadorianische Staat verabschiedete 2010 ein neues Gesetz, das vorschreibt, dass zwölf Prozent des Öleinkommens unmittelbar in das Extraktionsgebiet fließen müssen. Damit sollte das Argument entkräftet werden, dass Sozialprogramme meist Städter*innen zu Gute kämen, während in der Regel vor allem die indigene Bevölkerung im Amazonasgebiet unter der Ölförderung leidet. Die 2011 gegründete Firma Ecuador Estratégico hat mit diesem Geld unter anderem nach westlichem Vorbild geplante Millenniumsstädte im Amazonasgebiet gebaut, die von Holst und von Vallejo et al. aus post-kolonialer Perspektive problematisiert werden. Der Artikel von Rubén Dario Chambi Mayta zur Kinderarbeit im Kleinbergbau Boliviens ist das einzige Buchkapitel, das sich explizit mit einem anderen Länderbeispiel als Ecuador beschäftigt. Auch wenn die Proble-

matik Neo-Extraktivismus versus Buen Vivir in Bolivien und Ecuador sehr ähnlich ist, so wirkt das Kapitel – inmitten der detaillierten Analyse Ecuadors – etwas deplatziert.

Im dritten Teil des Buches beschäftigen sich Diego Carrión Sánchez, Alberto Acosta und John Cajas schließlich mit Alternativen zum Neo-Extraktivismus. In seiner Fallstudie zu Öl, Bergbau und Tourismus zeigt Carrión, dass es nicht nur aus sozial-ökologischer, sondern auch aus ökonomischer Sicht besser wäre, in (Gemeinde-)Tourismus zu investieren, welcher im Gegensatz zu extraktiven Sektoren auch positiv auf andere Wirtschaftssektoren ausstrahlt (356f, 362). Acosta (wie auch schon in Brands Buch) und Cajas weisen noch einmal auf die notwendige Kollaboration des Postwachstumsdiskurses im Globalen Norden und Post-Extraktivismus im Globalen Süden hin.

Die Transformationsperspektive verengt sich

Beiden Büchern gemein ist die Auffassung, dass sich die Perspektive für eine grundlegende Transformation derzeit drastisch verengt. Für Brand lässt sich die Frage, ob es ein Ende des progressiven Zyklus in Lateinamerika gibt, zwar „Anfang April 2016 nicht klar (...) beantworten" (24), jedoch scheint die „Epoche progressiver Regierungen (...) mit ihren historisch einmaligen Möglichkeiten ans Ende zu kommen" (30). Das in vielen Ländern anfangs sehr offene, politische Projekt, welches auf Ideen und „auf Werten basierte, auf Gleichheit, lateinamerikanischer Identität, einer multipolaren Welt" (87), beschränkt sich heute oft auf Machterhaltungsmaßnahmen.

Auch wenn der Rohstoffpreisverfall die Handlungsspielräume der progressiven Regierungen aktuell stark beschränkt, ist es wichtig zu verstehen, dass die Probleme tiefer wurzeln und nicht zuletzt in der Linken selbst zu suchen sind. Einige Leser*innen stellen sich vielleicht die Frage, welche Bedeutung der Analyse retrospektiv heute noch zufällt. Was den ökonomischen Zyklus angeht, so betont Burchardt, dass es in Zukunft zweifellos wieder zu höheren Weltmarktpreisen für Rohstoffe und andere Primärgüter kommen und Neo-Extraktivismus – in der einen oder anderen Form – im Globalen Süden wahrscheinlich noch an Bedeutung gewinnen wird (56). Tobias Boos und Etienne Schneider, die sich im Schlusskapitel von Ulrich Brands Buch der Frage stellen, inwieweit sich die Erkenntnisse aus dem lateinamerikanischen Diskurs als für Europa relevant erweisen, schreiben hierzu: „Wenn es sich aber wirklich um das Ende eines Zyklus progressiver Regierungen in Lateinamerika handelt, dann lastet es uns auch die Verantwortung auf, nicht nur ihre Erfolge, sondern auch ihr Scheitern zu verstehen, um den Glauben an die Zukunft der Linken und ein emanzipatorisches Gesellschaftsprojekt nicht zu verlieren" (109). Beide rezensierten Bücher leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Da beide Themen eng miteinander verwoben sind und der Sammelband von Burchardt et al. viele Themen, die bei Brand schlaglichtartig zur Sprache kommen, am Beispiel von Ecuador vertiefend behandelt, empfiehlt sich die gemeinsame Lektüre.

Corinna Dengler, Quito

Anmerkungen

[1] Das in der Verfassung verankerte Konzept des *buen vivir* (Ecuador beziehungsweise. *vivir bien* (Bolivien) – von Ulrich Brand als „gut lebend" übersetzt (91) – stammt von der indigenen Kosmovision des *sumak kawsay* (Ecuador) beziehungsweise. *suma qamaña* (Bolivien) ab. Es geht hierbei um eine Weltanschauung, die das harmonische Zusammenleben in der Gemeinschaft und mit der Natur in ihr Zentrum stellt, „ohne dabei das Individuum zu negieren" (92). Obwohl *buen vivir* in diesem Sinne als Alternative zu Entwicklung konzeptualisiert und somit im *post-development* Diskurs verankert ist, wird es aktuell von den Regierungen in Ecuador und Bolivien eher zur Entwicklungsalternative erklärt und dient als „Machtinstrument und zur Propaganda, um die Gesellschaft zu disziplinieren und den Kapitalismus zu modernisieren" (93).

[2] Unter Reprimarisierung wird die mengen-

mäßige Ausweitung der Primärgüterproduktion und vor allem der Extraktion von Bodenschätzen verstanden. Wegen der (bis 2014) konstant hohen Rohstoffpreise im 21. Jahrhundert ließ sich in vielen lateinamerikanischen Ländern eine verstärkte Investition in extraktive Sektoren beobachten. Maristella Svampa hat hierfür bereits 2011 den Begriff des *Commodities Consensus* geprägt, der im Buch von Ulrich Brand als „Rohstoffkonsens" (36) übersetzt wird.

[3] Kurzbiographien der Interviewpartner*innen finden sich im Anhang des Buches. Die meisten Interviewten haben einen akademischen Hintergrund in Sozialwissenschaften, vor allem in Soziologie (Edgardo Lander, Alejandra Santillana und Maristella Svampa) und Politikwissenschaft (Tobias Boos, Ulrich Brand, Luis Tapa).

Extraktivismus, Protest und Staat

Engels, Bettina/Dietz, Kristina (Hg.) 2017: Contested Extractivism, Society and the State. Struggles over Mining and Land. London: Palgrave McMillan.

Extraktivismus und Neoextraktivismus sind spätestens seit Eduardo Gudynas (2009) Veröffentlichung Thema in zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen. Damit einhergehend werden zunehmend auch die Auswirkungen auf die Gesellschaft und der Protest gegen Neoextraktivismus thematisiert (Seoane 2006; Bebbington 2008; Svampa 2009; Haberland 2015). Der Sammelband *Contested Extractivism, Society and the State. Struggles over Mining and Land*, herausgegeben von Bettina Engels und Kristina Dietz (beide Freie Universität Berlin), knüpft an diese Vorarbeiten an, erweitert jedoch den Fokus einerseits geographisch und andererseits theoretisch-konzeptuell. So werden zum einen Fallstudien aus Lateinamerika, Subsahara-Afrika und Südostasien mit einander in Beziehung gebracht. Zum anderen werden Land- und Bergbaukonflikte aus der Staat-Gesellschaft-Beziehung betrachtet. Ausgehend von der Feststellung, dass die Ausbreitung extraktiver Industrien eine sozial-kulturelle Transformation der betroffenen Gesellschaften und Staaten hervorruft, wird der Protest gegen diese Transformation und die dabei zur Debatte gestellten Staat-Gesellschaft-Beziehungen zum gemeinsamen Untersuchungs- und Diskussionsgegenstand des vorliegenden Sammelbandes. Daraus ergibt sich auch die zentrale Frage des Sammelbandes nach der Interdependenz von Staat und Gesellschaft im Kontext von (Neo-) Extraktivismus. Das Untersuchungsdesign, welches die Autor*innen vorschlagen, entlehnt sich aktueller theoretische Diskussionen um *kritische Raumforschung*, *political ecology*, *contentious politics* und *kritischer Staatstheorie*. Dem entsprechend richten sich die leitenden Fragestellungen auf die räumliche Dimension von sozialen Bewegungen, auf die Akteure, Strategien und Machtbeziehungen sowie auf die Wechselwirkung zwischen Ressourcenkonflikten, Staat und Gesellschaft.

Raumtheorie

Im ersten Beitrag von Facundo Martín werden die theoretischen und konzeptuellen Ansätze der kritischen Raumtheorie in Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem Thema (Neo-) Extraktivismus nutzbar gemacht. Ausgehend von einer kritischen Besprechung aktueller Publikationen zum Thema wird eine Erweiterung der Perspektive um räumliche Konzepte vorgeschlagen. Der Autor sieht bisherige Betrachtungen des (Neo-)Extraktivismus gefangen in der Fixierung auf den Nationalstaat (*Territorial Trap*, Agnew 1994) und kritisiert die nationalstaatliche Engführung der Analyse. Um die Komplexität und Multidimensionalität des (Neo-)Extraktivismus adäquat zu erfassen und somit eine kritische Auseinandersetzung zu gewährleisten ist die Analyse räumlicher Dynamiken des Extraktivismus jenseits des Nationalstaates notwendig. Dafür skizziert Martín grobe konzeptuelle Leitplanken für zukünftige empirische Arbeiten über (Neo-) Extraktivismus entlehnt bei Schwergewichten der kritischen Raumtheorie wie Lefebvre, Harvey und Foucault.

Staat und Ressourcenausbeutung

Auf den eher raumtheoretisch gehaltenen Einstieg folgen drei Beiträge, die sich mit den Auswirkungen von Ressourcenausbeutung für die staatliche Verfasstheit auseinandersetzen. Aufbauend auf einer Kritik an den Theorien des *resource curse* und *rentier state*[1] zeigt Stefan Peters am Beispiel von Venezuela, dass ressourcenreiche Staaten nicht zwangsläufig der Autokratie anheimfallen müssen. Er plädiert dafür, die *Black Box* Staat zu öffnen und die Verteilungskonflikte in Hinblick auf die (Re-) Produktion soziale Ungleichheiten und Machtbeziehungen zu analysieren. Wie durch die Intervention eines transnationalen Bergbauunternehmens Machtasymmetrien zwischen Staat und lokalen Gemeinschaften verstärkt werden, zeigt der Beitrag von Coleman Agyeyomah, Gordon Crawford und Atinga Mba über den Goldbergbaukonflikt in Talensi, Ghana. Sie beschreiben, wie das zunehmende Verweben von Staat und transnationalem Bergbauunternehmen unter dem Eindruck neoliberaler Politik das Verhältnis von Staat und lokalen Gemeinschaften zu Ungunsten der lokalen Gemeinschaften verändert. Wie der Beitrag von Boris Verbrugge veranschaulicht, kann die Auseinandersetzung um Ressourcen zwischen Staat und informellem Kleinbergbau auch anders ausgehen. Beginnend mit einer kritischen Rezeption der *resource curse-These* wird entlang des Beispiel Kleinbergbau im Compostela Valley, Philippinen analysiert, wie staatliche Strukturen durch den Kleinbergbau in einer Art „decentralised state-building" (Verbrugge 2017, 129) gestärkt werden können. Mit dem Aufkommen des Großbergbaus scheint die regionale Übereinkunft zwischen Staat und Kleinbergbau jedoch in Frage gestellt, was zu einer Destabilisierung des Staates führen kann.

Raum, Staat und Protest

Die zwei folgenden Kapitel der beiden Herausgeberinnen des Sammelbandes betrachten das Zusammenspiel von Raum, Staat und sozialen Bewegungen. Dietz wirft in ihrem Beitrag die zentrale theoretische Frage nach dem Zusammenhang von räumlicher Konfiguration von (staatlichen) Machtverhältnissen und deren Infragestellung durch Bergbauproteste auf. Gestützt auf eine empirische Studie über die Bergbauproteste in Tolima, Kolumbien, zeigt Dietz, wie durch neu geschaffene Partizipationsräume wie zum Beispiel in Form einer *popular consultation* die Reproduktion staatlicher Macht in Frage gestellt wird. Der Protest richtet sich gegen das Bergbauprojekt, führt jedoch zwangsläufig auch zu einer räumlichen Rekonfiguration staatlicher Macht. Während Dietz die räumlichen (Re-) Konfigurationen von (staatlicher) Macht entlang multiskalarer Strategien (Protest auf unterschiedlichen Ebene) betrachtet, legt Engels ihren Fokus auf das Zusammenspiel von lokaler und nationaler Ebene. In ihrer Studie über Bergbauproteste in Burkina Faso, die sich theoretisch an den Konzepten von *place* und *contentious politics* orientiert, analysiert sie die unterschiedlichen *repertoires of contention* von lokalem und nationalen Protest und die Abhängigkeit zueinander. Dabei stellt sie fest, dass lokaler Protest stets in Abhängigkeit zur nationalen Ebene steht. So haben beispielsweise die veränderten Bedingungen auf nationaler Ebene einen starken Einfluss auf die lokalen Protestaktivitäten.

Landkonflikte

In Kapitel 8 bis 10 werden drei Beispiele für Landkonflikte und ihre Relevanz für die Extraktivismusdebatte dargestellt. Der Beitrag von Renata Motta knüpft an die bereits von Engels skizzierten Konzepten von *contentious politics* an. Sie analysiert am Beispiel der argentinischen und brasilianischen Kleinbauer*innen- und Landarbeiter*innenbewegung, wie diese auf den linken Politikwechsel hin zu einem auf Armutsreduktion ausgerichteten Extraktivismus reagieren. Dabei stellt sie fest, dass der Politikwechsel und die damit einhergehenden Zugeständnisse zwar kleine Veränderungen bewirkt haben, die Bewegungen aber auch aufgrund der verschieden Bedrohungen während der Zeit der sogenannten progressiven Regierungen eher geschwächt wurden. Victoria Marin-Burgos stellt die Auseinandersetzung

um Landverteilungsfrage in den Kontext ökologischer Gerechtigkeit. Am Beispiel von drei Landkonflikten in Kolumbien zeigt sie, dass die Aneignung von Land durch die Ölpalmenkultivierung nicht nur Verteilungskonflikte aufwirft, sondern auch Fragen der Anerkennung, der Partizipation und der individuellen Gestaltungsfähigkeit. Um die unterschiedlichen Dimensionen von Gerechtigkeit zu analysieren nutzt sie das Konzept von *Territorium* und die darin enthaltene (Re-)Produktion von Territorium durch materielle und symbolische Prozesse. Auch der Beitrag von Davide Chinigò geht von einem vielschichtigen Verständnis von Land aus. Wie er am Beispiel eines marktorientierten Pilotprojektes zur Landreform in Malawi zeigt, ist das Land stark verwoben mit Identitäten und sozialen und politischen Beziehungen. Landverteilung beinhaltet deshalb zwangsläufig auch die Neuaushandlung von sozialen und politischen Machtstrukturen. Marktmechanismen, so resümiert Chinigò, sind deshalb nicht geeignet, politische Fragen der Landverteilung zu behandeln, da sie lediglich bestehende Ungleichheiten reproduzieren.

Kritik an der Kritik

Der abschließende Beitrag von Jonas Wolff provoziert mit der Infragestellung von unausgesprochenen Grundprämissen der vorliegenden Buchbeiträge, die sich allesamt in der kritischen Extraktivismusforschung verorten. Er ruft damit abschließend dazu auf, die eigene kritische Forschung auch selbst kritisch zu betrachten. Drei Ebenen werde dabei von ihm adressiert: erstens der Gegenstand der Forschung, zweitens die demokratietheoretischen Schlussfolgerungen und drittens die Objektivität von Forschung. Er übernimmt damit zum einen die Aufgabe partiell auf Widersprüche und Fehlstellen hinzuweisen und öffnet zum anderen den Raum für die Diskussion über die Buchbeiträge entlang der Fragen nach der Homogenität von Protest gegen Extraktivismus, des Widerspruches zwischen lokalen Interessen der Protestgruppen und dem nationalen Interesse des Staates und des Paradigmas des ‚guten' lokalen Protestes.

Fazit

Die Autor*innen des Sammelbandes *Contested Extractivism, Society and the State.* Struggles over Mining and Land, allen voran die beiden Herausgeberinnen, haben eine vielschichtige und perspektivenreiche Analyse gegenwärtiger Auseinandersetzungen um den (Neo-)Extraktivismus vorgelegt. Es ist ihnen gelungen die unterschiedlichen ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und räumlichen Ebenen der Extraktivismus-Konflikte aufzufächern und den Zusammenhang zwischen Extraktivismus und der Transformation von Staat-Gesellschaft-Beziehungen nachzuzeichnen. Besonders hervorzuheben sind hier zum einen die Beiträge von Peters, Verbrugge und Motta, die aus unterschiedlichen Perspektiven zeigen, wie eine extraktive Orientierung die (demokratische) Organisation des Staates auf unterschiedlichen Eben herausfordert. Zum anderen überzeugen Dietz, Engels und Marin-Burgos durch die eingenommene raumtheoretische Perspektive auf Extraktivismuskonflikte. Analysekategorien wie Raum, Ort und Territorium machen sichtbar, wie Staatlichkeit entlang extraktiver Konflikte reproduziert oder angeeignet wird. In diesen Beiträgen wird deutlich, welchen Mehrwert der zu Beginn formulierte analytische Rahmen aus Raum-, Protest- und Staatstheorie für die Frage der Interdependenz von Staat und Gesellschaft im Kontext von Neoextraktivismus entwickeln kann. Die Debatte um die konzeptionelle Verknüpfung der drei Forschungszweige wird allerdings nicht geführt. Die Fallbeispiele illustrieren jedoch die Vielschichtigkeit an Perspektiven und lassen erahnen, welchen Mehrwert ein zukünftiges ineinander Verweben der Theorieströnge mit sich bringen kann. Der Sammelband wirkt durch die fehlende analytische Zusammenführung zum Teil fragmentarisch, was durch das erfrischend unkonventionelle abschließende Kapitel noch einmal unterstrichen wird. Damit bleibt sich der Sammelband in seiner Haltung treu, Fragen aufzuwerfen und zum Nachdenken über neue Herangehensweisen und Forschungsperspektiven bei der Analyse von Extraktivismuskonflikten anzuregen.

Marius Haberland, Berlin

Verwendete Literatur

Agnew, John 1994: The Territorial Trap: The Geographical Assumptions of International Relations Theory. In: Review of International Political Economy, Heft 1, 53-80.

Bebbington, Anthony/Hinojosa, Leonith/Bebbington Humphreys, Denise/Burneo, Maria. & Warnaars, Ximena 2008: Contention and Ambiguity: Mining and the Possibilities of Development. Development and Change, Jg. 39, Heft 6, 887-914.

Gudynas, Eduardo 2009: Dies tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual. http://extractivismo.com/documentos/capitulos/GudynasExtractivismoSociedadDesarrollo09.pdf [10.6.2015].

Haberland, Marius 2015: Räume in Bewegung. Die mesoamerikanische Anti-Bergbau-Bewegung aus der Perspektive translokaler Protestdynamiken. Berlin: FU-Berlin.

Seoane, José 2006: Movimientos sociales y recursos naturales en América Latina. Resistencias al neoliberalismo, configuración de alternativas. In: Sociedade e estado, Jg. 21, Heft 1, 85-107.

Svampa, Maristella/Antonelli, Mirta (Hg.) 2009: Minería transnacional, narrativas del desarrollo y resistencias sociales. Buenos Aires: Biblos.

Anmerkung

[1] Die resource curse-These beschreibt das Paradox, dass der Ressourcenreichtum eines Staates nicht zu einer Steigerung von Wohlstand führt. Als rentier state wird dementsprechend ein Staat bezeichnet, der seine Einnahmen zum großen Teil aus den Einnahmen ausländischer Unternehmen für den Abbau von Ressourcen generiert.

Demokratietheorien auf dem Prüfstand

Achen, Christopher H./Bartels, Larry M. 2015: Democracy for Realists. Why Elections Do Not Produce Responsive Government. Princeton and Oxford: Princeton University Press

Diese Rezension wird geschrieben nicht allzu lange, nachdem die USA einen nach allen sinnvollen Maßstäben demagogischen Rechtspopulisten zum neuen Präsidenten gewählt haben. Einer „realistischen", also empirisch informierten Demokratieforschung, die das Rationalitätsniveau des Elektorats nicht allzu hoch veranschlagt, ist heute die theoretische und die politisch-praktische Relevanz kaum abzusprechen.

Die beiden US-amerikanischen Politologen Christopher Achen und Larry Bartels treten in die Fußstapfen sowohl der Klassiker „realistischer" Demokratietheorie wie Joseph A. Schumpeter und E.E. Schattschneider, aber auch der klassischen Wahl- und Meinungsforschung von Philip Converse, V.O. Key, Bernard Berelson sowie der Erforschung politischer Gruppierungen nach Arthur Bentley. Zudem bearbeiten die Autoren eine wichtige Forschungslücke. Genauer gesagt überbrücken sie einen ärgerlichen Graben, der sich im Laufe der Jahrzehnte zwischen Demokratietheorie und Parteiensoziologie aufgetan hat. Allen direktdemokratischen Innovationen zum Trotz werden wenige bestreiten, dass Demokratien heute nur als Parteiendemokratien (in unterschiedlichen Spielarten) möglich sind. Dennoch fand sich diese banale Erkenntnis selten angemessen in Demokratietheorien berücksichtigt. Nur wenige Autorinnen und Autoren machen hier eine Ausnahme – meistens diejenigen, die beide Forschungsfelder in derselben Person vereinigten wie Giovanni Sartori, Claus Offe oder Peter Mair und Stefano Bartolini.

Auf Schumpeters Spuren

So breit die Anknüpfungspunkte in der Disziplin verstreut sind, mindestens so anspruchsvoll ist auch das Vorhaben: Gegen die von ihnen als „volkstümlich" genannte klassische Demo-

kratietheorie wollen Achen und Bartels einen genuin „realistischen" Standpunkt erarbeiten. Die „volkstümliche" Theorie der Demokratie sehen sie verkörpert in der berühmten Gettysburg-Rede von Abraham Lincoln. Ihm zufolge war Demokratie eine Regierungsform „of the people, by the people, and for the people". Dieses Denken über Demokratie sei tief im Alltagsdenken verankert und finde sich auch in anspruchsvolleren, expliziten Demokratietheorien abgebildet – nur leider ginge es an der Realität vorbei (1).

Dabei wollen die Autoren sich nicht wie einst Schumpeter vorwerfen lassen, gegen einen Pappkameraden zu argumentieren, sondern arbeiten sich durchaus am „state of the art" ab. Die Tradition „ökonomischer Theorie der Demokratie" von Anthony Downs sowie die Theorie des retrospektiv orientierten Wählens werden als modifizierte Spielarten der „volkstümlichen" Demokratietheorie vorgestellt.

Achen und Bartels sehen es als unbefriedigenden, letztlich schizophrenen Zustand an, dass eine idealistische Demokratie in immer neuen Spielarten existiert und sich gegen alle empirischen Befunde nahestehender Disziplinen abschottet. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, errichteten auch die sogenannten empirischen, aber ebenso immer schon normativ eingefärbten Demokratietheorien Schutzwälle gegen die Ernüchterungsdiskurse, die beispielsweise die politische Psychologie oder die Wahlforschung produzieren. Tatsächlich führt das Buch in erster Linie einen inner-disziplinären Dialog mit primärem Bezug auf die Vereinigten Staaten, erhebt allerdings Geltungsanspruch für alle Demokratien westlichen Typs. Es ist daher lohnend zu lesen, vor allem für diejenigen, die aus einer detaillierten und kritischen Darstellung bisheriger Forschungen zur Kompetenz von Wählerinnen und Wähler, der Bedeutung von Parteiloyalitäten oder dem unterstellten Vernunftgewinn durch öffentliche Debatte Erkenntnisgewinne und Anregungen ziehen wollen. Für diejenigen, die bereits anhand der klassischen Statements von Schumpeter, Schattschneider oder Converse ohnehin geringere Ansprüche an real existierende Demokratien haben, hat die Lektüre oftmals etwas Redundantes.

Wieviel Wahrheit steckt in Wahlergebnissen?

Achen und Bartels entwickeln nun ihre Argumentation derart, dass sie zunächst eine Verteidigungslinie der „volkstümlichen" Demokratietheorie nach der anderen vorstellen und argumentativ niederreißen. Gegen die Vorstellung, dass Wahlergebnisse den authentischen Willen einer Mehrheit abbildeten, bringen sie Ergebnisse aus der Agenda Setting-Forschung in Stellung. Bereits minimale, aber gezielte Manipulationen am Framing, also der Fragestellung, die Leuten in Umfragen vorgelegt werde, produzierten mitunter völlig unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse. Gegen den unterstellten Wahrheitsgehalt von Wahlergebnissen zitieren sie zudem das bekannte Paradox von Kenneth Arrow, wonach es nicht möglich ist, mehrdimensionale Probleme in eindimensionale Entscheidungsform zu überführen. Unvermeidlich wird sich ein Moment der Willkür einschleichen bei der Frage, welche Aspekte zuerst aufgerufen werden, woraus sich unterschiedliche Koalitionsbildungen und damit ganz andere Konfliktprofile ergeben (28ff).

Gegen die ökonomische Theorie der Demokratie, die von ideologisch unterscheidbaren Angeboten der Parteien ausgehen muss, argumentieren die Autoren im Anschluss an Converse, Berelson & Co., dass die Wählerinnen und Wähler nicht nur durch ein geringes Informationsniveau geprägt sind, sondern die Reichweite politischer Ideologien als orientierenden Deutungssystemen in den vergangenen 50 Jahren durchgehend begrenzt geblieben ist (30ff, 36ff). Zudem bestreiten sie, dass Heuristiken als Ideologie- und Informationsersatz bei den Wählerinnen und Wähler oder die Aggregation der Stimmen das Rationalitätsniveau von Entscheidungen durch Wahlen anheben könnten (38ff).

Als wichtigste Verteidigungslinie der „volkstümlichen" Sicht auf Demokratie in akademisierter Form nehmen die Autoren

die Theorie des retrospektiven Wählens unter argumentativen Beschuss. Zunächst werden Anliegen und Stärke dieser Theorietradition herausgearbeitet. Das Modell des retrospektiven Wählens formuliert deutlich geringere Anforderungen an die Informiertheit und das Rationalitätsniveau der Wählerinnen und Wähler. Es genüge, dass sie die Leistung der amtierenden Regierung anhand der Veränderungen ihrer eigenen Wohlfahrt beurteilten und daraus Schlüsse für die anstehende Wahl ziehen (91ff). Allerdings gelingt es den Autoren zumindest für die US-amerikanischen Verhältnisse recht überzeugend, die wichtigsten Annahmen dieser Theorie an der Realität zu blamieren – und die Blamage fällt vernichtend aus. Denn Wählerinnen und Wähler bestrafen ihre Regierungen an der Urne auch für Probleme, die diese beim besten Willen nicht beeinflussen könnten, wie Achen und Bartels am Beispiel von Haifischattacken sowie Dürren und deren negativen Auswirkungen auf das Abschneiden der Amtsinhaber aufzeigen (117f). Nicht haltbar sei nämlich die Annahme im retrospektiven Modell der Wahlentscheidung, wonach die Wählerinnen und Wähler treffsicher den Regierenden Veränderungen in ihrem Wohlbefinden und in der Umwelt zuschreiben können. Fraglich ist, ob sie einigermaßen sauber diejenigen Wirkungen, auf die gewählte Politiker jedweder Couleur keinen Einfluss haben von denjenigen trennen können, bei denen Einflussnahme gegeben ist.

Politisierende Konjunkturzyklen

Gegen dieses Modell spricht ebenfalls, dass die Wählerinnen und Wähler auf Einkommenszuwächse im zeitlichen Vorfeld von Wahlen sehr deutlich – und dankbar – reagieren, dass sie darüber den Zeitraum vor dem Wahljahr vernachlässigen. Von einer sorgfältig abwägenden Beurteilung der gesamten wirtschaftspolitischen Bilanz ihrer Regierung über die gesamte Dauer der Legislaturperiode kann zumindest nach den Befunden von Achen und Bartels keine Rede sein. Damit aber ist Laufzeitverlängerungen auch für ansonsten wenig kompetente Regierungen durch Wahlgeschenke Tür und Tor geöffnet. Unbeschadet der Frage, wie man grundsätzlich konjunktursteuernde staatliche Eingriffe in den Wirtschaftskreislauf beurteilt, verschaffen Achen und Bartels der alten These der politisierten Konjunkturzyklen von Nordhaus und anderen zusätzliche Plausibilität. Unterm Strich wird die Theorie des retrospektiven Wählens nutzlos, weil kurzsichtige Wählerinnen und Wähler an kandidierende und künftige Amtsinhaber keine Signale setzen, nach einem nachvollziehbaren Maßstab definierte, „rationale“ oder „nachhaltige“, jedenfalls kohärente Politik über die Dauer ihres Mandats umzusetzen (158ff). Von den Autoren unbemerkt ergibt sich aus diesem Befund übrigens ein kritisches Verdikt gegen viele publikumswirksame Wahlauswertungen. In der Tat spricht viel dafür, dass Wahlausgänge zu einem starken Anteil Zufälligkeiten oder dem dominierenden Eindruck vom letzten Teil der Wahlperiode unterliegen. Man erinnert sich in Deutschland daran, wie das Elektorat die ungeliebten Agenda 2010-Reformen Gerhard Schröders während des Bundestagswahlkampfes schnell zu vergessen schien oder an die Bundestagswahl 2013, als die Unbeliebtheit von Angela Merkels schwarz-gelber Regierung verflog zugunsten des Eindrucks, Merkel agiere als personifizierter Rettungsschirm gegen die Eurokrise und andere Turbulenzen. Stimmt diese These, entwertet sie folgerichtig auch etliche populäre sozialwissenschaftliche Deutungsversuche, die gerne aus solchen Wahlergebnissen weitergehende Zeitdiagnosen herauslesen, die oftmals mit hochtrabenden Titeln wie „das Ende von…“, „die Zäsur des…“ oder „die Absage an…“ beginnen.

Achen und Bartels untermauern ihre Thesen, die einige für sicher erachtete Deutungen aus Partei- und Wahlforschung umwerfen, anhand mehrerer „crucial cases“ also besonders aussagekräftige Fälle. So blieben selbst während der auf Jahrzehnte prägenden Zeit der Weltwirtschaftskrise und des „New Deal“ die Wählerinnen und Wähler in den USA kurzsichtigen Erwägungen für ihre Wahlentscheidung verhaftet (180ff). Sie bewerteten die Politik in dieser Ära nicht anhand der

gesamten Maßnahmenbatterie von Franklin D. Roosevelt, sondern betrachteten vor allem den Zeitabschnitt vor den Wahlen, wobei sich regionale Unterschiede in den Einkommenszuwächsen außerhalb der US-Südstaaten auch in den Wahlergebnissen abbildeten. Entgegen der Wirtschaftspolitik, deren Ergebnisse sie selbst an der Urne belohnten, hielten zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler zudem am Dogma des ausgeglichenen Haushalts selbst in Krisenzeiten fest. Der ungünstige Vergleich des Elektorats mit der Volksfront von Judäa drängt sich auf, die trotz deutlichem Wohlfahrtsgewinn durch sanitäre Anlagen, Gesundheitsversorgung, Bildungseinrichtungen, Wein, öffentlicher Ordnung, dem Aquädukt, Straßen und sauberem Trinkwasser sich mit der Frage agitierten: „Was haben die Römer je für uns getan?".

Die Befunde des Buches haben auch Relevanz für aktuelle demokratiepolitische Diskussionen etwa um Filterblasen in den sozialen Medien, in denen Gleichgesinnte unter sich bleiben und dadurch ihre Ansichten wechselseitig bestätigen, ohne sie je mit andersgerichteter Argumentation zu konfrontieren. Folgt man der These von Achen und Bartels, verstärken Facebook, Twitter und Co nur Mechanismen, die durch identitätspolitische Gruppenbindungen ohnehin vorhanden sind. Der Einfluss politischer Identitätsbestimmungen reicht soweit, dass politischer Streit nicht nur über Meinungsverschiedenheiten auf Grundlage konsensualer Fakten ausgetragen wird. Am Beispiel des Haushaltsdefizits unter Bill Clinton zeigen die Autoren, wie selbst die Fakten schlechthin zwischen den Lagern umstritten bleiben (287ff). Hier zeigen sie auch, dass ausgerechnet deutlicher politisierte Bürgerinnen und Bürger noch stärkeren Selbsttäuschungen unterliegen, weil ihr kohärenteres politisches Weltbild sie zu einer „parteikompatiblen" (Um-)Deutung der nackten Fakten treibt.

Identität als Schlüssel

Nach dieser Tour de Force bleibt die Frage, wie „schöpferisch" die im doppelten Wortsinne sozialwissenschaftliche Mythenzerstörung von Aachen und Bartels am Ende ausfällt. Kann ihr Deutungsvorschlag zur Demokratie, den sie im letzten Drittel des Buches anbieten, etwas von dem festen Grund unter die Füße zurückgeben, den sie mit ihrer Ernüchterungsarbeit in den ersten zwei Dritteln vorher kleinteilig weggezogen haben? Ihre Zerstörungsarbeit lässt die Leserinnen und Leser unterm Strich mit wenigen Werkzeugen zurück, um aus den Trümmern des gerade abgerissenen Theoriegebäudes etwas Neues zu errichten, das der doppelten Anforderung von Realismus und normativer Attraktivität genügen kann. Sie bieten eine stark sozialpsychologisch fundierte Deutung der Prozesse, durch die Wählerinnen und Wähler sich politisch verorten. Nicht Ideologie oder Policy, sondern Identität sei der Schlüssel – man wähle übereinstimmend nach einem Bild davon, wer man sei beziehungsweise sein wolle. Am Beispiel der hochpolitisierten Debatte um das Abtreibungsrecht zeigen sie, dass Wählerinnen und Wähler dazu neigen, ihre Position derjenigen ihrer Partei anzupassen, wenn sie nicht fundamental ihrem Selbstverständnis widerspricht (259ff). Ebenso wirksam sei ein Mechanismus der Projektion, bei dem die Wählerinnen und Wähler ihren Parteien und deren Kandidatinnen und Kandidaten politische Positionen zuschreiben, die sie für richtig halten (269ff). So stimmten sie am Ende für Politikerinnen und Politiker, deren Positionen sie gar nicht teilen.

Die gruppentheoretisch modifizierte Demokratietheorie legt einige beunruhigende Schlüsse nahe. Wenn tatsächlich der prägende Kanal der Meinungsbildung von den Eliten zu den Wählerinnen und Wähler verläuft und nicht umgekehrt, wenn diese Wählerinnen und Wähler sich leicht von höherer Gewalt zu unfairem Abstimmungsverhalten gegenüber den derzeit Regierenden treiben lassen und ohnehin nur die jüngste Vergangenheit heranziehen, um zu beurteilen, wie ihre Regierenden abgeschnitten haben, dann bleibt man mit relativ leeren Händen zurück, was die Qualität demokratischer Institutionen und Verfahren angeht. Und diese Ratlosigkeit wird just zu dem Zeitpunkt produziert, als diese Institutionen gegen den Ansturm

von Rechtspopulisten dies- und jenseits des Atlantiks verteidigt werden sollen. Das verleitet zu einer Vermutung: Könnte die Ironie darin bestehen, dass die in diesem Buch demontierte „volkstümliche Theorie der Demokratie" alle Angriffe durch empirische und theoretische Argumentationen in der Vergangenheit überstanden hatte, weil sie selber ein ansprechendes Argument zur Verteidigung formaldemokratischer Ordnungen bietet? Achen und Bartels bejahen klar die Gefahr durch autoritäre Optionen. Die Neigung zum Autoritarismus sei allen Demokratien inhärent (316). Während die verbliebenen Vorzüge von Demokratien aus Sicht der Autoren übersichtlich sind (317f), schlussfolgern sie aus ihrer Betonung von Gruppenidentitäten ein Plädoyer für mehr soziale und ökonomische Gleichheit. Ihre Problemdiagnose, wonach zur Behebung der Probleme eine verstetigte Bewegung mit geeigneten Ideen, dem manifesten politischen Willen und einer handlungsfähigen Organisation stünde (326) liest sich exakt wie der Fehdehandschuh, der vom linken Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders unerwartet erfolgreich, aber nicht erfolgreich genug aufgegriffen wurde.

Weitere Zweifel bleiben am Ende der Lektüre zurück, etwa hinsichtlich des Geltungsbereichs der Argumente. So hängt die Treffsicherheit etlicher Thesen davon ab, wie stark das Argument vom Primat der Gruppenidentifizierung bei Achen und Bartels verallgemeinert werden kann. Dass die von ihnen verwendete Definition zur Parteiloyalität aus der berühmten Studie „The American Voter" verlässlich auf andere Länder als die USA übertragbar ist, stellt insofern eine wichtige Achillesferse von Achens und Bartels Argumentation dar. Dennoch wird die Anwendbarkeit der Definition von ihnen eher anekdotisch behauptet als systematisch nachgewiesen. Zudem ist in anderen Ländern die politische Kultur deutlich weniger stark ethnisiert und anhand identitätspolitischer Fragen polarisiert, als es in den USA mit „race" als unbestritten stärkster Konfliktlinie der Fall ist. Bei fortgesetztem Siegeszug der Rechtspopulisten allerdings, von denen sich die übrigen Parteien einen Kulturkampf aufzwingen lassen, würde diese Ethnisierung der Politik auch anderswo zunehmen. Dann müssten auch europäische und nicht dem Mehrheitswahlrecht unterliegende Demokratien die USA ein Stückweit als Spiegel ihrer möglichen Zukunft betrachten – „de te fabula narratur – von Dir ist hier die Rede!".

Alban Werner, Aachen

Wider die linke Melancholie: Das erfolgreiche Scheitern sozialer Bewegungen in Spanien

Huke, Nikolai 2016: Krisenproteste in Spanien. Zwischen Selbstorganisation und Überfall auf die Institutionen. Münster: edition assemblage.

Das Krisenmanagement in der sogenannten ‚Eurokrise' hat zwar vor allem in Südeuropa zu einigem Widerstand geführt, doch ein Ende der europäischen Austeritätspolitik ist nicht in Sicht. Weder auf der Straße noch in den Parlamenten scheint eine solche Wende erkämpft werden zu können. Waren also die vielen Proteste umsonst?

Nikolai Huke formuliert mit seinem Buch *Krisenproteste in Spanien* ein klares ‚Nein' als Antwort. Huke mahnt, dass es aus theoretischer Perspektive problematisch und für die politische Praxis gefährlich sei, die Stabilität (vermeintlich) hegemonialer Strukturen zu überschätzen – eine Neigung, die er an anderer Stelle als „linke Melancholie" (Huke/Clua-Losada/Bailey 2015: 6) bezeichnet. Eine kritische, d.h. emanzipatorische Forschung sollte sich soziale Bewegungen deshalb nicht lediglich in ihren ‚erfolgreichen' Phasen anschauen, sondern diese „integraler" (5) betrachten: Denn zum einen beinhalten scheinbare Niederlagen eine Fülle an Erfahrungen, aus denen gelernt werden kann. Und zum anderen liegen selbst in ‚Niederlagen' oft kleine Erfolge, an die angeknüpft werden kann.

In dem vorliegenden Buch beschreibt Huke den jüngsten Protestzyklus in Spanien von 2011

bis 2015. In je einem Kapitel zeichnet er die Entwicklungen der verschiedenen Bewegungen nach. Er beginnt seine Darstellung mit den spanienweiten Demonstrationen gegen die austeritätspolitischen Antworten auf die ökonomische Krise vom 15. Mai 2011, in deren Folge Demonstrierende in ganz Spanien öffentliche Plätze besetzten und das *Movimiento 15-M* (Bewegung des 15. Mai) entstand. In drei weiteren Kapiteln folgen Beschreibungen der Kämpfe gegen Zwangsräumungen, der Streiks im Gesundheits- und Bildungssektor sowie der Versuche, diese Bewegungen in die parteipolitischen Strukturen Spaniens zu tragen.

Hukes eher deskriptive Arbeit wird durch viele Zitate von Aktivist*innen aufgelockert und fundiert. Eine theoretische Einbettung erfolgt in der etwas zu kurzen Einleitung sowie durch weitere Verweise im Text. Darin stellt er seine Forschung in den Kontext hegemonie- und staatstheoretischer Überlegungen (Nikos Poulantzas, Bob Jessop und Stephen Gill) sowie jüngerer kritischer demokratietheoretischer Arbeiten (Robin Celikates und Isabell Lorey). Huke geht dabei leider nicht darauf ein, wie diese verschiedenen Theorieansätze miteinander verbunden werden können und inwiefern sie seine Forschung vorstrukturiert haben.

Den roten Faden des Buches bilden die Erfahrungen der *15-M*-Aktivist*innen mit kollektiver Selbstorganisierung, die sie in andere gesellschaftspolitische Kämpfe getragen haben. So zeigt Huke, wie sich noch bei den Platzbesetzungen von *15-M* wohnpolitische Arbeitsgruppen bildeten, die oft auch nach dem Ende der Besetzungen ihre Arbeit fortführten. Zusammen mit der bereits seit 2009 bestehenden *Plataforma de la Afectados por la Hipoteca* (*PAH*; Plattform der Hypothekenbetroffenen), die durch die von der *15-M*-Bewegung erreichte Politisierung der Gesellschaft nun breitere Akzeptanz erfuhr, kämpfen sie verstärkt gegen Zwangsräumungen und für sozialen Wohnraum. Ähnlich profitierten auch die Streiks und Demonstrationen im Bildungs- sowie Gesundheitssektor von der Bewegung, zum Beispiel personell oder in Form von Wissenstransfers. Und schließlich eröffnete die Delegitimierung des spanischen politischen Systems die Möglichkeit für alternative Parteien wie *Podemos*, sich als neue politische Kraft zu etablieren.

Huke zeichnet damit auf überzeugende Weise nach, wie dieser Protestzyklus den ihm zugrundeliegenden Bruch zwischen Repräsentant*innen und Repräsentierten explizit und politisch artikuliert. Ihm zufolge setzten die sozialen Bewegungen dieser „Legitimitätskrise der repräsentativen Demokratie" (38) – inklusive der Gewerkschaften – ein „präsentisches" (7) Verständnis von Demokratie entgegen, das auf möglichst horizontaler kollektiver Selbstorganisation in Form von basisdemokratischen Vollversammlungen basiert. Wichtig dabei ist laut Huke zum einen die „Politik der ersten Person" (12), d.h. dass jede Person (nur) für sich selbst spricht, anstatt repräsentiert zu werden (oder andere zu repräsentieren). Ergänzt wird diese Praxis (zumindest in der *PAH*) mit einer „Politik der Zuneigung" (42), die in der Kollektivierung vermeintlich persönlich-individueller Schuld besteht und somit höchst integrativ wirkt. Auf Basis der ‚Politik der ersten Person' bindet sie den politischen Aktivismus an den Alltag aller Beteiligten (die sich gar nicht unbedingt als ‚politische Aktivist*innen' begreifen), statt an politische Ideologien. Das Zusammenspiel dieser beiden ‚Politiken' ließe sie eine alltägliche Handlungsmacht erfahren, die sie aus der Ohnmacht der Vereinzelung befreie, so Huke.

Zu Beginn des Buches kann noch der Eindruck entstehen, Huke romantisiere diese Formen kollektiver Organisierung; doch am Ende jedes Kapitels zeigt er auch ihre jeweiligen Grenzen auf. So flaute der Enthusiasmus der Platzbesetzungen relativ schnell wieder ab und Ermüdungserscheinungen sowie die Enttäuschung über ausbleibende Veränderungen führten nach wenigen Monaten schließlich dazu, dass die Besetzungen wieder aufgegeben wurden. Auch in den Kämpfen im Bildungs- und Gesundheitssektor fehlte der lange Atem, um eine dauerhafte Organisierung zu etablieren (im Gegensatz zur *PAH*). Vor allem im Gesundheitssektor war es zu schwierig, die verschiedenen berufsbezogenen Gruppen langfristig zusammenzuhalten. Während bei

den Platzbesetzungen, in den Kämpfen gegen Zwangsräumungen sowie im Gesundheits- und Bildungssektor jedoch wenigstens die Horizontalität in Form von Vollversammlungen und der ‚Politik der ersten Person' relativ weitgehend umgesetzt werden konnte, erwies sich dies in den parteipolitischen Bewegungen als deutlich problematischer. Hier fällt vor allem *Podemos* negativ auf, das lediglich in ihrer Anfangsphase noch vollversammlungsbasierte Mechanismen zuließ, dann aber zu einer Zentralisierung und Personalisierung zugunsten des Spitzenkandidaten *Pablo Iglesias* überging und sich aufgrund von wahlkampftaktischen Entscheidungen bald schon von den sozialen Bewegungen entfernte.

Insofern stimmt es zwar, dass große Veränderungen ausgeblieben sind, doch gab es, wie Huke schreibt, „viele kleine große Erfolge [...], die durch ihr erfolgreiches Scheitern die spanische Gesellschaft grundlegend veränderten" (154). Denn immerhin sei es gelungen mit dem Aufstieg von *Podemos*, das traditionelle Zweiparteiensystem aufzubrechen; es wurden 1663 Zwangsräumungen verhindert und über 1000 Menschen in anderen Wohnungen (notfalls durch Besetzung) untergebracht; es konnte der Gesamtbevölkerung vermittelt werden, dass Bildung und Gesundheit Grundrechte sind; ziviler Ungehorsam ist heute sehr viel weniger negativ konnotiert als vorher; und in Madrid und Barcelona konnten sich den sozialen Bewegungen nahestehende Wahlplattformen durchsetzen.

Dieses Buch ist damit aber nicht nur für Aktivist*innen interessant, die sich für breite gesellschaftliche Bündnisse gegen Austerität einsetzen. Auch für die Weiterentwicklung emanzipatorischer Theorien ist das Buch lesenswert. Zum einen, weil es zeigt, wie die in Deutschland unter dem Label der ‚Mosaik-Linken' diskutierten inner-linken Kämpfe und Fragmentierungen in der *15-M*-Bewegung zumindest ansatzweise überwunden werden konnten. Zum anderen, weil es zumindest ansatzweise auf das theoretisch noch ungelöste Verhältnis zwischen materialistischer Staatstheorie und Demokratietheorie hinweist.

Jannis Eicker, Kassel

Literatur

Huke, Nikolai/Clua-Losada, Mònica/Bailey, David 2015: Disrupting the European Crisis: A Critical Political Economy of Contestation, Subversion and Escape. In: New Political Economy, Jg. 20, Heft 5, 1-27.

Zwischen Performance und Politik – Ultras als jugendkulturelle Akteure

Czoch, Peter 2016: Ultras in Deutschland. Berlin: Hirnkost KG.

Fußballfans sind schon seit Jahrzehnten ein Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung. In der einschlägigen, häufig von einer pädagogischen Perspektive geprägten Literatur galten diese jedoch primär als kategorisierbare Objekte – vom sprichwörtlichen fußballverrückten Familienvater bis hin zum gewaltsuchenden Problemjugendlichen wurde vor allem das (abweichende) Verhalten dieser Gruppen untersucht. Die von Wilhelm Heitmeyer und Jörg-Ingo Peter auf sozialisationstheoretischer Grundlage verfasste empirische Studie *Jugendliche Fußballfans. Soziale und politische Orientierungen, Gesellungsformen, Gewalt* ist exemplarisch für die frühen Klassifizierungsversuche. Die bei der nordrhein-westfälischen Polizei ansässige „Zentrale Informationsstelle Sportgewalttaten" (ZIS) arbeitet heute mit den Kategorien A (der friedliche „Fan"), B (der gewaltbereite/gewaltgeneigte „Fan") und C (der gewaltsuchende „Fan") und klassifiziert beziehungsweise konstruiert so Kollektive, deren innere Heterogenität vernachlässigt wird. Zudem galten Fans lange als die passiven Konsumenten eines kulturindustriell vermarkteten Spiels, das ideologiekritisch als manipulierende Beigabe zum schnöden Brot des kapitalistischen Wohlfahrtsstaats „entlarvt" wurde (Vinnai 1970).

Zu selten galten Fußballfans als Subjekte einer eigenständigen politisch-kulturellen

Praxis. Diese defizitäre Wahrnehmung wird zunehmend durch Literatur ergänzt, die ein anderes Paradigma der Fanforschung wählt. Gerade die aufgrund ihrer kreativen Form des Supports so medienwirksame Ultra-Bewegung legt eine präzisere Betrachtung nahe, beschränken sich deren Aktivitäten nicht nur auf minutiös geplante Choreographien, Pyrotechnik oder anfeuernde Samba-Rhythmen im Block. Und nicht nur in München agierten Ultra-Gruppen wie die „Schickeria" als kritische Vereinshistoriker, die anhand der zuvor vergessenen Biografie des Vereinspräsidenten Kurt Landauers die jüdische Geschichte des FC Bayern ins Gedächtnis riefen. Vor allem diese Fans sind heute (vereins-)politische Akteure und in vielfacher Hinsicht produktive Zuschauer, die das Spiel auf dem Rasen durch ein Spiel auf den Rängen begleiten und aktiv ihre Interessen vertreten. Die ebenso heterogenen wie widersprüchlichen Ultra-Gruppen changieren zwischen Politik und Performance, sie agieren als zivilgesellschaftliche Akteure und verfügen in wichtigen Fällen dennoch über eine signifikante Affinität zur Gewalt in Konfrontation mit konkurrierenden Gruppen oder den Sicherheitskräften. Gewalttaten übrigens, die sich nicht nur auf Ordnungsverstöße wie die illegale Verbreitung von Pyrotechnik reduzieren lassen.

Studentische Forschung zu einer der größten Jugendkulturen in Europa

Der Student der Sozialwissenschaften Peter Czoch, selbst Leiter eines sozialpädagogischen Fanprojektes, hat als Herausgeber des Sammelbandes „Ultras in Deutschland" Beiträge zusammengestellt, die im Rahmen eines maßgeblich von ihm initiierten Projekttutoriums an der Humboldt-Universität zu Berlin entstanden sind. Über zwei Semester wurde dort seit 2011 in studentischer Eigeninitiative geforscht und debattiert. Unterstützt wurde das Tutorium von aktiven Fanforschern wie Jonas Gabler von der „Kompetenzgruppe Fankulturen und Sport bezogene Soziale Arbeit (KoFaS gGmbH) oder der Wissenschaftlerin Manuela Bojadžijev vom Institut für Europäische Ethnologie an der HU. Der vorliegende Band dokumentiert die Ergebnisse dieser kollektiven Arbeit, die oft auch eine Selbstreflexion von Fußballfans mit akademischer Vita ist. Da die insgesamt gelungenen Beiträge des Buches durch ausführliche Interviews mit Ultras und O-Tönen aus der Fanzine-Szene dieser vermutlich größten Jugendkultur in Europa flankiert werden, ist das Buch nicht nur ein weiterer wissenschaftlicher Sammelband, sondern auch eine lesenswerte Primärquelle. Denn Czoch will mit Nachdruck „die Alltagsexperten selbst, die Subjekte, die Ultras, zu Wort kommen" (6) lassen. Dies ist ein Vorzug des Bandes, dessen Herausgeber auch darauf hinweist, dass es zum Verständnis dieser Fanszene „Übersetzer, wie Wissenschaftler und Sozialarbeiter" (6) braucht. An wichtigen Stellen unterbleibt aber gerade diese Übersetzungsleistung.

Regressive Fußballkritik und blinde Flecken der Jugendkultur

Ultras richten ihre Aktivitäten nicht nur auf die phantasievolle Unterstützung ihres Vereins, sondern zudem auf die Kritik des modernen Fußballs mit seinem Diktat der Kommerzialisierung oder Fixierung auf Sponsoren und TV-Sender. Neben Beiträgen zur Geschichte der Ultras in Deutschland oder Italien, werfen andere Texte einen kritischen Blick auf die „Implikationen des ‚Modernen Fußballs'" (15ff.). Diese Beiträge sind instruktiv, bieten inhaltlich jedoch nicht viel Neues. Herausgeber Czoch beschreibt prägnant die ersten Präsentationen der deutschen Ultras und ihrer Vorläufer wie die 1986 gegründeten „Fortuna Eagle Supporters", die den damaligen Zweitligisten Fortuna Köln gegen den Widerstand der Vereinsspitze anfeuerten. An dieser Stelle wären weitergehende Fallanalysen interessant, welche die einzelnen Gruppen im historischen Kontext zwischen Hooligans und traditionalistisch-trinkfreudigen Kuttenfans – die in einem O-Ton auch als „lallende Suffkutten" geschmäht werden (292) – porträtieren. In diesem Band wird darauf ebenso verzichtet wie auf Beiträge, die einen grundsätzlichen Blick auf die erinnerungspolitischen Leistungen der

Ultra-Szene werfen. Die Interviews mit den Ultra-Aktivisten wiederum bieten vielfach eine dichte Beschreibung ihrer eigenen fankulturellen Praxis, sind aber mitunter redundant und werden nicht tiefergehend systematisch analysiert und interpretiert. Es ist zum Beispiel bemerkenswert, dass sich Ultras in Interviews mit anachronistischem Vokabular „viele weitere Krieger (sic!, RG) und Genossen wünschen" (61), gleichzeitig aber hochreflektierte und selbstkritische Analysen ihrer eigenen kulturellen Praxis formulieren.

Unkommentiert nachgedruckt wird ein Pamphlet von „Corto Maltese" (der Name verweist auf eine italienische Comicfigur), das sich dezidiert kritisch mit dem „Brauseclub" RB („RasenBallsport") Leipzig auseinandersetzt. Inzwischen hat sich der von dem Milliardenkonzern Red Bull GmbH konstruierte Verein in der Ersten Liga erfolgreich etabliert und erhitzt aufgrund seiner Kapitalmacht und völligen Auflösung der Traditionen die Gemüter nicht nur der Ultras. RB Leipzig ist mit seiner „ständig wechselnden Söldnertruppe" (107) und finanziellen Dominanz das zentrale Feindbild der Fanszenen. Dass in der hier abgedruckten Kritik „Täglich grüßt der Brause-Klub" der umstrittene Verein als „Parasit", der „sich so problemlos in Leipzig einnisten konnte" (ebd.), bezeichnet wird, hätte der Herausgeber zum Anlass für eine ausführliche Untersuchung der Kritik an RB Leipzig nehmen können. Ist dies doch das Vokabular eines regressiv-reaktionären „Antikapitalismus", der allerorts Verschwörungen, „raffendes Kapital" und Schmarotzer wittert, aber jenseits der Ressentiments keinen Begriff von der politischen Ökonomie des modernen Fußballsports hat. Dabei spitzt RB Leipzig in der Bundesliga mintunter nur jene kommerziellen Bestrebungen zu, die von anderen – zum Teil börsennotierten – Vereinen lediglich aufgrund von Auflagen oder geringerer Finanzmasse nicht verfolgt werden können.

Hier fehlt die ansonsten so überzeugende Selbstreflektion. Zudem wird im Buch die Gewaltaffinität von Teilen der Ultras zwar keinesfalls verschwiegen – ein umfassender Vergleich zwischen Ultras und Hooligans und der Sinnhaftigkeit des von dem führenden Fanforscher Gunter A. Pilz geprägten Neologismus „Hooltras" aber unterbleibt beispielsweise.

Kritik an der ZIS

Sehr lesenswert ist in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzung des Fanforschers Jonas Gabler mit den Zahlen der ZIS sowie Sandra Müllers Einwände gegen die Datei „Gewalttäter Sport". Der Fokus liegt dabei auf der Kritik der Polizei. Aus datenrechtlicher Perspektive mahnt Müller: „Zu viele zu persönliche Daten in einer viel zu wenig geschützten Datei" (261). Gleichzeitig aber bilanziert sie, dass „die Datei in manchen Fällen vielleicht ihren Zweck erfüllt", seien doch „nicht alle Eigetragenen unbeschriebene Blätter" (265). Hier wäre eine Schärfung der Kriterien interessant, wann und warum welche „unbeschriebenen Blätter" in eine solche Kartei aufgenommen werden dürfen. Verfasst sind die Texte aber – ganz im Sinne des Herausgebers – als Positionierungen der „Subjekte" selbst und wirken deshalb wie die Verteidigungsreden von Fananwälten, die vollmundig die Verfehlungen der Behörden kritisieren, über ihre „Schützlinge" (in dem Fall: die gewaltaffinen Fußballfans) jedoch weniger Worte verlieren. Dennoch bleibt die Kritik an der polizeibehördlichen Praxis im Kern überzeugend. Fanforscher Gabler, der schon 2008 mit *„Ultrakulturen und Rechtsextremismus. Fußballfans in Deutschland und Italien"* eine fundierte Pionierarbeit zum Thema vorgelegt hat, legt gewichtige Argumente gegen die Arbeitsweise der ZIS vor. So sei – zur Vermeidung medialer Dramatisierung – der Anstieg der „Fangewalt" in Relation zu anderen gesellschaftlichen Großereignissen zu sehen. Die Hellfeldanalyse der ZIS – die qua Arbeitsmethode die Dunkelziffer der „Fangewalt" nicht präzise aufzeigen kann – könne zudem keine Hinweise darauf geben, ob die Verschiebung zwischen Hell- und Dunkelfeld nicht auch auf die „Veränderungen bei der polizeilichen Kontrolldichte" (270) oder auf die damit einhergehende „Veränderungen im Anzeigenverhalten" (ebd.) zurückgehe. Die Stärkung der Polizeipräsenz bringe so Vorfälle

ans Licht, die in Fußballstadien auch schon vor dem „Anstieg der Gewalt" präsent waren, nun aber auch klassifiziert und öffentlich gemacht werden. Mit Verweis auf das empirische Material zeigt Gabler, dass sich gerade seit der Saison 2004/05 – als in der 1. und 2. Liga aufgrund von Auf- und Abstieg mehrere Vereine mit beachtenswerten Potenzial an Kategorie C-Fans aufeinandertrafen und sich die Polizei auf das „Sommermärchen" der WM 2006 vorbereitete – der Konflikt zugespitzt hat. Gabler kritisiert mit Nachdruck den „vorherrschenden problematisierende(n) und kriminalisierenden Blick der Polizeibehörden auf die sich formierende Ultra-Bewegung" (286), erwähnt aber kenntnisreich moderne Einsatzkonzepte, „die der Kommunikation und Deeskalation eindeutig Priorität einräumen" (282). Es wäre zu wünschen, dass diese Diskussionsbeiträge auf beiden Seiten – in der Fanszene, aber auch in den Reihen der Sicherheitsbehörden sowie in den Gremien von DFB und DFL – Gehör finden. Gabler macht alternative Sicherheitsansätze deutlich. Es nach dieser Lektüre evident, dass eine polizeiliche Strategie der Konfrontation erst jene Auseinandersetzungen provoziert, die sie zu vermeiden und bekämpfen vorgibt.

Insgesamt bietet der Band einen profunden Einblick in die Ultra-Szene, deren Vielschichtigkeit und politisch-kulturelles Potenzial hier deutlich wird. Das bemerkenswerte Forschungsprojekt steht zudem in der besten Tradition studentischer Selbstorganisation. Sicher werden zahlreiche der Szene-affinen Autorinnen und Autoren sowie Interviewpartner/innen die Diskussion über die Ultra-Kultur weiter führen. Wünschenswert wäre im Rahmen weiterer Projekte eine Forschung zu einzelnen Gruppen dieser kreativ-heterogenen Szene sowie eine ausführlichere Auseinandersetzung mit den reaktionären Ideologieelementen wie dem partiell vorhanden Gewaltkult, der eben nicht nur Resultat der zum Teil tatsächlich völlig verfehlten Sicherheitspolitik ist.

Richard Gebhardt, Köln

Verwendete Literatur

Gabler, Jonas 2008: Ultrakulturen und Rechtsextremismus. Fußballfans in Deutschland und Italien. Köln: PapyRossa Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm /Peter, Jörg-Ingo 1988: Jugendliche Fußballfans. Soziale und politische Orientierungen, Gesellungsformen, Gewalt. Weinheim/München: Juventa.

Vinnai, Gerhard 1970: Fußballsport als Ideologie. Frankfurt a.M., Europäische Verlagsanstalt.

Ulrich Frey: *Was kann die zivile Konfliktbearbeitung gegen Terrorismus ausrichten? Möglichkeiten und Grenzen zivilgesellschaftlicher Intervention (FJSB 1/2017: 6-23)*
Das Kernanliegen von ziviler Konfliktbearbeitung und zivilgesellschaftlicher Intervention ist entgegen terroristischer Gewalt die Bekämpfung und letztlich die Überwindung von Gewalt. Der Beitrag stellt drei Fragen: 1. Was verstehen wir unter ziviler Konfliktbearbeitung/ zivilgesellschaftlicher Intervention und unter Terrorismus? 2. Worauf gründet sich Zivile Konfliktbearbeitung/ zivilgesellschaftliche Intervention in der Auseinandersetzung mit Terrorismus? 3. Welches sind die Möglichkeiten und Grenzen der zivilen Konfliktbearbeitung und zivilgesellschaftlicher Intervention gegen Terrorismus?

Ulrich Frey: *Can civic conflict prevention policies adequately address terrorism? Possibilities and limitations of civil society interventions (FJSB 1/2017: 6-23)*
The main aim of civic conflict prevention and civil society interventions against violent terrorism is to combat and ultimately overcome violence. This article tackles three questions: 1. How can we define civic conflict prevention/civil society intervention and terrorism? 2. What is the basis of civic conflict prevention/civil society intervention in the debate on terrorism? What possibilities and limitations do civic conflict prevention and civil society interventions offer for the battle against terrorism?

Naomi Klein: *Paris ist ein guter Anfang – aber es muss mehr getan werden (FJSB 1/2017: 24-26)*
Das Pariser Klimaabkommen wurde im April 2016 zur Unterzeichnung geöffnet. Der Artikel sieht das Abkommen als einen erheblichen diplomatischen Fortschritt, denn die Vereinigten Staaten und China arbeiten zusammen, um für das Abkommen einzutreten. Alle größeren Emittenten, auch Schwellenländer, haben sich zum Handeln verpflichtet. Nun muss mehr getan werden, um den Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung voranzutreiben.

Naomi Klein: *Paris is a good start – but more must be done (FJSB 1/2017: 24-26)*
The Paris Climate Agreement was opened for signature in April 2016. The article views the agreement as a significant diplomatic step forward, with the United States and China collaborating to champion the agreement. All major emitters, including newly industrialized economies, are committed to taking action. Now, more must be done to push the phase-out of fossil fuels forward.

Hendrik Sander: Ende Gelände: *Anti-Kohle-Proteste in Deutschland (FJSB 1/2017: 26-36)*
Der vorliegende Artikel untersucht die Entstehung und Dynamik der Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland seit 2007. Er fokussiert auf die Kampagne Ende Gelände, die in den letzten Jahren durch große Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen die deutsche Braunkohleindustrie eine breite öffentliche Aufmerksamkeit erregt hat. Es wird analysiert, welches die spezifischen Entstehungsbedingungen von Ende Gelände waren und wie die Kampagne auf dieser Grundlage eine gesellschaftliche Wirkung entfalten konnte. Um diese Fragen zu beantworten, werden einschlägige Theorien der Bewegungsforschung verwandt.

Hendrik Sander: Ende Gelände: *Anti-coal protests in Germany (FJSB 1/2017: 26-36)*
The article at hand researches the formation and dynamic of the climate justice movement in Germany since 2007. It focusses on the campaign Ende Gelände, which attracted broad public attention by means of large-scale acts of civil disobedience against the German lignite industry in recent years. It analyzes the specific conditions that were conducive to the emergence of Ende Gelände and the ways it became effective on this basis. To answer these questions, relevant theories of social movement research are employed.

Stephanie Danielle Roth/Jürgen Maier: *Schweigen ist Gold (FJSB 1/2017: 36-44)*
Dieser Text beschreibt den erfolgreichen Kampf der Bürger von Rosia Montana, einer kleinen Stadt im ländlichen Siebenbürgen, gegen die geplante Zerstörung ihrer Heimat für eine Tagebau-Goldmine durch einen kanadischen Bergbaukonzern. Gegen alle Widerstände gelang es einer bäuerlich geprägten Bürgerbewegung in Rosia Montana, durch Bündnisse mit nationalen und internationalen NGOs sowie sozialen Bewegungen in den Städten Rumäniens nicht nur dem Bergbaukonzern, sondern auch seinen Verbündeten in der rumänischen Politik die Stirn zu bieten. Innovative Protestformen, die es in dieser Dimension in Rumänien vorher nicht gab, machten aus einem ursprünglich kommunalpolitischen Konflikt ein Projekt von nationaler Dimension mit hoher Symbolkraft. Der Kampf einer städtischen Zivilgesellschaft gegen systematische Korruption verband sich mit dem Kampf gegen die Goldmine und war der Schlüssel zum Erfolg.

Stephanie Danielle Roth/Jürgen Maier: *Silence is golden (FJSB 1/2017: 36-44)*
This article describes the successful struggle by the citizens of Rosia Montana, a small town in rural Transsylvania, against the proposed destruction of their home region for an open-pit gold mine by a Canadian corporation. Against all odds, a farmer-led civic movement succeeded in forming alliances with national and international NGOs and social movements in Romania's cities, defeating not only the mining company but also its allies in Romanian politics. Unprecedented and innovative forms of protest transformed a local dispute into a project of national importance with high symbolic meaning. The struggle of urban civil society against systematic corruption merged with the struggle against the gold mine and was key to success.

Bettina Engels*: Mobilisierung und Ressourcen im Konflikt um die Mine Bissa Gold in Sabcé, Burkina Faso (FJSB 1/2017: 44-53)*
Der Artikel untersucht am Beispiel einer Goldmine in Burkina Faso, wie ressourcenschwachen Gruppen – in diesem Fall Menschen in einer peripheren ländlichen Region in einem der ärmsten und am wenigsten ‚entwickelten' Staaten der Welt – die Organisierung und Mobilisierung zu Protest gelingen kann. Theoretisch greife ich auf Pierre Bourdieus Differenzierung der Kapitalsorten zurück, um zu analysieren, wie ihre jeweilige Ressourcenausstattung es den betroffenen Gruppen ermöglicht oder erschwert, ihre Interessen in dem Konflikt geltend zu machen. Ich komme zu dem Schluss, dass kulturelle, sozio-organisatorische und moralische Ressourcen – Kontakte, Netzwerke, Unterstützung durch Anwält_innen und Bewegungsorganisationen, Sprachkenntnisse und rechtlich-administrative Kenntnisse – nicht einfach durch materielle Ressourcen kompensiert werden können.

Bettina Engels: *Mobilization and resources in mining conflicts: the case of Bissa Gold in Sabcé, Burkina Faso (FJSB 1/2017: 44-53)*
The article investigates how resource poor social groups – in is example, local people in a rural and peripheral region in Burkina Faso, one of the poorest and ‚least developed' countries worldwide – can succeed in organizing and mobilizing into protest. Building upon Pierre Bourdieu's concept of social, cultural, and economic capital, resources at the disposal of the respective groups in the villages are analyzed. It is argued that cultural, socio-organizational, and moral resources – notably, contacts, networks, legal and organizational support, language and legal-administrative skills and expertise – can hardly be compensated by material resources.

Louisa Prause: *„Die Väter und Väter unserer Väter haben hier Gold abgebaut": Framing in Konflikten um Goldbergbau im Senegal (FJSB 1/2017: 53-62)*
Der Artikel analysiert anhand des Konfliktes um die *Sabodala Gold*-Mine im Senegal, wie wir erklären können, dass bestimmte *frames* in Konflikten um Goldbergbau erfolgreich sind, während andere scheitern. Den zentralen theoretischen Rahmen bilden der *framing* Ansatz sowie das Konzept der diskursiven Gelegenheitsstrukturen. Die Protestakteure im Senegal waren in der Wahl ihrer *frames* durch ihre livelihood-Aktivitäten und daran geknüpfte Identitäten beschränkt und nicht in der Lage sich bietende diskursive Gelegenheiten zu nutzen. Unstimmigkeiten innerhalb der Protestkoalition haben ihre *framing* Bemühungen zusätzlich geschwächt, so dass sie nicht gegen das *counter-framing* des Unternehmens ankamen.

Louisa Prause: *„Our fathers and forefathers mined here": Framing strategies in gold-mining g conflicts in Senegal (FJSB 1/2017: 53-62)*
The article aims to explain the success and failure of framing strategies in mining conflicts, using the case of the *Sabodala Gold* Mine in Senegal. Framing and discursive opportunity structures form the theoretical framework. Protest actors in Senegal were unsuccessful in using available discursive opportunities due to their livelihood activities and related identities as artisanal miners. They also failed to build a coherent frame aligning their partly differing claims, which additionally weakened their framing. The company used available opportunities more effectively which explains their successful counter framing against the claims of the protest actors.

Kristina Dietz: *Mit lokalen Volksentscheiden gegen industriellen Bergbau? Der Konflikt um die Goldmine La Colosa in Kolumbien (FJSB 1/2017: 62-71)*
In Protesten um industriellen Bergbau in Lateinamerika spielen Bürger_innenentscheide seit 2002 eine zentrale Rolle. In diesem Beitrag analysiert die Autorin am Beispiel der Proteste gegen die *La Colosa*-Goldmine in Kolumbien die Bedingungen, welche den Einsatz direktdemokratischer Verfahren als Strategie der Protestakteure in Konflikten um Bergbau ermöglichen und diskutiere, welche politischen Effekte *consultas* in Bezug auf die Mobilisierung und die Verhinderung von Bergbaukonflikten entfalten können.

Kristina Dietz: *Local referenda against industrial-scale mining? The conflict surrounding the gold mine La Colosa in Colombia (FJSB 1/2017: 62-71)*
Since 2012 community consultations have gained momentum in conflicts over industrial mining in Latin America. In this article, based on the protest against the *La Colosa* gold mining project in Colombia, I analyze under what conditions processes of direct democracy are deployed by collective actors as a strategy of protest. In the conclusion, the political effects of consultations in relation to mobilization and prevention of mining projects are discussed.

Esther Uzar: *Politische Mobilisierung gegen Rohstoffkonzerne in Sambia (FJSB 1/2017: 71-80)*
Der Abbau von Kupfer bewirkte in Sambia eine umfassende politische Mobilisierung. Bereits seit 1949 sind die Bergbauunternehmen einem kontinuierlichen Druck durch Gewerkschaften und Arbeiterstreiks ausgesetzt. Seit 2004 erlebte die Industrie einen erneuten Aufschwung und löste eine breite Debatte aus, in der Kirchen, Umweltverbände, Oppositionspolitiker, die Presse und internationale Aktivisten eine größere Beteiligung der lokalen Bevölkerung an den Rohstoffgewinnen einforderten. Der öffentliche Druck bewegte die Regierung zu einer Steuerreform und führte einen Wahlsieg der Oppositionspartei im Jahr 2011 herbei. Die Patriotic Front Partei hatte zwar einen kämpferischen Wahlkampf ausgerichtet, sich daraufhin jedoch der Lobbyarbeit der Konzerne gebeugt.

Esther Uzar: *Political mobilization against mining groups in Zambia. (FJSB 1/2017: 71-80)*
In Zambia, copper mining induced a broad political mobilisation. Over the past 70 years, mining companies have been facing continuous pressure from trade unions and mineworkers' strikes. Since 2004, the revival of the industry has sparked a public debate, in which churches, environmental organisations, opposition politicians, media representatives and international activists have been demanding a greater share of mineral benefits for the country. The government responded to the criticism and started a tax reform, but citizens demanded radical changes and voted an opposition party into office in 2011. The opposition had conducted a militant, resource nationalist campaign, but ended up bowing to multinational investors.

Michael Reckordt: *Globale Rohstoffpolitik im Interesse der Industrie (FJSB 1/2017: 80-86)*
Jahrelang dominierte die Versorgungssicherheit die rohstoffpolitischen Diskurse. Die deutsche Industrie – zu nahezu 100 Prozent von Primärmetallimporten abhängig – sah ihre Zukunft gefährdet. Menschenrechte und Umweltschutz spielten dabei kaum eine Rolle. Dieser Diskurs hat sich in den letzten Jahren langsam verschoben, Schutz von Menschenrechten und Umwelt spielen eine wichtigere Rolle. Die politischen Strategien stammen aber immer noch aus der Zeit vor dieser Diskursverschiebung. Der Artikel widmet sich daher der Entstehung der deutschen Rohstoffpolitik und dem Einfluss der Industrieverbände. Er benennt drei idealtypische Diskurse und zeigt auf, wie die Zivilgesellschaft diese beeinflussen konnte.

Michael Reckordt: *Global resource policy in the interest of industry (FJSB 1/2017: 80-86)*
Security of supply has long dominated resource policy discourses. German industry, which depends on the import of primary metal to almost 100 per cent, worries for its future. Human rights and environmental protection scarcely played a role. This discourse has gradually shifted in recent years, protection of human rights and the environment play a larger role. But the political strategies employed date from a period before this discursive shift. This article therefore looks at the development of German resource politics under the influence of industry associations. It identifies three typical discourses and shows how civil society actors can influence them.

FJSBplus

Katharina Schwirkus: *Protesthandeln und Extraktivismus: Das Beispiel der YASunidos-Bewegung in Ecuador*
Am Beispiel der Umweltbewegung YASunidos, die seit 2013 gegen die Erdölförderung im Regenwald Yasuní-ITT in Ecuador mobilisiert, analysiert Schwirkurs das Entstehen und Handeln sozialer Protestakteure im Spannungsverhältnis von Rohstoffabbau und Demokratie.

Katharina Schwirkus: *Protest activities and extractivism: The example of the YASunidos movement in Ecuador*
Taking as an exemple the environmental movement YASuidos, who since 2013 mobilises protest against oil drilling in the rainforest Yasuní-ITT in Ecuador, Schwirkurs analyses the emergence and activites of social protest actors between the extraction of raw materials and democracy.

Erardo Cristoforo Rautenberg: *Die Verwerfung der Revision des Oskar Gröning: Eine verspätete Anerkennung für Fritz Bauer*
Vor wenigen Wochen hat der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes die Verurteilung des früheren SS-Mannes Oskar Gröning, des „Buchhalters von Auschwitz", wegen Beihilfe zum massenhaften

Mord durch das Landgericht Lüneburg bestätigt. Der frühere hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (1903-1968), der den großen Auschwitzprozess maßgeblich initiiert hatte, hätte sich über den Meinungswandel der Rechtsprechung gefreut, weil damit seine Rechtsauffassung eine späte Anerkennung erfahren hat. Die Freude über die späte Anerkennung für den Amtsbruder wird durch die Trauer getrübt, dass es 47 Jahre gedauert hat, bis der Bundesgerichtshof seine frühere Rechtsprechung korrigiert hat. Da die Staatsanwaltschaft sich erst spät zur Kurskorrektur entschied, beschränkt sich die verbleibende Verfolgung auf wenige Greise.

Erardo Cristoforo Rautenberg: *The throwing out of the revision of Oskar Gröning: Belated recognition for Fritz Bauer*
Some weeks ago, the third criminal senate of the Federal Curt of Justice confirmed the judgement by the State Court of Lüneburg against former SS member Oskar Gröning, the „accountant of Auschwitz", on account of aiding and abbetting mass murder. The former Hesse Attorney General Fritz Bauer (1903-1968) who had a significant role initiating the large Auschwitz proceedings would have been glad about the jurisprudential change of opinion, as it would have constituted a belated recognition of his legal views. However, the happiness about the belated recognition is marred by the fact that it took 47 years until the Federal Court of Justice confirmed its earlier jurisprudence. As the State Attorney took a long time to correct its views, the remaining prosecuting activities are limited to a few ancient men.

Thomas Leif/Carl-Christian Müller: *Gekaufte Wissenschaft oder selbstloses Sponsoring? - Universität Mainz, Böhringer Ingelheim Stiftung und das Wissenschafts-Ministerium Rheinland-Pfalz schränken Hand in Hand die Wissenschafts-, Forschungs- und Informationsfreiheit ein*
Die Drittmittel-Finanzierung von Projekten in der Wissenschaft ist und bleibt umstritten. Im vergangenen Jahr wurde durch den Fall „Boehringer Stiftung-Universität Mainz-Wirtschaftsministerium" ein starker Einschnitt in die Wissenschafts-, Forschungs- und Informationsfreiheit öffentlich. Die Einzelheiten skizzieren Leif und Müller im Beitrag „Gekaufte Wissenschaft oder selbstloses Sponsoring?".

Thomas Leif/Carl-Christian Müller: *Science for sale or selfless sponsoring? University of Mainz, Böhringer Ingelheim Foundation and the Science Ministry of Rhineland-Palatinate together limit the freedom of science, research and information*
Third party funding of scientific projects remain contested. Last year, the case „Boehringer Foundation University Mainz – Science Ministry ilustrated strong restrictions on the freedom of science, research and information. In the article „Science for sale or selfless sponsoring?" Leif and Müller discuss the details of this case.

Kai-Uwe Hellmann: *Tagungsbericht „Verbraucherrecht 2.0"*
Am 1. Dezember 2016 lud der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (SVRV) in das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ein, um über das kurz zuvor abgeschlossene Gutachten „Verbraucherrecht 2.0 – Verbraucher in der digitalen Welt" öffentlich zu diskutieren. Der Autor berichtet von den Diskussionen der Tagung.

Kai-Uwe Hellmann: *Conference report „Consumer rights 2.0"*
On 1 December 2016, the Expert Council for Consumer Matters (SVR) hosted a conference at the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection to publicly discuss the recently published expert opinion „Consumer Rights 2.0 – consumers in the digital world". The author reports about his experiences during the conference.

Dr. Meik Nowak/Sabine Wege: *„Fluchtursachen verstehen!" – Entwicklungspolitisch Interessierte diskutieren mit Geflüchteten*
In diesem Tagungsbericht erläutern die AutorInnen die thematischen Schwerpunkte, den Ablauf, die Methode sowie Diskussionen und Ergebnisse der ersten Veranstaltung zu *Flucht und Migration* der neuen Programmreihe *Entwicklungspolitische Impulse* des Gustav-Stresemann-Instituts. Die Komplexität des Themas, aber auch viele neue Denkansätze, Lösungsmöglichkeiten und neue Perspektiven sind als Ergebnis des erfolgreichen Workshops festzuhalten.

Dr. Meik Nowak/Sabine Wege: *„Understanding causes of migration" – A discussion with refugees on development policy*
Within these minutes, the authors explain thematic key aspects, course of action, methods, discussions and results of the first workshop *Migration*, which is part of the new programme of Gustav-Stresemann-Institute in Bonn *„Entwicklungspolitische Impulse"*. The complexity of the subject, but also a lot of new approaches and possible solutions as well as new perspectives are the results of the successful workshop.

Moritz Sommer: *„Rechtspopulismus als Bewegung?"*
In der Jahrestagung des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung erörterten Vertreter*innen aus Wissenschaft, Medien, Zivilgesellschaft, Politik und Kultur die Entwicklung des Rechtspopulismus. Im Sinne der *Public Sociology* wurde über die rein wissenschaftliche Debatte hinausgehend, unterschiedlichen Perspektiven auf das Phänomen Rechtspopulismus Raum gegeben.

Moritz Sommer: *„Right-wing populism as a movement?"*
At the annual meeting of the Institute for Protest and Movement research, representatives from science, medie, civil society, politics and culture discussed the development of right-wing poulism. Within the meaning of *public sociology* beyond pure scientific methods, different meanings of the phenomenon of right-wing populism were elucidated.

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

bis 2010: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 30, Heft 1, März 2017

Für die Forschungsgruppe SB herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif; Jan Rohwerder

Abstracted/Indexed in: SCOPUS, Gesis, GBI/Genios, SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts, BLPES (International Bibliography of Sociology)

Preis- und Bezugsinformationen, Hinweise zur Manuskripteinreichung und zu älteren Jahrgängen stehen unter www.degruyter.de/journals/fjsb zur Verfügung.

ISSN 2192-4848 • **e-ISSN** 2365-9880

Redaktion: Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Peter Kuleßa, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Prof. Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Aleksandra Lewicki, Berlin; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Dr. Melanie Müller, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; PD Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin/Wroclaw; Dr. Gabriele Schmidt, Hannover/Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; Moritz Sommer, Berlin; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeit: Nadine Kreitmeyr, Tübingen; Miriam Küller, Berlin; Maria Langethal, Berlin; Regina Vierkant, Berlin; Laura Sasse, Berlin; Franziska Scholl, Berlin

Gastherausgeberinnen für den Themenschwerpunkt: Prof. Dr. Bettina Engels und Dr. Kristina Dietz, Berlin

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt: Dr. Melanie Müller (V.i.S.d.P.)

Rubrikverantwortlichkeiten: *für Aktuelle Analyse* PD Dr. Ansgar Klein, E-Mail: ansgar.klein@snafu.de; *für Pulsschlag* Alexander Flohé, E-Mail: alex.flohe@web.de; *für Treibgut* Vera Faust, E-Mail: vera.faust@gmx.de; *für Literatur* Dr. Karin Urich, E-Mail: karin.urich@online.de, und Moritz Sommer, E-Mail: moritzsommer@gmail.com; *für FJSB+* PD Dr. Ansgar Klein, E-Mail: ansgar.klein@snafu.de, und Laura Sasse, E-Mail: laura.sasse@gmail.com; *für Homepage und Social Media* Regina Vierkant, E-Mail: regina.vierkant@sevenminds.de, und Franziska Scholl, E-Mail: franziska.scholl@posteo.de

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Andreas Buro (†); Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Detlef Wetzel, Frankfurt/M.; Heidemarie Wieczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe SB, c/o Jan Rohwerder, Weberstraße 35, 52064 Aachen, E-Mail: jan.rohwerder@gmx.de

Homepage: www.forschungsjournal.de

Förderverein: *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, E-Mail: ansgar.klein@snafu.de; *Spendenkonto*: Sparkasse KölnBonn, BIC: COLSDE33XXX, IBAN: DE76 3705 0198 0007 5146 07

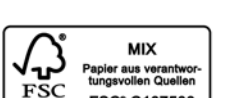
Journal Manager: Jana Kuchta, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany, Tel.: +49 (0)30 260 05-228, Fax: +49 (0)30 260 05-250, E-Mail: jana.kuchta@degruyter.com

Anzeigenverantwortliche: Claudia Neumann, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany, Tel.: +49 (0)30 260 05-226, Fax: +49 (0) 30 260 05-264, E-Mail: anzeigen@degruyter.com

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden

Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden

Satz: com.plot Klemm & Leiby, Mainz

© 2016 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Druck: Franz X. Stückle Druck und Verlag e.K., Ettenheim
Printed in Germany